

Erich Daniel von Liebhaber
 Herzoglich Braunschweig-Lüneburgischen Geheimen
 Justiz- und Regierungs-Raths

E i n l e i t u n g

in das

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische

L a n d = R e c h t

Zweiter Theil.

Braunschweig
 in der Schulbuchhandlung. 1791.

V o r r e d e.

Ich liefere hierbey den zweyten und letzten Band meiner Einleitung in das Herzoglich Braunschweigische Land-Recht, und entledige mich dadurch von meinem dem Publico gethanenen Versprechen. Mögte doch diese meine Arbeit den Nutzen haben, daß sie Gerichts-Personen und Sachwal- den, bey ihren schweren Geschäften, eini- ge Erleichterung verschaffete, so wäre mein dabey gehabter Endzweck völlig erreicht.

Blankenburg,

den 1ten Febr. 1791.

Der Verfasser.



FRIDR. VIEWEG & SOHN

BRUNSWIG

In

Inhalt.

- I. Abhandlung. Vom Forst- und Jagd-Rechte.
- II. Abhandlung. Vom Consistorial- und Kirchen-Rechte.
- III. Abhandlung. Vom Rechte der Stifter und Klöster.
- IV. Abhandlung. Vom bürgerlichen Rechte überhaupt.
- V. Abhandlung. Vom Wechsel-Rechte insbesondere.
- VI. Abhandlung. Vom Rechte der Landleute.
- VII. Abhandlung. Vom peinlichen Rechte.

I.

Vom

Forst- und Jagd-Rechte.

Inhalt.

1. Kapitel. Vom Forst-Rechte.

- §. 1. Von der Forstlichen Obrigkeit.
- §. 2. Von Forst-Ordnungen allgemein.
- §. 3. Von Verwaltung der Forsten.
- §. 4. Von denen vorzüglichsten Pflichten der Forst- Bedienten.
- §. 5. Von Forst-Tagen.
- §. 6. Von Schonung des Holzes.
- §. 7. Von Zapflanzung des Holzes und Anlesung der Eichel; Garten und Heister-Kämpfe.
- §. 8. Von Gehäge; Pfählen.
- §. 9. Von der Holz-Verwilligung.
- §. 10. Von der Holz-Anweisung.
- §. 11. Vom eigenen Fische.
- §. 12. Von der Raß.
- §. 13. Von Forst-Verträgen und Abgaben.

2. Kapitel. Vom Jagd-Rechte.

- §. 1. Vom Wildban.
- §. 2. Von Jagd-Ordnungen allgemein.

- §. 3. Von denen unterschiedenen Arten der Jagden.
- §. 4. Von des Landesherrn privativen Jagd-Gerechtigkeit.
- §. 5. Von der Unterthanen Jagd-Gerechtigkeit.
- §. 6. Von Verfolgung des angeschossenen Wildprets.
- §. 7. Von der Hoge- und Bege-Zeit.
- §. 8. Von Gehege-Pfählen.
- §. 9. Von Schonung des Wildprets.
- §. 10. Von der Jagd-Folge und Frohnen.

1. Kapitel. Von Forst-Rechte.

§. 1.

Von der Forstlichen Obrigkeit.

Die hohe Forstliche Obrigkeit stehet dem Landesherrn zu. Sie begreift eigentlich drey Theile in sich: den Forst, den Wildban und die Jagd-Gerechtigkeit. Zu dem Forst, im besondern Verstande, gehöret der Wald, mit Grund, Boden, Holze und allen Nutzungen, das Recht Forst-Ordnungen zu machen, und die Wald-Geveler zu bestrafen.

§. 2.

Von Forst-Ordnungen allgemein.

Herzog Heinrich der jüngere ließ den 4. Jul. 1547. eine Forst-Ordnung, Herzog Julius den 20. Oct. 1590. 1) Die Herzoge Rudolph August und Anton Ulrich den 14. Aug. 1686.

ein Forst-Reglement publiciren. Betreffend den Weser-District, ist dieserhalb unter dem 30. März besonders verordnet worden.

1) Fritsch C. Jur. For. P. 3. n. 11. p. 123. Engelbr. d. J. Com. et Brunsv. c. 7. §. 8.

§. 3.

Von Verwaltung der Forsten.

Die Verwaltung der Fürstlichen, der Kloster und der Unterthanen Holzungen, ist dem jedesmaligen Ober-Jägermeister, denen Ober- und Beamten, Kloster-Verwaltern und übrigen Forst-Bedienten solchergestalt anvertrauet worden, daß von keinem derselben, ohne dazu erhaltenen höchsten Befehl einseitig das geringste vorgenommen, oder angeordnet werden darf. An Orten, wo die Aemter und Forsten so weitläufig sind, daß das, so in Forst-Angelegenheiten vorgehet, nicht jederzeit denen Beamten und Forstbedienten zeitig und umständlich bekannt wird, sind die ihnen nachgesetzten Amts-Bediente angewiesen, ihnen das von Bericht abzustatten. Forst-Reglement von 1686. §. 1. Umlauf vom 13. Nov. 1737. Resol. v. 15. Sept. 1741. §. 9. Verordn. vom 9. März 1744.

§. 4.

§. 4.

Von denen vorzüglichsten Pflichten der Forst-Bedienten.

Forst-Bediente sollen mit einer richtigen und gründlichen Beschreibung aller ihrer Aufsicht anvertrauten, sowol herrschaftlichen Forsten als der Bauren-Hölzer, in welcher, in soferne es thunlich, die Stämme nach der Stück-Zahl anzuführen, versehen seyn, die Forstgrenzen mit Mahlbäumen und Mahlsteinen besetzen lassen, die Interessenten dabey vernehmen, alle zwey bis drey Jahr jene besichtigen, sie, falls es nöthig, erneuern, alles gefällte Holz in Gegenwart der Beamten mit der Mahlbarte, auf welcher die Jahreszahl zu bemerken, zeichnen, denen Beamten die Forst-Gefälle zur Berechnung einliefern, darüber Gegenrechnung führen, jährlich dreyimal Holztage abhalten, außer selbigen in Fürstlichen Forsten, ohne besonderen dazu erhaltenen Befehl kein Holz ausweisen, die Gebäude, zu deren Aufführung oder Ausbesserung Holz zu verwilligen, mit Zuziehung der Beamten besichtigen, das Nothdürftige aus gemeiner Holzung, aus denen Fürstlichen Forsten

A 4

sten aber nicht ohne vorhergegangene Anfrage anweisen, dahin sehen, daß es gehörig und zeitig verbauet werde, Eichel-Gärten und Heister-Kämpfe ansetzen, Zuschläge zu rechter Zeit machen und wieder öffnen, Mast, wenn sie vorhanden, mit Zuziehung derselben kundigen Leute besichtigen, darüber einen Anschlag fertigen, und überhaupt sich bemühen, die Forsten in gutem Stande zu erhalten, und zu verbessern. Die Förster sind angewiesen, jeden Monath denen Aemtern die Forst-Broden anzumelden. Forst-Regl. von 1686. Forstbedienten ist durch eigene Pferde Holz und Kohlen zu führen für andere verrichten zu lassen, untersaget. Verordn. vom 31. Jul. 1655.

§. 5.

Von Forst-Tagen.

Nach dem Forst-Regl. von 1686. §. 7. sollen Beamte und Forstbediente jährlich dreymal, auf Bartholomäi, Martini und Lichtmess, Forst-Tage ansetzen. Jezo werden sie jährlich im Wolfenbüttelschen, Schöningischen und Harz-Districten zweymal, als den letzten Dienstag im Monath April, und Dienstages in

in der ersten Woche nach Michaelis abgehalten. Auf denen Herbst-Forsttagen, soll hauptsächlich abgehandelt und ausgemacht werden, was für Hauungen in dem bevorstehenden Winter vorzunehmen, wie viel Holz auf das ganze Jahr bey denen Hofstätten, Magazin, zu Deputaten, Wegeverbesserung, an Bau, Nutzgeräthe, Brennholz, Wasen und sonstigen Verbrauch erforderlich. Auf denen Frühlings-Forsttagen soll angezeigt werden, wie die Hauungen im verwichenen Winter geschehen, ob und wie viel nach Verabfolgung des verwilligten und Deputat-Holzes übergeblieben, was in Rücksicht des Zuschlages, Aufschuung der Gehege und Verbesserung der Forsten in den bevorstehenden Sommer zu beachten. Verordn. vom 3. April 1750. Verordn. vom 20. Jun. 1761.

§. 6.

Von Schonung des Holzes.

Die Fürstlichen, Klöster-, Gemeinde- und Privat-Holzungen sollen gut verwaltet, Verordnungen vom März 1709. vom 1. April 1744. geschonet und verbessert, Forst-Regl. von 1686. §. 14. Zu Erparung des Zaunholzes von

denen Untertanen, an Orten, wo man des steinigten Bodens wegen graben kann, lebendige Hecken gezogen werden. Ein Ackermann ist schuldig jährlich 30, ein Halbspänner 15, ein Rothsaße 10 Ruthen um seine Gärten, zwischen Michaelis und Walpurgis zu setzen, und sich des Zäunens gänzlich zu enthalten, was gegen ihnen das Heckenroden an unschädlichen Orten zu gestatten. Verordn. vom 19. Nov. 1731. vom 19. Jan. 1763. Kirchen-Aecker, Höfe, Wiesen und andere Plätze sollen mit Weller-Wänden versehen, und die um solche sich findenden Zäune nach gerade eingerissen werden. Ref. an das Consilt. vom 10. April 1743. Cons. Aussch. vom 18. Aug. 1743. Ein gleiches ist in Ansehung der Ringmauern um die Dörfer, Ställe und Scheunen verordnet. Verordn. vom 6. May 1744. Aecker sind denen Bäumen nicht zu nahe, sondern wenigstens davon 10 Fuß rings herum, anzulegen. Bei Wege-Besserungen soll mit dem Holze wirthschaftlich verfahren, die Wege über die Hölzer vergraben, mit Schlagbäumen, und zur Warnung mit Wegweiser-Pfählen, besetzt werden. Forst-Regl. von 1686. §. 20. 25. 28. Bei jeglicher Theilung des Unterholzes, sol-

sollen auf jede Ruthe 9 junge Heister stehen bleiben, Verordn. vom 28. Febr. 1645. den Holzverwüstungen äußerst gesteuert, Edict vom 5. Nov. 1638. von 10. März 1712. Mag. zu Br. Ed. vom 31. Jan. 1727. Ziegen nicht ausgetrieben, Land. Ordnung §. 47. grüne Birken-Mayen nicht gehauen, Verordn. vom 29. Aug. 1719. vom 15. Febr. 1762. Gras nicht eher in denen jungen Heien oder Schlaghölzern, bis sie sechs bis sieben Jahre gestanden, geschnitten, Sicheln dazu keinesweges gebraucht, Forst-Regl. von 1686. §. 33. 36. in denen Forsten keine Schwämme, ohne dazu von denen Ober-Forstbedienten Erlaubniß erhalten zu haben, gesucht, Verordnung vom 18. Febr. 1768. die Maulbeer-Bäume nicht beschädiget, Verordn. vom 18. Nov. 1755. das gefällte Bau-, Nutz- und Brennholz mit Sägen geschnitten, nicht gehauen, keine große Stücke gelassen, sondern die Stämme so genau als möglich abgehauen werden. Forst-Reglem. von 1686. §. 23. Es ist strenge verboten Feuer in die Bäume zu machen, selbige hoch oder umzubrennen, unter denen Bäumen Soden zu stechen, Wasen, Plaggen oder Heyde zu mähen, in denen Holzungen neue Wiesen oder

oder Aecker anzulegen, Heister abzuhanen, aus-
 zuziehen, oder zu verderben, fruchtbare oder
 unfruchtbare Bäume zu kreuzen, die Borke zu
 klopfen, abzuschälen oder sonst zu verfehren.
 Forst-Regl. von 1686. §. 17. 18. 19. 24.
 35. Die Schäfer sollen verhüten, daß die
 Schaaf die jungen Weiden nicht abfressen, B.
 vom 21. Jan. 1557. Holzroden an Orten,
 da andere mit dem Holze und Weide berechti-
 get, ist denen Untertanen untersaget, und
 solches nur denen Fürstlichen Aemtern, wenn
 es zu deren sonderbaren Verbesserung gereicht,
 und keinen schädlich ist, verstatet. Landtags-
 Absch. von 1619. Art. 24. Verordn. v. 14.
 Jun. 1709. Im Weser-Districte soll das
 Sommerkorn in Strohseile und nicht in Betten
 von büchenen in jungen Heinen aufgeschossenen
 Reisern gebunden werden. Umlauf v. 27. Aug.
 1744. Wie denn auch in diesem Districte Bes-
 senreise zu schneiden, nicht anders zu gestatten,
 es sey denn, daß in Fürstlichen Forsten, die
 Ober-Forstbediente, in Privat-Holzungen die
 Gerichtsherren solches bewilliget. Verordnung
 vom 13. März 1766.

§. 7.

§. 7.

Von Zapflanzung des Holzes und Anlegung der Eichel-Gärten und Heister-Kämpfe.

Untertanen sollen den Abschlag und Bra-
 den, wenn sie grobes Holz gehauen, ganz
 wegräumen, damit die Heien und Gehäge wie-
 der angeordnet, die jungen Loden desto besser
 anwachsen und ungehindert hervorkommen könn-
 en. Verordn. vom 28. Febr. 1645. Die,
 welchen Bauholz angewiesen, sind verpflichtet,
 für jeden erhaltenen Stamm sechs Söhlinge
 oder junge Heister anzupflanzen, ein jeder Acker-
 mann, in denen mit Holzung versehenen Dör-
 fern, jährlich sechs junge mit beständigen Wur-
 zeln versehene junge Eichen, ein Korhsasse einen
 Eichen- und einen Buchenstamm, in oder bey
 der Gemeinen Holzung oder ihm sonst anger-
 wiesenen Orten zu pflanzen, mit Dargen zu
 verbinden, in Acht zu nehmen, und die aus-
 gegangenen mit andern zu ersetzen. Forst-Regl.
 von 1686. §. 10. 31. Zu bequemer Herben-
 bringung der jungen Stämme, sollen Eicheln-
 und Buchen-Kämpfe angeleget, bezaunet, ge-
 heget, aus solchen einem jeden der Anpflanzer
 jährlich die zu solchem Behuf benötigte Stück-
 Zahl,

Zahl, durch die Beamte, Gerichte oder Förster, angewiesen, die gemeinen Wiesen, Triften oder Weideplätze, an zuträglichen Orten mit Weiden besetzt, diese, wenn sie haubar, zum gemeinen Nutzen verwandt, der Ueberrest unter die Theilnehmer, nach dem Verhältniß, wie ein jeder derselben zur Holz- und Grässehung berechtigt ist, ausgetheilt, Land-Ordn. §. 37. 39. und die Anpflanzung der Weiden, Bäume und Pappeln befördert werden. Verord. vom 3. Jun. 1755. Denen Beamten und Forstbedienten ist befohlen, in Fürstlichen Forsten räumliche, mit guten Boden versehene Plätze mit Heistern zu besetzen. Jeder Obers Förster ist verpflichtet in denen, seiner Aufsicht anvertrauten herrschaftlichen Forsten jährlich sechs Schock Eichen anzupflanzen, woben ihn sich der Herrendienste zu bedienen verstattet worden. Forst-Regl. von 1686. §. 31. 32.

§. 8.

Von Gehägen.

Die Gehäge sollen nicht ehender mit dem Viehe betrieben werden, bis das Gehölz solcher gestalt herangewachsen, daß das Vieh dessen

Giz

Gipfel nicht mehr erreichen, und ihm dadurch keinen Schaden verursachen kann. Zu Vermeidung des denen Hude- und Weide-Interessenten durch die Zuschläge obstehenden Schadens, sollen selbige nicht an einem, sondern an verschiedenen Orten angelegt, vertheilt und sobald es ohne Nachtheil des Holzes geschehen kann, wieder geöffnet werden. Forst-Regl. von 1686. §. 33. 34. Land-Ordn. §. 43. Landtags-Absch. von 1597. Art. 35. Landtags-Absch. von 1682. Art. 29. Ruhhirten und Schäfer sind angewiesen, an Orten, wo die Landesherrschaft und Gemeinen mit der Hude und Weide berechtigt sind, sich der Betreibung der Heide bis dahin, daß sie wieder eröffnet, zu enthalten. Verordn. vom 10. Februar 1703. vom 3. Jun. 1750. Wenn in selbigen durch das Vieh Schaden geschieht, soll Pfande-Geld gegeben werden. Landtags-Absch. von 1597. Art. 14.

§. 9.

Von der Holz-Verwilligung.

Diejenigen Unterthanen, welche Nutz- oder Brennholz aus Fürstlichen Gemeinen,

nem oder Privatholzungen verlangen, sind angewiesen, ihre deshalb einzureichenden Bittschriften jedesmal vor Bartholomäi demjenigen Amte, worunter die Forst, aus welcher es begehret wird, belegen, zu übergeben, es wäre denn, daß Unglücksfälle, als Brandschaden und dergleichen, ihre Gebäude ergriffen, als in welchen Fällen zu jeder Zeit darum nachgesuchet werden kann. Das Amt untersucht alsdann, ob der Bau der Mahrung und des neuen Vermögens: Umständen der Supplicanten angemessen, stellet die Bittschrift einem beehdigten Zimmermeister, um zu prüfen, ob der Bau nothwendig, und wie viel Holz dazu erforderlich sey, zu, nach dem von diesem abgestatteten Gutachten bemerkt er unter der Bittschrift das Nöthige, schicket diese dem Ober: Forstbedienten, und selbiger solche dem Fürstlichen Cammer 14. Tage vor den angeetzten Herbst: Forsttagen zu. Verordnung vom 3. April 1750. vom 20. Jun. 1761. Das zu verwilligende Bauholz soll nicht zu Leibzucker: Wohnungen und unnöthigen Gebäuden, sondern allein zu Wohnhäusern und Scheunen auf denen Höfen verwandt werden. Die Beamte sind angewiesen dafür einzustehen, daß es zu Dero

Dero Befehl verbauet werde, und ums dritte Jahr mit Zuziehung der Forstbediente solches an Ort und Stelle, auch in was für einem Stande sich der Hinterlassen Gebäude befinden, zu untersuchen. Verordn. vom 20. Oct. 1699. Betreffend die Holzverwilligung für die Unterthanen im Weser: Districte, ist dieserhalb unter den 22. Febr. 1769. besonders verordnet worden.

§. 10.

Von Anweisung des Holzes.

Zu denen Holz: Anweisungen sind Ober: und Beamte mitzuziehen. Uml. vom 13. Nov. 1737. Förster sollen denen Unterthanen, die eigene Holzung haben, auf Vorzeigung eines obrigkeitlichen Scheines, worin anzumerken, wozu sie des Holzes bedürfen, das verwilligte Holz anweisen, von ihnen für Stammgeld keine, wenn sie aber aus Fürstl. Forsten Stammholz erhalten, nicht mehrere Gebühren, als von Alters her üblich gewesen, nehmen. Landtags: Abschied von 1682. Art. 29. Das angewiesene Brennholz und Wasen, sollen aus Fürstlichen und Privat: Holzungen, bey dessen

Verlust, vor Bartholomäi, Bau- und Nutzholz aus herrschaftlichen und gemeinen Holzungen vor Ende Junii, aus denen Privat-Holzungen vor Bartholomäi abgefahret werden. Verordn. vom 15. Febr. 1762. Verordnung vom 24. Jan. 1764. Keinem der Holz-Interessenten ist verstattet, seine ihm zugefallene Holztheilung im Holze zu verkaufen, oder einem andern zu überweisen, sondern ist angewiesen, solche auf seinen Hof zu fahren, und alsdann ist ihm erst verstattet, das entbehrliche andern zu überlassen. Verordnung vom 27. May 1744.

§. II.

Vom eigenen Hiebe.

Keiner soll in Fürstl. Kloster- oder Privat-Holzungen ohne besondere Erlaubniß und vorgängige Anweisung des jeden Orts bestellten Ober- und Forsters hauen, Verordn. vom 28. Febr. 1645. §. 1. 4. Landordn. §. 42. Forst-Regl. von 1686. §. 26. es sey denn, daß er den eigenen Hieb durch Gnaden-Briefe erhalten, oder sonsten rechtlicher Art nach, hergebracht habe; Recess von 1614.
Wie

Wie denn auch die Landesherrschaft versprochen, Stände und Unterthanen bey ihren Rechten gegen alle Beeinträchtigungen der Beamte und Forstbediente zu schützen. Landtags-Absch. von 1682. Art. 12.

§. 12.

Von der Mast.

Ober- Beamte und Forstbediente sollen, so ofte Mast vorhanden, solche und zwar ein jeder derselben besonders, mit Zuziehung mastverständiger Leute zu rechter Zeit besichtigen, davon einen Anschlag machen, und diesen vier Wochen vor Michaelis gehöriges Orts einschicken. Die Schweine sollen verzeichnet, gemahlet, nicht über die bestimmte Zahl in die Mast getrieben, und in selbige kein fremdes Vieh aufgenommen werden. Die Gemeinen sind angewiesen, die Schweine nach Gelegenheit und Größe der Dörfer, und nachdem viele oder wenige in selbige einzunehmen, vor einen, zwey oder drey Hirten, und die Fehm-Schweine nicht außer Landes treiben zu lassen. Die Hirten sind schuldig für die vermisseten Schweine einzustehen, und deren Eigenthümer dieserhalb
B 2 schad-

schadlos zu halten. Zu besserer Benutzung der Mast, soll keiner Eichen, Büchen und wild Obst, als Äpfel, Birnen, Nüsse von denen Bäumen schütteln oder schlagen, sie auch nicht im eigenen Holze auflesen. Forst-Reglem. von 1686. §. 40. bis 46. Landordn. §. 38.

§. 13.

Von Forst-Gerichten und Wrogen.

Die Forstbedienten sollen denen Beamten, Abgten und Gohgrefen bruchfällige Verbrechen ungesäumt melden, diese die Frevel der Einheimischen sofort untersuchen, Auswärtige unter der Gerichtsbarkeit der Klöster, der vom Adel, und der Städte gefessenen und unter fremde Hoheit gehörenden Forst-Delinquenten auf frischer That pfänden, und vorkommenden Umständen nach, ungesäumt strafen. Ueber die Wrogen ist ein Register, mit Benennung des Bruchfälligen und dessen Vergehens zu fertigen, um Trinitatis zu schließen, dessen Inhalt jeden Dorfs Einwohnern, die sich eines solchen Vergehens theilhaft gemacht, unter des Landes-Commissarii Unterschrift bekannt zu machen, und das Forst-Gericht jährlich zwischen

den der Heu- und Kornernte abzuhalten. Auf diesem sollen die Wrogen, nach Vorschrift der Landesordnung nicht über die Gebühr bestimmt, Landtages-Absch. von 1682. Art. 28. und solche zur Zeit, da der Landmann noch Korn in der Scheune hat, bengetrieben werden. Verordn. vom 31. März 1711. Wenn ganze Heerden Vieh, oder ein Theil derselben zu Schaden hüten, sind solchen die Gemeinen, oder des Viehes Eigenthümer zu vergüten schuldig. Verordn. vom 10. Febr. 1703.

2. Kapitel.

Vom Jagd-Rechte.

§. I.

Vom Wildban.

Die hohe forstliche Obrigkeit begreift außer der Forst, S. ob. 1. Kap. §. 1. den Wildban oder das Eigenthum über alles Wild im Walde, das Recht selbiges zu hagen, Jagd-Ordnungen zu machen, und deren Uebertreter zu bestrafen, auch die Jagd-Gerechtigkeit in

sich, die in der Befugnis bestehet, Wild zu fahen. Das Sprichwort: wer darf jagen, darf hagen, findet nicht bey Privat-Personen, die mit der Jagd berechtiget, sondern einzig und allein bey dem Landesherrn Anwendung. 1)

1) Jargow. von Regalien, L. 2. C. 5. §. 14. Hert. d. paroem. L. 2. par. 7. §. 1.

§. 2.

Von Jagd-Ordnungen allgemein.

Die Jagd-Ordnungen sind unter der Regierung Herzogs Heinrich des jüngern, den 4. Aug. 1559. und Herzogs Julii den 1. Dec. 1603. erlassen, letztere ist nicht durch den Druck bekannt gemacht worden.

§. 3.

Von denen unterschiedenen Arten der Jagden.

In hiesigen Landen wird die Jagd in die obere und untere eingetheilt. Zu jener gehören Hirsche, Thiere, Rehe, Sauen, Bären, Auers-haynen, Trappen, Birkhähne und Wasanen, zu dieser, Hasen, Haselhühner, Rebhühner, Wach-

Wachteln, Waldschneppen und wilde Enten. Unter der Mit- und Koppeljagd ist kein Unterschied. Die Vorrjagd stehet dem Landesherrn zu, der sie durch einen Hef-Jäger exerciret.

§. 4.

Von des Landesherrn privativen Jagd-Gerechtigkeit.

In Fürstlicher Hoheit und Gehölzen, wo der Landesherr allein zur Jagd berechtiget ist, soll sich ein jeder des Kurens, Fangens der Hasen, des Feder-Wildpreys, Verordn. vom 4. Aug. 1559. vom 20. Febr. 1617. Stellens und Jagens nach Wildpret, Verordn. vom 27. Jul. 1564. vom 20. Jul. 1565. vom 14. Oct. 1567. des Hefens, Lauschens, Weis-berwerkes, Verordn. vom 30. Jul. 1581. und des Schießens im Felde, der Wildbahn und Gehäge enthalten. Verordn. vom 19. Nov. 1732. Die Landesherrschaft hat versprochen, die Wildban dergestalt ferner bleiben zu lassen, daß Ständen und Unterthanen sich desfalls zu beschweren keine Ursache haben mögen. Land-Priv. von 1770. Art. 36.

§. 5.

Von der Unterthanen Jagd-Gerechtigkeit.

Die Jagd-Gerechtigkeit gehört zu denen Regalien, deren Besitz die Unterthanen fähig sind. In dem Landtags-Abschiede von 1597. Art. 38. ist dieserhalb versehen: daß diejenigen, die von Alters her, solche bey lebender Menschen Gedenken rechtmäßiger weise exerciret, dabey hinführo an Erben und Orten, da, wie und auf was Weise ein Jeder solche hergebracht, zu lassen, jedoch selbige zu rechter Zeit, und ohne Jemanden im Felde Schaden zuzufügen, ausüben, die aber, welche berührter Gestalt mit Jagden nicht berechtiget, sich deren in keine Wege unternehmen, sondern solcher enthalten sollen, und in dem Landtags-Abschiede von 1619. §. 33. Land-Priv. von 1770. Art. 35. daß keiner in possessione vel quasi des Jagens in einigerley Weise, es sey durch Setzung der Gehägen Pfähle, oder auf andere Art beeinträchtigt werden; dagegen sich ein Jeder des Jagens, Hezens, Kurens, Kreuzens, Stellens oder Schießen auf unbefugte Weise und zur un rechten Zeit, denen Jagd- und Forstordnungen zuwider, enthalten solle. Diejenigen, die mit der Unter-

Jagd

Jagd berechtiget sind, dürfen keine Schießhütten und Luderstätte anlegen. Verordnung vom 20. Febr. 1617. vom 16. Oct. 1711. vom 3. Nov. 1767.

§. 6.

Von Verfolgung des angeschossenen Wildprets.

Befage Landtags-Abschied von 1682. Art. 23. war denen Jagd-Interessenten versprochen, wegen Verfolgung des angeschossenen Wildes und Ueberjagens mit Hunden Verordnung ergehen zu lassen. In dem Landtags-Abschied von 1770. Art. 54. ward dieserhalb festgesetzt: Es solle in herrschaftlichen und adelichen Jagd-Revieren, derjenige Schütze, der ein Stück Wildpret angeschossen, und es in das andere Revier hineinführet, den Anschuß mit einem Bruche bemerken, solchen, und die Flucht über die Grenze dem benachbarten Jäger zeigen, dieser ihm sodann gestatten, es mit dem Schweißhunde zu verfolgen, wie er es binnen vier und zwanzig Stunden habhaft werden kann; der requirirte Jäger solle den verfolgenden Jäger hierbey überall begleiten, und dieser den

Schweißhund nicht eher lösen, bis er nicht wahrscheinlich hoffen kann, daß der Hund das angeschossene Wild bald fangen, oder wenigstens stellen werde, in welchem Falle ihm nachzulassen sey, solches völlig todt zu schießen. Wenn das Wild gestürzet, solle der requirirte Jäger es dem verfolgenden, nach vorgängiger Meldung an den Revier-Förster, verabfolgen lassen; Sey aber zu befürchten, daß ein angeschossenes Wildpret dadurch, daß die Meldung vor dessen Verabfolgung geschehen müsse, unbrauchbar werden könnte, so solle das Wild dem anschießenden Jäger sogleich frey bleiben, jedoch daß die Meldung gleich nachher geschehe. Hierbey hat sich die Landesherrschaft vorbehalten, daß wenn sie selbst, oder einer Höchstbero Durchlauchtigsten Angehörigen dabey gegenwärtig seyn würden, auf obgedachte Vorschriften keine Rücksicht zu nehmen sey.

§. 7.

Von der Häge- und Sehe-Zeit.

Behuf der Wildban, sollen Derter in des Landesherrn eigenen, der Klöster, Städte und Dorfschaften Holzungen, wo es von Alters her

ge-

gebracht, oder von neuen verglichen werden mögte, ins Gehäge geschlagen, und mit keinem Viehe betrieben werden. Forst-Regl. von 1686. §. 49. Die zur Jagd Berechtigten sollen sich, bey Strafe des Verlustes ihrer Jagd-Berechtigung, von Lichtmess bis Bartholomäi, welche Zeit nach dem alten Calender vom dreizehnten Februarii bis den vierten September zu berechnen, Verordn. v. 2. Aug. 1719. des Jagens, Schießens, Hetzens und Nachstellens des großen und kleinen Wildprets enthalten, B. v. 28. Ap. 1697. v. 16. Oct. 1711. v. 2. Aug. 1719. welchen Termin die Ritterschaft im Fürstl. Amte Campen gleichfalls zu beachten angewiesen worden. B. vom 28. Jan. 1709. Hirsche sollen nur zwischen Pfingsten und Michaelis, Sauen zwischen Michaelis und Wehnachten geschossen werden. Ed. v. 15. März 1608. B. v. 9. Nov. 1611. v. 6. Oct. 1612. v. 28. April 1697. Keiner darf Federvieh in der Brutzeit fassen, B. 28. April 1697. Fasanen in der Heckezeit stören, an ihren Eiern und jungen Brut sich vergreifen, sie mit Netzen, Garn, oder auf andere Weise nachstellen oder fangen, B. v. 20. März 1734. Berg-Hasel- oder Rebhühner-Eier junge Drosseln, Schnarren oder andere grobe

Wö-

Vögel ausnehmen. W. v. 6. März 1766. Landt. Ordn. §. 46. Wildgehäge sollen mit keinem Viehe betrieben, Verord. vom 3. April 1654. von Fastnacht bis Jacobi keine Schweine in Forsten und Holzungen, worin die Landesherrschaft mit der Wildban berechtigt ist, geduldet, W. v. 2. März 1706. und bey der Geze: Zeit die Hunde der Bauren und Schäfer angeleget werden. Forst-Regl. von 1686. §. 30.

§. 8.

Von Gehäge-Pfählen.

Forstbediente sollen in allen Forsten, wo es nöthig, Gehäge-Pfähle setzen, Forst-Regl. von 1686. §. 48. mit Blechen versehen, und auf diese die Strafen bemerken lassen, die auf unerlaubter Weise geschossenes Wildpret und Fiedervieh gesetzt worden, als:

Auf einen Hirsch	—	—	100	Rthlr.
— ein Thier	—	—	100	—
— — Wild-Kalb	—	—	100	—
— einen Auerhahn	—	—	100	—
— eine Trappe	—	—	100	—
— ein wildes Schwein	—	—	60	—
— einen Fröschling	—	—	60	—
— ein Reh	—	—	60	—

Auf

Auf einen Hasen	—	—	30	Rthlr.
— — Birkhahn	—	—	30	—
— ein Haselhuhn	—	—	30	—
— — Rebhuhn	—	—	20	—
— eine Holschneppe	—	—	10	—
— — Wasserschneppe	—	—	5	—
— einen Wasservogel	—	—	5	—
— eine Wachtel	—	—	5	—
— — wilde Gans	—	—	10	—
— — wilde Ente	—	—	5	—

§. 9.

Von Schonung des Wildprets.

Denen Unterthanen ist verstatet das Wildpret, jedoch ohne deren Beschädigung, abzuschrecken, Landt. U. v. 1597. A. 35. Land. D. §. 45. denen Gemeinen, deren Feldmark vor Gehölzen vorbeziehet, Feldhüter zu halten, die das sich bey Nacht auf denen Feldern einfindende Wild vertreiben, und denen Hüttern, mit hangenden Knitteln versehene Spitz- oder Isländische Hunde bey sich zu führen. W. v. 14. Sept. 1767. Wie denn auch befohlen, denen Hunden auf dem platten Lande Schleif- oder Querknittel einzubinden. W. v. 27. Jul. 1564. v. 19. Dec. 1637. v. 3. Aug. 1693. v. 27. Nov. 1695. v. 11. Jun.

II

1717.

1717. Forst-Regl. v. 1686. §. 51. Damit unter dem Vorwande todtegefundenen Wildpreys allem Unterschleife vorgebeuet werde, dürfen Förster und Schützen sich dessen nicht ehender anmaassen, bis sie solches dem Amte, wohin die Wildban gehöret, angezeigt, und desfalls Verordnung erfolgt ist. B. v. 16. März 1640.

§. 10.

Von der Jagd-Folge und Frohnen.

Die Hinterlassen der Ritterschaft sollen von denen Forstbedienten nicht wider das Herkommen, und nur in soferne die Fürstl. Cammer sie zu fordern berechtiget, und diese sich in dem Besitze dieser Befugnis befindet, zur Jagdfolge angehalten, Landt. A. v. 1597. A. 6. v. 1682. A. 23. v. 1770. A. 53. die, welche statt der Jagdfrohnen ein gewisses Geld gegeben, bey diesem Rechte gelassen, und darüber mit Frohnen oder mehrerem Gelde nicht beschweret werden. An Orten, wo die Unterthanen statt der Jägerzehrung das sogenannte Jägergeld gegeben, bleibet es bey dem Herkommen, es soll nicht gesteigert, auch nicht von Dorfschaften gefordert werden, die davon befreyet geblieben. Landt. A. v. 1597. A. 6. Landpr. v. 1770. A. 37. 38.

II.

Vom

Consistorial- und Kirchen-Rechte.

I n h a l t.

1. Kapitel. Von dem jure circa sacra und der geistlichen Gerichtsbarkeit.
2. Kapitel. Vom Fürstlichen Consistorio.
3. Kapitel. Von geistlichen Unter-Gerichten.
 - §. 1. Von dem geistlichen Unter-Gerichte zu Braunschweig.
 - §. 2. Von dem Convente zu Thedinghausen.
4. Kapitel. Von Besetzung der Kirchen-Aemter.
5. Kapitel. Vom Patronat-Rechte.
6. Kapitel. Von denen Amts-Pflichten geistlicher Personen.
 - §. 1. Von Superintendenten.
 - §. 2. Von Predigern.
 - §. 3. Von Opfer-Leuten, Küstern und Altaristen.
7. Kapitel. Von denen vorzüglichen Rechten der Pfarrer, Pfarr-Wittwen, Opfer-Leute und Küster.
8. Kapitel. Von der christlichen Lehre.
9. Kapitel. Von tolerirten Religionen.
 - §. 1. Von Protestantisch-Reformirten.
 - §. 2. Von Katholiken.
10. Kapitel. Von Synoden und Colloquien.
11. Kapitel. Vom Gottesdienste.
12. Ka

12. Kapitel. Von Sacramenten und Kirchen-Gebräuchen.

- §. 1. Von der Taufe und Einsegnung der Sechswöchnerinnen.
- §. 2. Von Confirmation der Kinder.
- §. 3. Von der Beichte.
- §. 4. Von der Kirchenbusse.
- §. 5. Vom heiligen Abendmahl.
- §. 6. Von Begräbniß.

13. Kapitel. Von Kirchen-Gütern.

- §. 1. Von Corpore bonorum.
- §. 2. Von Verwaltung der Kirchen-Güter.
- §. 3. Von Kirchen-Rechnungen.
- §. 4. Von Kirchen-Visitationen.
- §. 5. Von ihrer Contributions-Freyheit.
- §. 6. Von freyer Bestellung ihrer Aecker.
- §. 7. Von ihren Vorzügen bey entstandenen Rechts-Streiten.
- §. 8. Von der ihnen zustehenden Hypothek.

14. Kapitel. Von milden Stiftungen.

15. Kapitel. Von Schul-Anstalten.

16. Kapitel. Von Verlöbniß und Ehe-Sachen.

- §. 1. Von Verlöbniß.
- §. 2. Vom Aufgebote.
- §. 3. Von Copulationen.
- §. 4. Von Ehe-Scheidungen.

I. Kapitel.

Von dem Jure circa Sacra und der geistlichen Gerichtsbarkeit.

Das jus circa Sacra nebst dem daraus fließenden bischöflichen Rechte stehet denen protestantischen Reichs-Fürsten, mit Ausschließung des Papstes, der Bischöfe, des Kaisers und der höchsten Reichsgerichte zu. Nachdem sich bey der Reformation Lutheri ein großer Theil der Reichsstände der päpstlichen und bischöflichen Kirchenmacht entzogen, im Jahre 1530. auf dem Reichstage zu Augsburg ihre Glaubenslehren abgehandelt, sich zu selbigen öffentlich bekannt, und dieserhalb im Jahre 1552. zu Passau einen Vertrag errichtet, ward in dem 1555. erfolgten Religions-Frieden festgesetzt: „damit selbiger desto beständiger aufgerichtet und erhalten werden möge, so sollen Sr. Kaiserlichen Majestät, Churfürsten, Fürsten und Stände des heiligen Reichs einen Stand desselben, von wegen der Augsburger

E 2

„schen Confession, und derselben Lehre, Religion und Glaubens halber mit That gewaltsamer Weise überziehen, beschädigen, vergewaltigen, oder in andere Wege wider seine Consistenz, Gewissen und Willen, von dieser Augsbургischen Confessions-Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, ob sie aufgerichtet, oder nachmals aufrichten mögten, in ihren Fürstenthumen, Landen und Herrschaften dringen, durch Mandat, oder einiger anderer Gestalt beschweren, oder verachten, sondern bey solcher Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, oder Ceremonien, auch ihrem Habe, liegend, oder fahrend, Land, Leuten, Herrlichkeiten und Gerechtigkeiten, ruhiglich und friedlich bleiben lassen; und soll die streitige Religion nicht anders, denn durch christliche, freundliche, friedliche Mittel und Wege, zu einheligen christlichen Verstand und Vergleichung gebracht werden, alles bey Kayserlichen und Königlichcn Würden, Fürstlichen Ehren, wahren Worten und Poen des Landfriedens. Und wegen der geistlichen Gerichtsbarkeit verabschiedet: „damit auch beydersseitige Religions-Verwandte so viel mehr in beständigem Frieden

„den und guter Sicherheit gegen und bey einander sitzen und bleiben mögen, so soll die geistliche Jurisdiction, doch denen geistlichen Churfürsten, Fürsten und Ständen, Collegien, Klöstern und Ordensleuten an ihren Renten, Gült, Zins und Zehenden, weltlichen Lehnenschaften und andern Rechten und Gerechtigkeiten, wie obstehet, unvergriffen, wider der Augsburgischen Confessions-Religion, Glauben, Bestellung der Ministerien, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen und Ceremonien, so sie aufgerichtet, oder aufrichten mögten, bis zu endlicher Vergleichung der Religion nicht exerciret, gebraucht oder geübet werden, sondern derselbigen Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuchen, Ordnungen, Ceremonien und Bestellung der Ministerien, wie hievon nachfolgens ein besonderer Articul gesetzt, ihren Gang lassen, und kein Hinderniß oder Eintrag dadurch beschehen, und also hierauf, wie obgemeldet, bis zu endlicher christlicher Vergleichung der Religion, die geistliche Jurisdiction ruhen, eingestellt und suspendiret seyn und bleiben. Aber in andern Sachen und Fällen, der Augsburgischen Confessions-Religion, Glauben, Kirchen-Gebräuche, Ordnungen,

„gen, Ceremonien, und Bestellung der Ministerien nicht anlangend, soll und mag die geistliche Jurisdiction durch die Erz-Bischöfe, Bischöfe und andere Prälaten, wie deren Exercitium an einem jeden Orte hergebracht, und sie deren in Uebung, Gebrauch und Possession sind, hinführo wie hithero unverhindert exerciret, geübet und gebraucht werden.“ 2)

Bei dem Donabruggischen Friedens-Schlusse ward dieses anderweit genehmiget, da es in solchem heisset; „pax religiosa — in omnibus suis capitulis — — rata habeatur, sancte, — — que et inviolabiliter fervetur.“ 3) mit dem Zusatz: „jus dioecesanum et tota jurisdictio cum omnibus suis speciebus contra augustanae confessionis electores, principes, status, comprehensa libera imperii nobilitate, eorumque subditos, tam inter catholicos et augustanae confessionis, quam inter ipsos solos augustanae confessionis status usque ad compositionem christianam dissidii religionis suspensa esto.“ 4)

Diesemnach haben die evangelischen Fürsten die Gewalt den Gottesdienst quoad cultum externum einzurichten, Kirchengebete vorzuschreiben, Buß, Beth, Fasttage und Dankefeste an-

anzuordnen, den Druck der gegen die Religion etwas enthaltenden Bücher zu verbieten, Sinden zu halten, Pfarrer und Kirchendiener anzustellen, sie einstweilen oder gänzlich ihres Dienstes zu entlassen, die Kirchen zu visitiren, deren Güther zu verwalten, über Klöster, Hospitäler und milde Stiftungen Aufsicht zu haben, Schulen anzuordnen, in Ehesachen zu erkennen und geistliche Gerichte zu bestellen, die in ihren Nahmen die Bischöfliche Rechte beachten und in streitigen Sachen Recht sprechen. Die von ihnen zu treffenden Verfügungen müssen aber keinesweges der geoffenbarten Religion, und dem allgemeinen Staats-Rechte, oder denen dieserhalb mit ihren Land-Ständen errichteten Verträgen zuwider seyn. Das Jus reformandi steht denen Reichsfürsten, wenn sie und ihre Unterthanen gleicher Religion zugethan sind, jure superioritatis zu. Bei dem Donabruggischen Schlusse ward diesermwegen festgesetzt: „quantum deinde ad comites, barones, nobiles, „vasallos, civitates, fundationes, monasteria, „commendas, communitates et subditos, statibus immediatis, sive ecclesiasticis, sive secularibus, subjectos pertinet: cum ejusmodi statibus immediatis cum jure territorii et superioritatis ex communi per totum imperium hactenus „un-

„usitata praxi, etiam jus reformandi exercitium
 „religionis competat, ac dudum in pace religionis
 „taliū statuum subditis, si a religione domini ter-
 „ritorii dissentiunt, beneficium emigrandi con-
 „cessum, insuper majoris concordiae inter status
 „conservandae causa, tantum fuerit, quod nemo
 „alienos subditos ad suam religionem pertrahere,
 „eave causa in defensionem aut protectionem sus-
 „cipere, illisve ulla ratione patrocinari debeat:
 „conventum est, hoc ideo porro quoque ab utrius-
 „que religionis statibus observari, nullique statui
 „immediato jus, quod ipsi ratione territorii et
 „superioritatis in negotio religionis competit, im-
 „pediri oportere.“)

Das dem Oberhaupte des teutschen Kei-
 ses von denen Ständen eingeräumte Jus pri-
 mariarum praecum 1) findet bey denen Braun-
 schweigischen mediaten Stiften, da jenes sich
 anno normatico nicht in dem Besitze, solches
 bey selbigen auszuüben befunden, keine An-
 wendung.

- 1) Reliq. Fried. od. R. Absch. v. 1555. 13.
- 2) Reliq. Fried. od. R. Absch. v. 1555. §. 20.
- 3) Instr. pac. Osnabr. Art. 5. §. 1.
- 4) Instr. p. Osnabr. Art. 5. §. 48. XVI.
- 5) Instrum. pac. Osnabr. Art. 1. §. 30.
- 6) Instrum. pac. Osnabr. Art. 1. §. 26.

2. Kapitel.

Vom Fürstlichen Consistorio.

Da ich bereits im 1. Theile 2. Abhandlung
 3. Kap. 4. §. von des Fürstl. Consistorii Bes-
 setzung, Einrichtung und Gerichtsbarkeit gehan-
 delt habe, so beziehe ich mich dieserhalb zu
 Vermeidung unnützer Wiederholungen auf an-
 geführte Stelle.

3. Kapitel.

Von geistlichen Unter-Gerichten.

§. 1.

Von dem geistlichen Unter-Gerichte zu
Braunschweig.

Zu Braunschweig ist ein geistliches Unter-Gericht. Es wird mit dem dortigen regierenden
 Bürgermeister, Superintendenten, Senior des
 Ministerii und Stadt-Syndico besetzt, und
 monatlich einmal gehalten. Es gehören vor
 solches alle Kirchensachen, Verordnung vom
 10. Dec. 1700. Rescr. an das Consist. vom
 28. Nov. 1708. Es darf aber nicht bey

Verheyrathungen in verbotenen Graden der Verwandtschaft oder andern Fällen dispensiren. Verordnung vom 23. Oct. 1720. Rescr. an das Consist. vom 24. Nov. 1730. Es besucht, prüfet und ordiniret die Pfarrer bey der Martini und Catharinen Kirche, führet auch die andern Stadt-Prediger ein, die von der Landesherrschaft solchem Amte befördert oder von Patronen dazu präsentiret worden, Regl. vom 27. Aug. 1697 und zeigt solches dem Fürstlichen Consistorio zu Wolfenbüttel an, damit selbiges wegen der von ihnen abzuleistenden Erb-Huldigung und der von ihnen zu unterschreibenden symbolischen Bücher, die nöthige Verfügung treffen könne. S. angezogenes Reglem. Es visitiret die Kirchen der Stadt und der von ihm abhängenden Pfarldörfer. Rescr. ad Consist. vom 12. April 1709. 10. Jan. und 18. May 1720. Bey denen Visitationen der Stadtkirchen hat der Superintendent den Vorſiß, und geschehen solche im Beyſeyn ihres Obervorsiehers, welches Amt bey jeder Stadtkirche einer der Bürgermeister verwalтет. Das geistliche Gericht erkennet in Personellen gegen ihre Kirchen- und Schuldiener angebrachte Klagen und in Eheſachen. Sie haben ihren eigenen

nen Fiscum, wozu die von besagtem Unter-Gerichte erkannten Geldstrafen gehören. Rescr. ad Consist. vom 3. Jan. 1716. Es ist dem Fürstl. Consistorio zu Wolfenbüttel völlig subordiniret. Die Kirchenordnung ist im Jahre 1531. durch Johann Bugenhagen, durch den Druck bekannt gemacht worden.

S. 2.

Vom geistlichen Convent zu Thedinghausen.

Zu Thedinghausen ist ein geistlicher unter der Aufsicht des Fürstlichen Consistorii zu Wolfenbüttel stehender Convent. Das die dasigen Kirchen angehende Reglement ist vom 11. May 1698. In dem darauf folgenden Jahre ist solches in Ansehung einiger Puncte erläutert worden. S. Acten des Consistorii, des Pastoris Schmidt Einführung betreffend.

4. Kapitel.

Von Besetzung der Kirchen-Ämter.

Wenn eine Pfarre erlediget, so soll Superintendens zeitig Vorsehung thun, daß das Kirchen-

benannt in allen Stücken von denen benachbarten Predigern, bis zu deren Wiederbesetzung wohl verrichtet werde. Kirchenordn. 1. Theil 2. Kap. §. 1. Hängt die Verleihung von der Landesherrschaft ab, so soll Fürstl. Consistorium bey dem dieserhalb zu thuen den Vorschlage, wenn die Pfarre ziemlich einträglich ist, vorzüglich auf einen um die Kirche sich verdienet gemachten Landprediger, und wenn er zu einer Veränderung nicht geneigt, auf den geschicktesten Collegiaten des Klosters Niddagshausen Rücksicht nehmen, ib. §. 4. Verordn. vom 28. Febr. 1704. Wenn davon dem Landesherrn Bericht erstattet, oder bey einer Patronat-Pfarre die Präsentation geschehen, und die höchste Genehmigung erfolget, muß Candidatus zuörderst glaubwürdig beybringen, daß er einen guten christlichen Wandel geführet, auf der Universität zu Helmstädt denen Theologischen Wissenschaften obgelegen, und ein Mitglied des dasigen Prediger-Collegii gewesen. Hierauf wird selbiger examiniret, woben zu erforschen, ob er dern Grundsprachen kundig, ihm der Inhalt der symbolischen Bücher völlig bekannt sey, die der Gemeinde vorzutragenden Glaubenslehren und Lebenspflichten gründlich, voll-

vollständig in ihrem Zusammenhange wisse, er solche und was zu der Heilsordnung gehöret, gründlich und deutlich lehren, und auf die unterschiedenen Umstände, der eine Gemeinde ausmachenden Personen anwenden könne, zu welchem Ende mit ihm einige practische theologische Sätze durchzunehmen, bey welchen er die Verbindung mit andern Stellen der heiligen Schrift zeigen und die Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen durch biblische Aussprüche erweisen muß. Hiernächst wird er geprüft, ob er der Polemic und Kirchen-Geschichte kundig und zu catechisiren Fähigkeit besitze, Verordn. vom 3. Jun. 1707. 30. Oct. 1745. 19. Dec. 1750. Kirch. Ordn. 1. Theil Kap. 4 §. 10. Mit denen, so aus andern Landen zum Predigtamt berufen, und mit denen zu translocirenden Predigern wird nur ein Colloquium gehalten, Verordn. vom 19. Dec. 1750. Rescr. ad Consist. vom 17. Oct. 1755. Kirch. Ord. 1. Th. Kap. 2. §. 3. Wird nun Candidatus oder der Berufene tüchtig befunden, soll Superintendens des Orts ihn zu Abhaltung einer sogenannten Probepredigt in der eröffneten Kirche anweisen, vernehmen, ob die Gemeinde mit seinen Gaben ziemlich zufrieden, wenn dieses ist,

ist, sie an die gewöhnliche Vocation erinnern, und darauf Fürstlichen Consistorio Bericht abstaten. Kirchen-Ordn. 1. Theil Kap. 1. §. 3. Wenn nun selbiges ihm den Erb-Eulbigungs- und Dienstend abgenommen, und von ihm die symbolischen Bücher unterschrieben, trägt es dem General-Superintendenten dessen Ordination auf. Dieser verrichtet solche in der Hauptkirche zu Wolfenbüttel in der daselbstigen angestellten, und da etliche derselben krank oder abwesend, in zweyen aus der Nachbarschaft dazu berufenen Prediger Gegenwart, an einem Sonntage oder in der Woche nach der Predigt, oder Beichtstunde, auf Art und Weise, wie die Kirchen-Agende pag. 89. solches besaget. Die Einführung in das Kirchenamt geschieht durch den Superintendenten des Orts, in Beyseyn des Gerichtsherrn oder Beamten und Magistrates und eines benachbarten Pfarrers als Zeugen an einem Sonn- oder Festtage, bey versammelter Gemeinde, nach Vorschrift der Kirchen-Agende pag. 94. die Einführung in die Kirchengüter von dem Gerichtsherrn in Gegenwart des Superintendenten, Landt. Absch. von 1601. Die Kosten bey Einführung der Prediger auf dem platten Lande trägt die

Gez

Gemeine. Zwey Drittheile werden nach dem Contributions-Fuße, und ein Drittheil nach einer personellen Taxe auf die Hauswirthe nach ihrem Vermögen, wozu auch die Bemittelten, die sonst von Abgiften frey sind, beyzutragen haben, gesammelt, Verordn. vom 16. Jun. 1750. Bey Translocationen sollen die Reise- und Fuhrkosten mit dem anziehenden Pfarrer vor seinem Antritte behandelt werden, Verordn. vom 16. May 1777. Opferleute und Küster sind, wie es hergebracht, dem Consistorio zu präsentiren, und allererst, wenn sie durch einen von der Obrigkeit ausgestellten Schein, ihren guten Lebenswandel bescheiniget, dem Befinden nach zu bestellen. Consist. Aussch. vom 24. Sept. 1721. 26. Jun. 1732. 28. Nov. 1736. Kirchenordnung 1. Theil Cap. 18. §. 1. Schuldiener werden jederzeit auch bey Translocationen von dem General-Superintendenten, Küster von dem Special-Superintendenten geprüft, Consist. Aussch. vom 19. Febr. 1754. Landtags-Absch. von 1601.

5. Kapitel.

Vom Patronat-Rechte.

Das Patronat-Recht exerciren, außer der Landesherrschaft, verschiedene Collegia, Stifter, Klöster, Städte, Unterthanen und Forensen, die es durch Verdienste um die Kirche, als deren Aufbau, Aussteuer, durch Gnadenbriefe oder dessen Ausübung binnen rechtsverjährter Frist erworben haben. Es besteht in der Befugniß, Kirchendiener zu ernennen, zu präsentiren und zu befehlen, auch Schuldiener zu nominiren. Bey deren Ernennung sind Patroni nicht genau an die Fürstliche Verordnung, Inbalt welcher die Candidaten der Gottes-Gelahrtheit auf der Julius-Carl-Universität zu Helmstädt, ihren Studiis obgelegen haben sollen, gebunden, da die Landesherrschaft denen Ständen die Versicherung gegeben, auf der Patronen Ansuchen dieserhalb zu dispensiren. Die Präsentation muß binnen sechs Monaten, von dem Tage, da die Pfarre erlediget worden, anzurechnen, geschehen, und sind die Superintendenten angewiesen, denen Patronen, die sich bey der Pfarre ereignete Vacanz binnen 14 Tagen, nach deren Entstehung anzuzeigen.

Land.

Landpriv. von 1770. Art. 2. Wird dieser Termin versäumt, dazu keine Frist gesucht und erhalten, übet der Landesherr jure devolutionis das Besetzungs-Recht vor dasmahl aus. Kirch. Ordn. Kap. 2. §. 2. Die Präsentation zu Pfarren, worüber denen Präbsten und Aebten das Patronat-Recht zustehet, ward einige Zeit lang durch Fürstliche Kloster-Rathsstube beachtet, Rescript an das Consistorium vom 18. September 1741. und 24. October 1746. jezo geschieht sie wiederum durch die Prälaten, Landtags-Abschied von 1770. Art. 46. Die Belehnung gehet allererst vor sich, wenn der Präsentirte vom Fürstlichen Consistorio in der mit ihm angestellten Prüfung zum Amte geschickt befunden, dem Gerichtsherrn davon Nachricht gegeben, und bey jenes Ordination nichts weiter zu erinnern gefunden. Patroni haben die Befugniß, wenn der Präsentirte im examine nicht bestehen sollte, einen andern statt seiner in Vorschlag zu bringen, denen Kirchen-Visitationen beizuwohnen, und ihre dabey habenden Bedenken zu eröffnen, Landsch. Priv. von 1770. Art. 2. Verord. vom 1710. vom 28. May 1746. Sind sie zugleich Gerichtsherrn, so nehmen sie die Kirchen-
u. Liebh. Einl. 2r. Lh. D chens

chen-Rechnungen ab, jedoch sind sie angewiesen, selbige denen Visitatoren auf Verlangen vorzuzeigen, und von ihnen nachsehen zu lassen, Rescr. an das Consist. vom 10. Nov. 1710. Consist. Aussch. vom 5. Jul. 1719. auch dem Fürstlichen Consistorio einzuschicken, Rescr. an das Consist. vom 22. Sept. 1717. Patroni dürfen von denen Präsentirten, bey Strafe des Verlustes ihres Patronat-Rechtes, für die Collation nicht mehr, als in denen Landtages-Abschieden festgesetzt worden, nehmen, wie denn auch der Präsentirte, wenn er mehr dafür gegeben, und andere, die von ihm oder von seinen Freunden dafür Geld genommen, ernsthaft bestraft werden sollen. Kirchen-Ordnung 1. Theil Kap. 2. §. 6. Verordnung vom 14. Jun. 1597. Ueblen oder mit Unter-Ge-richten versehenen Patronis ist verstattet, denen von dem Fürstlichen Consistorio mit denen Präsentirten, ihrer Geschicklichkeit wegen, vorzunehmenden Prüfungen, und im Falle sie, als bestellte Kirchendiener, wegen schlechten Lebens-Wandels, ihres Amtes zu entsetzen seyn mögten, denen desfalls mit ihnen vorzunehmenden Verhören beizumohnen. Patroni genießen des Vorzuges, daß ihrer in dem Kir-

chen-

chen-Gebethe gedacht, ihnen ein bequemer Kirchen-Stand und ein Begräbniß angewiesen, bey ihrem Absterben, in Rücksicht des ihnen gebührenden cultus externi das Orgelspielen auf eine Zeitlang eingestellt, Rescr. an das Consist. vom 20. April 1715. und das Trauer-Geldante verstattet wird, Rescr. an das Consist. vom 11. May 1711. Dahingegen lieget ihnen ob, die Kirche, wenn deren Güther und Gerechtigkeiten in Anspruch genommen werden, zu vertheidigen, und in subsidium die Kirche in Bau und Besserung zu erhalten. Mit dem Patronat-Rechte sind in Herzoglichen Landen folgende versehen:

General-Superintendentur Wolfenbüttel.
Stadt Wolfenbüttel.

Kirche.	Pfarr.	Patronus.	Cantor.	Patronus.
Haupt- Kirche BM. Virg.	Gen. Su- perintend.	Serenissi- mus.	Cantor.	Ober und Provisores der Kirche.
— —	Archidiaz.	Sereniss.	Organist.	Desaleich.
— —	Diaconus	Sereniss.	Opferman.	Consistor.
Trinitatis und Guar- nisonkirche	Trinitatis Guarni- sonkirche.	Sereniss. Serenissi- mus.	Cantor. Cantor.	Consistor. Consistori- um.
Johannis- kirche auf der August- Stadt.	— —	Serenissi- mus.	Cantor.	Consistori- um.

Superintendentur Bahrum.

Pfarr.	Patronus	Opferer/ Patronus	Filia.	Patronus	Opferer/ Patronus
Bahrum	Kloster St. Lau- rentii	Consisto- rium	Cram- me	Serenif- simus	Consisto- rium.
Geb- hards- hagen	Serenif- simus. und von Brabel	Consisto- rium	Cal- becht u. Engero- be	Serenif- simus.	Pastor u. Gemeine
Leinde	Serenif- simus	Consisto- rium	Patron- us	Serenif- simus	Consisto- rium
Leben- stätt	von Sa- denstätt.	Pastor u. Gemein-	Heck- te	Serenif- simus	Consisto- rium
Loh- mach- tersen.	Die Ge- meine	Pastor			
Salder	Serenif- simus	Consisto- rium			

Superintendentur Lichtenberg.

Burg- dorf	Serenif- simus	Consisto- rium	Nordt- Affel	Serenif- simus.	Pastor
Bar- becke	Kloster St. Go- dehard vor Hil- desheim	Pastor			
Berl	Serenif- simus	Consisto- rium			
Lichten- berg	Serenif- simus	Consisto- rium	Ober- Frieden	Serenif- simus	Consisto- rium
Leffe	Kirche St. Mi- charis zu Hädesb.	Pastor			

Superintendentur Lichtenberg.

Pfarr.	Patronus	Opferer/ Patronus	Filia	Patronus	Opferer/ Patronus
Wester- Linden	Serenif- simus	Consisto- rium	Opfer- Linden	Serenif- simus	Consisto- rium
Dels- burg	v. Hon- rodt	v. Hon- rodt			
Elper- am weißen Berge	von Cram	von Cram			
Krepp- ner	Serenif- simus	Superin- tend. und Pastor			
Wold- wische	Kloster Lam- springe	Pastor			

Superintendentur Denkte.

Kissen- brück	v. Münch- hausen	v. Münch- hausen	Neien- dorf	v. Lohnei- sen	Pastor
Großen- Denkte	Serenif- simus	Consisto- rium	Kleinen- Denkte	Serenif- simus	Consisto- rium
			Wilmers- Bömer	Desglei- chen	Desglei- chen
Großen- Hinden- de	Serenif- simus	Consisto- rium	Sotmer- Kleinen- Hinden- de	Desgl. Gemeine	Desgl. Gemeine
Nem- lingen	Serenif- simus	Consisto- rium	Wexles- ben	von Schwarz- kop	von Schwarz- kop

Superintendentur Semmenstädt.

Pfarre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Semmenstädt	Dohm- Probst zu Hal- berstadt	Pastor	Tim- mern	Gemeine	Gemeine
Achim	Serenis- simus Kloster Wolstin- gerode	Consistorium Pastor	Calme- Bors- num	Serenis- simus Serenis- simus	Consistorium Consistorium
Heder- her	Dohm- Probst zu Hal- berstadt	Pastor	— —	— —	— —
Selm- städt	Die Ge- meine	Pastor	— —	— —	— —
Großen- Winnigstädt	Kloster Kibbagg- hausen	Kloster	— —	— —	— —
Kleinen- Winnigstädt	Gemeine	Gemeine	— —	— —	— —

Superintendentur Salzbadlum.

Pfarre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Salz- badlum	Serenis- simus	Consistorium	Azum	Serenis- simus	Consistorium
Ahlum	Stifts- Blasi zu Braun- schweig	Pastor	Wen- dessen	Serenis- simus	Consistorium
Apeln- städt	Serenis- simus	Consistorium	Wolzum	Serenis- simus	Consistorium

Su:

Superintendentur Salzbadlum.

Pfarre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Detum	Serenis- simus	Consistorium	Mün- chebahl- berg	Serenis- simus	Consistorium
Deßstädt	von Belt- heim	von Belt- heim	Hem- tenrode	von Belt- heim	— —
Erkerode	Land- commen- thur zu Lucklum	Land- commen- thur zu Lucklum	de Luck- lum	Land- commen- thur zu Lucklum	von Er- kerode
Krem- lingen	von Belt- heim	von Belt- heim	Schü- lenrode	von Belt- heim	v. Krem- lingen
Hözum	Land- commen- thur zu Lucklum	Pastor	— —	— —	— —
Kleinen- Stück- heim	Dohm- Probst d. Stifts St. Bla- si	Pastor	Melme- rode	Kloster Steter- burg	Gemeine

Superintendentur Scheppenstädt.

Pfarre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Scheppen- städt	Serenis- simus	— —	Rübbe- lingen	Kloster Marien- berg	— —
Amles- ben	von Döt- ticher	von Döt- ticher	— —	— —	— —
Berke- lingen	Serenis- simus	Consistorium	— —	— —	— —
Bogtes- badlum	Kloster St. Mi- chaelis in Hildesh.	Pastor	Klein- badlum	Kloster St. Mi- chaelis in Hildesh.	Pastor

D 4

Su:

Superintendentur Scheppensstädt.

Pfarre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Ezum	von der Assenburg	Consisto- rium	Weser- ling	von der Assenburg	Pastor
Ezum	Gemeine	Pastor	---	---	---
Evesen	Serenis- simus	Consisto- rium	Gilzum Hä- chum	---	---
Samb- leben	v. Eram	v. Eram	Kneit- lingen	v. Eram	v. Eram
Schlie- städt	v. Schlie- städt	v. Schlie- städt	Warte	v. Schlie- städt	Consisto- rium
Grosen- Bahl- berg	v. Münch- hausen	Pastor	Wans- leben	v. Münch- hausen	Pastor
Welten	v. Hohn- rodt	v. Hohn- rodt	---	---	---
Uehede	Lands- commen- tur zu Lucklum	Consisto- rium	Kleinen Bahl- berg	von Schwarz- kop	von Schwarz- kop
Wozum	Serenis- simus	Consisto- rium	---	---	---

Superintendentur Thiede.

Thiede	Serenis- simus	Consisto- rium	Das Stift Steter- burg	Serenis- simus	Das Stift Steter- burg
Aders- heim	Serenis- simus	Consisto- rium	Im- mendorf	Serenis- simus	Consisto- rium
Alpse	Gemeine und von Schwarz- kop ab- wechselnd	Pastor und Ge- meine	Wicte	Gemeine und von Schwarz- kop ab- wechselnd	Super- intendent zu Thiede

Eu-

Superintendentur Thiede.

Pfarre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Bed- dingen	Serenis- simus u. das Stift	Superin- tendent u. Pastor	Wet- tenstädt	Serenis- simus u. das Stift	Super- intendent
Seitel- de	Steter- burg ab- w. chs. Das Stift	Consisto- rium	Stids- dien	Steter- burg ab- w. chs. Serenis- simus	Consisto- rium
Halch- ter	St. Ste- terb. abw.	Consisto- rium	Linden	Serenis- sim. u. d. St. Ste- terb. abw.	Pastor
Sauin- gen	Serenis- simus u. das Klo- ster St. Michaelis in Hil- desheim abw. chs.	Pastor	Ußn- gen	Serenis- simus	Consisto- rium
Grosen- Etz- heim	Serenis- simus	Consisto- rium	Leiferde	Serenis- simus	Consisto- rium
Fal- städt	Der Probst d. St. Cy- riaci in Braun- schweig	Pastor	---	---	---

D 5

Eu-

Superintendentur Thiede.

Pfarrre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Büm- messen	Sereni- simus	Consis- torium	Drütte	Consis- torium	Consis- torium
Stadt Braunschweig.					
Super- inten- dentur	Sereni- simus	— —	— —	— —	— —
St. Ulrich- sd. zum Brü- dern	Die Ge- meine	— —	— —	— —	— —
St. Marti- ni	Desglei- chen	— —	— —	— —	— —
St. An- drea	Desglei- chen	— —	— —	— —	— —
St. Ca- thari- nen	Desglei- chen	— —	— —	— —	— —
St. Magni	Desglei- chen	— —	Rühme	— —	— —
Pfahldörfer der Stadt Braunschweig.					
Lehn- dorf	Kloft. St. Crucis v. Braun- schweig	— —	Das Kl. S. Cru- cis vor Brschw. Waten- büttel	Der Con- vent des Klft. St. Crucis v. Delper	Probst des Kloft. St. Cru- cis Pastor
Delper	Sereniff. einmal d. Stf. St. Dlafti in Braun- schweig zweymal	— —	— —	— —	— —

Superintendentur zur Eich.

Pfarrre	Patronus	Opferer Patronus	Filia	Patronus	Opferer Patronus
Den- storf	Sereni- simus	Consis- torium	Lamme	Sereni- simus	Consis- torium
			Kleinen Glei- dingen	Sereni- simus	Consis- torium
Vort- feld	v. Gram	Consis- torium	— —	— —	— —
Tim- merlah	Sereni- simus	Consis- torium	Son- nenberg	Consis- torium	Consis- torium
			Droi- zen	Consis- torium	Consis- torium
Wolken- rode	von We- ferling	von We- ferling	— —	— —	— —
Wet- tenstädt	Sereni- simus und Her- zog Fer- dinand v. Brschw.	Kloster St. Cru- cis vor Braun- schweig	Bechel- de	Sereni- simus und Her- zog Fer- dinand v. Brschw.	— —

Superintendentur Campen.

Deven- rode	v. Grote v. Kiste ben und das Klo- ster Rid- dagsheu- sen wech- feld- weise	Pastor	Bien- rode	— —	Pastor
			Bag- gen	— —	Pastor
Abben- rode	Sereni- simus	Consis- torium	— —	— —	— —

Superintendentur Campen.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
Großen Brunns- rode	v. Bülow	v. Bülow	Kleinen Brunns- rode	—	—
Flecht- dorf	Serenis- simus	Consisto- rium	Veyen- rode	—	Consisto- rium
Gar- dessen	Dohm- Probst zu Halber- stadt	Pastor	Schan- delah	—	Superin- tendent und die Gemeine Pastor
Glen- dorf	von Belt- heim	von Belt- heim	Boims- dorf	Serenis- simus	—
Hörbörf	von Belt- heim	Pastor	—	—	—
Lehre	Serenis- simus	Consisto- rium	—	—	—
Schep- pau	Serenis- simus	Consisto- rium	Noten- kamp	Serenis- simus	Consisto- rium
Wells- merode	Serenis- simus	Consisto- rium	Weddel	Serenis- simus	Consisto- rium

Superintendentur Quernum.

Que- rum	Kloster	Superin- tendens	Kleinen Kiddags- hausen	Kloster Kiddags- hausen	Pfarrre
Honla- ge	Kloster Kiddags- hausen	Kloster Kiddags- hausen	—	—	—
Wasche- rode	Kloster Kiddags- hausen	Kloster Kiddags- hausen	Münche- penstadt	—	Pastor

Cur

Superintendentur Quernum.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
Haut- heim	Serenis- simus	Consisto- rium	—	—	—
Sichte	Serenis- simus	Consisto- rium	—	—	—
Wen- den	Serenis- simus	Consisto- rium	Thune und das Amt Neu- brück	—	—
Wend- hausen	Serenis- simus	Consisto- rium	—	—	—

Superintendentur Wendeburg.

Wende- burg	Serenis- simus	Consisto- rium	Wende- Zelle	Serenis- simus	Consisto- rium
Detmar	Serenis- simus	Consisto- rium	Zwey- dorf	Serenis- simus	Consisto- rium
Dyde- Mühle	v. Oberg	v. Oberg	Gierke	Serenis- simus	Consisto- rium
Weyer- dorf	Kloster Kiddags- hausen	Pastor	Essing- hausen	—	—
Wahle	Stift St. Cy- riaci vor Braun- schweig	Super- inten- dens	Har- veste	Kloster Kiddags- hausen	Kloster Kiddags- hausen
			Fürste- nan	—	Consisto- rium

Ges

General-Superintendentur Helmstädt.

Stadt Helmstädt.

Pfarrre	Patronus	Opferey, Patronus	Filia	Patronus	Opferey, Patronus
St. Stephani Kirche	Serenissimus	Magistratus	---	---	---
St. Marien- Walpurgis- Kirche	Magistratus	Magistratus	---	---	---

Superintendentur Königsutter.

Stifts- Kirche zu Königs- utter	Abt zu Königs- utter	Das Stift Königs- utter	Sun- städt	Das Stift Königs- utter	Das Stift Königs- utter
Stadt- Kirche zu Königs- utter	Abt zu Königs- utter	Magistratus zu Königs- utter	Kottorf	---	Consistorium
Marienthal	Abt zu Marien- thal	---	Grasleben	Abt zu Marien- thal	Abt zu Marien- thal
			Barmke	Ebender- felbe	Ebender- felbe
Bor- num	Serenissimus	Pastor und Ge- meine	---	---	---
Lanin- gen	Serenissimus	Consistorium	Kiese- berg	---	Pastor und Ge- meine

Su

Superintendentur Königsutter.

Pfarrre	Patronus	Opferey, Patronus	Filia	Patronus	Opferey, Patronus
Kelm	Serenissimus	Pastor und Ge- meine	---	---	---
Süpp- lingen- burg	Der Land- Comm- thur zu Süpplin- genburg	Der Land- Comm- thur zu Süpplin- genburg	Großen Stein- um	---	Der Land- Comm- thur zu Süpplin- genburg
Süpp- lingen	Ebender- felbe	Superi- tendens	---	---	---

Superintendentur Vorsfelde.

Super- inten- dentur zu Vors- felde	Serenissimus	Consistorium	Passan	Serenissimus	Consistorium
Das Diac- onat das selbst	Serenissimus	Consistorium	---	---	---
Vahr- dorf	Serenissimus	Consistorium	Nick- mars- dorf	Serenissimus	Consistorium
Calbe- de	Serenissimus	Consistorium	---	---	---
Graf- horst	Serenissimus	Consistorium	---	---	---
Saals- dorf	v. Spie- gel	Pastor	Mat- tendorf	---	v. Spie- gel

Su

Superintendentur Borsfelde.

Pfarrre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Großen Zwölfs- stadt	Sereni- simus	Consis- torium	Großen Eisbeck Kleinen Eisbeck Kün- mer	Sereni- simus Desglei- chen — — v. Plesse	Consis- torium Desglei- chen Desglei- chen Pastor
Wölpe	v. Plesse	v. Plesse	Wölpe	v. Plesse	Pastor
Boll- moores- dorf	Decanus zu Wal-	Pastor und Ge- meine	St. Luth.	von Kne- sebeck	von Kne- sebeck
Wetm- den	Sereni- simus	Consis- torium	St. Luth.	— —	Pastor und Ge- meine

General-Superintendentur Schöningen.

Stadt: Schöningen.

St.	Sereni- simus	General- Super- intendent	Claus vor Schö- ningen	Sereni- simus	— —
Win- zens- Kirche					

Superintendentur Hoiersdorf.

Hoiers- dorf	Kloster St. Lau- rentii	Superin- tendens und Ge- meine	Kloster St. Luth- geri	— —	Kloster St. Luth- geri

Su.

Superintendentur Hoiersdorf.

Pfarrre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Bud- denstadt	Sereni- simus	Consis- torium	Moers- dorf	— —	Consis- torium
Wä- rtensberg	Kloster Marien- berg	Kloster Marien- berg	Emmer- stadt	Sereni- simus	Superin- tendens
Ostern	Kloster Niddags- hausen	Pastor und Ge- meine	Rein- storf	— —	— —
Pabst- dorf	Sereni- simus	Consis- torium	— —	— —	— —
Söllin- gen	Kloster St. Lau- rentii	Superin- tendens	— —	— —	— —
Twis- tingen	Die Gemeine	Superin- tendens	— —	— —	— —

Superintendentur Hessen.

Hessen	Sereni- simus	Consis- torium	— —	— —	— —
Beyer- stadt	Sereni- simus	Consis- torium	— —	— —	— —
Sebens- leben	Dohm- Probst zu St. Classe in Draun- schweig	Pastor	— —	— —	— —
Jerry- heim	Ebender- felde	Pastor	— —	— —	— —
Inge- leben	Ebender- felde	Consis- torium	— —	— —	— —
Waten- stadt	Sereni- simus	Consis- torium	Darn- storf	— —	Consis- torium

v. Lieb. Einl. 2r. Th.

E

Su.

Superintendentur Warberg.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
War- berg.	Serenis- simus	Consis- torium	---	---	---
Dob- bels.	Serenis- simus	Consis- torium	Wobek	Kloster Niddags- hausen	Superin- tendens
Esbeck	Propst des Klo- ster St. Lau- rentii	Pastor und Ge- meine	---	---	---
Frel- sbadt	Serenis- simus	Consis- torium	---	---	---
Häpfe	Serenis- simus	Consis- torium	---	---	---
Wol- storf	Serenis- simus	Pastor und Ge- meine	Kun- städt	---	Superin- tendens

Superintendentur Seesen.

Die Stadt Seesen.

St. An- dreas- Kirche	Serenis- simus	Consis- torium	---	---	---
-----------------------------	-------------------	-------------------	-----	-----	-----

Dorf = Kirchen.

Ahl- hausen	Serenis- simus	Pastor und Ge- meine	Nittie- rode	Abtissin zu Gan- dersheim	Consis- torium
Boden- burg	---	---	---	---	---
a) St. Johan- nis- Kirche	v. Stein- berg	v. Stein- berg	---	---	---

Eu

Superintendentur Seesen.

Dorf = Kirchen.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
b) St. Lauren- tii Kir- che	v. Stein- berg	v. Stein- berg	---	---	---
Vor- num	Abtissin zu Gan- dersheim	Pastor	---	---	---
Boden- hausen	Serenis- simus	Consis- torium	Wind- hausen	von Koch	von Koch
Vor- num	Abtissin zu Gan- dersheim	Abtissin zu Gan- dersheim	---	---	---
Gittelde	---	---	---	---	---
a) St. Mauri- tii Kir- che	von Gas- denstädt	Pastor und Ge- meine	---	---	---
b) St. Johan- nis Kir- che	von Koch	---	---	---	---
Per- hausen	Serenis- simus und die Gemeine	Pastor und die Gemeine	Engel- lade	---	Pastor und Ge- meine
Harin- gen	Serenis- simus	Consis- torium	---	---	---
Orts- hausen	Kloster Franken- berg	---	Jerke	Kloster Franken- berg	Pastor und Ge- meine

E 2

Eu

Superintendentur Seesen.

Dorf = Kirchen.

Pfarrre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Kirch- berg	v. Cam- pen	v. Cam- pen	Ides- hausen	v. Cam- pen	von Cam- pen und Generals Superins- tendent
Lutter	Serenis- simus	Consisto- rium	Hahaus- sen	Serenis- simus	Consisto- rium
Mah- lum	Kloster- Granhof	Superins- tendens	Boden- stein	Kloster- Franken- berg	Kloster- Franken- berg
—	vor Sol- lar	und Pa- stor	—	—	—
Mün- schhof	Serenis- simus	Consisto- rium	—	—	—
Kleinen Rüden	Abtiffin zu Gan- dersheim	Consisto- rium	—	—	—
Schle- wolke	Erbs- Schenke	Pastor und Ge- meine	—	—	—
Vol- kers- heim	v. Eram	v. Eram	—	—	—

Superintendentur Grene.

Grene	Serenis- simus	Consisto- rium	Die- heim	Serenis- simus	Pastor und Gemeine
-------	-------------------	-------------------	--------------	-------------------	--------------------------

Superintendentur Grene.

Pfarrre	Patronus	Opferer: Patronus	Filia	Patronus	Opferer: Patronus
Gren- sheim	Abtiffin zu Gan- dersheim	Pastor und Ge- meine	Alten Gan- ders- heim	Abtiffin zu Gan- dersheim	—
—	—	—	Grem- sen	Ebendie- selbe	—
Kloster Elaus	Ebendie- selbe	—	Dan- tels- heim	—	Pastor und Gemeine
Elige- rode	Ebendie- selbe	Pastor und Gemeine	Rim- merode	—	—
Seren- rode	Ebendie- selbe	Pastor und Gemeine	Helm- scherode	Die- Eleven	—
Hecken- beck	Otterd- hausen	Pastor und Gemeine	—	—	—
Opper- hausen	Abtiffin zu Gan- dersheim	Pastor und Gemeine	—	—	—

Superintendentur Harzburg.

Harz- burg	Serenis- simus	Consisto- rium	Blind- heim	Serenis- simus	Consisto- rium
Wettin- gerode	Serenis- simus	Eben- dasselbe	Wetter- rode	—	—

Superintendentur Hartzburg.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
Kistfelde	Serenif- simus einmahl, das Stift Simonis u. Judas in Goslar zweymal Wechse- weise	Pastor und Ge- meine	Wolfs- hagen	---	Pastor und Gemeine
Hart- gerode	Stift Simonis und Ju- da in Goslar	Pastor und Ge- meine	Ocker- schle- wecke	---	---
Lan- gels- heim	Die Ge- meine	Pastor und Gemeine	---	---	---

Superintendentur Wenzgen.

Benzen	Serenif- simus	Consis- torium	—	—	—
Brun- tensen	v. Bris- ber	v. Bris- ber	Hohen Vlichen	Serenif- simus	Consis- torium
Brun- zen	Serenif- simus	Consis- torium	Sarcit	Serenif- simus	Consis- torium
Dellig- sen	v. Gram	Superin- tendent	Kaiserde	—	Pastor und Gemeine
Naen- sen	Serenif- simus	Pastor und Gemeine	Am- mensen	Serenif- simus	Pastor und Gemeine Sus

Sus

General-Superintendentur Holzminden.

Die Stadt Holzminden.

Pfarrre	Patronus	Opferey Patronus	Filia	Patronus	Opferey Patronus
Holz- minden	Serenif- simus	Der Wra- gistrat daselb- sten	---	---	---
h) Das Diacoi- nat	Serenif- simus	---	Alten- dorf	Serenif- simus	Consis- torium
Kloster Amel- horn	Der Abt zu Ame- lunghorn	---	Regen- born	Abt zu Amelunghorn	Abt zu Amelunghorn

Superintendentur Dersford

Deens- sen	von Cam- pen	Pastor und Gemeine	Einna- de	Serenif- simus	Pastor und Gemeine
Bevern	Serenif- simus	Consis- torium	Lobach	Serenif- simus	Pastor und Gemeine
Doffen	Serenif- simus	Consis- torium	Für- stenberg	Serenif- simus	Consis- torium
Deren- thal	Serenif- simus	Pastor und Gemeine	---	---	---
Gohls- bach	Abt zu Amelunghorn	Die Ge- meine	---	---	---

E 4

Sus

Stadt Vandersheim.

Pfarre	Patronus	Opferen, Patronus	Filia	Patronus	Opferen, Patronus
Die Stifts- Kirche	Das Stift zu Vander- heim	Das Stift zu Vander- heim	---	---	---

Amt Theedinghausen.

Lunsen	Serenis- simus	Consis- torium	The- ding- hausen	---	---
			Emming- hausen	---	---
			Dahl- lum	---	---
			Dibber- sen	---	---
			Hor- stede	---	---

Von denen Schulen zu Braunschweig sind Serenissimus, so viel den Rectorum und Conrectorem betrifft, und die Opfern und Propstres der Kirche Beatae Mariae Virginis in Ansehung des Subconrectoris und 2ten 4ten und 5ten Schulkollegen, zu Schöningen Serenissimus wegen des Rectoris und Conrectoris und des Magistrat daselbst wegen des Subconrectoris und 5ten Collegen Patronis.

6. Kapitel.

Von denen Amtspflichten geistlicher Personen.

§. 1.

Von Superintendenten.

Die Superintendenten müssen auf den Lebenswandel der in ihrer Diöcese befindlichen Pfarrer und Kirchendiener, die Verrichtung ihres Amtes, die Baulichkeiten der Kirchen und Kirchen-Gebäude und deren Güter Verwaltung Acht haben, auch die Kirchen zu bestimmten Zeiten visitiren. Ihnen ist aufgetragen bey Sterbefällen der Prediger die Kirchen-Registratur, und wenn jene keine Eltern oder Ehefrauen hinterlassen, ihren Nachlass zu versegnen. Consist. Ausschr. vom 22. März 1766. Die ihnen, denen Superintendenten, von dem Consistorio zugetheilte Verordnungen, in die besonders Buch zu tragen, und im Anfange jedes Jahres von deren Befolgung selbigem Bericht zu erstatten, Consist. Ausschr. vom 11. Nov. 1769.

Von Predigern

Prediger sollen ein unsträfliches, von allem Vergernis befreyes Leben führen, Kirch. Ordn. Kap. 2. §. 7. Kap. 4. §. 5. bey Ausrichtung ihrer Ams-Geschäfte, wie es sich gebühret, gekleider seyn, ib. Kap. 25. §. 1. Wenn sich unter ihrer Gemeine gefährliche Krankheiten äußern, oder Frauenspersonen ihrer Entbindung nahe sind, gar nicht, sonst nicht anders, als mit Vorwissen ihres Superintendenten verreisen, Verordn. vom 5. Sept. 1754. Kirch. Ordn. 1. Theil Kap. 14. §. 9. ohne Consistorii Erkenntnis niemanden von der Gemeine ausschließen, vom heiligen Abends mahle abweisen, öffentliche Abbitte thun lassen, Kirchenbuße oder andere Strafen auflegen, dagegen die Unbußfertigen ermahnen, und wenn solches nicht wirksam, Superintendenten, Cons. Ausschr. vom 6. Jan. 1593. Verordn. vom 6. März 1775. vom begangenen Ehebrüchen und öffentlichen Vergernissen dem Consistorio Anzeige thun, Consist. Ausschr. vom 9. April 1762, Verordn. vom 18. Oct. 1770. sich in
 lei

keine Trennungen der Ehe, Verlöbnißten und Ehen und überhaupt in keine weltliche Händel mischen, Landtags-Absh. von 1601. Kirchens. Ordn. 1. Th. Kap. 4. §. 7. Keine Privats. Streitigkeiten auf die Kanzel bringen, ib. §. 1. 2. und denen in Kirchensachen an sie ergangenen Mandaten gehorsame Folge leisten, ib. Kap. 3. §. 3. Ihnen ist auch aufgegeben, ein besonderes Buch zu halten, in welchem die Nahmen und Zeit der Gebornen und Getauften, ihrer Eltern, derer Confirmirten, Aufgebotenen, Copulationen und der Begrabenen zu verzeichnen, bey letzteren sollen sie besonders ihren Geburtsort, ihr Alter, ihre letzte Krankheit, ob sie öffentlich oder in der Stille begraben, bemerken, auch in solchem die Einführung der Prediger, und ob welche zu der evangelischen Religion übergegangen, notiren, alles dieses in solches Buch eigenhändig eintragen, und es in der Kirche in ein Schrank hinter dem Altar wohl verwahrlich niederlegen. Wenn die Mutter eines unehelichen Kindes dessen Vater benennet, oder dieser sie zu ehelichen versprochen, soll solches nicht im Kirchenbuche angemerket, sondern auf einen besondern Zettel niedergeschrieben, und dieses in jenes ge
 lege

gelegt werden. Consist. Ausschr. vom 15. Jun. 1774. 8. April 1775.

§. 3.

Von Opferleuten, Küstern und Altaristen.

Zu Altaristen soll der Pfarrer dem Consistorio gewissenhafte, nicht nachdürftige Leute, die ihres Amtes abwarten können, vorschlagen, Consist. Ausschr. v. 15. April 1729. Diese, auch Opferleute und Küster sind angewiesen dem Pfarrer Achtung und in ihrem Dienste gehorsame Folge anzugeloben. Kirch. Ordn. 1 Th. Kap. 18. §. 1.

7. Kapitel.

Von denen vorzüglichsten Rechten der Pfarrer, Pfarr-Wittwen, Opferleute und Küster.

Unter denen Vorzügen, deren die Pfarrer, ihre hinterlassene Wittwen und Kinder theilhaft sind, gehöret:

1. Daß

1) Daß sie eines begünstigten Gerichtsstandes genießen. Vor die Landgerichte dürfen sie nicht gezogen werden. Bey bruchfälligen Verbrechen hat der Districts-Beamte mit Zuziehung des Superintendenten, in dessen Kirchen-Sprengel der Pöbiger wohnt, deren Untersuchung. Die zu seßenden Strafgelehrten der Kirche, bey der sie angesetzt sind, zu. Kirchen-Ordn. Kap. 14. §. 2. Verordn. vom 20. Aug. 1713. vom 23. Febr. 1743.

2) Sind die Gerichte angewiesen, ihnen die Rechts-Pflege unentgeltlich angeheben zu lassen, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. §. 15. 2.

3) Können sie nicht zu Uebernehmung der Vormundschaften, andern bürgerlichen Personen gleich, gezwungen werden, stellen sie Wechsel aus, werden selbige nur als von Waaren herführende Verschreibungen angesehen, und können nicht bey unterbleibender Zahlung mit Personal-Arrest belegt werden. Wechsel-Ordn. von 1715. Art. 6.

4) Werden in Rücksicht der Würde, den ihr Dienst mit sich führt, ihnen zugefügte Beleidigungen ernsthafter, als die, so andern widerfahren, bestraft.

5)

5) Wenn ihre Gesundheitsumstände nicht verstaten ihrem Amte weiter vorzustehen, wird ihnen zu ihrem Unterhalte ein Billiges ausgeworfen.

6) Sind sie mit keinen Reichs- und Kreis-Steuren, ordinairn oder extraordinairn Anlagen, Kopfgelde oder andern Abgiften, sie mögen Nahmen haben wie sie wollen, Kirchen-Ordn. Kap. 14 §. 4 5. Kap. 16. §. 2. Korn- und Scheffel-Schaz zu belegen, Landt. Absch. von 1597. Art. 25. sind auch auf eine festgesetzte Faß- und Tonnenzahl von der Bier-Steuer frey. Verordn. vom 10. Oct. 1682. vom 11. Jan. 1683. Kirchen-Ordn. I. Theil Kap. 14. §. 4. Kap. 16. §. 2.

7) Genießen sie einen Ackermann gleich, Hude, Weide, Holz und Wiesen-theilung. Wegen des Kiege-Grases bleibt es bey dem Herskommen, Verordn. vom 6. März 1732.

8) Sind ihre Ehefrauen, wenn sie in den Wittwenstand versetzt werden, und Kinder sehr begünstiget.

a) Bekommen ihre Wittwen eine freye Wohnung. Ist kein Wittwenhaus da, so ist die

die Gemeine verpflichtet, für sie eines zu bauen, und das aufgeführte im baulichen Stande zu erhalten, Kirchen-Ordn. Kap. 16. §. 2. oder ihnen für die Hausmiethe ein Billiges zu geben, ib. §. 6. Wenn zween Wittwen in einer Gemeine zu versorgen sind, erhält die erste das Pfarr-Wittwenhaus, der zweyten soll zu Erhaltung nöthiger Wohnung die Gemeine zur Hülfe kommen, ib. §. 5.

b) Sind die Gerichte, falls es denen Wittwen an Aekern, Wiesen oder Garten fehlen sollte, bedeutet, die Gemeine zu vermindern, ihnen aus Pläken, bey welchen ihr an Hude und Weide nichts sonderliches abgeht, dergleichen anzuweisen, Kirch. Ord. Kap. 16. §. 7.

c) Nehmen sie, einem halben Ackermann gleich, Theil an Hude, Weide, Mast, Holztheilungen und dergleichen ib. §. 2. Const. Aussch. vom 1. Aug. 1710. vom 14. May 1770.

d) Ist ihnen und ihren Kindern das halbe Gnadenjahr verwilliget, während dessen sie die Accisefrenheit auf Bier, in der Maaße, wie ihrem Erblasser solche zugestanden, beybes
v. Lieb. Einl. 2r. 2b. F hale

halten, Consist. Aussch. vom 8. Nov. 1772. Wenn dessen Pfarr-Einkünfte ganz oder zum Theile in baarem Gelde bestanden, wird das Vierteljahr, in welchem er gestorben, als vollständig angesehen, und gehet das Gnaden-Halbejahr allererst nach Ablauf des Sterbe-Quartals an, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 17. §. 1. In Ansehung der Accidention, welche die Prediger zu genießen haben, sollen sie, vom Sterbetage anzurechnen, noch sechs Monate in deren Hebung bleiben, ib. §. 2. während welchen sie die Wohnung im Sterbehause beyhalten, es sey denn, daß an solchem Orte ein Pfarr-Wittwenhaus vorhanden, als in welchem Falle sie jene dem Nachfolger im Amte, wenn er etwa solche vor Ablauf des halben Jahres beziehen müßte, einzuräumen verbunden sind, ib. §. 6. Ist der Pfarrer in dem Zwischenraume vom 1. October bis Ende März Todes verblieben, können sie an der im folgenden Herbst fallenden Holzmaß keinen Anspruch machen, Verordnung vom 25. Nov. 1716. Bestehen die Einkünfte im Ackerbau, Wiesenswachs, Zehenden, Menergefallen und andern fructibus civilibus, so bekommen sie nach Grundlegung der Kirchen-Ordnung l. c. §. 3. bis

bis 5. davon verhältnißmäßig so viel als die hierbey gesetzte Tabelle besaget.

Witwen-Perceptions-Tabelle von denen Gefällen, die in der Kirchen-Ordnung 1. Th. 17. Kapitel §. 3. 4. und 5. vorkommen.

Stirbt der Prediger im Monath	So bekommt seine hinterlassene Wittwe vom Sterbe-Jahr	Von dem folgenden Jahre	Stirbt der Oppermann im Monath	So erhält dessen Wittwe vom Sterbe-Jahre	Von dem folgenden Jahre
Januar	$\frac{10}{12}$	nichts	Januar	$\frac{7}{12}$	nichts
Februar	$\frac{11}{12}$	nichts	Februar	$\frac{8}{12}$	nichts
März	$\frac{12}{12}$	nichts	März	$\frac{9}{12}$	nichts
April	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{12}$	April	$\frac{10}{12}$	nichts
May	$\frac{2}{12}$	$\frac{2}{12}$	May	$\frac{11}{12}$	nichts
Junius	$\frac{3}{12}$	$\frac{3}{12}$	Junius	$\frac{12}{12}$	nichts
Julius	$\frac{4}{12}$	$\frac{4}{12}$	Julius	$\frac{1}{12}$	$\frac{1}{12}$
August	$\frac{5}{12}$	$\frac{5}{12}$	August	$\frac{2}{12}$	$\frac{2}{12}$
Septbr.	$\frac{6}{12}$	$\frac{6}{12}$	Septbr.	$\frac{3}{12}$	$\frac{3}{12}$
Octobr.	$\frac{7}{12}$	$\frac{7}{12}$	Octobr.	$\frac{4}{12}$	$\frac{4}{12}$
Novbr.	$\frac{8}{12}$	$\frac{8}{12}$	Novbr.	$\frac{5}{12}$	$\frac{5}{12}$
Decbr.	$\frac{9}{12}$	$\frac{9}{12}$	Decbr.	$\frac{6}{12}$	$\frac{6}{12}$

Außerdem erhalten sie noch nach verfloßnem halben Gnadenjahre den zehenden Morgen des besameten Pfarrlandes und Wiesen zum Nieß-Brauche, ohne solcherwegen dem anziehenden Prediger etwas zu vergüten, Rescr. ad Consist. vom 3. März 1717. Verordnung vom 25. Oct. 1731. Rescr. ad Consist. vom 7. März 1750. Consist. Ausschr. vom 3. Sept. 1774. Wie sich die Wittwe mit ihren Kindern, wegen der in solchen Aeckern befindlichen Melioramenten abzufinden, und wie viel dieselben, wenn die Wittve vor der Erndte verstirbet, verhältnismäßig von denen Monaten so sie nach Michaelis erlebet, von denen fructibus naturalibus und industrialibus zufließet, siehe Rescr. ad Consist. vom 3. März 1717. Consist. Ausschr. v. 3. Sept. 1774. v. 5. Aug. 1775.

e) Ist eine Pfarr-Witwensocietät errichtet, zu welcher ein jeder Prediger jährlich beiträgt, die zu ihrer Unterstützung dienet, Consist. Ausschr. vom 6. März 1749.

f) Behalten sie den Gerichts-Stand ihres verstorbenen Ehemannes, Kirchen-Ordn. Kap. 16. §. 2.

g)

g) Genießen Opferleute und Küster bey den Kirchen und Filialien, denen Rothfassen gleich, Mastung für ein Schwein, Kirch-Ordn. Kap. 10. §. 3. Refer. ad Consist. v. 8. April 1726. Ihre und derer Organisten hinterlassene Wittwen ein Sterbe- und Gnaden-Quartal, Wohnung und Accidentien vom Sterbetage anzurechnen, Consist. Ausschr. vom 14. Aug. 1726. und 27. Febr. 1743. und von denen Aufkünften vom Acker, Wiesen, Zehenden, Menerzinsen und andern Gefällen ein Drittheil weniger, als die Pfarr-Wittwen, wie oben beigefügte Tabelle ergiebet, Consist. Ausschr. vom 15. März 1766.

8. Kapitel.

Von der christlichen Lehre.

Das Wort Gottes soll rein, unverfälschet, nicht gezwungen oder verkehret, sondern nach dessen einfachem Sinne, so wie es der Zusammenhang mit sich bringet, und ein Ort der heiligen Schrift den andern erläutert, nach Grundlegung des Corporis doctrinae Julii vorgetragen, keinem Studioso der Gottesgelahrtheit, ohne Vorzeigung eines vom Consistorio erhaltenen

§ 3

nen

nen Zeugnisses, daß er zum Predigtamt tüchtig befunden worden, (diejenigen ausgenommen die bey dem Seminario theologico zu Helmstädt angesehet gewesen und von dessen Director oder der theologischen Facultät ein Attest ihrer Geschicklichkeit beygebracht) soll die Canzel geöffnet, Verordnung vom 29. Aug. 1654. falschen Lehren, Sectereyen und allen abergläubigen Handlungen ernstlich gesteuert, Verordn. vom 8. Sept. 1648. vom 2. März. 1692. und 26. Febr. 1642. und, wenn sich solche unter denen Gemeinen zeigen, und verbreiten, davon von denen Pfarrern dem Consistorio Anzeige geschehen, Landtags-Abschiede von 1619. Art. 2. 1770. §. 1. a) Kirchen-Ordn. 1. Th. 1. Kap. Verordnung vom 9. März 1692. und 14. Sept. 1707. Die Censur der vom Christenthume handelnden Bücher beachtet in der Stadt Braunschweig der dortige Superintendent, in andern Städten das Consistorium, oder die theologische Facultät zu Helmstädt, Decl. Ser. vom 14. Septembr. 1707. Kirchen-Ordn. 1. Theil pag. 100.

9. Kapitel.

Von tolerirten Religionen.

§. 1.

Von der protestantisch-reformirten Religion.

Zu denen Augsburgischen Confessions-Verwandten gehören die Reformirten. Alles, was von jenen in denen Friedens-Schlüssen festgesetzt worden, findet auf diese ihre völlige Anwendung. In dem Danabriggischen Friedens-Schlusse heisset es: „placuit, ut quidquid juris aut beneficii, cum omnes illae constitutiones imperii tum pax religionis et publica haec transactio; in eaque decisio gravaminum caeteris catholicis et augustanae confessioni addictis statibus et subditis tribuunt; id etiam iis, qui inter illos reformati vocantur, competere debeat.“ (1)

Sie werden diesemnach zusammengehoimen denen Katholiken entgegen gesetzt, und das, was vom anno decretorio, jure reformandi, emigrandi, und dergleichen unter denen Reichsfürsten verabredet und geschlossen worden, ist nur die Richtschnur zwischen denen Protestanten und Papisten, keinesweges aber unter denen Lutheranern und Reformirten. Sie sind

in Herzoglich Braunschweigischen Landen sehr begünstiget. In der Stadt Braunschweig haben sie ihre öffentliche Religions-Übung, woben ihnen die Landesherrschaft die völlige Gewissensfreiheit zugestanden und versprochen, daß sie im mindesten nicht an der Predigt des göttlichen Wortes, bey der Ausheilung der heiligen Sacramente, noch bey allem demjenigen, was zu ihrem Gottesdienste und dessen äußerlichen Einrichtung nach denen Grundsätzen ihrer Kirche gehöret, beeinträchtigt werden, und die Kirchenzucht denen Schlüssen der protestantisch-reformirten Kirche gemäß beyhalten und vollstrecken sollen. Sie wählen ihre Prediger, Vorsteher, Ältesten, Vorsänger, Küster, Schuldiener und alle zum Gottes- und Schuldienste, Verwaltung der Kirchengüter, Armengelder, milden Stiftungen und zu Erhaltung der Kirchenzucht erforderliche Personen, und präsentiren sie der Landesherrschaft zur Bestätigung. Auch ist denen Predigern zugestanden ihre im Unterharze wohnende Glaubensgenossen zu besuchen und ihnen die Sacramente zu administriren, Rescr. v. 7. Jul. 1712. 23. April und 20. Sept. 1714. Die protestantisch-reformirten werden in geistlichen

und

und weltlichen Angelegenheiten denen Landes-einwohnern und Unterthanen völlig gleichgesehen, haben auch die Erlaubniß erhalten, außerhalb Braunschweig in Herzoglichen Landen besondere Gotteshäuser zu bauen, wenn die Gemeinde an einem oder dem andern Orte angewachsen, Verordn. vom 29. April 1747. von denen von ihnen zu entrichtenden juribus stolarum, siehe Rescr. vom 23. October 1720. und 2. April 1742.

1) Inst. p. Osnab. Art. 7. §. 1.

§. 2.

Von der katholischen Religion.

Die römisch-katholischen halten in Braunschweig öffentlich Gottesdienst. In ihrer Kirche und auf ihrem Kirchhofe dürfen sie sich des Weihwassers bedienen, Kreuzer, Bilder und Reliquien herumtragen. Die Kindtaufe soll in der Kirche geschehen, wenn sie jedoch in dem Hause der Schwangeren vorzunehmen, muß solches dem Superintendenten der Stadt angezeigt und dafür ein Billiges dem dortigen Waisenhanse erlegt werden. Denen Geistlichen ist verstatet, ihre in der Stadt wohn-

nenn

nenden Religions-Verwandten aufzubieten und zu trauen. Bey Verheyathungen gemischter Religions-Verwandten verrichten sie, wenn der Bräutigam sich zu ihrer, die Braut zu der evangelischen Religion bekennet, im gegenseitigen Falle der Pfarrer, in dessen Kirchen-Sprengel die Braut seit einem halben Jahre gewohnt, die Kopulation. Verlangen außer der Stadt wohnende Katholiken von Ihnen getrauet zu werden, so müssen solche zuvörderst ein vom Prediger des Ortes ihrer Wohnung ausstellendes Zeugniß, daß sie von ihm gehörig aufgeboten und sich mit ihm wegen der jurium stolae und anderer bey der Kopulation vorkommenden Einkünfte abgefunden, beybringen. Fremde, die solches von ihnen verlangen, sollen sie an das geistliche Untergericht zu Braunschweig verweisen, welches, wenn es bey deren Gesuche kein Bedenken findet, sie mit nöthigem Scheine versiehet, und damit an die katholischen Geistlichen zurücke schicket. In allen diesen Fällen sind sie verpflichtet, sich vor dem Aufgebot genau zu erkundigen, ob die Verlobten annoch Eltern am Leben haben, und diese in die Verheyathung gewilliget, ob, falls die Eltern Tobes verblieben, die Verlobten mündeljährig und be-

vor:

vormundet worden, ob die Vormünder ihren Consens dazu gegeben, und sich durch Auszüge aus denen Kirchenbüchern und andern Urtestamenten davon vergewissern. In der Stadt dürfen sie Kranken in deren Wohnungen das heilige Abendmahl austheilen. In denen Landstädten und auf dem platten Lande müssen sie, so ofte solches nothwendig, davon vorher oder gleich nachher der Obrigkeit oder dem Pfarrer des Orts Anzeige thun. Die Begräbnisse der Katholiken in der Stadt geschehen am Tage, nach Art und Weise wie solches bey denen evangelischen gewöhnlich ist. Um Dispensation zur Verheyathung unter sich in allenfalls zu verstatten: den Graden verwandten Personen, vom Aufgebot, öffentlicher Trauung, Kopulation in der ersten Fast- oder Adventswoche, der Verwitweten während der Trauerzeit und stillen Begräbnis (die in der Stadt Braunschweig sterbenden ausgenommen, welcher wegen der Superintendent anzugehen) muß bey Fürstlichem Consistorio nachgesucht werden. Wenn in Verlöbniß und Ehesachen unter Personen vermischter Religion Streitigkeiten entstehen, und diese in der Stadt Braunschweig wohnen, müssen sie vor dem dortigen geistlichen Gerichte, wenn sie in

des

denen Landstädten oder auf dem platten Lande ihr domicilium haben, vor Fürstlichem Consistorio Recht geben und nehmen. Sind beyde Ehegatten katholisch und bringen auf eine Ehescheidung, oder es geschiehet nach dem Aufgebote Einsage, so erkennet darüber Fürstliches Ministerium. Ohne von selbigem Verordnung zu erwarten, dürfen die katholischen Geistlichen keine Ehe für ungültig oder aufgehoben erklären. Betreffend die Frage: nach welcher Glaubenslehre aus Ehen vermischter Religion erziesete Kinder zu bilden, so kommt es vorzüglich darauf an, wessen sich die Eheleute dieser wegen verglichen. Kommen dergleichen verheyrathete aus fremden Landen, und lassen sich im Herzoglichen Gebiete häuslich nieder, sind sie angewiesen, acht Wochen nach ihrer Ankunft dem desfalls errichteten Vertrag des Orts Obrigkeit anzuzeigen, welche die Richtigkeit ihrer Angabe prüfet, und wenn ihr solche unwahr zu seyn scheint, die Aussage durch den protestantischen Ehegatten endlich erhärten lästet. Sind landes Einwohner vermischter Religion sich zu ehelichen gewillet, bestimmet die Obrigkeit, mit Zustimmung des Beichtvaters des protestantischen Theils, in welcher Glaubenslehre ihre zu erzies-

len

enden Kinder zu unterrichten. Wird unter ihnen solcherwegen nichts verabrebet, ist verordnet, daß, wenn der Vater evangelisch ist, die Kinder beyderley Geschlechtes in des Vaters Glaubenslehre, wenn aber selbiger katholisch, und die Mutter protestantisch ist, die Söhne in der papistischen, die Töchter in der protestantischen Religion zu erziehen. Kinder, die nach der evangelischen Lehre zu bilden, dürfen nicht zum Uebergange zur katholischen Religion verleitet werden, auch wird der Uebtritt anderer Personen zu selbige nicht leicht ohne vorhergehende Prüfung der sie dazu bewegenden Gründe verstattet. Ist bey vermischten Religions-Verwandten der Vater der evangelischen Lehre zugethan, und stirbet, so gehet es zwar in Ansehung der legitimen Vormundschaft nach denen gemeinen Rechten, die Obrigkeit ist aber angewiesen, ihnen daneben protestantische Vormünder zu ordnen. Denen Geistlichen ist verboten, sich in ihren Predigen, der zu Schwächung der evangelischen Religion abzweckenden Ausdrücke zu bedienen, Verordnung vom 9. April 1768. Zu Wolfenbüttel hält die katholische Gemeine ihren Gottesdienst in einem Privathause. Ihre Geistlichen sind angewiesen

wiesen, sich bey Proclamationen der Verlobten nach der Fürstlichen Kirchen-Ordnung zu achten. Bef. an d. Pred. vom 13. May 1716. 14. Jul. 1717. Rescr. ad Consist. vom 20. Dec. 1740. und 16. Jan. 1741. Zu Fürstenberg ist den Katholiken ebenfalls der Privat-Gottesdienst verstattet, Rescr. ad Consist. vom 16. Jun. und 6. Jul. 1743. Consist. Ausschr. v. 6. Dec. 1754. Die katholischen Geistlichen auf dem Kloster St. Ludgeri vor Helmstädt, dürfen keine actus ministeriales in denen zur Neumark gehörenden Häusern verrichten, Rescr. ad Consist. vom 7. May 1727. wie denn auch andern aus fremden Landen kommenden katholischen Geistlichen Sacra, ohne vorhergegangene Concession im Fürstlichen Gebiete zu administriren verboten ist, Consist. Ausschr. v. 22. April 1721. Verordnung vom 22. April 1722. 13. Sept. 1723. und 28. Febr. 1725.

10. Kapitel.

Von Synoden und Colloquiis.

Wenn in denen ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt unter denen Gemeinen, betreffend ihre

ihre Lehre und Kirchenzucht, Irrungen entstunden, erwählten sie, um solche richtig zu bestimmen, Männer, die ihres Zutrauens werth waren, verpflichteten sich auch mit einander ihre darüber gefassten Rathschlüsse als Grundsätze der Kirche forthin anzunehmen. 1) Zu Zeiten vereinbarten sich die Gemeinen ganzer Provinzen zu gleicher Absicht, und dadurch entstunden, aus denen speciellen Synoden die allgemeinen. Kayser Constantin und dessen Nachfolger begünstigten ihre Zusammenkünfte ungemein, minderten dadurch in geistlichen Angelegenheiten ihre Macht und vermehrten durch ihre Nachsicht das Ansehen und die Gewalt der Bischöfe. Bey dem Nicaischen und Antiochischen Conciliis wurden sie schon für nothwendig gehalten und verordnet: „propter utilitates ecclesiasticas et absolutiones earum rerum, quae dubitationem, controversiamque recipiunt, optime placuit ut per singulas quasque provincias episcoporum concilia celebrentur,“ 2)

In denen darauf folgenden Zeiten sind sie seltener gehalten. In Herzoglich Braunschweigischen Landen, an deren Statt Colloquia unter den Superintendenten und denen unter ihren Kirchen-Sprengel gehörenden Pfarrer angeordnet. Der Generalis soll alle Jahr, nach

Ans

Anleitung der Augsbургischen Confession, über zween Articul derselben Sätze fertigen, solche jedesmal nach Ostern denen Special-Superintendenten, und diese sie weiter denen ihnen untergeordneten Predigern zustellen, in der Woche zwischen dem Feste der heiligen Dreieinigkeit und Jacobi, mit selbigen darüber disputiren, und dagegen opponiren lassen, wobei einem jeden Pfarrer frey stehet, was er zu allgemeiner Erbauung oder zu Beförderung des Christenthums in der ihm anvertrauten Gemeinde nützlich zu seyn erachtet, vorzutragen. Superintendens bemerkt solches und statet dem Generali dieserwegen Bericht ab, Synodals-Ordn. vom 31. Oct. 1750. Kirchen-Ordnung 1. Th. Kap. 4. §. 4. Consist. Ausschr. vom 29. März 1694. 22. May und 21. Nov. 1715. 3. Jan. 1770. Der protestantisch-reformirten Gemeinde zu Braunschweig ist die Versicherung gegeben, ihr auf ihr Ansuchen die Haltung derer Synoden und geistlichen Kirchensammlungen niemaahlen zu versagen, es vielmehr bey der bisherigen Verfassung allenthalben ferner zu lassen, B. v. 29. April 1747. §. 4.

1) Boehm. Antiq. Jur. eccl. diss. 3.

2) Conc. nic. C. 5. Conc. Antioch. C. 20.

II. Kapitel.

Vom Gottesdienste.

Sonns- und Festtage sollen gefeiert, heilig gehalten werden, und ein jeder Unterthan sich während selbigen aller weltlichen Geschäfte enthalten, Verordn. vom 28. April 1648. 30. Aug. 1654. 11. Oct. 1681. 28. May 1691. 1. August 1709. 25. Nov. 1723. 17. und 7. May 1779. Es sind diese Verordnungen, so viel die Buß- Beth- und ersten Tage derer drey hohen Feste betrifft, in ihrer Kraft geblieben, in Ansehung derer Sonns- und übrigen Festtage aber verstatet, nach geendetem Gottesdienste die öffentlichen Häuser zu öffnen, denen Handwerkern auf ihren Herbergen und Wirthshäusern sich zu versammeln, Scheiben-Schießen zu halten, und sich mit Music und Tanz zu erlustigen, Verordn. vom 7. Jul. 1774. und 17. May 1779. Fastnachts-Schwärmeren ist sehr verboten, Verordnung vom 20. December 1745. und 2. November 1767. Der Gottesdienst soll zu gehöriger Zeit und wo der Pfarrer an zween Orten den Gottesdienst zu verrichten hat, nach jeden Orts Gewohnheit, Kirchen-Ordnung 1. Theil. Kap. 25. §. 5. und

und in der Kirche, wo Communion zu halten, zuerst angehen, Consist. Ausschr. vom 30. Oct. 1765. An Bethagen zur Fastenzeit, während des Absingens des Glaubens, und bey Austheilung des heiligen Abendmahls soll keine Orgel gerühret werden, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 25. §. 4. Predigten dürfen nicht über eine Stunde dauern, ib. Kap. 4. §. 1. 2. Einen Sonntag nach den andern, soll über die Episteln und Evangelien, und an gewissen Sonntagen nach vorgeschriebenen Texten gelehret werden, Consist. Ausschr. vom 7. Sept. 1765. 15. März 1766. Rescr. ad Consist. vom 2. Dec. 1773. Das Dankfest wegen der Erndte ist Sonntages nach Michaelis zu feiern, Consist. Ausschr. vom 30. Oct. 1765. Die Kirchen sollen reinlich gehalten, Altäre und Taufsteine mit reinen Laken und dazu gewidmetem Ornate bekleidet, und bey der Communion, an Orten, wo es gewöhnlich, zween Lichter angezündet werden. Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 25. §. 2.

12. Kapitel:

Von Sacramenten und Kirchen-
gebräuchen.

§. 1.

Von der Taufe und Einsegnung derer
Sechswöchnerinnen.

Die Taufe soll binnen vier Tagen nach der Geburt des Kindes, und wenn dessen Gesundheits-Umstände es verstaten, in der Kirche geschehen. Zu Taufzeugen sollen nicht mehr als höchstens drey Personen genommen, und keiner dazu gelassen werden, der nicht bereits zum heiligen Abendmahl gegangen, oder desselben unwürdig geachtet worden. Ist zu befürchten, daß das Kind bald nach der Geburt sterben werde, ist einem derer Umstehenden oder der Hebamme, wenn anders das Kind völlig zur Welt gekommen, verstatet, die Taufe zu verrichten, da denn der hernach herbeizuholende Prediger, in Gefolg der Kirchen-Ordnung 2. Th. p. 48 zu verfahren hat. Die Namen der Getauften, der Tag ihrer Geburt, und an welchem sie getauft, der Name der Eltern

und Gebattern sollen in ein besonders darüber zu haltendes Register getragen werden. Für den Tauf-Actum eines unehelichen Kindes darf nicht mehr als für ein eheliches Kind genommen werden. Einer Sechswöchnerin, die den Bey-schlaf anticipiret, ist die Einsegnung nicht zu versagen, Consist. Ausschr. von 15. Febr. 1775.

§. 2.

Von Confirmation der Kinder.

Zum heiligen Abendmahl soll keiner gelassen werden, er habe denn dreyzehn und ein halb Jahr zurücke gelegt, und sein Glaubens-Bekenntniß öffentlich vor der Gemeinde abgelegt. Die Confirmation geschiehet von dem Prediger jedes Orts. Ihre Nahmen und Alter sind mit Bemerkung ihrer Eltern in ein besonderes Buch zu tragen, Kirchen-Ordnung I. Th. Kap. 9. §. 3. Verordnung vom 11. Nov. 1709. 18. März 1711. 5. April 1713. Consist. Ausschr. vom 9. April 1768. Von Einrichtung des Gottesdienstes bey deren Confirmation, siehe Verordnung vom 24. Februar 1722.

§. 3.

Von der Beichte

Inhalts der Kirchen-Ordnung I. Theil Kap. 10. §. 11. soll zwar keiner ohne vorhergegangenes Bekenntniß der von ihm begangenen Sünden und darauf erfolgten Freysprechung zum heiligen Abendmahl gelassen werden, es ist aber diese Verordnung v. 5. März 1775. Cons. Ausschr. vom 21. Jun. 1775. dahin abgeändert worden, daß einem frey gelassen, ob er sich der Privat-Beichte bedienen, oder, ohne zum Beichtstuhl zu gehen, sich bey der Communion einfinden wolle, jedoch soll er solches drey Tage zuvor dem Beichtvater oder dem Opfermann anzeigen, und der zu haltenden Vorbereitungs-Stunde beywohnen. In dieser wird von der Buße, und Besserung des Lebens, und von dem würdigen Gebrauche des heiligen Abendmahls gehandelt, darauf die allgemeine Beichte und Absolution verlesen. Bedienet sich Jemand der Beichte und offenbaret dem Beichtvater etwas, so geheim zu halten, soll dieser es verschweigen, es wäre denn, daß ihm Hinterbrachte von der Wichtigkeit, daß dadurch für das Künftige dem gemeinen Wesen,

oder einer einzelnen Person ein Schaden erwachsen könnte, da er sich dann dieserwegen bey dem ihm vorgesetzten Superintendenten Raths erholen soll, welcher vorkommenden Umständen nach Fürstlichem Consistorio desfalls Bericht erstattet. Wird ihm etwas eröffnet, so der Angeber geheim zu halten nicht verlangt, soll er selbstigen an die Obrigkeit verweisen, ist aber das ihm angezeigte Verbrechen wichtig, und er überzeuge sich von dessen Gewißheit, hat er es dem Consistorio zu melden, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 10. §. 12. 16. Verordnung vom 18. Oct. 1770. §. 4. 5.

§. 4.

Von der Kirchen-Buße.

Die große Kirchen-Buße hat nur bey einem schweren, ein öffentliches Aergerniß mit sich führenden Verbrechen, wenn solches zuvor von der Obrigkeit bestraft worden, Statt. Wenn jenes von der Beschaffenheit ist, daß überdem noch auf die Kirchen-Buße zu erkennen, sind die höhern Justiz-Collegia angewiesen, darüber zuörderst mit dem Consistorio zu communiciren, und davon der Landesherrschaft Berichte zu

zu erstatten. Wird selbige erkannt, so hat dabey der Pfarrer folgendes zu beachten: Er machet nämlich der versammelten Gemeinde den Namen des, der die Uebelthat begangen, seine bezeugte Reue und Buße bekannt, und bittet sie Namens seiner ihm das dadurch gegebene Aergerniß zu verzeihen. Die kleine Kirchen-Buße, die vorhin bey geringen Vergehungen gewöhnlich war, und bey welcher mit Verschweigung des Namens dessen, der geschelet, der Gemeinde seine bußfertigen Gesinnungen bekannt gemacht wurden, ist gänzlich abgeschaffet worden, Verordnung vom 6. März 1775.

§. 5.

Vom heiligen Abendmahle.

Christen sollen sich des heiligen Abendmahls fleißig bedienen, und es mit andern Mitgliedern der Gemeinde zugleich halten, jedoch kann es auf ihr Verlangen ihnen privatim ausgetheilet werden. Die Prediger dürfen keinen Reue bezeugenden Verbrecher, wenn er gleich seiner Vergebung wegen von der Obrigkeit noch nicht bestraft worden, von der Communion, ohne

des Consistorii Verordnung abweisen, Kirchens-
Ordnung 1. Th. Kap. 10. §. 9. 10. Kap. 11.
§. 3. 6. 7. Verordnung vom 6. März 1773.
Was sie bey dessen Ausheilung zu beachten,
zeigt die Kirchen-Ordnung 2. Th. 2. Kapitel.
Unter dem Vorwande einer Gewissensfreiheit
dürfen sie bey dessen Consecration nichts ab-
ändern, Verordnung vom 11. Nov. 1716.
sich auch solches nicht selber geben, Verordnung
vom 18. Aug. 1718. Landpredigern, die der
Gemeine den Sonntag, an welchem es gehal-
ten werden solle, angekündigt, ist nicht ver-
stattet, die Communicanten unter dem nichti-
gen Vorwande, daß deren Zahl zu geringe sey,
abzuweisen, Consist. Auschr. vom 21. Januar
1775.

§. 6.

Von Begräbnissen.

Denen Fürstlichen Bedienten und denen vom
Adel ist erlaubt, ihre Todten mit Seiden zu
bekleiden und deren Särger mit Wapen aus-
zuzieren. Die Leichen bürgerlicher Personen sol-
len nur mit Leinen versehen werden. Im Som-
mer ist das Begräbniß, vom Sterbetage an
zu-

zugeschrien, binnen zween oder drey, im Winter
während vier oder fünf Tagen zu veranstalten.
Bey stiller Beerdigung der Armen, wird denen
Predigern, der Schule und für das Geläute
nichts, der mäßig Bemittelten, denen Pfarrern
an Orten, wo die Gebühren für die Geistlich-
keit bestimmt sind, die Hälfte, für das Ge-
läute ein Billiges, denen Schulbedienten das
Ganze und denen Schülern nichts, derer, die
ein gutes Vermögen hinterlassen, das Ganze
bezahlet. Leichen sollen bey Tage zur Erde ge-
stattet werden. Stille Begräbnisse erfordern eine
Concession des Fürstlichen Consistorii, Reser. an
das Consist. v. 26. April und Consist. Auschr. v.
3. May 1719. B. v. 7. Jul. 1723. und 20. Sept.
1731. Selbiger bedarf jedoch die Ritterschaft
für sich, ihre Kinder und nächsten Anverwand-
ten, welche auf dem adelichen Guthe oder auf
dem Lande sterben, nicht, Landtags-Absh. von
1770. Art. 51. Denen Leichen sollen nur vier
bis sechs Personen folgen, und dabey nicht
über zwölf Leuchten gebraucht werden. Als die
Landleute des Morgens nicht sehr frühe und des
Abends etwas spät das Begräbniß der Ihrigen
besorgeten, erfolgte ein Consist. Auschr. vom
6. Aug. 1768. Inhalts dessen, wenn solche

von Ostern bis Michaelis, von 8 Uhr Abends bis Morgens um sechs Uhr, und von Michaelis bis Ostern, von sechs Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens verfügt wurde, solche für eine stille Beisetzung zu halten sey. Bey solennen nächtlichen Begräbnissen, muß wegen des Geläutes bey Fürstlichem Consistorio nachgesucht werden, Consist. Aussch. vom 13. Sept. 1724. Rescr. an das Consist. vom 10. Dec. 1734. Die Leichen sollen nicht mehr in denen Kirchen beigesetzt, und auf denen Kirchhöfen keine gewöhnliche Begräbniß-Stellen verstattet werden, Consist. Aussch. vom 25. May 1765. Es betrifft aber diese Verfügung nicht die Patronen, Gerichtsherren vom Adel, und andere, die in denen Kirchen oder auf denen Kirchhöfen Grabstellen besitzen, oder darüber zum Voraus Bewilligung ausgebracht haben, wie denn auch jene dieserwegen eine Concession auszumirken, oder dafür Gebühren zu entrichten, nicht verbunden sind, Landtags-Absh. von 1770. Art. 51. Für eine Leichenpredigt in denen Städten sollen nur zween bis drey Reichshaler, auf dem platten Lande, was hergebracht, entrichtet, und keinem Kinde unter vierzehn Jahren dergleichen gehalten werden, Kirch. Ord. 1. Th. K. 23. §. 6. 7. 13. Kap.

13. Kapitel.

Von Kirchen-Güthern.

§. 1.

Vom Corpore bonorum.

Bei jeder Kirche soll, wo es noch nicht geschehen, ein richtiges Hauptbuch mit Zugiehung des Pfarrers, der Kirchenvorsteher und der daben Nutzen oder Schaden habenden Personen errichtet werden. Wenn letztere ihre Obliegenheiten anerkannt, oder die sich dabey ereignenden streitigen Fragen erörtert und entschieden worden, sollen in selbiges alle Pfarr-Pfarrwitwen- und Opfereyen-Häuser, mit allem was darin Nieders und Nagelfeste ist, die die Kirche angehende Fundationes, Vermächtnisse, Verordnungen vom 26. Jul. 1749. und 14. März 1750. Kirchen-Güther, bestehend in Aeckern, Wiesen, Zehenden, Garten, Dienstkorn, Geldzinsen und sonstigen Einkünften, ihre Rechte und Gerechtigkeiten, auch die in deren Besitz sie nicht ist, getragen werden; maassen keiner deren Eingepfarrten von dem Beitrage, zu den sich auf die gemeinschaftliche Theilnehmung an dem Gottesdienste gründenden Lasten frey

frey ist, wenn er nicht solches durch Verträge, oder einen gerühigen Besiz von undenklichen Zeiten her, dargethan, Verordn. vom 16. Jun. 1750. Die über die Kirchen-Güter sprechen den Urkunden sind an einen sichern Ort zu legen, oder wenn sich solcher bey der Pfarre nicht findet, dem Consistorio zur Aufbewahrung zuzusenden, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 15. §. 2. Kap. 20. §. 2. Verordn. v 28. May 1746.

§. 2.

Von Verwaltung der Kirchen-Güter.

Die Verwalter der Kirchen-Güter sind angewiesen, alle alte Rückstände gehörig zu berechnen, in Zukunft keine über Jahr und Tag stehen zu lassen, und bey deren Einforderung den nöthigen Fleiß anzuwenden. Versuchen sie oder das Gericht auf vorübergehendes Gefuch, die Reste benjutreiben, oder der Superintendent bey der Aufsicht darüber etwas, sollen sie den der Kirchen dadurch erwachsenden Schaden erstatten. Sie dürfen ohne Genehmigung des Consistorii, für die Kirche keine Gelder aufleihen, keine Kirchen-Güter anders, als nach vorgängigen öffentlichem Anschlage verpachten,

Res

Rescr. an das Consistorium vom 21. Nov. 1750. und ohne des Fürstlichen Consistorii Einwilligung keine derselben veräußern, vertauschen, auf Erben-Zins oder Leiber verschreiben, vielmehr sollen sie solche, wenn sie der Kirche anheim fallen, verpachten. Das Fürstliche Consistorium hat zu ermäßigen, ob der Verkauf zum Besten der Kirche gereicht, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 20. §. 5. 6. 7. Sind Kirchens-Gelder, wovon ein Mäßiges, Behuf der nöthigen Ausgaben zurüke zu legen, vorrätzig, und betragen solche ein Hundert Reichsthaler, so ist selbiges angewiesen, für deren zinsbaren Verlegung zu sorgen; wollen jedoch die Administratoren sie selber ausleihen, so steht ihnen solches frey, sie müssen sie aber in Fürstlichen Landen auf sichere gerichtliche Hypotheken zu fünf und allenfalls zu vier aufs Hundert Zinsen austhun, woben sie sich nichts zu Schulden kommen lassen dürfen, Landt. Absch. 1516. Art. 5. Verordn. vom 28. May 1746. Consist. Ausschr. vom 12. Oct. 1759. und 2. März 1765. Denen Pfarrern ist nicht gestattet ohne des Fürstlichen Consistorii Einwilligung über 18 Margr. am Werthe an ihrer Wohnung, bey Verlust des Vorgeschoffenen, zu verbauen, auch, wenn die

Kirs

Kirche eigene Holzung hat, ohne des Superintendents Genehmigung, Holz hauen zu lassen, oder zu verkaufen. Wenn dieser dabey nichts zu erinnern findet, zeigt er solches dem Beamten oder Gerichtsherrn und denen Districts-Forstbedienten an, damit diese solches sagiren lassen können, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 20. Consist. Ausschr. vom 8. März 1707. Wie es bey Sterbefällen der Kirchen-Providoren mit der Versiegelung der unter Händen gehaltenen, die Kirche angehenden Schriften zu halten, siehe Consist. Ausschr. vom 19. April 1766.

§. 3.

Von Kirchen-Rechnungen.

Die Kirchen-Rechnungen sind die Prediger von Amts wegen zu führen, Rescr. an das Consist. vom 11. May 1745. förmlich einzurichten, mit dem Ende jeden Jahres zu schließen, und alle zwey Jahr im Monate März dem Superintendenten zuzustellen schuldig. Dieser soll sie moniren und mit Anschließung seiner dagegen habenden Erinnerungen, dem weltlichen Visitatori zuschicken. Selbiger nimmt sie mit Ausschließung des geistlichen Visitatoris ab, und

und sendet sie dem Fürstlichen Consistorio zu, Verordnung vom 12. Aug. 1782. §. 6.

§. 4.

Von Kirchen-Visitationen.

Die Kirchen-Visitationes sind entweder besondere, oder allgemeine. Jene hält der Superintendent über die seiner Aufsicht anvertrauten Pfarren alle zwey Jahre in denen in der Verordnung vom 21. April 1778. vorgeschriebenen Monaten, untersucht dabey der Prediger und Kirchendiener Dienst-Beachtung, ihren und der Gemeinde Leben und Wandel, und ob letztere vom Christenthume die nöthige Kenntniß hat. Er läßt sich die Kirchen-Registratur, Consistor. Ausschr. vom 15. April 1729. das Hauptbuch, die der Kirche angehenden Documente, Verträge und Verschreibungen, um wahrzunehmen, ob jenes gehörig fortgesetzt, und ob diese vorhanden, hiernächst die Expeditionsbücher, um zu untersuchen, in wie ferne die Consistorial-Ausschreiben und Verordnungen in selbiges eingetragen, Consist. Ausschr. v. 30. Dec. vom 11. Dec. 1765. und falls er es für nöthig zu seyn erachtet, die Kirchengelder, so

112

vorräthig seyn sollen, vorzeigen, Consist. Ausschreib. von 16. Aug. 1777. nimmt auch die Kirchen- und Schulgebäude, um die etwa dabey nöthigen Baulichkeiten zu prüfen, in Augenschein, Kirchen-Ordn. 1. Theil Kap. 19. Landtags-Abschied von 1619. Art. 5. Verordnung vom 28. May 1746. Vorhin beachtete Generalis alle vier oder fünf Jahr die allgemeine Kirchen-Visitation. Sie ist aber abgestellt, Verordn. von 12. Aug. 1782. Gegenwärtig visitirt er nur die Special-Superintendenturen, erkundiget sich nach deren Beschaffenheit, unterredet sich mit ihnen über die sich etwa dabey ereignenden Mängel, lässet sich von ihnen die Acten über die mit ihren untergebenen Predigern gehaltenen Colloquien vorlegen, ib. und statet das von gehöriges Orts Bericht ab, Consist. Ausschreiben vom 27. Aug. 1708. Die Consistorial-Ausschreiben ergehen an den geistlichen und weltlichen Visitatoren und zwar an jeden besonders, Landtags-Abschied von 1770. §. 3. Die Kirchen-Registratur bleibet in der Verwahrung des Superintenden ten, jedoch erhält der weltliche Visitator von denen Kirchen-Rechnungen und wichtigsten Stücken Abschrift, Verordnung v. 28. May 1746. Bey der Kirchen-Visitation

ge-

geht der Gerichtsherr dem General-Superintendenten vor, der Gerichts-Actuarius ihm nach, Landtags-Absch. von 1775. §. 5. Verordnung vom 27. März 1770. wie viel bey Visitationen Behuf der Kosten zu verwenden, besaget die Verordnung vom 12. Aug. 1782.

§. 5.

Von der Contributions-Freyheit der Kirchen-Güther.

Kirchen- und Pfarrwittwen-Häuser, Kirchen- und Pfarr-Land sind von allen öffentlichen Abgaben frey, die Pfarrwittwen-Häuser bleiben es auch, wenn die Wittwe die Erlaubniß erhalten, ihren Wittwen-Gehalt an einem andern Orte zu verzehren, und sie das Haus andern vermiethet. Das Kirchen-Meyer- und Pfarrmeyer-Land, ist der Contribution unterworfen, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 14. §. 3. Kap. 16. §. 2. Schreiben des Minist. an das Consist. vom 14. Jul. 1684.

§. 6.

Von freyer Bestellung der Kirchen-Meßer.

Bey einigen Dorf-Pfarrren sind die Hinderlassen verpflichtet, der Geistlichkeit eine bes-

v. Lieb. Einl. 2r. Th.

§

stim-

stimmte Anzahl Aecker zu pflügen und den Dünger auf das Land zu fahren. Worhin wurden denen Dienstpflichtigen dafür Belohnungen gegeben, die abgeschafft, und verordnet worden, daß sie sich statt deren mit einer halben Tonne Bier und Morgenbrodt begnügen sollen, Verordn. vom 28. Aug. 1651.

§. 7.

Von denen Vorzügen der Kirche bey entstehenden Rechts-Streiten.

Rechts-Streite, die die Kirchengüter betreffen, sind, wo es thunlich, bey denen Visitationen abzutun. Sind sie von der Beschaffenheit, daß sie einen Richterlichen Ausspruch erfordern, ist die Obrigkeit angewiesen, von denen in solchen Sachen anberaumten Terminen dem Superintendenti Nachricht zu geben, damit dieser ihnen beywohnen könne. Die sie angehende Processe sollen summarisch tractiret werden. Sie genießet auch der Sporteln-Freyheit, Verordn. vom 28. May 1746.

§. 8.

Von der denen Kirchen-Güthern zustehenden Hypothek.

Allen ausgeliehenen Kirchengeldern ist eine stillschweigende Hypothek bengelegt, mit welcher auch die Güther ihrer Verwalter zu ihrer Sicherheit verhaftet sind, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 20. §. 11. Kap. 21. §. 1. auch ist zu deren Besten verordnet worden: daß denen Ehefrauen der Prediger, Administratoren oder Vorsteher, der Visitatoren und Obern, welche Kirchengelder als ein Anlehn aufgenommen, ferner derer, die denen Visitatoren, Patronen, Superioren, Predigern und andern Verweßern dergleichen Gelder ausgeliehen, keine in denen Rechten ihnen sonst zustehende Wohlthaten gegen die Kirche, welche, wie angeführet, an ihre Ehemänner etwas zu fordern haben, zu statten kommen sollen, Verordn. vom 28. May 1740.

14. Kapitel.

Von milden Stiftungen.

Unter piis corporibus werden außer Kloster-Gütern, denen, so der Julius-Carl-Universität zu Helmstädt zustehen, und denen, welche der Landesherrschaft zu besonderer Oberaufsicht empfohlen worden, Hospitäler, Armenhäuser und alle zu frommen Absichten gewidmeten Foundationen verstanden, Verordnung vom 28. May 1746. Sie sind unter der Direction des Fürstlichen Consistorii, Regt. vom 27. May 1674. Die Gerichtsherren und Beamte erwählen mit Zuziehung des Pfarrers, die Administratores, und jene nehmen sie in Pflicht, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 21. §. 2. Sie sind schuldig ein Hauptbuch auf Art und Weise, wie die corpora bonorum der Kirchen, zusammen getragen, zu fertigen und davon für das Consistorium, der Obrigkeit und dem Inspector Abschriften zu nehmen, Verordn. vom 28. May 1746. den nöthigen Fleiß zu beachten, daß die, so denen Stiftungen mit stehenden Gesällen verhaftet, nicht im Rückstande bleiben. Zahlen diese nicht zu der Verfallzeit, müssen sie das doppelte erlegen. Sind sie gerichtlich zu be-

belangen, muß ihnen ungesäumter Gerechtigkeit widerfahren. Findet das Gericht, nach vorgängiger Untersuchung ihrer Vermögens-Umstände, es nicht thunlich, sie sogleich zur Bezahlung anzustrengen, soll es denen Administratoren einen Statum der Passivorum und Activorum der Schuldner zustellen, Verordn. vom 30. März 1775. Administratoren dürfen ohne einem von denen Gerichten zu ertheilenden decreto de solvendo keine Kapitalien erheben, Verordnung vom 10. May 1781. Die Rechnungen sind am Ende jedes Jahres zu schließen, der Obrigkeit einzuliefern, von dieser und dem Inspectore zu moniren, und darauf Fürstlichem Consistorio einzusenden, Verordnung vom 28. May 1746. Was oben im 13. Kap. 8. §. von denen Hypotheken, so denen Kirchengütern zustehen, und von dem Nicht-Gebrauche der wüßlichen Gerechtigkeiten, wenn ihre Ehemänner der Kirche schuldig, oder aus ihrer Verwaltung verhaftet geblieben, angeführt worden, findet bey denen Gütern milden Stiftungen eine solche Anwendung, Verordnung vom 28. May 1746. Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 20. §. 11. Kap. 21. §. 1. Jede Gemeinde soll ihre Armen, Verordnung vom

25. Febr. 1705. und die Armenecassen die Wahnwitzigen unterhalten, Verordnung vom 10. April 1745. In die Armenecassen fließen, was an Sonn- und Festtagen in dem herumzutragenden Klingebeutel und ausgestellten Becken gelegt, was in denen Städten dero Behuf wöchentlich an einem bestimmten Tage in allen Häusern gesammelt, bey Verlöbniß, Hochzeiten, Kindtaufen, Rescr. an das Consist. vom 30. Dec. 1751. und Privat-Communionen denen Armen gereicht worden, Verordn. vom 10. Jun. 1712. vom 14. Jul. 1717. Rescr. an das Consist. vom 24. Jul. 1724. Verlangen geringe Personen im Hause getrauet zu werden, so müssen sie denen Armen und Waisenhäusern zwey Gulden, vornehme einen Species-Ducaten erlegen, Consist. Auschr. vom 22. April 1755. Verordn. vom 26. October 1768. Bey errichteten Contracten, Vergleichchen und Testamenten erhalten sie von jedem 100 Rthlr. worüber geschlossen, oder verordnet worden, vier gute Groschen, Consist. Auschr. vom 11. April 1758. Sterben in denen Städten die, so aus denen Armen-Anstalten Unterstützung erhalten, wächst diesen deren Nachlaß zu, Verordnung v. 19. Jun. 1640. v. 29. Nov.

1709.

1709. vom 17. Jun. 1751. Soviel die Besguinen-Häuser in der Stadt Braunschweig betrifft, ist der Fall ausgenommen, wenn die Besguinen sich wieder aus selbigen begeben, bey ihrem Abzuge noch bey völliger Gesundheit und Selbstkräften sind, auf die Wiedererstattung ihrer Einkaufs-Gelder Verzicht thun, und dasjenige, was sie während ihres Aufenthalts im Hospitale an Wohlthaten genossen, demselben wieder vergüten und noch drey Monath lang, nach ihrem Abzuge am Leben bleiben, Verordn. vom 29. Oct. 1778. Stipendiaten sollen wenigstens zwey Jahr lang auf der Julius-Carl-Universität zu Helmstädt studiren, Verordn. vom 14. Nov. 1774. vom 28. Dec. 1778. In der Stadt Braunschweig soll jährlich bey ausgestellten Becken eine Predigt, worin von denen gegen die Armen zu beachtenden Pflichten zu handeln, gehalten werden, Rescr. an das Consist. d. 5. Febr. 1754. Ueber die Armen-Anstalten auf dem platten Lande, haben die Beamte und Gerichte die Direction, Conf. A. v. 23. May 1774. Für die Landprediger ist unter den 5. Nov. 1748. eine Instruction, betreffend die Armen, und für die Stadt Wolfenbüttel unter den 15. Jun. 1751. dießerhalb eine Verordnung ergangen.

§ 4

15. Kap.

15. Kapitel.

Von Schul-Anstalten.

Auf denen Dörfern soll, die Erndtezeit ausgenommen, täglich zweymal Schule, Consist. Ausschr. vom 31. Oct. 1708. vom 14. Nov. 1740. Rescr. an das Consist. vom 10. Nov. 1746. an Orten, wo keine Schulmeister angestellt, solche von denen Rüstern gehalten, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 18. §. 2. und die Schulen von denen Pfarrern gehörig visitiret werden, Rescr. an das Consist. vom 30. Julii 1756. Consist. Ausschr. vom 31. Oct. 1770. Die Kinder sind angewiesen, sie fleißig zu besuchen, Verordnung vom 15. August 1661. Die Schulmeister bekommen außer ihrem Gehalte, für jedes Kind das hergebrachte Schulgeld, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 18. §. 2. und verschiedene andere Zusätze, Verordnung vom 3. May 1764. Die Gemeinen müssen die Schulhäuser bauen und in Besserung erhalten, Kirchen-Ordn. 1. Th. Kap. 16. §. 10. es sey denn, daß es hergebracht, daß die Baumaterialien und das Arbeitslohn von denen Kirchen entrichtet werden müssen, und diese dazu hinreichendes

ches Vermögen besitzen, Rescr. an das Consistor. vom 28. Jan. 1764. Bey denen großen Schulen werden die Rechnungen von der Obrigkeit und Schul-Inspectoren moniret, und mit denen dagegen gemachten Erinnerungen dem Fürstlichen Consistorio eingesandt. Die Schul-Ordnungen sind unter dem 24. Febr. 1651. den 22. September 1753. den 5. Sept. und 16. Oct. und 10. Decbr. 1754. den 19. May 1758. und für die Stadt Helmstädt den 8. Aug. 1755. ergangen. Betreffend die Schule zu Holzminde, soll keiner des Beneficii der Amelunbornischen Schule theilhaft werden, er habe denn zuvor ein beglaubtes Zeugniß seines Wohlverhaltens und erlangeten Fähigkeit, die erste Klasse zu besuchen hergebracht, auch bereits ein Jahr auf der Hohnrinder Schule studiret, Verordn. vom 10. Aug. 1778. Im Jahre 1786 ward ein Schul-Collegium errichtet, welches die Aufsicht über die gesammten landes Schulen, und alles besorgen sollte, was zu einer gründlichen, gänzlichen und fortwährenden Verbesserung derselben erfordert werden mögte, Verordn. vom 12. Jun. 1786. Es ist aber vors erste suspendiret worden.

16. Kapitel.

Von Verlobnissen und Ehe-Sachen.

§. 1.

Von Verlobnissen.

Wenn die zu Verlobenden noch Eltern, was unter jedoch keine Stiefeltern zu verstehen sind, Verordn. vom 6. März 1751. oder Vormünder haben, ist deren ausdrückliche Einwilligung zur Verheyrathung erforderlich. Sind diese zu weit von ihnen entfernt, soll die Eheveredung vor ihrer Obrigkeit, mit Zuziehung der dabei gegenwärtig gewesenen Zeugen, sind sie ohne Eltern und Vormünder, in Gegenwart der nächsten Anverwandten und Zeugen, und auf dem platten Lande in Beseyn ihres Seelsorgers vollzogen werden. Ist aber aus erheblichen Ursachen mit der Verlobung zu eilen, und bei diesem Geschäfte erforderlichen Personen Gegenwart sofort nicht zu erwarten, muß der Obrigkeit binnen vierzehn Tagen davon Nachricht gegeben, und um deren Einwilligung, bei Strafe der Nichtigkeit der Ehe-Veredung, und daß, wenn darüber Rechtsstreite entstehen, solche nicht angenommen, sondern abgewiesen, und

und Contravenienten dazu gestrafet werden sollen, nachgesuchet werden. Würde eine unbescholtene Frauensperson, unter Verprechung der Ehe zum Verschlafe arglistig verleitet, soll, auf sothane Förmlichkeiten, wenn anders die Eltern darin willigen, nicht gesehen, sondern auf der Ehe erkannt werden. Verlobnisse der Officier sind ohne des commandirenden Regiments-Chefs und der Unter-Officier und Soldaten ohne des Compagnie-Chefs Consens nichtig, und sollen, wenn auch, so viel letztere betrifft, die Verlobung endlich vergewissert, und der Verschlafe erfolgt, annulliret werden, Verordn. vom 15. Jan. 1717. vom 17. Jan. 1742. vom 9. Dec. 1788. Sind die Verlobnisse förmlich vollzogen und einer der contrahirenden Theile will davon abgehen, das Consistorium aber bedenklich findet, auf die Erfüllung des gegebenen Jawortes zu bestehen, ist dieses angewiesen, an eine Schadloshaltung nach Grundlegung der errichteten Ehe-Pacten oder der gemeinen Rechte zu erkennen, den Remittenten zu bestrafen, und ihm eine anderweite Verheyrathung zu untersagen, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 22. Verordn. v. 25. Febr. 1685. v. 4. Jan. 1693. v. 25. Febr. 1695. v. 2. Jan. 1704. v. 19. Nov.

1725:

1725. Consist. Aussch. v. 8. Jan. 1766. Sollen sie mit beiderseitigen Willen aufgehoben werden, ist dazu des Fürstlichen Consistorii Genehmigung erforderlich, welches die Gründe, so die Parteien dazu bewogen, untersucht und vorkommenden Umständen nach verfügt. Ib. Endes-Zuschiebungen haben bey Rechtsstreiten, die über Verlobnisse entstehen, Statt; auf den Erfüllungs-End soll aber nicht leicht erkannt werden, Verordn. vom 30. Jul. 1704.

§. 2.

Von Aufgebot.

Pfarrer sollen sich vor dem Aufgebot erkundigen, ob die, so in den Stand der Ehe zu treten gewillet, mit einander in verbotenen Graden verwandt sind, keine aus der ihnen anvertrauten Gemeinde ohne Vorzeigung eines obrigkeitlichen Scheines, daß bey der Proclamation nichts zu erinnern, Consist. Aussch. v. 11. Nov. 1716. 18. Jun. 1724. 5. Jul. 1769. und 16. März 1774. und keine aus andern Gemeinden, die sich nicht eine geraume Zeit in ihrem Kirchen-Sprengel aufgehalten, ohne Ertheilung eines von ihrer Obrigkeit und Seelsorger gefertigten glaubwürdigen Trauscheines öffentlich aufbieten, denen, die eine

eine ziemliche Zeit hindurch anderwärts gewohnet, nicht anmuthen, daß von ihnen die Proclamation verfügt werde, noch dieswegen von ihnen Gebühren fordern, Kirch. Ordn. 1. Th. Kap. 22. §. 4. 5. 6. Consist. Aussch. v. 20. Oct. 1770. Das Aufgebot soll zweien Sonntage nach einander in der Kirche, in welcher die Verlobten eingeparret sind, öffentlich geschehen, Kirch. Ord. 1. Th. Kap. 22. §. 3. Die Proclamation beurlaubeter Soldaten, wenn sie gleich Hauswirthe oder Kiege-Männer sind, ist von dem Garnison-Prediger zu verfügen, es sey denn, daß sie sich mit einem Aufgebots-Scheine versehen haben. B. v. 2. Jun. 1729. Cons. Aussch. v. 17. Nov. 1773.

§. 3.

Von Copulationen.

Die sich in den Ehestand zu begeben gewillet, dürfen nicht in verbotenen Graden mit einander verwandt seyn, sie müssen das erforderliche Alter haben, welches bey Mannspersonen auf achtzehn, bey Frauenspersonen auf funfzehn Jahre bestimmt ist. Wittwer müssen das Trauer-Jahr abwarten. Die Copulation geschiehet an dem Orte, wo die Braut eingeparret ist, B. v. 11. Dec. 1709.

es sey denn, daß sie sich der Accidentien wegen, mit dem Pfarrer abgefunden habe. Die Copulationen sollen in der Kirche an Werktagen des Morgens um 12 Uhr geschehen, in Advents- und Fastenzeiten, in der heiligen drey Königswoche, an Sonn- und Festtagen, sind sie verboten, Kirch. Ord. 1. Th. §. 2. 7. 8. B. v. 25. Sept. 1695. p. 25. Nov. 1669. Hoch. D. v. 1646. B. v. 14. Jul. 1717. 19. Nov. 1725. Consist. Aussch. v. 30. Nov. 1765. B. v. 3. Jan. 1767.

§. 4.

Von Ehe-Scheidungen.

Die Ehescheidungen geschehen nach Grundlegung der canonischen Gesetze. Wenn ein Ehegatte verübter Uebelthaten wegen, zum Werkhause verurtheilet, oder auf ewig Landes verwiesen worden, ferner, wenn er vor vollzogener Ehe den Stau-penschlag erhalten und solches erst nach geschehener Copulation zu des andern Ehegatten Kenntniß gekommen, wird die Ehe-Scheidung verstattet, Kirchen-Ord. Th. p. 123. Verordn. v. 19. May 1707. v. 21. Oct. 1722. und Rescr. ad Conf. vom 27. Aug. 1767.

III.

Von

Rechte der Stifter und Kloster.

I n h a l t.

1. Kapitel. Verzeichniß der Stifter und Klöster.

2. Kapitel. Von deren Besetzung.

3. Kapitel. Von Einführung der Kloster-Personen.

§. 1. Von Einführung eines Abtes.

§. 2. Von Einführung eines Probstes oder Domina.

§. 3. Von Einführung der Conventualen.

§. 4. Von Einführung der Kloster-Jungfrauen.

4. Kapitel. Von denen Pflichten der Kloster-Personen.

5. Kapitel. Vom Convente.

6. Kapitel. Von denen Rechten der Kloster-Personen.

7. Kapitel. Von denen Rechten der Stifter und Klöster.

§. 1. Von der vom Landesherren ihnen erteilten Versicherung.

§. 2. Von Veräußerung und Verschwerung der
Kloster-Güter.

§. 3. Von der ihnen zustehenden Hypothek.

§. 4. Von denen ihnen sonst zustehenden
Privilegiis.

8. Kapitel. Vom Corpore honorum.

9. Kapitel. Von der Kloster-Rathsstube.

1. Kapitel.

Verzeichniß der Stifter und Klöster.

Das Stift St. Blasii in Braunschweig ist mit einem Probst und verschiedenen Canonicis besetzt. Es hat 1308. seine, den 9. April 1442. bestätigten Statuten erhalten. In denen Jahren 1518. 1557. und 1608. traf es durch einen unter sich errichteten Vertrag, wie es in einigen Fällen in Zukunft bey dem Stifte gehalten werden solle, nöthige Verfügung. Die Herzoge Rudolph August und Anton Ulrich verordneten unter dem 26. Oct. 1702. wegen des Turni. Das Stift St. Cyriaci vor Braunschweig hat seinen Dechant und Canonicos, ist den 17. April 1483. mit Statuten versehen. Es war mit dem Rathe zu Braunschweig wegen der Freyheit ihrer Güther in Streitigkeiten gerathen, die den 30. December 1676. gütlich beigelegt wurden. Eben angeführte Verordnung vom 26. October 1702. erstreckt sich auch auf dieses Stift. Das Stift Stereburg ward

im Jahre 1000. von Friderunda, Gräfin von Delsburg, zu einem Jungfrauen-Kloster erbauet, und mit Güthern begabet. Kayser Heinrich bestätigte 1007. diese Fundation. 1319. verkaufte Herzog Otto Largus dem Kloster das Schloß Ibe mit sechs Hufen Landes für hundert sechzig Mark Silber. 1) Die Herzoge Rudolph August und Anton Ulrich verwandelten im Jahre 1691. das Kloster in ein adeliches freyweltliches Stift und gaben ihm Statuten. Es ist mit einem Probst, einer Abtissin, welche Würde auch Fürstliche Personen bekleidet, und sechs Canonissinnen versehen. Ecbert von Grone ist dessen erster Probst gewesen. 2) Mannes-Klöster sind in hiesigen Landen, Königsutter, dem Herzog Albert der Feiste viele Güther und Gerechtigkeiten verlehret, 3) St. Laurentii vor Schöningen, Marienthal, Claus, Amelunxborn, Kemnade, eine alte von denen Kaysern Heinrich dem zweiten und Conrad in Schuß genommene Stiftung, 4) das Kloster ist gegenwärtig nicht besetzt, Ribdagshausen. Ludolf von Weltheim trat ihm im Jahre 1303. seine an den Rehdten zu Weddel habende Rechte ab. 5) Die Herzoge Rudolph August und Anton Ulrich richteten es zu einem Seminario mi-

nistrorum ecclesiae ein, und ertheilten ihm den 27. Sept. 1690. Statuten. 6) Ihm ist ein Abt vorgesetzt, und werden in solchem viele Candidaten unterhalten, die den Vorzug vor andern haben, daß auf sie bei Besetzung erledigter Pfarren besonders Rücksicht genommen werden soll, Verordnung vom 2. Febr. 1704. St. Ludgeri vor Helmstädt, hat katholische Geistliche, die der Abt zu Werden bestellet. Herzog Otto Largus von Braunschweig, verlehrete dem Kloster drey Hufen Landes in Ober-Lutter. 7) Die Jungfrauen-Klöster sind St. Margit in, und St. Crucis vor Braunschweig, letzteres ist von denen von Campen gestiftet. 8) Salzhausen zur Ehre Gottes, welches den 24. May 1701. vom Herzoge Anton Ulrich fundirt und mit Statuten versehen. Marienberg vor Helmstädt, 9) Brunschhausen, ohnweit Gandersheim, 10) Frankenberg in Goslar.

1) Rhetmeyer, Dr. Lüneb. Chron. Cap. 47 p. 624.
Bünting, Dr. Lüneb. Chron. p. 235. Monum.

2) Messinger, Dr. Lüneb. Hist. 1. Th. 3. B. 2. R. pag. 431.

3) Rhetmeyer, l. c. C. 43. p. 598.

4) Pseffing, l. c. C. 14. p. 782.

5) Id. l. c. C. 10. p. 519.

6) Rhetmeyer, hist. eccles. brunsv. P. 4. Suppl. p. 269.

7) v. Leibnitz, Ser. rer. brunv. T. 3. p. 602.

8) Pseffing, l. c. I. Th. I. Kap. 4. §.

2. Kapitel.

Von Besetzung der Stifter und Klöster.

Die Stifter und Klöster werden mit Augsburgerischen Confessions-Verwandten besetzt, das Kloster St. Ludgeri vor Helmstädt ausgenommen, das katholische Geistliche hat. Das Stift Esterburg hat einen Probst, den das Capitul durch Mehrheit der Stimmen aus dem Landes-Adel, und zwar aus der Zahl der adelichen Schatzräthe, hingen drei Monathe nach dessen Abgange wählet, und dem Landesherrn zur Bestätigung vorschläget, Land-Priv. von 1770. Art. 65. Den erledigten Vacanzen unter denen Chanoinessen, hat die jedesmal regierende Frau Herzogin, vermöge des ihr zustehenden juris primariarum praecum, die Befugniß, die zuerst eröffnete Stelle nach Belieben zu besetzen,

sehen. Denen adelichen Schatzräthen, Namens der Ritterschaft, die zu Erbauung der Stifts-Häuser vieles beygetragen, stehet bey dem 2ten und dem Capitul bey dem 3ten Falle die Wahl zu. Jene müssen binnen 3 Monathen, von Zeit, da dieses ihnen von der Vacanz-Nachricht ertheilet, zu deren Wiederbesetzung nach Vorschrift des Fundations-Recesses vom 25. Sept. 1691. dem Landesherrn eine qualificirte Person präsentiren, und sowohl die Schatzräthe als das Capitul nur solche cooptiren oder recipiren, die von einem, mit einem im Wolfenbüttelschen Landen belegenen Rittersitze versehenen Landstande ehelich gezeuget und sich ordnungsmäßig dazu habilitiret, Decl. Ser. v. 22. Nov. 1702. Landes-Priv. von 1770. Art. 67. 68. Die Mannes-Klöster, Königsblutter und Marienthal sind mit einem Abte, einem Prior, einem Subprior und zweien Conventualen, das zu St. Laurentii mit einem Proposito, und im übrigen so, wie eben angeführt, besetzt; der Landesherr ernennet selbige und läset die Aebte ordiniren; Klost. Ordn. I. Kap. I. Tit. 6. §. Die Ernennung der Dominarum und Kloster-Jungfrauen, hängt gleichfalls von selbigem ab. Sie werden aus adelichen

lichen und bürgerlichen Geschlechtern genommen. Ihre Anzahl ist nicht in allen Klöstern gleich.

3. Kapitel.

Von Einführung der Kloster-Personen.

§. 1.

Von Einführung eines Abtes.

Zu Einführung eines Abtes ernennet der Landesherr einen seiner Räte, und einen oder zweien der zunächst wohnenden Prälaten. Sie versammeln sich nebst denen Conventualen und Kloster-Beamten im Kloster an dem zur Einführung bestimmten Tage und Zeit, gehen von da in gebührender Ordnung unter Läutung der Glocken in die Klosterkirche, und daselbst in die ihnen angewiesenen Kirchenstellen. Nach gesungener und gelesener hora hält der Prior eine auf diese Handlung sich beziehende Predigt, nach deren Endigung vorgeschriebene Gesänge gesungen werden. Hierauf treten oben bemerkete Personen auf das Chor, die assistirenden Prälaten vor die Stufen des Altars, der

der Fürstliche Rath an dessen rechten Seite, die Kloster-Beamte neben ihn, die Conventualen auf dessen linke Seite, der Fürstliche Rath redet die Gegenwärtigen an, machet ihnen bekannt, daß die Landesherrschaft den Einzuführenden zum Abte des Klosters ernannt, giebet, auf höchsten dazu erhaltenen Befehl, dem vornehmsten der assistirenden Aebte auf, selbigen mit gewöhnlichen Feierlichkeiten zu installiren; ihn für ein rechtes Glied des Prälaten-Standes sowohl auf Landtagen, als sonst zu halten, ihn auf solchen zu Sitz und Stimme zuzulassen, und denen übrigen Prälaten davon zu ihrer Nachricht bey der ersten Versammlung der Landstände Nachricht zu geben, erinnert die Conventualen ihrer Pflichten, den einzuweihenden Abt als ihren Vorgesetzten zu ehren, und ihm in allen von ihm der Kloster-Ordnung gemäß zu treffenden Verfügungen willige Folge zu leisten. Hierauf tritt der älteste der benannten zweien Prälaten vor den Altar, der andere nebst denen Conventualen um den Altar, der, so zu introduciren, kniet vor selbigen in der Mitte nieder. Jener spricht über diesen das in der Kloster-Ordnung 1. Kap. 15. Tit. vorgeschriebene Gebeth, erinnert den Einzuweihenden an

die Wichtigkeit des Ihm anvertrauten Amtes, mit dem Befragen: ob er sich in solchem christlich und wohl verhalten, ein erbauliches Leben und Wandel führen, und seine Pflichten nach Vorschrift der Kloster-Ordnung beachten wolle. Nachdem er solches bejahet, wird die Bibel, Kirchen- und Kloster-Ordnung auf den Altar gebracht: auf diesen leget der zu Introducirende die zweien fordersten Finger der rechten Hand, und wird darauf von dem Fürstl. Rathe, der sich zu dem Ende an die rechte Seite des Altars begeben, mit nachfolgender Eides-Formel verpflichtet: Ihr sollt geloben, daß ihr dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn etc. und höchst Deroselben Successoren an der Regierung, getreu, hülff, gehorsam und gewärtig seyn, dessen Bestes wissen und befördern, Arges und Schaden äußersten Vermögen nach verhüten, wenden und warnen, dem Kloster, dessen Convent mit allen Angehörigen, nach Inhalt der Kirchen- und Kloster-Ordnung, wohl vorstehen, des Klosters Nutzen und Beste mit allen menschlichen Kräften und Verstande befördern, euer Amt fleißig und getreu verrichten, des Klosters Güther, Intraden, Gerechtigkeit und Pertinentien, nichts davon ausbeschieden, sorgo

sorgfältig beobachten, nichts davon wissentlich oder durch andere abzwacken, oder einigerley Gestalt abkommen lassen, auch für euch selbst davon nichts veräußern, verkaufen, verpfänden, versetzen, verschenken, verschreiben, oder selber an euch ziehen, die erledigten Lehen und Erben-Zinsen, oder andere Güther aufs neue nicht verleihen, oder verschreiben, auch dahin möglichst sehen wollet, daß mit der Einnahme und Ausgabe der Kloster-Intraden, und insonderheit, was davon auf die Schulen und Armen zu verwenden verordnet, nicht anders, als vermöge der Fürstlichen Kloster-Ordnung gebühret, verfahren werde, selbiger, wie auch der Schul- und andern Fürstlichen Ordnungen, so wohl für euch selbst in allen deren Punkten und Inhalt geleben, als daß andere derselben nachleben, mit Fleiße befördern, auch in Rath und That nicht seyn wollet, worin von Veränderung und Umstoßung solcher Ordnung per directum vel indirectum geredet oder gehandelt werden sollte, daß ihr, wenn ihr auf Landtagen, oder andern Conventen, wie die Namen haben mögen, erscheinet, ihr alsdann des Landesfürsten und des ganzen Landes Bestes rathen, thaten und befördern helfen, auch keinesweges in

in Rath und That seyn wollet, worin einigerley maassen wider Sr. Durchlauchten gerathschlaget, geredet, gehandelt oder geschlossen werden wollte, könnte, sollte oder mögte, und sonst alles dasjenige thun wollet, was einen getreuen Unterthanen und Prälaten wohl anstehet, eignet und gebühret. Nach abgestattetem Eide legt ihm der erste der assistirenden Aebte die Hand auf das Haupt, und verrichtet über ihn das in der Kloster-Ordnung l. c. §. 8. bemerkte Gebeth, reicht ihm die Bibel, Kirchen-Kloster- und Schul-Ordnung, die Schlüssel des Klosters, weist ihm seine Stelle im Chore an, worauf ihm der Fürstliche Rath das große und kleine Kloster-Siegel aushändiget, und der Introducirte jenem einen Revers, der dem Inhalte des von ihm geleisteten Eides gleich, und in der Kloster-Ordnung l. c. §. 12. vorgeschrieben ist, zustellet. Wenn dieses geschehen, führet ihn besagter Prälat in das Kapitulum-Haus, wo ihm die Conventualen, mittelst Handschlag, Treue, Ehrerbietung und Folge angetoben, welches gleichfalls von denen Klosterbedienten und Gesinde geschieht. Bei der Zurückkunft in die Kirche, wird der bekannte Gesang: Herr Gott dich loben wir 2c. gesungen,

gen, und mit einer Collecte beschlossen, worauf der Zug in oben gemerkter Ordnung, unter Läutung der Glocken, wiederum in das Kloster zurücke gehet.

§. 2.

Von Einführung eines Probstes oder Domina.

Mit Einführung eines Probstes oder Domina wird es auf gleiche Weise, nur mit dieser Einschränkung gehalten, daß bey Introduction eines Probstes im Jungfrauen-Kloster, die Anweisung einer Stelle im Chore, Klosters-Ordn. Kap. I. Tit. 15. §. 8. 10. und bey Einführung einer Domina, das, was von Sitz und Stimme auf dem Landtage l. cit. §. 4. vorgeschrieben worden, ausgelassen wird.

§. 3.

Von Einführung der Conventualen.

An dem zu Einführung eines Conventualen bestimmten Tage sollen sich Abt und Conventualen im Chore gegen den Anfang der horae einfinden, der Abt nach gehaltener Predigt

digst vor den Altar treten, der zu Introducirens be vor demselben niederknien, und jene sich neben den Altar stellen. Der Abt ermahnet jenen zu einem tugendsamen Wandel und Fleiß in dem anzutretenden Amte, hält ihm die ihm obliegenden Pflichten, betreffend den Gottesdienst, und die Sorgfalt für das Beste des Klosters vor, und ermahnet ihn dem ihn vorgesetzten Abte schuldtge Achtung zu bezeigen. Er statet hierauf den in der Kloster-Ordnung 1. Kap. 15. Tit. 5. §. vorgeschriebenen End ab, da denn der Abt ihm die Hand auf das Haupt leget, ihm seine Stelle im Chore, und wenn diese Handlung mit einer Collecte beschloffen, seinen Sitz im Kapitul anweist, Klost. Ordn. k. c. Rubr. vom Convent.

§. 4.

Von Einführung der Kloster-Jungfrauen.

Bei Introduction einer Kloster-Jungfrau, soll ein Prälat und der Probst gegenwärtig seyn, die nebst der Domina und Kloster-Jungfrauen, die Einzukleidende, die mit einem klostertlichen Kleide angethan seyn muß, zum Chore begleiten. Nach gesungener kora wird es eben so,

so, wie bei Einführung eines Conventualen gehalten, nur daß die an sie zu richtende Ermahnung bloß ein tugendsames, friedliebendes Leben, Gehorsam zu bezeigende Achtung gegen die Domina, und die Befolgung dessen, so in der Kloster-Ordnung vorgeschrieben, bezielet; worauf sie das ihr vorgehaltene kniend vor dem Altare mit einem Handschlage an Endes Statt angelobet, Kloster-Ordnung 1. Kap. Tit. 15. Rubr. von Kloster-Jungfrauen.

4. Kapitel.

Von denen Pflichten der Kloster-Personen.

Die Pflichten des Abts, des Probstes, der Domina und Conventualen, zeigt der von ihnen abgestattete vorhin angeführte End, und der Kloster-Jungfrauen die von ihnen an Endes Statt gethanene Versicherung, S. 3. Kap. 4. §. Als ein Zusatz zu selbigen ist noch zu bemerken, daß der Abt angewiesen worden, die Kloster-Rechnungen zu moniren, und ihrer Abnahme beizuwohnen; daß der Prior der jedesmalige Klosterprediger seyn, sich in solchem wesentlich aufhalte

halten, die Aufsicht über den Gottesdienst im Chore haben, und denen dazu festgesetzten Stunden bewohnen solle, Klost. Ordn. 1. Kap. 3. Tit. 4. §. daß in denen im 2. Kap. bemerzten Klöstern der Sub-Prior als Rector, der erste Conventualis als Conrector bey der nächst vornehmsten Schule, und der zweyte Conventuale bey dem Kloster als Schulmeister angesetzt werden sollen, Kloster-Ordnung 1. Kap. 8. Tit. Die Domina ist angewiesen, wenn ihre Ermahnung bey denen Kloster-Jungfrauen zum sittlichen Leben nichts fruchtet, selbige gegen sie im versammelten Capitul zu wiederholen, Klost. Ordn. 1. c. Tit. 12. §. 1. 2. wenn Sachen von Wichtigkeit vorkommen, Capitul zu halten, dessen Schluß gehöriges Orts anzuzeigen, ib. §. 4. Sie soll auch die Schlüssel des Klosters verwahren, ib. Tit. 9. §. 14. Die Kloster-Jungfrauen dürfen bey Verlust ihrer Stelle und des dem Kloster Eingebachten, nicht über die ihnen von der Domina zu ihrer Abwesenheit verstattete Frist ausbleiben, Klost. Ordn. 1. Kap. 9. Tit. 10. §.

5. Kapitel.

Vom Convente.

Der Convent besteht, soviel die Mannes-Klöster betrifft, aus denen im zweyten Kapitel erwähnten Personen, Kloster-Ordnung 1. Kap. 8. Tit. Er soll jährlich zweymahl, um Ostern und Michaelis im Capitulhause in ihrer und eines dazu verordneten Rath's Gegenwart gehalten, ib. 7. Tit. 1. §. und in solchem nachgeordnet werden, wie der Conventualen Leben und Wandel beschaffen, der Gottesdienst in der Kirche beachtet, die Jugend unterrichtet, die Kloster-Bibliothek erhalten und vermehret, auch ob die Klostergüter gehörig erhalten worden, ib. §. 3. 6. Sind dem Kloster angehende Gedinge abzureden und zu schließen, so wird in selbigem darüber Rath gepflogen, und, was dieserwegen vorzunehmen, einmüthig beschlossen, ib. §. 8. Der Convent in denen Jungfrauen-Klöstern besteht aus dem Probst, wenn ein solcher ihm vorgesetzt ist, der Domina und gesammten Kloster-Jungfrauen.

6. Kapitel.

Von denen Rechten der Kloster-Personen.

In der Prälaten-Naturen werden die Kloster-Processe geführt, die dessentwegen abzulassende wichtige Schreiben, alle selbigen betreffende Haupt-Contracte, Meher-Erbzins, und andere Verbriefungen abgefasset, von ihnen, wohin Fürstliche Kloster-Rathsstube sie genehmiget, abtlenbuzogen, und mit dem großen Klosterpfaffen, der Landesherrlichen Bestätigung vorbehaltlich, bedruckt. Ihnen werden bey Ertheilung der Lehen-Erben-Zins-Meher- und Consens-Briefe, auch bey Verhandlung der Kloster-Zehenden, von denen zulässig hergebrachten Accidentien, zwey Dritttheile geteilet, dafüßlingegen die Lehnwaare, Laudemien und Consens-Gelder der Fürstlichen Kloster-Rathsstube zu berechnen sind, Verordnung vom 12. Jul. 1704. Jede Kloster-Jungfrau ist schuldig bey ihrer Einkleidung, verhältnißmäßig nach ihrem Vermögen, dem Kloster ein Billiges zuzubringen. Wenn sie nachher sich zu verheyrathen, oder aus andern billigen Ursachen das Kloster zu verlassen entschlossen, soll sie solches der Domina und Klosterprediger anzeigen, wenn denn die Lan-

des-

des Herrschaft daren gemilliget, nimmt sie im ersten Falle ihre Mobilien, im andern die Hälfte derselben, und in beyden Fällen, was sie dem Kloster zugewandt, zurück, Klost. Ordn. 1. Kap. 9. Tit. Bleibet sie im Kloster bis zu ihrem Absterben, erhält solches ihren Mobilien-Nachlaß.

7. Kapitel.

Von denen Rechten der Stifter und Klöster.

§. 1.

Von der von dem Landesherrn ihnen gegebenen Versicherung.

Der Landesherr, als höchster Bischof, hat sich ohne einige Einschränkung, die völlige Macht und Gewalt bey denen Klöstern und Stiftern, die ihm Inhabts des alten Herkommens zustehet, vorbehalten. Er hat ihnen versprochen sie in gutem Stande zu erhalten, mit keinen neuen Bürden zu belegen, Landt. Absh. von 1619. Art. 4. ihre Rechte, in Ansehung ihres Eigenthums und Nießbrauchs solchergestalt zu erhalten, daß er dasjenige, was ihm in Ansehung

R 2

ber

der Güther der Landes-Einwohner vorzunehmen nicht gebühret, auch nicht gegen selbige usurpiren wolle; Klost. Ordn. Kap. 1. §. 1. 2. Dagegen sind die geistlichen Stiftungen verbunden, zu denen Kosten, so die Landes-Wohlfahrt betreffen, und denen Landes-Steuren beizutragen, Landt. Absch. von 1682. Art. 17.

§. 2.

Von Veräußerung und Beschwerung der Kloster-Güther.

Herzog Heinrich der jüngere verordnete im Jahre 1529. daß keiner einigcs Gut, das zu Klöstern oder Gotteshäusern gehört, ohne sein besonderes Vorwissen und Vollbort kaufen, oder an sich bringen, und die während denen verfloßenen Jahren vorgenommenen Veräußerungen vernichtet seyn sollten. Herzog Julius verbot unter den 3. April 1573. dem Convente hinführo etwas von Kloster-Güthern, ihnen zugehörtenben Behendten, Meyern, Roths und andern Höfen, Aeckern, Wiesen, Hopfen, Rüben, Kohl, Kraut, oder andern Garten, Teichen, Mühlen, Fischereyen, Holzungen, Juden, Leuten, Schäferen, und allen andern, nichts ausgenommen, es sey groß oder klein, wenig oder

oder viel, ohne Fürstliche schriftliche Einwilligung, erblich, wiederkäuflich, Pfandweise jemanden einzuthun, zu Leibe zu verschreiben, zu vermeyern oder sonsten zum Gebrauch zu überlassen, alles bey schwerer Strafe, und Verlust des ausgethanen Guts, des Käufers Mieths Pfands oder Heuer-Geldes, so der Inhaber dafür erleget. Herzog Heinrich Julius hatte verschiedene Stifts- und Kloster-Güther ohne vorgängige Verschreibung der Aebte, Pröbste, der Dominarium und des Conventes andern ertheilet. Er hob seine darüber ausgefertigte Resolutionen als erschlichen auf, und gab dabey denen Stiftern und Klöstern die Versicherung, die ihnen Vorgesetzten bey deren Verwaltung nicht zu hindern, auch ohne ihre Einwilligung nichts davon kommen zu lassen. Er verstattete ihnen nur, sie auf sechs oder neun Jahr zu vermeyern, befohl ihnen die verschriebenen bey heimkommenden Fällen einzuziehen, und verboth, ohne seine Einstimmung nachtheilige Verträge zu errichten, auch Gelder aufzuleihen, Berord. v. 2. Jan. 1602. v. 14. Jul. 1624. Klost. Ordn. Kap. 3. §. 12. In besagter Ordnung und deren 2tem Kap. ward festgesetzt: daß die Veräußerungen und Beschwerungen forthaner Güther nur in de-

nen Fällen verstattet seyn sollten, wenn denen Armen bey äußerster Hungersnoth zur Hülfe zu kommen, die Klöster zerstöret oder eingeäschert, woben nach vorgängiger der Sache Untersuchung, des Abts und Convents Formal-Verschreibung, und des Landesherrn Einwilligung zu erfordern. Würde dabey ein Mangel verspüret, solle der Handel nichtig, und der Empfänger schuldig seyn, die erhobenen und zu erhebenden Nuzungen, und überdem einmal soviel zu erstatten, ad Kirchen-Ordn. p. 336.

§. 3.

Von der ihnen zustehenden Hypothek.

Die unter der Aufsicht der Fürstlichen Kloster-Rathsstube stehenden Stifter und Klöster, gehören mit allen ihren Güthern zu denen piis corporibus, und haben daher wegen ihrer ausgeliehenen Gelder, in denen Güthern ihrer Schuldner und Verwalter, von Zeit der ihnen anvertrauten Verwaltung anzurechnen, eine stillschweigende Hypothek, Kirch. Ordn. I. Theil 20. Kap. 11. §. 21. Kap. I. §. Wie denn auch denen Ehefrauen der Verweser der Kloster-Güther, wenn diese dem Kloster zustehende Gelder angeliehen, vergriffen, denen Visitatoren,

ren, Ober und andern Administratoren solche vorgeliehen, und das Kloster dabey gefährdet werden sollte, die ihnen sonst nach denen gemeinen Rechten zustehenden weiblichen Wohlthaten, gegen die Klöster nicht zu staten kommen sollen, Verordnung vom 28. May 1746.

§. 4.

Von denen ihnen sonst erteilten Privilegiis.

Alle, die von ihren Häusern denen piis corporibus Kapital, andere darauf haftenden Erben-Zinsen, oder sonstigen Abgiften schuldig sind, sollen bey Vermeidung doppelter Bezahlung zur Verfall-Zeit, Richtigkeit verschaffen, die alten Reste hingegen nach und nach abtragen, Berordn. vom 30. März 1775. Allen Obern und Beamten auch Gerichts-Obrikeiten, ist, bey Strafe, die geistlichen Stiftungen schadlos zu halten, aufgegeben, auf die von denen Kloster-Beamten zu thuenbe Anzeige, denen in ihren Aemtern und Gerichten befindlichen Zins, und mit andern Gefällen pflichtigen Unterthanen, jährlich einen gewissen Tag, zu Entrichtung ihrer Abgiften anzusetzen, darauf

gegen diejenigen, welche vierzehen Tage nachher durch Quittungen den Abtrag schuldiger Prästandorum nicht dargethan, ohne eintige Nachsicht die Hülfe Rechts zu erkennen, oder wenn diese aus begründeten Ursachen nicht verfügt werden könnte, solches denen Kloster-Beamteten zu Beachtung ihrer Nothdurft anzuzeigen, Verordn. vom 13. April 1748. vom 29. Jun. 1769. nöthigen Falls den Activ- und Passiv- Stand des Schuldners zu fertigen, ihnen solchen zuzustellen, und dabey zu bemerken, was dieserhalb weiter vorzunehmen rathsam seyn möchte, Verordn. vom 30. März 1775. Stifter und Klöster sind in allen sie betreffenden Rechts-Sachen, sie mögen Kläger oder Beklagte seyn, Sporteln frey, Rescr. vom 30. Aug. 1744. Von ihrer Befreyung von Unpflichten, siehe 1. Theil 4. Abhandlung 2. Kap. Von dem Betrage, Behuf der Proviant-Anlage, wozu sie sich freiwillig erbothen, sollen sie, sobald die Umstände es nur verstatten wollen, entlebet werden, Landtags-Abschied von 1770. Art. 49.

8. Kapitel.

Vom Corpore bonorum.

Von denen Kloster-Güthern soll ein richtiges Verzeichniß gemachet, und in solchem bemerkt werden, was ein jedes Kloster von Alters her an Güthern, und mit was vor Rechte es solches besitze, was davon abgekommen, was Gelegenheit dazu gegeben, und wer sie gegenwärtig besitzet, Kloster-Ordn. Kap. 2. §. 7. Bey Abnahme der Rechnungen soll es zur Hand genommen, ib. §. 8. und denen Aebten zu ihrer Nachricht davon Abschrift ertheilet werden, Verordn. vom 12. Jul. 1704.

9. Kapitel.

Von der Kloster-Rathsstube.

In vorigen Zeiten wurden gesammte Kloster-Güther unter der Direction des Aebtes, des Probstes oder der Domina verwaltet. Kamen Sachen von Wichtigkeit vor, erholeten sie sich bey der Kloster-Canzelen, die dero Zeit mit der Rathsstube verbunden war, Rathes. Von denen Aufkünften der Klöster wurden die dazu ge-

hörenden Personen, auch eine gewisse Zahl der sich den Studiis Gewidmeten, darin mit Speise, Trank und allen Bedürfnissen versehen. Hiermit ist in der Folge der Zeit eine Aenderung vorgekommen worden. Denen Kloster-Personen ist ein Gewisses an Geld und Victualien ausgeworfen, denen Prälaten ist die Administration der Kloster-Güter untersaget, Verordn. vom 12. Zul. 1704. und die Klosterschulen sind eingegangen, dagegen einige Klöster zu Unterstützung der Stadt-Schulen ein. Gewisses bezuzurechen angemiesen, Kloster-Ordn. 1. Kap. 4. Tit. 5. 2. und zu Beforgung aller die Cister und Klöster betreffenden Angelegenheiten, ein besonderes Collegium, unter dem Namen der Kloster-Rathsstube, so mit einem Director und verschiedenen Räthen besetzt, errichtet, an welche die Prälaten die Klagen ihrer Hinterlassenen, Mäher und Censuren zu verweisen, bedeutet worden, Verordn. v. 12. Zul. 1704.

IV.

Abhandlung vom Bürger-Rechte.

I n h a l t.

1. Kapitel. Von Stadt-Gesetzen.

2. Kapitel. Von der Regierungs-Verfassung der Städte.

3. Kapitel. Vom Rechte der Personen.

§. 1. Von Eingebornen.

§. 2. Von Indigenat.

§. 3. Von Ausländern.

§. 4. Von de jure albinagii.

§. 5. Vom Abzugs-Rechte.

§. 6. Vom Bürger-Rechte.

§. 7. Vom Range.

§. 8. Von Juden.

§. 9. Von der väterlichen Gewalt.

§. 10. Von Minderjährigen.

§. 11. Von Wittwen und Waisen.

§. 12. Von ehrlosen Personen.

4. Kapitel. Vom Rechte zu einer Sache.

§. 1. Von Contracten allgemein.

§. 2. Vom Kauf-Contracte.

§. 3. Vom nothwendigen öffentlichen Verkaufe.

§. 4. Vom Vorkaufs-Rechte.

§. 5. Von Erb, Lösung.

§. 6. Vom Mieth, Contracte.

§. 7. Von Dienstbothen.

§. 8. Von Erben - Zins Contracte.

§. 9. Von Trödel-Contracte.

- §. 10. Von Societäten.
- §. 11. Von Anlehen.
- §. 12. Von Einschränkung des Credits.
- §. 13. Von Bestimmung des Werths der Münzen.
- §. 14. Von Zinsen.
- §. 15. Von Leih-Häusern.
- §. 16. Vom Deposito.
- §. 17. Von unerlaubten Spielen.

5. Kapitel. Vom dinglichen Rechte.

- §. 1. Von Uebertragung eines dinglichen Rechtes.
- §. 2. Von weiblichen Gerechtigkeiten.
- §. 3. Von der Erbfolge allgemein.
- §. 4. Von der Erbfolge durch Verträge.
- §. 5. Von der Erbfolge durch Testamente.
- §. 6. Von Fideicommissen.
- §. 7. Von der Erbfolge ab intestato.
- §. 8. Von der Erbfolge der Eheleute.
- §. 9. Von Servitutun.
- §. 10. Von privilegirten Forderungen.
- §. 11. Von öffentlichen Hypotheken.
- §. 12. Von gesetzlichen Hypotheken.
- §. 13. Von Hauspfändern.

1. Kapitel.

Von Stadt-Gesetzen.

Ohne Einwilligung der Landesherrschaft hat keine Stadt die Befugniß Statuten zu errichten, es sey denn, daß sie selbige durch Gnadenbriefe erworben oder hergebracht habe, 1. Th. 2. Abh. 1. Kap. 1. §. Die Stadt Braunschweig war vor ihrer völligen Unterwürfigkeit dazu berechtigt. Gegenwärtig ist sie verpflichtet, die zu errichtenden Verordnungen höhern Orts zur Bestätigung einzusenden, Kecess vom 10. Jun. 1671. in der Anl. Nr. 1. Sie hat ihr erstes Stadtrecht vom Herzoge Otto im Jahre 1232. erhalten, welches Kayser Friderich confirmiret hat. Der sogenannte Ordinarius des Raths ist den 16. April 1408. der große Brief, eine Verabredung unter dem Rathe und denen Gilden, 1445. und 1490. der kleine Brief 1513. gefertigt, die bey einigen Schriftstellern gedruckt zu finden. Im Jahre 1532.

erschien ihr Stadtrecht,²⁾ 1538: das echte Ding, den 7. März 1553. die Untergerichts- den 5. Februar 1579. die Obergerichts-Ordnung.³⁾ In eben diesem Jahre sind ihre Stadtgesetze zusammengetragen worden; wie aber die mehresten derselben das den 24. Sept. 1675. in vim pragmaticae sanctionis abgeschaffte Sachsen-Recht beziehen, so finden nur wenige davon ihre Anwendung.⁴⁾ Die revidirte Untergerichts-Ordnung ist den 16. Nov. 1677. die Markts-Gerichts- und Wechsel-Ordnung den 1. Dec. 1686. die Vormundschafts-Ordnung den 2. Aug. 1689. und die Bruch-Gerichtsordnung den 15. April 1690. publiciret. Die Stadt Wolsfenbüttel erhielt unter dem Nahmen der Henrichsstadt den 13. April 1540. eine bürgerliche Ordnung nebst Articuls-Briefe, und den 25. Jan. 1602. Privilegien. Der Magistrat daselbst, darf bey deren Verlust keine dem Fürstlichen Amte Wolsfenbüttel, oder andern Unterthanen nachtheilige Verordnungen machen, Heur. Stat. Tit. 2. Die Statuten der Stadt Helmstädt sind vom Jahre 1589. die den 5. Januar 1636. von der Landesherrschaft bestätigt worden,⁵⁾ welche ich, da sie bisher dem Publico unbekannt geblieben, besage der Anlage Nr. II. hierbey druck-

lassen. Die Vormundschafts-Ordnung ist den 18. Februar 1711. publicitet worden.

1) v. Leibnitz, Ser. rer. brunv. T. 3. n. 17. 18. p. 434. 482. Rhetmeyer, Chron. brunsv. P. 460.

2) Riccius, vom Stadt-Gesetz. Engelbr. d. gen. decis. font. l. brunsv. p. 38.

3) Hofmann, d. orig. cit. nat. leg. germ. p. 192.

4) Engelbr. l. cit. p. 36. n. 6.

5) Kres, vind. Just. J. R. p. 144.

2. Kapitel.

Von der Regierungs-Verfassung der Städte.

Die Befehlung der Magistrats-Personen gehört zu des Landesherrn majestätischen Rechten, jedoch können sich Städte solches durch Gnadenbriefe und durch ein Herkommen erworben. Als sich die Stadt Braunschweig im Jahre 1671. dem Landesherrn völlig unterwarf, ersuchte sie selbigen, sie bey ihrem hergebrachten Stadt-Regimente, der freyen Wahl und Bestellung der Magistrats-Personen zu lassen. Herzog Rudolph August gab ihr den 10. Jun. 1671. drey Tage vor Einräumung

gung der Stadt, die Befestigung, das Stadtkriegsregiment und gute Ordnung beizubehalten, ihr auch das Wohlhergebrachte nicht zu entziehen, wie solches die in der Anlage Nr. I. beigefügten Privilegien zeigen. Vor dieser Zeit waren in der Stadt fünf verschiedene Magistrate, nachher sind viere derselben eingegangen, und das ganze Stadtkriegsregiment in eins gezogen worden. Es bestehet aus vier Bürgermeistern, deren einer das Directorium, der andere das Condirectorium führet, und die in ihren Häusern das Deel-Gerichte, in welchem geringfügige Rechts-Streitigkeiten abgethan werden, halten, aus Syndicis, Secretarien und Rathmännern, deren ein Jeder, so wie auch in denen andern Land-Städten, ein besonderes Departement hat, das die Verwaltung der Stadtkammerey-Güter und Forsten, die Aufsicht über die Waisenhäuser, Hospitäler, gemeine Sachen, bruchsfähige Verbrechen und dergleichen zum Vorse hat. Dem Stadt-Magistrat zu Wolkenbüttel ist ein Gerichts-Schultheiß vorgesetzt, der Namens des Landesherrn in solchem den Vorschlag hat, dessen Hoheit aufrecht erhalten, dessen Befehle befördern, dem Ungehorsam des Magistrats und der Bürgerschaft steuern, auch

dem

dem worthaltenden Bürgermeister gebieten soll, Henr. St. Stat. Tit. 1. Der Stadtkath bestehet aus einem gelehrten und einem aus dem angesehensten Bürgerstande gewählten Bürgermeister, einem Syndico, einem Secretair und zehn Rathmännern. Der Magistrat schläget, wenn Bürgermeister und Senatoren-Stellen erlediget worden, der Landesherrschaft zu deren Auswahl und Bestätigung Subjecte vor. ib. Tit. 2. Die Städte Helmstädt, Königs-Lutter, Schöningen, Scheppenstädt, Wandersheim, Seesen, Holzminden und Stadt Oldendorf sind mit einem Gerichts-Schultheißen Bürgermeister und Senatoren versehen. Dem Landesfürsten stehet die höchste Aufsicht über die städtische Verfassung und die Kammerey-Güter zu. Der Magistrat hat, wenn bey solchem ein Syndicus angesetzt ist, die Befugniß in streitigen Kammerey-Sachen zu erkennen, ohne der Stadts-Deputirten Einwilligung können sie aber, Namens der Stadt keine Verträge errichten. Zu Bestreitung der städtischen Ausgaben sind die Einkünfte der Stadtkammerey-Güter, Schoß und andere Beysteuern der Bürger bestimmt.

3. Kapitel.

Vom Rechte der Personen.

§. 1.

Von Eingebornen.

Das Recht der Personen ist nach denen Vorzügen, den ihnen die Geburt, Stand, Würde und Alter giebet, sehr unterschieden. Die Landesfinder genießen verschiedene Vortheile. Sie sollen bey Besetzung geistlicher und weltlicher, Hof-, Krieger- und andern Bedienungen, wenn sie anders fähig sind, solchen mit Ruhm und Nutzen vorzustehen befördert, und Ausländern vorgezogen werden, Landtags-Abschied von 1619. Art. 36. von 1682. Art. 4. von 1770. Art. 38. jedoch ist ihre Freiheit dahin eingeschränket, daß sie nicht ohne des Landes Fürsten Erlaubniß, bey Strafe der Confiscation ihres im Lande habenden oder noch zu erwartenden Vermögens in fremde Kriegesdienste treten dürfen, Verordnung von 1587. vom 7. Jan. 1604. vom 18. Decbr. 1613. vom 27. Jan. 1619. vom 4. Jan. 1620. vom 31. Jul. 1665. vom 31. Decbr. 1671. von 1678

1678. vom 29. Nov. 1681. vom 11. May 1690. vom 18. Decbr. 1698. vom 10. Aug. 1722. vom 1. Oct. 1764. vom 14. Dec. 1782.

§. 2.

Vom Indigenat.

Fremde, die das Indigenat erhalten, sind der mehresten Vortheile, der sich Landesfinder zu erfreuen haben, theilhaft. Es wird durch Gnaden-Briefe, Ertheilung des Bürger-Rechtes, Abstattung des Erb-, Huldigungs-Eydes, den Fremde, die sich häuslich im Lande niederzulassen gewillet, binnen denen ersten sechs Monaten ihres Aufenthaltes in selbigen leisten sollen, Verordnung vom 6. Febr. 1646. vom 18. Jan. 1647. vom 11. Febr. 1660. und durch Landes-Bedienungen ertheilet.¹⁾

1) Kress, d. official. §. 4.

§. 3.

Von Ausländern.

Ausländern, die in hiesige Länder wandern und darin Handel treiben wollen, sind ansehnliche Privilegien versprochen, Verordnung
 1 3 vom

vom 26. und 28. März 1708. vom 6. und 29. April vom 5. Jun. 1747. vom 30. Jul. 1756. vom 1. Jul. 1776. dagegen wird in solchen kein verdächtiges, Verordn. v. 27. May 1660. vom 2. Nov. 1711. durchstreifendes Gefindel, Verordnung vom 24. Dec. 1655. vom 9. Nov. 1671. vom 27. April 1685. ins besondere keine Tartern und Zigeuner geduldet, Verordnung vom 20. Jul. 1650. v. 26. Sept. 1669. vom 23. Sept. 1680. vom 6. Jul. 1685. vom 11. April 1698. vom Jun. 1711. vom 15. Sept. 1718. Die auch von hier aus durch die Chur-Hannoversche Länder ohne vorgängige Requisition zu verfolgen sind, Verordn. vom 10. März 1738.

§. 4.

De jure albinagii.

Ausländern werden nicht alle bürgerlichen Rechte versaget. Wenn auf sie Erbschaften von hiesigen Unterthanen fallen, sind sie deren nicht verlustig, es sey denn, daß diesen von jener Obrigkeit ein gleiches Recht versaget wird, in welchem Falle das jus albinagii, nach welchem des Verstorbenen Vermögen dem Fisco zufällt, ein-

eintritt.¹⁾ Dieses ward ehemals von Seiten der Krone Frankreich und des Durchlauchtigsten Hauses Braunschweig-Lüneburg gegen beyderseitige Unterthanen respective ausgeübet, unter den 16. October 1778. aufgehoben, und von beyden contrahirenden hohen Theilen nur ein Abschloß von zehn aufs Hundert vorbehalten. Dabey ward ferner festgesetzt, daß jene des Rechtes der Eingebornen zu genießen, dem zu Folge, sie mögen seyn von welchem Stande, Wesen oder Würde sie wollen, wenn sie sich in Frankreich oder in Braunschweigischen Ländern niederlassen, oder sich darin nur eine kurze Zeit aufgehalten, völlige Freyheit über ihr Vermögen, es bestehe worin es wolle, durch ein Testament, Schenkung oder sonst zu Gunsten eines Jeden zu disponiren, und die Verlassenschaft, sie falle auf sie durch einen errichteten letzten Willen, ohne selbigen, oder sonst, auf eine rechtmäßige Weise, eben so gut als Eingeborene, ohne daß es desfalls eines Naturalisations-Briefes oder einer besondern Erlaubniß bedürfe, in Besiz zu nehmen und zu genießen, Macht und Befugniß haben sollen.

1) Frankenstein, d. albin. C. 3. Ayres d. jur. occ. bona vacant. §. 18. Ludewig d. albinag.

Vom Abzugs-Rechte.

Rechte, die in andern Staaten zum Nachtheil der hiesigen Unterthanen eingeführt sind, können von der Landesherrschaft gegen jener Unterthanen retorquiret werden. Unter solchen gehört das Abzugs-Recht von Erbschaften, die in fremde Länder kommen. Mit verschiedenen Staaten ist solches gänzlich aufgehoben, mit einigen auf ein Gewisses festgesetzt. Ist dieserhalb unter denen Staaten nichts verabrebet, wird von fremden Unterthanen, so viel als die hiesigen dorten erlegen müssen, und in zweifelhaften Fällen der dritte Pfennig genommen.

Gänzlich ist es aufgehoben:

- 1) Mit denen Chur-Braunschweigischen Landen.
- 2) Herzogthume Bremen.
- 3) Fürstenthum Verden.
- 4) Chur-Mark Brandenburg.
- 5) Herzogthume Magdeburg.
- 6) Fürstenthume Halberstadt.
- 7) Grafschaft Hohnstein.
- 8) Fürstenthume Minden.
- 9) Grafschaft Ravensberg.

- 10) Der Krone Dänemark und allen ihr zugehörenden Landen, in soferne vorhin die Abzugsgelder in die resp. Königlichen und Herzoglichen Cassen gestossen.
- 11) Chur-Sachsen betreffend die adelichen Erbschaften.
- 12) Sachsen-Weimar und Eisenach, in Ansehung der herrschaftlichen Diener, der Geistlichen und deren Erben, jedoch soviel Sachs-Eisenach angehet, die dortigen und hiesigen Patrimonial-Gerichte ausgenommen.
- 13) Sachsen-Gotha.
- 14) Sachsen-Coburg.
- 15) Hessen-Cassel, die Grafschaft Hanau ausgenommen.
- 16) Mecklenburg-Strelitz.
- 17) Mecklenburg-Schwerin.
- 18) Württemberg-Stuttgart.
- 19) Holstein-Plön.
- 20) Anhalt-Zerbst.
- 21) Anhalt-Köthen, insoferne das Abzugsgeld denen Fürstlichen Fiscis zugestanden, und nicht etwa denen Stadt-Magistraten, denen vom Adel oder andern Gerichts-Ordnungen zukommt.
- 22) Fürsten von Jfenburg.

- 23) Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein.
- 24) Stifte, Stadt und Bisthume Hildesheim.
- 25) Bisthume Münster.
- 26) Stifte Paderborn, die Juden ausgenommen.
- 27) Stifte Fulda.
- 28) Grafschaft Schaumburg und Lippe-Bückeburg.
- 29) Grafschaft Lippe-Deimold.
- 30) Grafen von Dettingen.
- 31) Stadt Nordhausen.
- 32) Stadt Verden.
- 33) Stadt Goslar.
- 34) Stadt Gröningen.
- 35) Stadt Mühlhausen.
- 36) Stadt Amsterdam.
- 37) Stadt Middelburg.
- 38) Stadt Rotterdam.
- 39) Stadt Leipzig, mit denen hiesigen Städten, Braunschweig, Wolfenbüttel, Schöningen und Helmstadt.
- 40) Stadt Dresden mit der Stadt Wolfenbüttel, bis auf ein aufs Hundert zum Besten der Armen.
- 41) Stadt Merseburg mit Wolfenbüttel.

- 42) Stadt Quedlinburg mit denen Städten Gandersheim, Helmstadt, Königslutter, Schöningen und Wolfenbüttel.
- 43) Reichs-Ritterschaft Orts-Gebürge.
- 44) Canton Bern, die Municipal-Städte Urau und Brüg ausgenommen.

Bis auf den zwanzigsten Pfennig
ist es aufgerufen.

- 1) Mit Anhalt-Bernburg, ausgenommen das Amt Horn, die adelich Trotaischen und Krosfischen Gerichte.
- 2) Schwarzburg-Sondershausen.
- 3) Stadt Rothenburg.
- 4) Stadt Windsheim.
- 5) Sachs-Meyningischen Amte Salungen mit dem Stifts-Amte Walkenried.

Bis auf den zehnten Pfennig ist es
verglichen.

- 1) Mit der Krone Frankreich.
- 2) Mit der Krone Pohlen und Groß-Herzogthume Litthauen.
- 3) Hessen-Darmstadt.
- 4) Herzogthum Pommern, Preußischen Antheils.

- 5) Holstein = Glückstadt.
 - 6) Merseburg.
 - 7) Fürstenthume Glogau, das gemeine Hausgeräthe ist keinem Abschosse unterworfen.
 - 8) Dem Eichsfelde.
 - 9) Canton Solothurn.
 - 10) Graffschaft Stollberg.
 - 11) Graffschaft Leinungen-Hardenberg.
 - 12) Stadt Bremen.
 - 13) Stadt Frankfurt am Mayn.
 - 14) Stadt Breslau mit Wolfenbüttel.
- Ein halb Procentum wird nur genommen von der Stadt Mühlhausen.

§. 6.

Vom Bürger-Rechte.

Das Bürger-Recht machet die, so solches erhalten, der bürgerlichen Nahrung theilhaft. Der Magistrat hat die Befugniß solches zu ertheilen, nur müssen die Aufzunehmenden solche Personen seyn, die sich nicht die Ungunst des Landesherrn zugezogen, Henr. Stat. Tit. 2. Die der bürgerlichen Gemeinschaft nicht unwerth und des Schutzes fähig sind, daher sie keinen Juden ohne höchste Erlaubniß das Bürger-

ger-Recht angedeyhen lassen können, siehe unten §. 8. Die zu Recipirenden sind den Erbhuldigungs- und Bürger-Eyd abzustatten verpflichtet, Verordnung vom 5. April 1714. Rescr. vom 30. Nov. 1716. Verordn. vom 1. Febr. 1717. Die Bürger der Stadt Wolfenbüttel schwören: daß sie, in soferne es denen Erbhuldigungs-Pflichten nicht entgegen, bey Bürgermeistern und Rathmännern, jeden Bürger und Stadt-Einwohner ihr Leben und Gut aufsetzen, in schuldigem Gehorsam leben, wider den Magistrat keinen Widerwillen noch Aufruhr stiften, so sie mit zur Land-Folge oder Aus-Jagd erfordert würden, dem Landesfürsten, Verordneten vom Rathe, und ihren Geschworenen in alle Wege gehorsam seyn, in Zeit des Friedens und Unfriedens mit dem edlen Rathe finden und stehen, leben und sterben, Gottes Ehre und sein heiliges Wort, als ein frommer Christe, nach höchstem Vermögen helfen bestreben, und darum in keiner Noth Ausflucht suchen, ihr Leben richten, auch sonst dem Landesherrn und dem Rathe alles und jedes thun, leisten und verrichten wollen, was einem getreuen Untertanen und Bürger, vermöge des Erb-Huldigungs-Eydes, gebühret, und die Henrichstädtischen

tischen Statuten und Privilegien mit sich bringen, Henr. Stat. Die Aufgenommenen erlegen ein festgesetztes Bürgergeld, ad Verordn. vom 31. December 1759.

§. 7.

Vom Range.

Für die Fürstlichen, Landesherrlichen und Städtischen Bediente ist unter dem 2. Dec. 1689. eine Rang-Ordnung in zehn und den 1. Jul. 1691. in zwölf Classen erschiene, ad Rang-Regl. vom 1. März 1693. von 1702. vom 28. May 1714. 1) vom 20. Febr. 1716. nachher sind sie in vierzehn Classen vertheilet worden. Da es diesem Entwurfe an der nöthigen Autorität fehlet, habe ich ihn nicht hierbey führen wollen. Denen Kanzlers-Hofgerichts, Cammer-Krieges-Grenz- und Kloster-Secretarien ist unter den 20. und 28. Febr. 1716. der Rang, denen Amts- und Titular-Räthen auch Ober-Amtleuten gleich, dergestalt bengelegt worden, daß unter ihnen die encienneté beachtet werden solle.

1) Luning theat. Cerem. T. 2. p. 1504. 1508.

§. 8.

Von Juden.

Das Recht, denen Juden Geleite und Schutz zu ertheilen, steht allein dem Landesherrn zu. Denen Beamten, Obrigkeiten und Stadt-Magistraten ist solches, ohne vorgängige höchste Concession ernsthaft verboten, Uml. vom 24. Aug. 1743. und die vom Adel, die sich dergleichen eigenmächtig unterfangen, sind bey Contraventions-Fällen bestraft worden, Dieser. an die Canzl. vom 3. Aug. 1743. Die Juden haben in hiesigen Landen abwechselndes Schicksal gehabt. In ältern Zeiten wurden sie im Lande nicht geduldet, Verordnung vom 8. Jan. 1553. vom 30. April 1557. erhielten darauf Schutz und Geleite, Verordn. vom 12. Aug. 1578. der ihnen aber wieder aufgekündigt ward, Verordnung vom 6. Jan. 1590. vom 28. Jan. 1591. nachher die Erlaubniß gegen Erlegung des Zollgeleite und Weggeldes und Auswirkung eines Passes zur Durchreise, sich ein oder zweien Nächte im Lande aufzuhalten, und auf denen gewöhnlichen freyen Jahrmärkten zu handeln, Landtags-Absh. von 1597. Art. 24. von 1614. Verordn. v. 12. Jan. 1615.

von 26. Jun. 1710. Die die Braunschweigschen Messen besuchenden Juden müssen selbige, sobald sie ausgeldutet, meiden, Verordn. vom 3. Aug. 1724. und sich während selbigen nach dem Regulativ vom 27. Jul. 1737. richten. Die, so zwischen denen Messen nach Braunschweig kommen, sollen im Thore einen *Entrée* und in der Stadt einen *Logis-Zettel* auswirken, hiernächst für jeden Tag und Nacht, die sie daselbst bleiben, 24 Marg. entrichten. Die Wolffbüttelschen Schutz-Juden sind, besage der erhaltenen Schutz-Briefe, für sich, ihre Ehefrauen und Bediente, von allem Personall-Solte befreit, sind aber angewiesen, wenn sie Braunschweig besuchen, einen Quartier, oder *Logis-Zettel* zu nehmen, Juden-Reglem. vom 30. Jul. 1762. Verordn. vom 6. Aug. 1770. Die Judenschaft soll nicht zu einer dem gemeinen Wesen schädlichen Anzahl erwachsen, Landtags-Absh. von 1770. Art. 26.

S. 9.

Von der väterlichen Gewalt.

Die Kinder sind unter der väterlichen Gewalt, die zu Erfüllung der ihnen obliegenden Er

Erziehungs-Pflichten, mit der Macht einer mäßigen Züchtigung verbunden ist. Vergehen sich die Kinder gegen ihre Eltern oder gegen andere auf eine öffentlich zu rügende Weise, muß der Vater dem Gerichte die Strafe überlassen. Es ist ihm aber verstattet, selbigem seine Gedanken über die mit seinen Kindern vorzunehmende Correction zu äußern, da denn selbiges, auf wahrbefundene Anzeige, bey deren Erkennung auf die väterlich gemeineten Vorschläge Rücksicht zu nehmen pflaget. Die Söhne bleiben, bis sie ihren eigenen Haushalt angefangen, die Töchter, bis sie verheyrathet worden, unter selbiger. Die Zweifel, so einige dagegen, so viel die hiesigen Landes-Töchter betrifft, aus dem Grunde erregt, daß die Römischen Gesetze, nach alhier abgeschafften Sachsen-Rechte, hierbey ihre Anwendung finden müßten, sind leicht zu heben, da nach allgemeinen teutschen Gewohnheiten die Töchter durch die Heyrath der väterlichen Gewalt entnommen, in die Familie ihres Ehemannes aufgenommen, und deren Nahmen und Wapen theilhaft werden. Dem Vater stehet der Nießbrauch des Vermögens seiner Kinder zu, der ihm auch, wenn er seinen Erbtheil aus dem Nachlasse seiner ver-

storbenen Ehefrauen zum völligen Eigenthum erhalten, in denen übrigen Erbtheilen, die seinen leiblichen Kindern anheim fallen, nicht entzogen werden darf, Verordnung vom 30. December 1754.

1) Sacer d. pot. patr. in Filiam marit. in ducatu Guelphorb. p. 18.

2) Puffend. Obs. T. 1. Obs. 99. §. 8. 10.

Gräfen, disc. forens. C. 2. M. 2. §. 14.

3) Fesch d. insignib. C.

§. 10.

Von Minderjährigen.

Minderjährige werden allererst nach vollendetem fünf und zwanzigsten Jahre vollbürtig, es wäre denn, daß sie von der Landesherrschaft veniam aetatis erhalten, die vorkommenden Umständen nach, wenn ihre Vormünder versichern, daß ihre Mündel ihrem Vermögen vorzustehen im Stande, nach eingezogenem heyfälligen Besichte des Gerichts, unter welchem die Vormundschaft gehöret, ertheilet zu werden pfleget. Sie erlangen dadurch die Befugniß ihr Vermögen zu verwalten, dürfen jedoch nicht ohne

ohne vorhergegangenes gerichtliches Decret, welcher wegen die Gerichte auf Anrufen ungesäumt zu verfügen angemessen sind, Verordnung vom 24. Jan. 1771. Ihre zinsbar ausstehende Gelder lösen, unbewegliche Grundstücke verkaufen, noch einkommende Capitalien und Kaufgelder nach Willkühr anwenden. Der Vater ist natürlicher Vormund seiner Kinder. Fürstliche Justiz-Canzleyen stattete den 14. März 1748. der Landesherrschaft ein Gutachten über die Frage ab; ob und wie weit einem Vater nach gemeinen und Landesrechten die Disposition über seiner Kinder mütterliche Capitalien, derselben Lösung und Aufnahme zustehet? worauf an selbige unter den 19. März 1748. ein höchstes Rescript des Inhalts erlassen ward: daß keinem Vater zu gestatten, alle und jede Capitalien seiner Kinder nach eigenem Wohlgefallen zu lösen und aufzunehmen, daß keinem Schuldner der Kinder, wenn er dem Vater den aufgefündigten Hauptstuhl bezahlet, und keinem Käufer minderjähriger Güter genugsam prospiciet sey, woferne der Vater das Eigenthum desselben nicht glaubwürdig bescheiniget, oder ein Decret über die Bezahlung ausgewirkt habe; der Vater solle, wenn er ein Capital nur in der Absicht,

um solches seltig von einem unsichern Orte wegzubringen, löse, oder es ihm aufgekündigt worden, gehörig anzeigen, bey wem er es aufs neue zu belegen gemeynet, worauf das Decret nicht leicht zu versagen sey; habe er die Absicht den Hauptstuhl in seinen Nutzen zu verwenden, oder seine Schulden damit abzutragen, solle das Gericht zuvor die dabey eintretenden Umstände untersuchen und dessen Kindern dero Besuch, salvo usufructu paterno, einen Vormund bestellen. Die Mutter ist nach dem Tode ihres Ehemannes legitime Vormünderin ihrer mit ihm erzieseten minderjährigen Kinder, jedoch muß sie in dieser Eigenschaft verpflichtet und bestätigt werden. Will sie zur zweyten Ehe schreiten, sind ihre Kinder vorher zu bevormunden. Ueberhaupt beziehet sich in hiesigen Landen die Lehre von Vormundschaften auf die Reichs-Gesetze, die durch einige Verordnungen ergänzt worden. Durch den Reichs-Abschied von 1548. unter der Rubrik: von Reformation guten Policen. Tit. 31. §. 1. 2. 3. ist verordnet: daß Minderjährigen, falls ihnen in dem letzten Willen ihrer Eltern keine Curatoren ernannt, oder ihre Freunde und Verwandte aus rechtmäßigen Ursachen sich der Vor-

munds-

mundschaft nicht unterziehen wollten oder könnten, ihnen von Obrigkeits wegen Pfleger zu setzen, daß sich keiner diesem Geschäfte unterziehen solle, es sey denn solches von der Obrigkeit genehmiget, daß der Vormund von allen Güthern, liegend oder fahrend, Schuld, Brief und Registern ein Inventarium aufrichten, rechtmäßige Caution und Versicherung thun, auch mit Gelübde und Eyde beladen werden solle, daß er seinen Pflegkindern und ihren Güthern getreulich und ehrbarlich vorseyn, ihre Personen und Güther versehen und verwahren, diese nicht in seinen eigenen Nutzen kehren oder wenden, noch dieselben ohne Vorwissen, Kenntniß und Decret der Obrigkeit veräußern, verpfänden oder beschweren, jährlich gebührende Rechnung davon thun, von seiner Verwaltung Rede und Antwort geben, und so handeln wolle, wie es einem getreuen Vormunde eignet und gebühret. In der Kaiserlichen und Reichs-Policeyordnung von 1577. §. 32. ist ein gleiches verordnet, nur mit dem Zusage zu dem 3. §. oben angezogenen Reichstages-Abschiedes, daß die Obrigkeiten dahin fleißig sehen sollen, daß keines Vormundes Fahrlässigkeit, noch weniger Verworthellung seiner Pflegkinder unbestraft

bleibe. Durch Landes-Ordnungen ist der von denen Vormündern abzustattende End dahin normiret, Canzley-Ordnung p. 43. Hofgerichts-Ordnung Tit. 26. und festgesetzt worden, daß jeder Vormund seine Rechnungen binnen dreien Monatzen nach Verfließung jeden Jahres gehörigen Orts, ohnerinnert bey Strafe fünf von hundert vom ganzen Betrage des ihm anvertrauten Vermögens zu erlegen, einliefern, die Gerichte, wenn solches unterbleibet, sie zur gesetzten Zeit einfordern, binnen dreien Monatzen nach deren Einreichung abnehmen, und die Vormünder, die nach abgelegter Rechnung schuldig bleiben, und nicht bezahlen können, mit schwerer Strafe belegen sollen, Verordn. vom 21. Nov. 1743. Vormünder waren vorhin angewiesen, die Capitalien ihrer Pflegbefohlenen bey der Kriegescasse, Land-Renterey- und Viersteuer-Casse zinsbar unterzubringen, Verordn. vom 8. Nov. 1703. welches nachher dahin abgeändert worden, daß solches nur in dem Falle zu beachten, wenn es denen Vormündern an Gelegenheit fehlen sollte, sie Privatpersonen gegen landübliche Zinsen mit Sicherheit zu leihen, Reser. an die Justiz-Canzl. vom 8. Jun. 1753. Verordn. vom 18. Jun.

1753.

1753. Die besten Minderjährigen schutzbaren Capitalien sollen weder ihnen, noch deren Vormündern, die Fälle mögen beschaffen seyn wie sie wollen, ohne ein von dem vormundtschaftlichen Gerichte ertheiltes Decret ausgezahlt, Verordn. v. 17. Febr. 1745. vom 18. May 1781. alle und jede jenen zustehende unbewegliche Güther, Gerechtigkeiten, einzuhelende stehende Nukungen und Gefälle, welche ihrer Beschaffenheit nach verpachtet oder verkauft werden können, von denen Vormündern ohne Unterscheid zur gerichtlichen Versteigerung gebracht, und zu dem Ende bey dem Gerichte Termine ausgewirkt werden, es wäre denn, daß besondere Umstände eintreten, die ein anderes anrathen, als in welchem Falle dem Landesherrn zu höchster Verfügung zu berichten ist. Denen Vormündern ist bey solchen gerichtlichen Versteigerungen, oder ausgewirkter Landesfürstlichen Verordn. nachgelassen, ihrer Minderkinder, Wöhen und andere Gebäude, Zehenden, Jagden, Wästungen und sonstige Gerechtigkeiten in Pacht zu nehmen, auch Brautstage, Holzanttheile und dergleichen käuflich an sich zu bringen; verfahren sie aber hierbey nicht nach dieser Vorschrift, sollen sie, es mag

M 4

die

die Sache von ihnen selbst angenommen, oder jemanden anders abgelaßen seyn, das gedoppelte von dem, was sonst bey einer gerichtlichen Licitation erfolgt seyn würde, erlegen, Verordn. vom 5. Nov. 1763. Wenn Fürstliche Bediente mit Hinterlassung minderjähriger Kinder versterben, versiegelt jeden Orts Obrigkeit *vi specialis commissionis* dessen Mobilien-Nachlaß, berichtet solches der Fürstlichen Justiz-Canzley und bringet derselben zugleich tüchtige Vormünder in Vorschlag, Rescr. an die Justiz-Canzl. vom 31. Jan. 1750. Die Gerichte sind angewiesen dem Intelligenz-Comtoir zur Einrückung in die Wochenblätter, die Namen der Bevormundeten und der Vormünder einzufenden, durch selbige auch bekannt zu machen, wann jene majoren geworden und diese abgegangen, Verordn. vom 1. März 1745. Die Stadt Braunschweig hat ein besonderes vormundschaftliches Gericht und Vormundschafts-Ordnungen vom 2. Aug. 1689. vom 5. Aug. 1689. Für die Stadt Helmstädt sind dergleichen unter den 18. Febr. 1711. 18. Febr. 1717. und 9. April 1745. erlassen.

Von Wittwen und Waisen.

Der Civil-Bedienten hinterbliebene Wittwen und Kinder erhalten verhältnismäßig, nach der mit dem Amte, das jene bekleidet, verbundenen Würde einen Gehalt. Die Witwe behält selbigen so lange sie lebet, den Witwen-Stuhl nicht verrückt und im Lande wohnen bleibt. Stirbet sie mit Hinterlassung ehelich erzeugeter Kinder, so sind die Töchter, bis sie das sechzehnte Jahr erreicht, und sie sich nicht etwa früher verheyrathet, die Söhne, bis sie das zwanzigste Jahr zurücke geleet, vorher nicht in Dienste getreten, oder ein anderes Meistler erwählet, und zwar wenn vier oder mehrere Kinder vorhanden, der Pension ganz, wenn zweyen oder drey hinterblieben, derselben zu zwey Drittel, und wenn nur einer am Leben, solcher zur Hälfte theilhaft. Die Kinder verlieren die Pension, wenn ihre Mutter zur zweiten Ehe schreitet, auf so lange als selbige dauert. Eine ohne ihr Verschulden von ihrem Ehemanne geschiedene Ehefrau genießet solche nach dessen Tode. Wird dem schuldigen Ehemanne sich anderweit zu verheyrathen verstatet,

so bleibet nach dessen Tode² die zweite Ehefrau von dem Genuße des Witwen-Geholtes so lange ausgeschlossen, als solches die erste Witwe und ihre participationsfähige Kinder erhalten. Ist der Ehemann der unschuldige Theil, so fällt nach dessen Tode sothaner Gehalt der zweiten Witwe, oder falls keine hinterblieben, denen aus der geschiedenen Ehe, und denen aus denen folgenden Ehen etwa erzeugeten Kindern zu. Tritt der Ehemann in fremde Dienste, kann die Witwe auf keine Pension Anspruch machen. Wird er seiner Dienste entlassen, ist sie derselben fähig, heyrathet er, nachdem er dimittiret, ist sie solcher unfähig. Gleich nach dem Absterben eines Fürstlichen Bedienten ist dessen Witwe, und wenn diese nicht mehr am Leben, die für die hinterbliebenen Kinder bestellte Vormundschaft, und zwar so viel letztere betrifft, bey Strafe ihre Mündel aus eigenem Vermögen schadlos zu halten schuldig, sich der Pension wegen bey der Fürstlichen Witwen- und Waisen-Deputation zu melden, und zugleich das Alter der Participanten anzuzeigen. Verordnung vom 30. März 1775. Von Witwen- und Waisen-Societäten siehe unten 4. Kap. §. 11.

§. 12.

Von ehrlichen Personen.

Die Infamie bestehet in der Beraubung des ehrlichen Namens und damit verbundenen Vortheilen. Abdecker-Knechte, Ausreißer, deren Nahmen an das Gericht geschlagen, und die, so in der großen Karre geschoben, werden infam. Dagegen sollen für ehrlich gehalten werden, die Leineweber, die wegen ihres Handwerks nicht zu schmälern oder zu beschimpfen, Verordn. vom 19. März 1729. Die Schächfer, die in öffentlichen Zusammenkünften und andern Gesellschaften aufzunehmen, und nach ihrem Tode christlichem Gebrauche nach zu beerdigen, Verordnung vom 6. Jul. 1747. ad Verordnung vom 31. Jan. 1652. Die bey denen Gerichten angelegte Knechte, Verordnung vom 9. May 1752. Suspension vom Amte, während der Special-Untersuchung ist bis zu geendeter Sache der Ehre und Würde des Suspendirten unnachtheilig. Verordnung vom 14. May 1750. vom 24. Febr. 1782.

4. Kapitel.

Von dem Rechte zu einer Sache.

§. 1.

Von Contracten allgemein.

Alle Bedinge, welche ernstlich und bedächtig eingegangen, sind nach teutscher Gewohnheit verbindlich, in so ferne sie nicht gegen die guten Sitten anstoßen, durch Gesetze eingeschränket, oder eine dabey zu beachtende Form vorgeschrieben worden. Sie sollen nach Zahlthalern zu 36 Mariengroschen geschlossen werden. Verordn. vom 24. Sept. 1619. Macht die zu zahlende Summe keine 100 Rthlr. aus, ist der Empfänger mehr als 5 Rthlr. in kleinen Münzsorten anzunehmen nicht schuldig. Verordn. vom 20. May 1656. Bey Schließung der Contracte ist zu Besserung der Wege und Stege etwas zu geben verordnet, welches jedes Orts Obrigkeit dero Behuf in ihrem Gerichtsbezirk zu verwenden hat. Verordnung vom 20. Febr. 1756. vom 11. April 1758. Landtags-Abschied von 1770. Art. 25. Die Contracte sind mit Stempel zu belegen, widrigens falls

falls von denen Gerichten nicht anzunehmen, sondern zurücke zu geben; jedoch sollen sie, wenn sie nachgestempelt, anderweit bey selbigem producirt werden, nach vorgängiger Bescheinigung, daß wegen dessen Unterlassung die gesetzte Strafe abgetragen worden, in ihrer Verbindlichkeit verbleiben, und darauf was Rechtens erkannt werden. Stemp. Ordn. vom 18. März 1719.

§. 2.

Vom Kauf-Contracte.

Bey dem Verkaufe sollen die Preise billig bestimmt werden. Verordn. v. 17. May 1664. Pränumerationen auf neue Bücher anzunehmen ist nur denen Buchführern verstattet. Verordn. vom 15. April 1755. Verboten ist der Verkauf verschiedener Waaren, der in der Absicht geschieht, den Handel mit Ausschließung anderer an sich zu bringen, als: des Kornes. Verordn. vom 5. Sept. 1681. vom 28. Jan. 1763. der Victualien- und Baumaterialien in der Stadt Braunschweig. Edict vom 26. Jun. 1702. des Brandtweins, Eisens, der Wolle, des Leins, Leinewands und Garns, insbesondere im Weser-Districte. Verordn. v. 28. Jun. 1702.

1702. der Verkauf des Brandtweins auf dem platten Lande unter 10 Stübchen, B. v. 22. May 1775. der Handel mit fremden Eisen. Edict v. 19. April 1656. v. 30. Jul. 1670. denen Kesselführern mit messingenen und kupfernen Waaren auf dem platten Lande, ohne Fürstlicher Cammer-Concession, Verordnung vom 2. Sept. 1752. das Hereinschleppen fremder Arzeneyen, Verordnung vom 31. Dec. 1767. Das Hausiren auf dem platten Lande, Ausschreib. vom 16. März 1737. Verordnung vom 3. März 1753. vom 17. Oct. 1758. vom 20. May 1768. vom 8. May 1783. der Verkauf der Hede außer Landes, Verordn. vom 8. Nov. 1688. das Sammeln der Lumpen ohne dazu erhaltene Erlaubniß, Verordn. vom 24. Aug. 1658. Wer wissentlich gestohlenen Guth kauft, soll es dem Eigenthümer ohne Wiedererstattung des Kaufgeldes und der darauf verwandten Kosten aushändigen, dem, der es un Wissend erstehet, die nothwendigen vergütet, und dem, der es in der Absicht, es dem wahren Eigenthümer wieder zuzustellen, an sich bringt, außer diesen auch der Kauf-Schilling bezahlt werden, Verordn. vom 20. Dec. 1646.

§. 3.

Vom nothwendigen öffentlichem Verkauf.

Bei subhastationibus, necessarius stand ehedem dem Schuldner frey, einen Käufer zu stellen, der mehr als in dem zur Versteigerung anberahmet gewesenen Termin gebotthen, zu geben gemeynet, Canzl. Ordn. Art. 79. Hofzer. D. Tit. 75. Verordn. vom 18. April 1698. Verordnung vom 10. Decbr. 1750. Es ist aber dieses Recht durch die Verordn. vom 15. April 1752. aufgehoben, und in selbiger zugleich festgesetzt worden, daß bey wichtigen Grundstücken die Licitations-Termine aufs sechs Monate auszudehnen, und dem Käufer nachzulassen, nur die Hälfte des Kaufgeldes sogleich baar zu erlegen, die andere Hälfte aber während sechs Monaten gegen landübliche Verzinsung an sich zu behalten.

§. 4.

Vom Verkaufs-Rechte.

Das Vorkaufsrecht, jus protemiseos, faßt die Befugniß in sich, durch Abtragung des auf ein Grundstück oder Gerechtsame von einem
drit-

dritten gebotenen Geldes, vorzüglich zum Kaufe gelassen zu werden. Es steht solches zu 1) dem Landesherrn bey dem abständigen Holze in denen Forsten der Ritters, und der vom Adel, in so ferne solches zum Berg- und Salzwerke erforderlich ist. Landt. Absch. von 1619. Art. 6. 2) denen Erbenzins-Herren bey denen von ihnen zum Erbenzins gehenden Güthern, 3) denen Unterthanen bey denen Berg-Materialien, als Blei, Kupfer, Eisen und dergleichen. Landt. Absch. von 1619. Art. 14. 4) und auf dem Harze bey Bauholz, Dielen und Latten ib. Art. 15. 5) denen Braunschweigischen Kaufleuten bey denen Waaren, so denen Mäklern in denen Messen von fremden Kaufleuten zum Verkauf gegeben werden. Verordn. vom 18. Jan. 1781. Auch haben selbige, wenn ein Fremder denen Mäklern aufträgt, Waaren für sie einzukaufen, das Vorrecht, daß solche von ihnen ausgenommen werden müssen. ib. Verordnung vom 18. Jan. 1781. §. 14. 15.

§. 5.

Von der Erb-Lösung.

Jus retractus gentilitii, vermöge dessen Blutsfreunde befugt sind, den Verkauf abzu-
 ter:

terlicher Güther zu widerrufen, und das Grundstück, gegen Erlegung der von einem Dritten dafür versprochenen oder bezahlten Summe an sich zu bringen, hat ehemals in hiesigen Landen Statt gehabt, ist aber durch die Verordnung vom 15. April 1752. aufgehoben worden.

§. 6.

Vom Mieth-Contracte.

Wenn Jemand ein Haus oder anderes Grundstück Mieths- oder Pachtweise auf feste gefakte Jahre austhut, und einen schriftlichen Contract darüber errichtet, soll dem Miethsmanne oder Pächter dadurch ein dingliches Recht dergestalt zu statten kommen, daß er, wenn das Haus oder Grundstück während der Miethzeit verkauft wird, dem Käufer zu weichen nicht schuldig, vielmehr dieser ihm den Contract auszuhalten verpflichtet seyn soll, es wäre denn im Mieth- oder Pacht-Gebinde ein anderes ausdrücklich festgesetzt worden. Wenn darüber nicht schriftlich contrahiret, so ist der Käufer befugt, dem Miethsmanne oder Pächter während der Mieths- oder Pachtzeit, die Mieth- oder Pacht aufzukündigen, jedoch ist er in solchem

v. Liebh. Einl. 27. Th. M Salz

Falle verbunden, es ihm ein ganzes Jahr vorher wissen zu lassen, Verordnung von 25. Oct. 1760. Wegen der Zeit des Ausziehens der Miethsleute ist unter den 8. April 1752. verordnet, daß solche ordentlich Weise mit dem zweyten Tage nach zurückgelegten in dem Contracte bedungenen Feste zu Ende gehen, und alsdann der Miethsmann zu räumen schuldig seyn solle. Von denen Hausmieschen der in Helmstädt Studirenden, siehe Verordnung vom 23. April 1761. wie viel für Mühe und Miethedenen Auctionatoren in denen Städten Braunschweig und Wolfenbüttel zu entrichten, siehe Verordn. vom 30. Jun. 1768. von 14. May 1779. Der Werth, der auf die Post gegebenen Gelder, Preiosen, Päckereyen und Sachen soll gehörig angegeben werden, Verordn. vom 21. May 1762. vom 2. Febr. 1770.

§. 7.

Von Dienst-Boten.

Das Siken auf eigener Hand ist denen gesingern Personen, die zu dienen fähig, verboten, Verordnung vom 23. Oct. 1621. vom 31. Jul. 1654. Wegen der Zeit des Antritts

in

in den Dienst bleibet es an jedem Orte bey dem Herkommen. Wird Jemand auf ein halbes, Viertelsjahr oder auf wenigere Zeit angenommen, soll ihm das Lohn verhältnismäßig nach der Zeit des geleisteten Dienstes gereicht werden, das Gesinde nach angenommenen Mieth-Pfennig zu bestimmter Zeit ohne Verzug oder Ausflucht in den Dienst treten. Wer solches nicht thut, oder sich anderweit bey andern vermiethet, ist schuldig demjenigen, dem er sich zuerst zugesaget, den Dienst zu halten, dem andern, dem er sich dazu versprochen, einen gleich tüchtigen in seine Stelle zu verschaffen. Der sich dessen weigert, soll von bannen gewiesen, und ehe solches geschieht, mit Gefängnißstrafe belegt werden. Das Gesinde ist angewiesen, die verabgeredete Dienstzeit auszuhalten, falls es solche zu verläugnen nicht gemeynet, ein Viertelsjahr vorher aufzukündigen. Vor Ablauf derselben darf es, ohne vorgängiges gerichtliches Erkenntniß, bey Verlust des rückständigen Lohns, nicht aus den Dienst treten; die Obrigkeit soll es, auf Anrufen, wieder in selbigen zu treten, und die verabgeredete Zeit ohne Lohn zu dienen, anhalten. Heyrath gehet jedoch vor den Dienst. Die Herrschaft darf ihr Gesinde nicht

N 2

vor

vor der bedungenen Zeit ohne rechtmäßige Ursachen des Dienstes entlassen, widrigenfalls sie ihm den ganzen ausgelobten Lohn und Unterhalt von der noch abzubienenden Zeit zu reichen verbunden ist. Keiner soll einem andern Dienstherrn vor aufgekündigtem Dienste sein Gesinde abmieten oder abspannen, das aus solchem entlaufene nicht hegen, noch bey andern dienende durch Steigerung des Lohns an sich ziehen. Bey der Aufnahme im Dienste soll der Gemiethete von seiner vorigen Herrschaft wegen seines Wohlverhaltens Kundschaft vorgeigen. Das sich wohlaufführende Gesinde ist in Rücksicht seines Dienstes Contributionsfrey. Mägde, die bey einer Herrschaft zehn Jahr treu und rechtschaffen gedienet, erhalten bey ihrer Verheyrathung das Bürgerrecht unentgeltlich, Verordn. vom 29. Nov. 1645. Bey Endigung des Dienstes ist der Brodherr dem Dienstboten, auf sein Ansuchen, einen Abschied zu erteilen schuldig, und darf ihm solchen ohne erhebliche Ursachen nicht versagen. Dieser ist angewiesen, ein zu dem Ende gedrucktes Exemplar auf seine Kosten von der Armenkasse jedes Orts zu lösen, und ihm den Dienstherrn zur Ausfüllung zuzustellen, Verordn. vom 14. Sept. 1747. vom

18. Dec. 1766. Diesem steht eine mäßige Zichtigung über seine Bedienten zu, Rescr. an die Justiz-Canzl. vom 29. Oct. 1748. Für die Stadt Wolfenbüttel ist unter dem 29. Oct. 1748. für die Stadt Braunschweig den 2. Oct. 1758. eine Gesinde-Ordnung, für die Mieth-Laquenen daselbst den 20. Junii 1766. ein Reglement publiciret worden. Arbeits-Löhne sollen billig bestimmt werden, Verordnung vom 17. May und 10. Sept. 1764.

§. 8.

Von Erben-Zins-Contracte.

Der Erbenzins-Mann soll bey sich ereignen den Sterbe-Fällen binnen drey Monaten bey dem Erbenzins-Herrn um Erneuerung der Investitur nachsuchen, Verordnung vom 15. Dec. 1704. Rescr. an die Justiz-Canzl. v. 18. May 1751. dieser denen seinen Consiten zu erteilenden Briefen keine neue Bedingungen einrücken, die Eigenschaft der Zinsen und des Landes nicht verändern, so viel die Laudemien-Gelder betrifft, es bey dem Herkommen lassen, Verordn. vom 9. März 1737. Rescr. vom 18. May 1751. wenn er nicht zugleich judex rei sitae ist, die

Güter nicht verlassen, und daherhalb keine Gebühren nehmen, Landtags-Absch. von 1775. Art. 28. Erbenzins-Güter dürfen nicht ohne Einwilligung des Erbenzins-Herrn veräußert oder verpfändet werden, jedoch soll dieser dazu den Consens nicht leicht versagen, Landtags-Absch. von 1619. Art. 10. Verordn. vom 15. Dec. 1704. Von Verichtigung der Erben-Zinse von denen vor der Stadt Wolfenbüttel belegenen Garten, siehe Verordnung vom 24. Jan. 1696. vom 4. Aug. 1734.

S. 9.

Vom Irddel: Contracte.

Wenn Waaren: Mäkler in der Stadt Braunschweig zu bestellen, schläget das Victualien-Amt und die Kramer-Gilde dem Fürstlichen Policen-Departement drey der Handlung kundige Personen zur Auswahl vor. Der Gewählte erhält zu seiner Legitimation einen kleinen mit dem Koffe bezeichneten elfenbeinern Stock. Ihm kommt der Kauf und Verkauf aller gewöhnlichen Kaufmanns- und Apotheker-Waaren und zur Handlung gehörenden Landes-Producte, als Wolle, Hopfen und dergleichen, mit Aus-

schlies-

schließung des Handels mit Korn, der Vermietung der Häuser, Gewölbe, Garten und Ländereien zu. Wenn ihm von mehreren der Auftrag über einen und eben denselben Articul, Waare oder einen andern Gegenstand, der nur einfach zu haben ist, gegeben worden, soll er dem, der ihm solchen zuerst gethan, den Vorzug geben, und solchen so lange verfolgen, bis entweder die Partey geschlossen oder die Handlung darüber gänzlich abgebrochen ist, und nicht ehender den Auftrag eines andern über solchen Handel zur Ausrichtung übernehmen. Falls ihm Waaren von gleicher Eigenschaft, jedoch von verschiedenen Preisen zu versagen aufgetragen worden, soll er dem ersten Committenten, solches ohne Benennung des andern, und daß er die Waare um einen geringern Preis losschlagen solle, nachrichtlich eröffnen, und eben so hat er sich zu verhalten, wenn der zweite Committent höhere Preise, als der erste stellt. Er ist angewiesen ein förmliches Handels-Buch zu halten, welches bey entstehenden Streitigkeiten über die Richtigkeit des Handels unter den Interessenten, wenn er völlig geendet, und der Mäkler seine Courtage erhalten hat, einen halben Beweis ausmachet, berufen sich aber

beide Theile darauf, so ist er völlig geführt. Auf Lieferung darf er von auswärtigen Kaufleuten keine Commissions-Waaren zum Verkauf übernehmen, zwischen denen Meßzeiten keine übergebliebene Meßwaare verhandeln. Dem Verkäufer soll er die Expedition überlassen, bey sich ereignendem Verdacht den Käufer und Verkäufer für Gefahrde warnen, keinen, bey Strafe der Ersekung des Schadens, aus eigenen Mitteln, für sicher ausgeben, wenn er das Gegentheil weiß, die Waaren ihrer Beschaffenheit nach gewissenhaft beschreiben, und ob die ihm zugestellten Proben mit der Waare gleiche Güte haben, untersuchen. Träget er einem andern seine Geschäfte auf, welches nicht anders, als mit Fürstlichen und Policen-Departements Genehmigung geschehen kann, muß er vor dessen Ausrichtung einstehen; er ist auch angewiesen, sich nach denen emanirten Meßordnungen, so viel die Handlung betrifft, zu richten. Denen Geldmäclern bleibt allein der Umsatz mit Gelde, Gold und Silber, der Wechsel-Verkehr und die Anschaffung der Capitalien vorbehalten. Denen, sowol denen Waaren- als Geld-Mäclern, ist der außergerichtliche freywillige Verkauf der Grundstücke gestattet. Der Mäcler

erhält an Courtage ein halb von verkauften, oder vermietheten Grundstücken von einem Jeden der handelnden Theile ein viertel Procent, und zwar, und so viel letztere betrifft, von jedem Jahre, auf welches die Mieth- oder Pachtszeit gehet, Verordn. vom 9. Dec. 1771. vom 9. Dec. 1772. vom 18. Jan. 1781. Wie es mit denen an die Kaufleute zu Braunschweig adressirten Meßcommissions-Waaren zu halten, siehe Verordn. vom 23. Aug. 1768.

§. 10.

Von Societäten.

Zu Ersekung des durch Feuersbrunst erlittenen Schadens hat die Landschaft unter Landes herrlicher Benstimmung im Jahre 1753. eine Brandversicherungs-Gesellschaft errichtet. Den 18. Jul. desselben Jahres ist hieserwegen eine Verordnung folgenden Inhalts ergangen: Alle Landes-Einwohner sollen in selbige wegen ihrer im Lande habenden Gebäude, auf ihr Verlangen, aufgenommen werden. Die Gesellschaft ist verpflichtet, den Werth der gänzlich, oder nur zum Theil niedergebrannten, oder bey entstandenen Feuersbrünsten niedgerissenen Ge-

bäuden nach der eingeschriebenen Summe zu ersetzen. Das Schah-Collegium übernimmt die Aufsicht und Verwaltung der Societäts-Angelegenheiten, thut den erforderlichen Vorschuß, repartiret die bezutragenden Gelder, und läßt diese durch die Schah- und Biersteuer-Einnahmer jedes Orts einsammeln. Die Besitzer der Bauerhöfe sind in solche zu treten schuldig, denen übrigen Einwohnern steht jedoch solches frey, auch wie hoch sie ihre Gebäude angeben wollen, es muß aber nur deren wahrer Werth, ohne Rücksicht auf die Baustelle, und der ihr anklebenden Gerechtigkeiten, angegeben werden. Unter fünf und zwanzig Reichsthaler hat keine Inscription Statt, und größere Summen müssen sich jederzeit mit dieser Summe aufheben. Die Societäts-Verwandten erhalten vom Fürstlichen Schah-Collegio ein befugiges Zeugniß wegen ihrer Aufnahme. Die, welche in die Societät treten, herausgehen oder die Taxe verändern wollen, sind angewiesen, solches dem Schah-Collegio zwischen den 16. October und den 16. Nov. jeden Jahres anzuzeigen, da denn allererst den 1. Jan. des folgenden Jahres die Einschreibung und Veränderung ihren Anfang nimmt. Die aus der Gesellschaft erfolgenden

Geld

Gelder sollen nur allein zum Aufbause neuer Wohnhäuser und Gebäude angewandt, und nach einem von der Obrigkeit gebilligten Risse ausgeführt werden. Besitzt einer ein mit Schulden behaftetes Haus, ist er verpflichtet selbiges in die Brandversicherungs-Gesellschaft aufnehmen zu lassen, widrigenfalls, auch wenn er aus selbiger tritt, ist der Gläubiger befugt, das Capital, wenn es gleich noch nicht fällig, zu lösen, und wenn der Schuldner zur Verfallzeit nicht Zahlung leistet, dessen Gebäude in die Societät aufnehmen zu lassen, in welchem Falle die Zuschußgelder von dem Eigenthümer bezgetrieben werden sollen. Wenn Jemand ein assicurirtes Gebäude vermiethet, und den Vertrag nicht entrichtet, erlaget solchen der Miethesmann und zieht ihn von denen Miethesgeldern ab. Sollte ein so großer Brandschaden entstehen, daß es denen mehesten Mitgenossen der Gesellschaft zu beschwerlich fielen, ihre Beitragsgelder auf einmal abzuführen, so bestimmt das Schah-Collegium die Zahlungs-Termine. Die, so selbige binnen drey Monaten nach geschehener Anzeige nicht bezahlen, entrichten zur Strafe von jeden inscribirten hundert Reichsthalern neun Mariengroschen. Eben angeführte Verordnung

bez

bestimmt auch die Art der vorzunehmenden Wardirung und die darauf zu verwendenden Kosten, ad Verordn. vom 18. Julii und 25. Oct. 1753. vom 8. April 1755. vom 10. Decbr. 1755. vom 21. Jan. 1756. vom 24. Februar 1761. vom 14. Jul. 1781. Die Verordn. vom 18. Jul. 1753. ist unter den 19. Aug. 1763. dahin ausgedehnet worden, daß der zu Bekanntmachung der jedesmalß bey denen Catastris vorzunehmenden Veränderung bestimmte Termin vom 16. Oct. bis den 16. Nov. jeden Jahres nicht der einzige seyn, sondern dazu ein jeder anderer Convent des Schatz-Collegii offen stehen solle. Was die Obrigkeit bey Verwendung der aus der Brandversicherungs-Casse folgenden Gelder zu beachten haben, zeigt die Verordnung vom 26. Nov. 1754. Außer dieser Societät sind in Fürstlichen Landen noch andere von Privat-Personen zu Uebertragung der Begräbniskosten, zur Versorgung der Witwen und Waisen errichtet, als: die friedliebende Bruderschaft unter dem Rahmen des gekrönten Todtenkopfes, 6tes Art. vom 1. Jul. 1715. Die Trauercasse der Stadt Döbendorf, Avert. bes. Casse, betreffend die Helmstädtische Todten-Casse, Verordnung vom

vom 19. März 1751. vom 8. Febr. 1779. Die Jungfrauen und Junggesellen Casse, confirm. d. Art. vom 22. August 1715. vom 12. April 1717. Die Witwen- und Waisen-Societät, die den 7. März 1718. gestiftet und deren Art. 1719. genauer bestimmt worden, ad Verordn. vom 15. Aug. 1755.

S. II.

Vom Anlehen.

Keine Amts-Obrigkeit, worunter auf Nacht und auf Rechnung sitzende Justitiiarii, Gogresfen, Bögte und andere Amtsbediente zu verstehen, dürfen von denen Unterthanen des Districtes, dem sie vorgesetzt sind, Gelder aufleihen, Verordn. vom 17. Nov. 1721. Das Anlehn muß in eben solchen Münzsorten, in welchen es der Schuldner erhalten, wenn auch solche nachher geringhaltiger geworden, wieder abgeführt werden, Rescr. vom 3. Oct. 1758. Ein Gläubiger verliert nicht durch Annehmung abschläglicher Zahlung seine aus der Verschreibung erhaltene Rechte, Declar. vom 4. May 1748. Er muß sich auch solche gefallen lassen, wenn der Schuldner beweiset, daß er durch wis

dria

drige Schicksale außer Stand gesetzt worden, sogleich gebührenden Abtrag zu machen, Verordn. vom 3. Oct. 1704. Beruhet die Forderung auf klare Briefe und Siegel, und kann nicht auf unverwandten Fuß dargethan werden, daß selbiger ein Genügen geleistet, so soll die Hälfte wider den Schuldner unverzüglich vollstreckt, und diesem allererst nach erfolgter Bezahlung frey gelassen werden, wegen des dieserhalb etwa zur Ungebühr erlittenen Schadens, den Kläger rechtlicher Art nach in Anspruch zu nehmen, Verordn. v. 3. Nov. 1617.

§. 12.

Von Einschränkung des Credits.

Keinem unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft Stehenden, soll ohne seines Vaters oder Curatoris Einwilligung, Verordn. v. 30. May 1710. Verordn. v. 20. April 1711. Keinem Alumno des Collegii Carolini in Braunschweig ohne schriftlichen Schein des ihm zugeordneten Hofmeisters etwas an Gelde oder Geldes Werth, bey Verlust der Forderung, gutorget werden, Verordn. vom 10. Jul. 1745. Verordn. vom 5. May 1747. Verordn. vom

16. Oct. 1783. Der denen Officieren zu gebende Credit ist dahin eingeschränket worden, daß, wenn einer derselben seinem Speises- oder Hauswirthes, Wäscherin oder Bedienten länger als einen Monath lang schuldig bleibet, bey Kaufleuten, Krämern, Handwerksleuten, Weins- Biers- und Caffees- Schenken ohne Vorwissen seines Chefs Schulden machet, oder auf seinen Sold Anweisung giebet, das erstemahl auf eingereichte Klage und darauf erfolgten condemnatorischen Erkenntniße mit Abtragung seines Dienstes und vierzehntägiger, das anderes mahl mit gleicher Abtragung und vierwöchigen Gefängniß-Strafe beleet, das drittemahl seines Dienstes entsetzt werden solle, Verordnung vom 12. Jul. 1724. v. 23. Nov. 1671. vom 4. Oct. 1783. Keiner darf bey Verlust des Capitals einem Officier bis zum Capitain incl. einem Unterofficier, Gemeinem, Pensionair, oder Gnaden-Söldner ohne Vorwissen und Mitunterschrift seines Chefs, welcher alsdann mit dafür haftet, auf Wechsel oder andere Verschreibung etwas vorschießen, es sey denn, daß er mit kundbarem Vermögen, woran der Gläubiger sich halten kann, im Lande angesessen sey, nicht mehr unter väterlicher Gewalt oder Vormundschaft

mündern siehe, und nach Grundlegung der Wechselordnung das ein und zwanzigste Jahr seines Alters völlig überschritten habe, Verordn. vom 18. Dec. 1773. Verordn. vom 4. Jul. 1774. Von Borgen auf denen Apotheken, siehe Verordn. vom 30. Nov. 1751.

§. 13.

Von Bestimmung des Werths der Münzen.

Von dem Jahre 1748. waren in hiesigen Landen nach dem Leipziger Fuße ausgeprägte Münzen gangbar. In diesem erfolgte das Roßgeld ersten, 1758. zweyten Schlages, 1759. das sogenannte E Geld, 1764. das Conventionsgeld. Dieses kam den 1. Aug. besagten Jahres in Cours. Sein innerer Werth ist den alten Pistolen gleich, Verordn. vom 6. Jul. 1764. Zu Verhütung der über das Verhältniß obiger Geldsorten gegen Conventionsgeld zu besorgenden Irrungen ward festgesetzt: das 100 Rthlr. Roßgeld ersten Schlages mit 83 Rthlr. 20 Ggr. 6 Pf., zweyten Schlages mit 74 Rthlr. 11 Ggr. 2 Pf. und E Geld mit 57 Rthlr. 3 Ggr. 5 Pf. gegen Conventionsgeld, und

und hingegen 100 Rthlr. Conventionsgeld mit 119 Rthlr. 6 Ggr. 1 Pf. gegen Roßgeld ersten, mit 134 Rthlr. 6 Ggr. 11 Pf. gegen Roßgeld zweyten Schlages, und mit 175 Rthlr. gegen E Geld zu evaluiren, Rescr. v. 29. April 1765. auch denen Gerichten aufgegeben, von diesem Reductionsfuße, in wie ferne die streitigen Partheyen sich dieserhalb nicht verglichen oder andere erhebliche Ursachen vorhanden, nicht abzugehen, Verordn. vom 7. Oct. 1765.

§. 14.

Von Zinsen.

Denen Kaufleuten in der Stadt Braunschweig, die andern Kaufleuten ~~leihen~~, Verord. d. Mag. zu Braunschm. vom 8. Nov. 1698. und denen Schulkjuden, in soferne solches ihr Schulbrief besaget, sind sechs auf Hundert Zinsen zu nehmen verstattet. Die landüblichen Zinsen sind im Gefolg der Reichsgesetze ¹⁾ fünf pro Centum. Wucherliche Contracte sind ernsthaft verboten, Verordnung vom 3. Nov. 1617. vom 29. Aug. 1623. worunter auch übermäßige antichretische Nutzungen gehören. Die rückständigen Zinsen laufen nicht über das alte-
rum

rum tantum, außer auf Capitalien mitber Stiftungen, wenn sie nicht von Ueberschuß-Geldern gesammelt, oder ihnen solche abgetreten worden, Verordn. vom 21. Jan. 1701. Auf Kram-Waaren werden keine Zinsen entrichtet, es wäre denn, daß Zahlungs-Termine abgeredet, der Käufer sie zu geben versprochen, oder nach vorgängiger Interpellation die Zahlung verzögert hätte, Attest. der Justiz-Canzley vom 23. Jul. 1709.

1) Reichs Absch. v. 1536. Tit. 26. §. 8. v. 1577. §. 17. v. 1654. §. 174.

§. 15.

Von Leih-Häusern.

Leih-Häuser sind zu Braunschweig und zu Holzminden. Jenes ist von der Landesherrschaft garantirt und beyde miteinander verbunden, Verordn. vom 22. Jan. 1784. die das Braunschweigische Leih-Haus betreffenden Verordnungen sind vom 9. und 28. März 1765. vom 11. Dec. 1778. und die, so das Holzmindensche angehet, vom 27. April 1754. Die gerichtlich deponirten Gelder sollen ihnen zugesandt werden, Verordnung vom 9. May 1765.
vom

vom 17. März 1783. Pupillens Kirchens-Hospital- und dergleichen Gelder, sind sie nur zu einer Verzinsung von drey und ein halb auf Hundert anzunehmen verbunden, Verordnung vom 8. May 1780. vom 15. März 1787. Sie erhalten an dem Versehten ein völliges Pfandrecht, wenn gleich solches den gemeinen Rechten nach, nicht verhypothecirt werden kann, Verordnung vom 1. Febr. 1776. Wird es mit gestohlenem Gelde wieder eingelöst, sind sie dabey gesichert, Verordn. vom 15. Octbr. 1778. Ihnen versehte Verschreibungen gehen nach verfügter Abtretung nur auf die vorgeliehene Summe, Verordnung v. 26. Jul. 1770. Wucher mit Leihhaus-Scheinen zu treiben, und das Anleihen auf Pfänder unter simulirten Contracten ist verboten, Verordnung vom 4. Jun. 1772. vom 17. Dec. 1778. Von denen dem Leihhause zu entrichtenden Zinsen, Einschreiben und Tax-Gebühren, siehe Verordnung vom 20. April 1770. vom 17. Dec. 1778.

§. 16.

Vom Deposito.

Geld und Goldes Werth wird entweder bey Gerichten, oder bey Privat-Personen zu treuer Hand

Hand niedergelegt. Ueber gerichtlich deponirte Effecten wird ein mit einem Stempel zu vier Ggr. versehener Schein, wofür zwey Reichsthaler sechzehn gute Groschen zu erlegen, über einkommende Zinsen ein Schein auf einen Stempel + Bogen zu vier Pfennig ausgestellt. Die Gelder werden in einen mit zween Schlössern versehenen Kasten gelegt, wozu bey denen obern Gerichten das Directorium den einen, bey der Fürstlichen Justiz-Canzley der Archivarius, bey dem Hofgerichte und Consistorio der Secretair den andern Schlüssel in Verwahrung hat. In dem darüber zu haltenden Buche wird der Name des Deponenten, die Zeit der Niederlage, die Münzsorten und die Rubrik der Acten, worauf sich die Deposition beziehet, genau bemerkt, jährlich respect. von dem Archivario und Secretair Rechnung abgelegt, und des Depositen-Wesen zu Zeiten revidiret. Bey der Zurückgabe der niedergelegten Effecten wird der darüber ausgefertigte Schein wieder ausgehängt und an Gebühren ein aufs Hundert genommen, Verordn. vom 22. April 1707. Bey denen Magistraten hat ein Bürgermeister und ein Cämmerer, bey denen Fürstlichen Aemtern der Justiz- und Pacht-Beamte die Schlüssel

zum

zum Kasten. Von Bestrafung der dabey untreu befundenen Diener siehe unten XI. Abhandlung §. 24.

§. 17.

Von unerlaubten Spielen.

Unter denen Verträgen, deren Erfolg nicht von dem Willen der Handelnden, sondern allein vom Glücke abhänget, gehöret das Hazards-Spiel. Es ist denen gesammten Unterthanen, Verordn. v. 14. April 1725. insbesondere denen Bauern und Leuten geringen Standes, Verordn. vom 26. Jun. 1745. denen Studiosis zu Helmstädt, Verordn. vom 22. Febr. 1725. und denen Einwohnern der Stadt Braunschweig verboten, Verordn. v. 25. Jun. 1762. Das Ausspielen der Sachen ist durch die Verordn. vom 2. April 1717. vom 18. Oct. 1723. vom 9. Dec. 1771. und 1772. eingeschränket worden.

5. Kapitel. Vom dinglichen Rechte.

§. 1.

Von Uebertragung eines dinglichen Rechtes.
 Von Bürgergüthern kann so wenig nach allgemeinen teutschen Gewohnheiten, ¹⁾ als besonders in hiesigen Landen irgend ein dingliches Recht auf den Adquirenten übergehen, es sey denn, der darüber sprechende Contract von dem Stadt-Magistrat bestätigt, und vor ihm die Verlassung geschehen, Verordn. vom 15. Jun. 1712. da er denn in das Stadt-Handelsbuch zu tragen, Verordn. v. 2. Dec. 1744. Soviel insbesondere die Stadt Braunschweig betrifft, S. d. Mag. v. gem. Bes. v. 14. März 1680. Unters. Ger. Ordn. 26. Kap. §. 1. 2. wegen der Stadt Wolfenbüttel, Henr. St. Stat. Art. 13. Verordnung vom 21. Nov. 1744. und der Stadt Helmstädt, Refer. ad Mag. vom 9. Novembris 1716.

§. 2.

Von weltlichen Gerechtigkeiten.

Was die römischen Gesetze wegen der weltlichen Gerechtigkeiten verordnen, findet in hiesigen

figen Landen bey sich darüber ereignenden Streitigkeiten seine Anwendung. In der Stadt Braunschweig leidet solches in Ansehung der Ehefrauen, deren Ehemänner Handel und Wandel treiben, eine Ausnahme. Der Magistrat daselbst erließ unter dem 5. Febr. 1579. ein Edict, nach welchem hinführo keine Ehefrau mit ihren fräulichen Gerechtigkeiten zuzulassen, noch sich derselben gegen die Gläubiger ihres Ehemannes bedienen, vielmehr solche in allen beweg- und unbeweglichen Güthern, die sie ihm eingebracht, in seine Verwahrung und Handhabung gethan, gänzlich solchergestalt aufgehoben seyn solle, daß selbige, in soweit sie reichen, unter die Gläubiger auszutheilen, ad Verordn. vom 24. Sept. 1675. att. Mag. vom 8. März 1676. Unter den 7. Oct. 1676. wurden diese Verordnungen durch ein höchstes an den Magistrat erlassenes Rescript des Inhalts: daß besagtes Privilegium in Zukunft gänzlich von seiner Kraft seyn, und es mit dem Brautschatze und andern dem Ehemanne zugebrachten Guthe, wie es vor diesen in der Stadt geordnet, und üblichen Herkommens gewesen, gehalten werden solle, bestätigt ad Unterger. Ordn. Tit. 30. §. 19. Es gehen aber diese

Verordnungen nicht auf die bona receptitia, die von allen von denen Gläubigern des Ehemannes daran zu machenden Ansprüchen frey sind, Rescr. vom 18. May 1693. auch nicht auf die Schulden, so dieser nach dem Tode seiner Ehefrauen gemacht, Verordnung vom 13. Febr. 1745.

Von der Erbfolge allgemein.

Die Erbfolge geschieht entweder durch Verträge, durch Testamente oder ab intestato. Entsetzet einer, der zu vollbürtigen Jahren gekommen, nach empfangener Abfindungs-Summe der elterlichen Erbschaft endlich, oder vergleicht sich darüber unter gleicher Verheuerung gerichtlich, soll er dagegen nicht, auch nicht in dem Falle, wenn sich nachher eine übermäßige Verletzung in Ansehung des Pflicht-Theils äußern würde, in den vorigen Stand gesetzt werden, es sey denn, daß er zu erweisen vermöchte, daß er zum Verzicht oder Vergleiche durch listige Ueberredung verleitet worden. Verordn. vom 7. April 1712. Die Versiegelung des Nachlasses Fürstlicher Bediente in der Stadt Wolf-

Wolfenbüttel, wenn solche nicht unter dem Hofmarschall-Amte, Krieges-Verichte oder Stadt-Magistrate gestanden, ist der dazigen Justiz-Canzleyen aufgetragen, welche die Brieffschaften in Herrschaftlichen und Amts-Sachen von denen Privat-Schriften abzusondern, zu versiegeln, dem Collegio, wofu ein solcher gehört, davon Nachricht zu geben, und darauf die Scripturen an die Behörde abzuliefern angeordnet ist, Rescr. an die Justiz-Canzleyen vom 6. Sept. 1755. In denen übrigen Städten und Gerichten muß solches vi specialis commissionis jedes Orts Obrigkeit beachten, und davon der Justiz-Canzleyen zu weiterer Befolgung Bericht abstellen, Rescr. an die Justiz-Canzleyen vom 31. Jan. 1758.

Von der Erbfolge durch Verträge.

Die Erbfolge durch Verträge wird gemeinlich durch Ehestiftungen festgesetzt, die, wenn sie von bürgerlichen Personen errichtet werden, einer gerichtlichen Confirmation bedürfen, Henrichstädt. Stat. Art. 81. Die Einkindschaft ist in hiesigen Landen nicht ungewöhnlich, sie

erfordert aber, wenn sie zu Recht beständig seyn soll, eine gerichtliche Prüfung und Bestätigung.

§. 5.

Von der Erbfolge durch Testamente.

Testamente werden entweder mündlich oder schriftlich, gerichtlich oder außergerichtlich errichtet. Ueber die, so im Gerichte niedergelegt, wird ein Depositions-Schein ertheilet. Es steht einem Jedem frey ein Judicium zu wählen, bey dem er testiren will. Ein bey Fürstlichen Aemtern, bey welchen der Justitiarius das Amt eines Richters und Actuarii zugleich verwaltet, Just. Canzl. Attest. vom 9. Oct. 1750. auch ein bey dem dirigirenden Bürgermeister der Stadt Braunschweig in dessen Hause übergebener letzter Wille ist pro judiciali zu halten, Verordnung vom 15. April 1755. Wenn einer mit Vorbengehung seiner ordentlichen Obrigkeit vor einer fremden testiret, müssen dessen Erben jener die ihr dadurch entgangenen Gebühren bezahlen. Sie betragen für die Insinuation und darüber auszustellenden Bescheinigung bey denen Fürstlichen Aemtern und Gerichten

richten in denen Landstädten ein bis zwey Rthlr. bey denen Magistraten zu Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstädt zwey bis drey Rthlr. bey denen obern Justiz-Collegiis, dem Hofmarschall-Amte und Krieges-Gerichte vier bis fünf Rthlr. welches jedoch, wenn der Verstorbene ein geringes Vermögen hinterlassen, zu mäßigen ist. Für die Publication wird die Hälfte des, was bey der Insinuation und Deposition erleyet worden, entrichtet, Verordnung vom 1. April 1752. Bey außergerichtlichen Testamenten müssen die Vorschriften der gemeinen Rechte beachtet werden. Wie es dieses halb in der Stadt Wolfenbüttel zu halten, siehe Henr. St. Art. 14. In allen Testamenten sollen zum Besten der Armen und zu Ausbesserung der Wege von jedem hundert Rthlr. vier gute Groschen vermacht werden, Raths zu Braunschw. Verordnung vom 7. Jan. 1681. Fürstl. Verordnung v. 20. Febr. 1756. vom 11. April 1758. vom 7. Jun. 1770.

§. 6.

Von Fideicommissen.

Da sich einige Vorfälle ereignet, daß, wenn unbewegliche Güter oder Capitalien in die

die Fideicommiss-Qualität gesetzt, und dem Publico davon nichts Zuverlässiges bekannt geworden, man diejenigen, welche dergleichen Güther genuset, oder die Zinsen sothaner Capitallen erhoben, für deren Eigenthümer angesehen, und ihnen ansehnliche Geldsummen vorgeschossen; wie denn auch von denen Gerichten, welchen obgedachte Eigenschaft verborgen geblieben, die Bestätigung über solche ungültige Handlungen erteilt, und wenn sich endlich die Schuld nicht vermindert, die Gläubiger um die Hälfte, den Verkauf der Grundstücke oder um die Anweisung des Hauptstuhls nachgesucht, und diese darauf von denen Gerichten verfügt, allererst entdeckt worden, daß die Güther aus dem Commercio genommen, so ward unter den 1. Dec. 1758. verordnet: daß alle dergleichen Güther und Capitallen, so zu Fideicommiss gemacht, oder hinführo durch Testamente, Familien-Verdinge, oder auf andere Weise damit beschweret werden mögten, von dem, in dessen Vortheil es errichtet, der Obrigkeit, welcher die Gerichtsbarkeit darüber zustehet, und unter welcher die Gelder ausstehen, oder niedergefetzt sind, und zwar soviel die denen höchsten Justiz-Collegiis unmittelbar unterworfenen Güther

be-

betrifft, willkürlich bey der Justiz-Canzleyen oder dem Hofgerichte angezeigt, ein Verzeichniß der Fideicommiss-Güther beigelegt, auch welchergestalt darüber verordnet, oder Verträge gemacht worden, durch beglaubte Auszüge aus denen Testamenten oder Bedingungen, bewahrheitet werden solle. Die Profession von denen bis zum 1. Dec. 1758. errichteten Fideicommissen soll binnen zwey Jahren von dieser Zeit anzurechnen, von denen, die künftig gestiftet werden mögten, binnen drey Monathen nach vollzogenem Vertrage oder Eröffnung des darüber disponirenden Testaments bey Strafe der Nichtigkeit der Fideicommissen geschehen, es wäre denn, daß diejenigen, zu deren Gunsten es errichtet, abwesend oder minderjährig wären, oder ihnen, was zu ihrem Besten darin verordnet, unbekannt geblieben, weshalb ihnen gegen den Fiduciarius ihr Recht vorbehalten bleibt. Dieser ist bey fünf aufs Hundert Strafe schuldig, das Fideicommiss binnen oben bemerketer Frist gehöriges Orts bekannt zu machen. Sind die Güther in eines Dritten Besiz gekommen, oder solchen verpfändet, bleibt es bey der poena nullitatis. Bey allen Gerichten sollen zu Eintragung solcher Güther besondere Bücher

ge-

gehalten, und die Professiones von Amts wegen durch die Anzeigen bekannt gemacht werden.

§. 7.

Von der Erbfolge ab intestato.

Die Erbfolge ohne Testament geschieht nach Vorschrift der gemeinen Rechte, jedoch mit einigen Abänderungen und Zusätzen. In denen Städten Braunschweig, Attest. d. daf. Magistr. vom 21. Jul. 1708. und Wolfenbüttel, Henrichst. Stat. Tit. 16. fällt dem jüngsten Sohne das väterliche Haus zu, wovon er seine Geschwister ablegen muß. Uneheliche Kinder, denen ehemals, wenn deren natürliche Vater ohne Leibeserben, und ohne Errichtung eines letzten Willens verstorben, der sechste Theil dessen Nachlasses gebührete, sind nunmehr von aller Erbfolge ausgeschlossen, Verordnung vom 9. April 1770. Von der Succession ohne Testament in der Stadt Wolfenbüttel, siehe Henr. Stat. Art. 16. 17. 18. Der Beguinen-Häuser in der Stadt Braunschweig in den Nachlaß ihrer Alumnen, siehe oben 2. Abh. 14. Kap. und der Armen-Anstalten in dem hinterlassenen Ver-

Vermögen derer, die von ihnen verpfleget worden, Verordn. vom 17. Jul. 1751.

§. 8.

Von der Erbfolge der Eheleute.

In hiesigen Landen ist es eine seit undenklichen Jahren wohlhergebrachte Gewohnheit gewesen, daß wenn ein Ehegatte ohne Erben in auf- oder absteigender Linie zu hinterlassen, und ohne errichteten zu Recht beständigen Eheverträgen, letzten Willens-Verordnung, oder andern Disposition unter lebendigen verstorben, der überbleibende Ehegatte dem andern, mit Ausschließung der Seiten-Verwandten, nach dem bekannten Sprichworte, der letzte thut die Thür zu, beerbe, Verordnung vom 26. Aug. 1689. Nach denen Heinrichstädtischen Statuten Art. 18. erhielten die Witwen, bey ermangelnden Ehe-Pacten, oder eines Testaments, mit Vorabnehmung des Eingebrachten, und des während der Ehe angeschafften Schmuckes, Kins des Theil. Dieses Statutum ward auf alle, die außer dem Bezirke der Henrich-Stadt, auf der Freyheit, denen Districten des Residenz-Amts Wolfenbüttel, Rescr. an die Justiz-Canzel-

zuley vom 31. Oct. 1746. und auf die in der Stadt wohnenden Fürstlichen Diener ausgedehnet, Verordn. vom 21. Dec. 1746. Es ward fernerweit verordnet, daß sothane Erbfolge von allen im Lande befindlichen beweg- und unbeweglichen Erbgüthern, und von allem, was zur Erbschaft gehöret, wenn gleich an Orten, wo selbige vorhanden, ein anderes Erbfolge-Recht üblich, zu verstehen sey, Verordnung vom 18. Sept. 1751. daß die hinterbliebene Witwe bey ihrer zweyten Verheyrathung das Eigenthum des von ihrem verstorbenen Ehemanne ererbeten Kindes-Theils nicht verlieren, Rescript vom 3. März 1750. und, wenn auch selbiger Erben in aufsteigender Linie zurücke gelassen, zu dessen Erbschaft mit concurriren solle, Rescript vom 25. Aug. 1753. In der Stadt Helmstädt war die Succession des überbleibenden Ehegatten, so viel den Kindes Theil betrifft, gleichfalls hergebracht, sie mußten aber resp. donationes propter nuptias und das Eingebrachte zur gemeinen Theilung bringen, Rescript an die Canzley vom 19. Sept. 1748. Unter den 30. Dec. 1754. war wegen der Erbfolge der Ehegatten eine Landes-Ordnung für alle Unterthanen und Fürstliche Bes

Bediente mit Aufhebung gesammter Statuten und Gewohnheiten, so mit dieser nicht einstimmig, publiciret und darin festgesetzt: daß wenn ein Ehegatte bey seinem Absterben, ohne einen letzten Willen errichtet zu haben, ein oder mehrere Kinder hinterlasse, sodann der Ueberlebende, es sey der Ehemann oder die Ehefrau, mit denen Kindern, sie mögen in erster oder in der zweyten Ehe erzeugt, auch ihrer viele oder wenig seyn, jedesmahl zu gleichen Theilen gehen, von denen eigenthümlichen Güthern des Verstorbenen, so viel diesen Kindes-Theil betrifft, das völlige Eigenthum und nicht den Nießbrauch allein erhalten und darin Erbs seyn, die Witwe bey der Theilung, mit denen Kindern, sie mögen leibliche oder Stiefkinder seyn, ihr Heyrathsguth, und was sie sonst erweislich ein- und zugebracht, zu conferiren nicht schuldig, sondern das alles, nebst dem, was ihr sonst eigenthümlich an- und zugehöret, vorweg zu nehmen befugt seyn solle, jedoch sey darunter dasjenige nicht zu verstehen, was ein Ehegatte von dem andern, vor oder währens der Ehe an beweglichen oder unbeweglichen Güthern erhalten, bey dessen Absterben noch vorhanden ist und diesennach dadurch des über-

D blie:

o. Lieb. Cial. 2r. 24.

bliebenen Habfeligkeit verbessert worden, welches der Collation unterworfen bleibt. Sowohl dem Witwer, als der Witwe solle in denen erledigten Portionen ihrer nachher verstorbenen leiblichen Kinder, die Erbfolge, wenn kein letzter Wille vorhanden, zugleich mit deren vollbürtigen Geschwistern ungeschmälert bleiben, auch der überbleibende Ehegatte, wenn er zur andern Ehe schreitet, das ihm völlig erworbene Eigenthum seines Antheils von des verstorbenen Gütern behalten. Wird solcher nicht hinreichend, der Witwe mit Zugiehung ihres eigenen Vermögens, den nöthigen standesmäßigen Unterhalt zu verschaffen, so sey, wenn anders die Kinder nicht dadurch in gleiche oder wol größere Noth gerathen, dem Ehemanne verstattet, ihr dero Behuf von dem seitigen ein mehreres zu verschreiben, in solchem Falle solle sie jedoch nur auf Lebenszeit solches zu genießen haben, und den Kindern aus der einen oder mehreren Ehen das ihr zum Nießbrauch zugetheilte Vermögen, welchen sie dieserhalb sicher zu stellen habe, hinterlassen. Stirbt ein Ehegatte ohne Kinder und Testament, und hinterbleiben ihm Erben in aufsteigender Linie, so erhalten diese, es mögen ein oder mehrere derselben seyn, die eine Hälfte

seines Nachlasses, die andere fällt dem überlebenden Ehegatten zu, die er auch, wenn er sich darüber nicht verheirathet, eigenthümlich behält. Man über den Sinn obgedachter Verordnung der Zweifel entstand, ob eine ihren Ehemann beerbende Witwe die von ihm erhaltene Kleidung, Schmuck, oder sponsalitiā largitatē in die gemeinsame Erbschaft zu bringen schuldig sey, ward selbige dahin declariret, daß wenn sie mit ihres Ehemannes Descendenten die Erbschaft theilet, solches alles, die täglichen Kleider ausgenommen, conferiren, dahingegen, wenn sie nicht dessen Descendenten zur Erbschaft gelangt, ihr auch die Feyerkleider und sponsalitia largitas zum voraus gelassen werden solle; Rescrip. an die Cansl. v. 17. April 1756. Die leiblichen Eltern schließen ihre Stieffinder von ihrer leiblichen Kinder Erbfolge aus, Verordnung vom 13. Aug. 1776.

§. 9.

Von Servituten.

Die in denen Städten auf Häusern haftende Servitut, das Regenwasser ihrer Nachbarn durch ihr Haus nehmen zu müssen, soll dadurch

nicht gemißbraucht werden, daß die, so solche zu exerciren befugt, ihren Nachbarn Unreinigkeiten von Mistlache, Schweineställen und dergleichen durch die Gassen zu führen, vielmehr sollen sie sich selbiger nur allein zu Abführung des Regen- und Spülwassers, mit Vorsetzung einer Koste vor das Gassenloch, bey Verlust der Servitut, bedienen, Verord. v. 6. Sept. 1763.

§. 10.

Von privilegierten Forderungen.

Unter denen privilegierten Forderungen, die bey entstandenem Zusammenlaufe der Gläubiger allen Hypotheken vorgehen, gehören: 1) Die Begräbniskosten auf eine durch die Gesetze bestimmte Summe, Verordn. v. 12. Oct. 1756. 2) Die auf des Eridarii letzte Krankheit verwandte Kosten, 3) das Liedlohn von denen letzten drey Jahren vor ausgebrochenem Concurfu, Verordnung vom 12. Oct. 1756. in der Stadt Helmstädt von fünf Jahren, Verordnung vom 24. May 1745. 4) Herrschaftliche und publicque Gelder und Gefälle, die von denen drey letzten Jahren vor den Concurs rückständig geblieben, und während desselben fällig werden, Ver-

Verordnung vom 20. März 1756. 5) ihnen gleichgeachtete Brandversicherungs-Gelder, Verordnung vom 18. Jul. 1753. §. 14. 6) das, so die Ehefrau ihrem Ehemanne ein- und zugebracht, welches bey denen eine Ausnahme leidet, die einen in der Stadt Braunschweig Nahrung und Gewerbe Treibenden geetheligt, siehe oben 5. Kap. 2. §.

§. 11.

Von öffentlichen Hypotheken.

Öffentliche Hypotheken sind die, so entweder vor Gerichte, oder vor Notarien und Zeugen bestellt worden. Ueber verschiedene Arten der Güther können sie nicht anders als gerichtlich constituiret werden, siehe oben Kap. 5. §. 1. und unten 6. Abh. 2. Kap. Ehedem hatten die öffentlichen vor denen legalen den Vorzug; da jene bey entstandenem Zusammenlaufe der Gläubiger in die zwente, diese in die dritte Classe zu setzen, Decl. des 11. §. C. 20. v. ern. Kirch. Ordn. v. 25. Jan. 1715. und nach dem Rescr. an die J. Canzl. v. 8. März 1749. als eine Ausnahme von der Regel nur allein. Die stillschweigenden Hypotheken, so denen Minderjährigen in ihrer

Vornämlich der Güther, und denen Einberr wegen ihres mütterlichen Guths in denen väterlichen Güthern zustehet; denen Publicis gleich geachtet werden sollen. In jüngern Zeiten sind jene bey dem ständehem Zusammenlaufe der Gläubiger mit denen hypothecariis legalibus zugleich nach dem Reichthum classificiret worden.

S. 12.

Von gesetzlichen Hypotheken.

Gesetzliche nicht privilegirte Hypotheken sind, außer denen, so nach denen gemeinen Rechten damit versehen, folgenden beygelegt worden:

- 1) Denen Kirchen und piis corporibus, Kirch. Ordn. Kap. 20. S. 11. Kap. 21. S. 1.
- 2) Denen herrschaftlichen und publiken Geldern und Gefällen, welche vor denen letzten drey Jahren vor eröffnetem Concurſu rückständig geblieben, W. v. 20. März 1756.
- 3) Denen guthsherrlichen Prästandis, Erbenzins-Gefällen und lehns-Geldern, Landt. U. v. 1619. Art. 29. W. v. 3. Oct. 1707. W. v. 21. April 1745.
- 4) Dem Fürstl. leihhause in denen erhaltenen Pfändern, wenn das Pfand, die Nummer, die Taxe, der Betrag des Anlehns und der Zinsen auf gestempelte Listen verzeichnet,

und

und dem Besizer zugestellet worden, auch in solchen Effecten, die denen gemeinen Rechten nach nicht verpfändet worden können, Verordn. vom 1. Febr. 1776. 3) Denen ordnungsmäßig aufgestellten Wechſeln, welche gleich nach denen gerichtlich bestätigten Hypotheken zu classificiren, Wechſ. Ord. Art. 54. W. v. 25. Oct. 1723.

S. 13.

Von Faust-Pfändern.

In der Wechsel-Ordnung Art. 53. ist versehen, daß der Besizer eines Faust-Pfandes, wenn über seines Schuldners Vermögen ein Zusammenlaufe der Gläubiger entsteht, die zu seiner Sicherheit unter sich habenden Effecten dem Gerichte anzeigen, sie von selbigem capiren lassen, daran, ob sie gleich bekümmert oder mit Hypotheken beschweret, vor andern Creditoren seine Sicherheit behalten, und ein mehreres, als was nach seiner völligen Befriedigung überbleibet, davon heraus zu geben nicht verbunden seyn solle. Als bezweifelt ward, ob dieses nicht bloß zum Besten der Kaufmannschaft verordnet sey, erfolgte unter dem 21. May 1750. eine Declaration, nach welcher sothaner Articul von allen und jeden Inhabern und Besizern der zum Pfande übergebenen be-

weg-

weglichen Sachen zu verstehen, in Ansehung der unbeweglichen Güther aber es bey der Vorschrift gemeiner Rechte zu lassen. sey, ad Rescr. an die Canzl. v. 29. Nov. 1745. v. 23. April 1746. Diese Gesetzgebung gehet jedoch nicht auf nomina activa, die dem Gläubiger durch Einhandlung der darüber sprechenden Verschreibungen versetzt sind, Rescr. an die Canzl. v. 1. Dec. 1758. Die Kosten für ein gerichtlich verkaufes tes Pfand trägt der Creditor pignoratitius allein, Rescr. v. 16. Aug. 1770. Simulirte Wiederkaufs-Contracte, wodurch die Geld-Ausleihungen auf Pfänder zu verbergen gesucht wird, und welchen die unerlaubte Bedingung beygefüget worden, daß das Faust-Pfand, wenn es zu der verabgeregerten Zeit nicht wiederum eingelöst werde, an den Käufer verfallen seyn solle, sind gänzlich nichtig, und ist der Käufer gehalten, das solchergestalt Gekaufte gegen Zurückgebung des Kaufgeldes wiederum abzuliefern, auch sollte sie verschlimmert, oder gar nicht mehr vorhanden, dem Verkäufer dessen wahren Werth zu ersetzen, Berordn. vom 4. Jun. 1772.

U n l a g e n.

- Nro. I. Privilegien der Stadt Braunschweig, vom 10. Jun. 1671.
- Nro. II. Statuten der Stadt Helmstädt, von 1589.

Nr. 91.

Privilegien der Stadt Braunschweig,
den 10. Junii 1671 ertheilet.

Des Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn,
Herrn Rudolph August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg ic. ic. gnädigste Resolution, so Dieselben auf unterthäniges Ansuchen Bürgermeister und Rath, auch gemeiner Bürgerschaft Dero Stadt Braunschweig, vor der an Sr. F. Durchl. den 12. Jun. befohlenen Uebergabe der Stadt ertheilet. Im Haupt-Quartier zu Riddagshausen, den 10. Jun. 1671.

Demnach Bürgermeister und Rath, Gilben und Haupteute, auch gemeine Bürgerschaft der Stadt Braunschweig, bey jehiger zwischen dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Rudolph August, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg ic. als regierenden Landesfürsten Wolfenbüttelschen Theils denselben in puncto subjectionis et praesidii obschwebender Handlungen durch Dero Deputirte unterthänigst gebethen,

then, daß Sr. Fürstl. Durchl. Dero angebohrnen Clemence und Gültigkeit nach, und aus Landesväterlicher Affection und Wohlmeinung gegen besagte Dero Stadt und Deroselben ehrliche Bürgerschaft heute dato ad Protocollum folgenden Inhalts Dero gnädigste Meynung eröffnen lassen.

Anfänglich und fürs erste, als gedachte Bürgermeister und Rath, und gemeine Stadt, gehorsamst suchen und bitten lassen, daß sie als-
 lerseits bey dem exercitio Augustanae confessionis beständig gelassen, die Jurisdiction in ecclesiasticis ihnen förters gegönnet, ihre vor Reformation des Fürstenthums Braunschweig publicirte Kirchen-Ordnung in ihrem Vigeur bleiben, ihnen auch die Pfarr-Bestellung, so in als außer der Stadt fürters gegönnet, jehiger Coadjutor und andere Prediger in der Stadt und auf dem Lande bey ihren Aemtern fürters geduldet werden möchten: haben Se. Fürstl. Durchl. sich darauf gnädigst erklärt, daß sie die Versicherung wegen des exercitii religionis nach der unveränderten Augsburgischen Confession ermeldeter Ihrer Stadt hiemit geben, und dieselbe hierin der üblichen Landes-Reversalien für sich und

und ihre Fürstliche Nachkommen und Successoren vollständig mit genießen lassen wollten. So viel demnächst die jura episcopalia, und was dahin gehörig, betrifft, so können sie zwar Bürgermeister und Rath und gemeiner Bürgerschaft solches nicht einräumen, sondern müßten sich als Landesfürst dieselben völlig als eigen referiren. Was aber im übrigen die Stadt circa praesentationem, vocationem, introductionem der Kirchen- und Schuldiener beständig und unstreitig hergebracht und besessen, und was dessen, wolle Se. Fürstl. Durchl. sie das bey fürters gnädig lassen, und ihre habende jura patronatus ihnen nicht schwächen, ja da man über die einige Pfarr-Belehnung mit der Stadt von vielen Jahren her streitig ist, können Se. Fürstl. Durchl. Dero Stadt nicht gestatten, daß sie via facti darunter verfahren, und S. Fürstl. Durchlaucht zum Nachtheil etwas verhängen wollten.

Fürs andere ist vom Bürgermeister und Rath, auch allgemeiner Bürgerschaft gesucht, daß in politicis et secularibus die Stadt bey ihrem hergebrachten Stadt-Regimente, freyer Wahl und Bestallung Magistratum, Bestel-
 lung

lung der Gerichte und Bedienten, dem iure statuendi, und Verbehaltung ihrer Potenzen Ordnung, Stadtrechts, Kleiders Hochzeit, Begräbniß, Feuer, Waths, Handwerks, Mühlen und anderen Ordnungen guter Potenzen, auch Exercirung des meriti et mixti imperii, Dienst, wie auch Justizien-Übung, daß dergleichen Abfassung ihnen unabdrücklich gelassen werden möchten;

Darauf haben Se. Fürstl. Durchl. Sich dahin gnädigst erkläret, daß, ob Sie zwar von Dero Stadt jetzigen Regiments-Form, und denen angezogenen iuribus Befugniß keine gründliche Information hätten, das ius statuendi aber zu fordern denen subditis nicht zustünde; so wären jedoch Se. Fürstl. Durchl. gar nicht gemeinet, das Stadt-Regiment, und gute nützliche Ordnung aufzuheben, und dasjenige, was wohl und löblich hergebracht, mehrmals wieder ihrer Erb- und Land-Stadt hierunter zu scheiden, besonders wenn dieselbe die ansehnliche Statuta und Ordnung demnächst zu Er. Fürstl. Durchlaucht unterthänigst einschicken, und im übrigen zu gemainer Stadt und der ehrlichen Bürgerschaft Nutzen darin nichts zu verbessern und

und eigene Aenderung zu machen obßig befunden werden sollte; Se. Fürstliche Durchl. dieselbe alsdann gnädigst confirmiren, und diesfalls der gemeinen Stadt und Bürgerschaft Befehl zu befördern aus landesväterlicher Sorgfalt gnädigst angelegen seyn lassen wollen.

Drittens hat Bürgemeister und Rath auch unterthänigst suchen und bitten lassen, daß die Münz-Gerechtigkeit, um eigenes Gepräge schlagen zu lassen, ihnen fürters erstattet, auch sie deswegen nicht gefährdet werden möchten, daß sie neulicher Zeit ad interim einige Münze von geringer Gehalte schlagen lassen, mit dem Erbiethen, daß es dieselbe wieder einwechseln und das wahre Pretium dafür erstatten wollten; worauf Se. Fürstl. Durchl. sich dahin gnädigst vernehmen lassen, daß, gleichwie die des heil. Römischen Reichs Satzung und Münz-Edict gewisse Verordnung gemacht, woran alle und jede so unmittelbare als mittelbare Angehörige des Reichs verbunden, also Se. Fürstl. Durchl. Dero Unterthanen dawider zu handeln nicht gestatten, im übrigen aber sie bey ihrer Münz-Gerechtigkeit, wie sie dieselben von Alters erlangt und hergebracht, fürters gnädig lassen wollten.

Und

Und als viertens von Seiten der Stadt gesucht worden, daß wegen der per appellationem an das Fürstliche Hofgericht zu Wolfenbüttel devolvirenden Sachen gewisse Verordnungen geschehen, und sie desfalls also begnadiget werden möchten, daß es gemeiner Stadt trüglich, auch der in den Rechten, Reichsordnung und Herkommen nach verfahren werden möchte; haben Se. Fürstl. Durchl. darauf hin resolviret; daß, gleichwie Ihro als Landesfürsten obliege und gebühre, Sie auch Zeit Ihrer Landesfürstlichen Regierung eifrigst angelegen seyn lassen, daß jedem Dero Unterthanen die Justiz gebührllich administret werden möchte: also sollten auch die ehrliche Bürgerschaft und Angehörige Dero Stadt Braunschweig dessen auch allemahl gemäß empfinden, und stände nicht allein einem jeden, der durch Urtheil und Recht beschweret, auf gewisse Maaße frey, und bevor an die gehörige Gerichte zu provociren, sondern, da etwa eine vordem durch ein oder andere unzulässige Bedrängniß ermeldete Bürgerschaft und Angehörige abgehalten worden, bey den hohen Gerichten durch Appellationes besser Recht zu suchen, Se. Fürstliche Durchlaucht solches fürters nicht gestatten, sondern vielmehr den Rechs-

Rechten seinen freyen und ungehinderten Lauf gegönnet haben wollten.

Fünftens hat man an Seiten der Stadt gebührend gesucht und geberthen, daß ihnen die Jagd-Gerechtigkeit sowol in dero Eigenthum und Feldmarken, als auch außerhalb derselben, auf hohes und niedriges Wild zu exerciren unbehindert gelassen werden mögte, welches Se. Fürstl. Durchl. ihnen an denen Orten, da sie in geruhiger und ohnstreitiger Possession solcher Jagd-Gerechtigkeit sich bishero befunden, auch fürters gnädigt zu gönnen versprechen lassen.

Und als Sechstens dieselbe damit nicht vergnüget, daß auf ihr vormaliges unterthänigstes Ansuchen Se. Fürstl. Durchl. gnädigt sich erkläret, daß Sie Dero Stadt Braunschweig, deren Kirchen, Klöstern, Schulen, Hospitälern, auch den Bürgern an ihren mit Recht innehabenden Güthern nichts entzogen, noch sich deren entwehren wollten, sondern solche in specie auch auf das Eich-Gerichte und andere gemeiner Stadt Landgüther, Gefälle und Einkommen, mit denee dazu gehörigen juribus und Gerechtigkeiten, wie auch andere, außer

dem

o. Liebß. Einl. 2r. Th.

dem Eich-Gerichte noch habende Aemter, Dörfer, Burg- Wind- und Wassermühlen, Fische-
ren, Holzungen, Schäferen, Steinbrüche,
Kalkhöfe, Lehn- Meyer- und andere Güther,
Korn- und Waghäuser, das Zeughaus, Ar-
tillerie, Munition, und was dem angehörig,
Ziegelofen, Zimmerhöfe, Thon- und Lehm-
Gerechtigkeiten, imgleichen Zehnten, Zinse,
Vor- und Nachschuß, Zoll und Strafe, Ge-
fälle, Weggelder, Brüche, Stuben- Gefälle,
Apotheken, Marstall, Wein- und Bierkeller,
auch andere Intraden, als das jus fisci und
detractus, sowol von der abziehenden, als an
fremden erledigenden Erbschaft und Bürgergil-
den, Landwehr und Thürmen, auch der Stadt
und Bürgerschaft ausstehenden Schulden und
Foderung, wie die Nahmen haben, insonders
heit appliciren, und Jedweder dabey geruhig ge-
lassen werden möge: So haben Se. Fürstliche
Durchlauchten sich darauf gnädigst vernehmen
lassen, daß, soviel das Zeughaus, Munition
und Artillerie betrifft, solches also ad majora
regalia, welche von der Superiorität dependi-
ren, gehörte, und dahero deren nachtheilige
usus potiores Se. Fürstliche Durchl. Dero Un-
terthanen nicht gestatten könnten, dahero auch
die

die löbliche Bürgerschaft in Dero besondern Me-
morial nicht dabey bestanden, sondern in even-
tum billigmäßigere Satisfaction und Erstattung
deswegen unterthänigst begehren, Se. Fürstl.
Durchl. nach eingezogener gnädigen Erkundi-
gung sich mit der Stadt darüber vergleichen
wollten. Auch erinnerten Se. Fürstl. Durch-
laucht sich, daß von Dero in Gott ruhenden
Vorfahren an der Regierung, Bürgermeister
und Rath die Zoll-Gerechtigkeit nicht gestanden;
so wollte gleichwol Dero Stadt vor der Hand
deren nicht restituiren, sondern salvis juribus
competentibus dieselbe dabey lassen, was auch
sonsten an vorbeührten gemeinen Stadt-Intra-
den dieselbe wohl hergebracht und geruhig bis-
lang eressen, die wollten Se. Fürstl. Durchl.
keinesweges derselben entziehen, sondern sie da-
bey fürters geruhig lassen, auch, daß es mit
dem Eich-Gerichte, und anderen Landgüthern,
Aemtern, Dörfern, Burg-Mühlen und derer
mitgenannten Juribus und Güthern für Ver-
wandniß habe, demnächst eigentlich erkundi-
gen lassen, inzwischen aber ein für allemahl
die Stadt dahin gnädigst versichert haben, daß
alles dasjenige, was dieselbe bono titulo et
jure erlanget, und bislang besessen, sie auch
für

fürters behalten, und dessen nicht entwehret werden sollten.

Siebentens haben Bürgermeister und Rath und gemeine Stadt in puncto commercio nicht weniger unterthänigst begehret, daß den bürgerlichen Gewerben, Brau- und anderen Nahrungen ihr freyer Lauf gnädigst gegönnet, den Braunschweigischen Bürgern die freye Markts-Gerechtigkeit um Wolfenbüttel, Helmstädt, Schöningen, und allen anderen Orten des Fürstenthums ungeschmälert verstatte, die Zwangs-Bier- und erhöhte Accise abgestellt, die Handwerker auf den Dörfern um die Stadt gänzlich abgeschafft, oder auf eine gewisse Distanz eingestellt; den Bürgern die hergebrachte Zolls-Freyheit in dem Fürstenthum, und denen incorporirten Graf- und Herrschaften gnädigst gelassen, die Nebenstraßen am Trendel, und womit sonst der Stadt Zölle geschwächt würden, ernstlich verbotzen, die auf Garn, Wolle, Mumme und Hopfen wider das Herkommen gelegte Beschwerung abethan, denen Bürgern wider die Unterthanen im Lande ohngehindert Rechtens verholffen, auch haben

Nach

Achtens angehänget, gesucht und gebeten, daß des Fürstlichen Postmeisters Hilmar Deichmanns dem Commercio gar nachtheilige Anmaaßungen als Erhöhungen des Porto, späte und unfleißige Bestellung, auch Verlust der anvertrauten Paquete und Schreiben remittiret, zu dem Postmeister-Amte eine gebührliche genügsame gefessene und erfahrene Person bestellet, in eventum gedachter Deichmann die versprochene Schutz- und Beywohnungs-Gelder zu erlegen, fremde Personen dem Magistrat anzumelden, und des Raths Briefe frey bestellen zu lassen angehalten; der Stadt eigene Ordinanzen-Bothen geduldet, Dero Bothen Gerechtigkeit ungehindert, sondern die Führen und Briefe-Sammlungen ihnen fürters verstatet werden mögte. Worauf Se. Fürstl. Durchl. die Stadt gnädigst versichern lassen, daß Sie Dero Nahrung, Wachsthum und Aufnahme, so viel immer möglich, aus Landesfürstlicher Sorgfalt und Zuneigung jederzeit befördern, solchemnach auch insonderheit freye Jahrmarkts-Gerechtigkeit, die Braunschweigischen Bürger gleich andern Unterthanen, imgleichen die Zolls-Freyheit, soweit und fern dieselbe diesfall in possessione vel quasi sich jezo befinden, ihnen

N 3

für

fürters ungeschmälert lassen wollten; daß auch ihr Bier nicht höher als — — — — — und wegen der Brau-Nahrung und Handwerker auf ein solches — — — gedacht werden sollte, wodurch beides der Stadt Braunschweig, und deren Bürgern nach Möglichkeit geholfen werden, dabey aber andere Unterthanen unverkürzt bleiben mögen. Ingleichen sollte wegen der Anführung Garn, Wolle und Hopfen angelegten Beschwerde, wenn die Stadt sich deswegen specialius vernehmen lassen würde, zumahlen Se. Fürstl. Durchl. sich deren nicht erinnerten, gewährige Verordnung erfolgen, die Straßen am Trendel aber könnten Se. Fürstl. Durchl. niemand verbiethen: es sollte aber im übrigen so wenig ihren Bürgern, wenn sie wider die Unterthanen auf dem Lande zu klagen, als sonst niemand die Justiz versagen, vielmehr wenn dieselbe sowol wider diese, als auch was den 8ten Punct betrifft, wider den Postmeister Deichmann denselben Spruch und Forderung zu haben vermeynten, gebühlich und unaufhältlich administret, auch sonst den erwähnten Excessen halber gebühliche Erkundigung eingezoget; und weil in der Post-Ordnung wegen der Posten gewisse Verordnung vom

vom gesammten Fürstlichen Hause gemacht worden: So ließen Se. Fürstliche Durchlaucht es dabey billig bewenden.

Als auch neuntens einige Amnestie vom Bürgermeister und Rath und gemeinen Stadt für sich, ihre Bedienten und Angehörige gesucht; haben Se. Fürstl. Durchlaucht sich dahin gnädigst erkläret, daß, ob sie zwar wol Ursache hätten, wider ein- und andere der verübten und ungebührlich geführten schimpflichen Mieden halber der Strenge nach zu verfahren, sie jedoch solches alles aus Landesfürstlicher Clemenz und Güte haben und jedem hiemit gnädigst vergeben, und daß die gesuchte Amnestie nicht allein Bürgermeister und Rath, Gilde und Hauptleute, auch gemeine Bürgerschaft, sondern auch, wie in specie unterthänigst begehrt worden, alle und jede der angehörigen Bedienten, hohe und niedrige Officiere und Soldaten zu Roß und Fuß, Artillerie-Bediente, Conestables und dergleichen dergestalt genießen lassen möge, daß sie deswegen an Ehre, Leib und Gut, auch sonst keinesley Gestalt gefährdet werden sollten.

Zehntens haben Bürgermeister und Rath und gemeine Stadt inständig geberthen, daß bey

dieser Belagerung ihnen und den Ihrigen abgenommenes Vieh und Sachen zu restituiren, und daß die beyderseitig respective erlittene Schaden und aufgewandte Unkosten im übrigen compensiret, und die Gefangene und Arretirte losgelassen, sodann anstatt der von vielen Regibischen Gütern einigen armen Stadt-Kinder ein Beneficium in der Stadt-Communität zu Helmsstädt oder dergleichen gnädigst zugewandt werden mögte; darauf Se. Fürstl. Durchl. gnädigst versprochen, daß alles dasjenige, was wider ihren Willen dergestalt bey dieser Belagerung den Bürgern von der Soldatesque etwa weggenommen, und annoch bey einem oder andern vorhanden, ihnen ohne Entgeld restituirt werden, auch die Erlassung der Gefangenen bey Uebergabe der Stadt sobald erfolgt, imgleichen auch die Stadtkinder der Communität zu Helmsstädt zu genießen haben sollten.

Und als elftens die Stadt ferner ganz bemögligh gesucht, daß, weil sie mit großen Schulden beladen, welches sie sobald nicht abführen könnten, daß sie dannenhero mit geschwinden Proceduren nicht überleget, sondern ihnen dazu Zeit gegönnet werden mögte, haben Se. Fürstliche Durchlaucht darin, soviel thunlich,

lich, gnädigst zu willigen, und soviel salva justitia immer geschehen könnte, Dero Sachen zu deferiren sich erkläret.

Zwölftens und letztlich haben dieselben gleichfalls unterthänigst gebeten, daß diejenigen, so der Stadt zuwider, und ihrer Verbrechen halber daraus verfestet worden, vor ihrer Ausöhnung nicht wieder hineingestattet werden mögten, welches Se. Fürstl. Durchlaucht gleichfalls, insoweit Niemand dadurch Unrecht widerfahren, oder Gewalt geschehen, in Gnaden versprochen; dabey aber das ausdrücklich be dinget haben, daß, da einer, oder der andere desfalls über zugefügter, oder noch zuzufügender Unbilligkeit mit Tuge und Beyfall Rechtens sich beschweren mögte, daß Se. Fürstl. Durchl. denselben nicht erhören, sondern dem einen sowol als dem andern, gleich und Recht widerfahren lassen wollten. Und nachdemmal über solche von Bürgemeister und Rath eingebrachte desideria, auch zugleich die ehrliche Bürgerschaft durch ihre Deputirte besonders suchen und bitten lassen, daß sie bey Einlegung des Praesidii mit beschwerlicher Einquartierung in ihre Häuser, auch ein und anderen mehr angezogenen praestationibus, in specie dem Landfol-

gen Dienst, Vorspann, Wachtloß und dergleichen gnädigst verschonet, auch sobald nach der Huldigung einige gewisse Commissarii verordnet werden mögten, welche ihre habende gravamina cognosciren, und darin billignmäßig Verordnung thun mögten: haben Se. Fürstliche Durchlaucht solchem ihren Suchen in allem zu deferiren und statt zu thun, und wegen des Wachtloßes erträgliche Verordnung ergehen zu lassen sich gnädig erkläret, und seyn darauf nunmehr gegenwärtig, daß hingegen Dero Stadt Braunschweig der gefoderten Huldigung, auch des Beitrages zu den gemeinen Land-Beschwerden, imgleichen der Garnison halber sich ohne weiteren Aufenthalt sofort unterthänigst accommodiren, widrigenfalls Se. Fürstl. Durchlaucht an aller der hierin gethanen Versprechung nicht gebunden seyn wollen.

Zu Urkund alles dessen ist Bürgermeistere und Rath, auch der ehrlichen gesammten Bürgerschaft zur Nachricht sothane Sr. Fürstl. Durchl. gnädigste Erklärung und Resolution hiezu mit unter Dero Fürstl. Hand und Siegel ertheilt worden. So geschehen und gegeben im Haupt-Quartier zu Ribbageshausen, am 10. Jun. 1671.

Nro.

Nro. II.

STATUTA

oder

Stadt - Recht

Eines Ehrbaren Raths der Stadt Helmstädt aufs neue revidiret und verbessert im Jahr Christi 1589.

I. Von Gotteslästerung und Heiligung der Feiertage.

Nachdem die Gotteslästerung, beyde in göttlichen, Kayserlichen und Päpstlichen Rechten sowohl auch des heiligen Römischen Reichs und vielen löblichen Landesordnungen aus erheblichen Ursachen billig bestraft, als will auch ein Ehrbar Rath dieser Stadt Helmstädt ernstlich gehabt haben, daß keiner von Gott verbotene unchristliche lästerliche Worte gebrauchen, noch bey dem Nahmen Gottes, seiner Allmacht, Tod, Marter oder Wunden fluchen noch schmälen soll, wo aber einer solches überführt und nicht halten würde, der soll alsbald mit der Gefängniß oder sonst nach Gelegenheit der Ueberführung gestraft werden.

Da

Damit aber die Kinder von Jugend auf vielmehr zur Gottesfurcht erzogen und von solchen ärgerlichen Schwören und Fluchen so viel möglich gewöhnt, soll ein jeglicher vermahnet seyn, seine Kinder, beyde Knaben und Mädchen von der Straße zu gewöhnen, und in die Schule zu schicken, dagegen ist der Rath erbötig, für die armen unvermögenden das gewöhnliche Schulgeld zu Befoderung solches christlichen Werks auszugeben.

Am Sonntage und andern Feiertagen, wenn Gottes Wort geprediget und andere Gottesdienste begangen werden, soll sich keiner zu Branteweinschen oder sonst zum Bier setzen, imgleichen soll auch kein Wirth Bier oder Brantewein schenken, wird aber solches übergangen, soll derselbe Wirth für jeglichen Gast, den er setzet, eine Fastung und ein jeder Gast für sich auch eine Fastung zur Strafe geben, bey Verweisung aus der Stadt.

Wer auch unter der Predigt auf dem Stadts-Walle, Graben oder anderswo in oder außerhalb der Stadt mit Karten, Würfel, Botzeln, Regeln oder sonsten spielen und darüber be-

betreten würde, der soll dem Rath eine Fastung geben.

Welcher des Sonntages und an andern Feiertagen sich mit dem Trunke dergestalt überladen wird, daß er sich gelüsten lästet auf der Gasse mit Schreyen und Rufen zu tumultuiren, oder auch einen andern öffentlich auszurufen, zu verläumdern und ungebührlich anzugehen, dem will der Rath nach gestalter Ueberführung mit der Gefängniß strafen, und soll derselbe nicht desto weniger wegen seiner ausgespeneten Schandung dem Beleydigten Abtrag machen.

2. Von Bierzeit-Pfennig.

Auch will der Rath, daß zu allen vier Zeiten ein jeglicher Hauswirth für sich und sein Gefinde vor eine jede Person, so über zwölf Jahre alt, sechs Scharf zum Bierzeiten-Pfennig geben, auch solches ein jeder bey seinen Häuslingen besteuern und zu geschehen beschaffen soll, damit diejenigen, so solchen Bierzeiten-Pfennig einsammeln werden, auf den Tag, wenn derselbe eingesamlet wird, bekommen können, wer aber sothanens vorseklich verachtet und nachließ, und es dem Rath kund mür-

de,

de, der soll mit Verweisung der Stadt gestrafet werden.

3. Von Spendegeben.

Wer alhie Spende giebet, der soll niemals die geben, es seyn Kirchen- Schuldiener, Küster, oder wer da will, wenn er nicht bittet um Gottes willen, und die Spende selbst abholet.

4. Von Betteln.

Auch soll nach dieser Zeit, wenn eine Leiche bestätigt worden, das unordentliche und beschwerliche häufige Betteln vor der Thür des Hauses, daraus die Leiche getragen, gänzlich verboten seyn. Wenn hiemieder gehandelt wird, soll der Hauswirth, der den Bettlern giebet, und der Bettler, der sich alda anfindet, jegliche Person eine Mark zur Strafe geben, oder aus der Stadt verwiesen werden.

Bei gleicher Strafe soll auch denjenigen, die der Almosen nicht dürftig seyn, das Betteln gänzlich verboten seyn.

5. Von

5. Von Umsingen zum Neujahr und Kenn- Ey holen.

Ein ehrbar Rath will das Umsingen am Neujahrs- Abend auch den Schülern gänzlich verboten haben; wer sich hierüber alsdenn des Umsingens gelüsten lässet, oder dasselbe seinen Kindern gestattet, der soll dem Rath eine Mark zur Strafe geben, worauf Achtung zu haben dem Stadtknecht befohlen ist.

Diemeil auch den gemeinen Bürgern in Sammlung und Ausgebung des neuen Jahres und Kenn-Ey allerhand beschwerliche und vergebliche Unkosten und Geldspildung aufgehet, so hat ein ehrbar Rath zu Abschaffung solches Unraths gänzlich beschlossen, daß fñrdhin Niemand seine Kinder das neue Jahr oder Kenn-Ey soll sammeln noch holen lassen. Wer es giebet, soll für jedesmal einen Gulden, oder welche Kinder es holen, des Eltern oder Vormünder sollen auch für jedesmal einen Gulden zur Strafe geben.

6. Von Verlöbnißten.

Weil ein Ehrbar Rath eine Zeithero mit allerhand Ungelegenheiten befunden, daß in Ver-

Verlöbnißten ganz kein Unterscheid gehalten, als soll hinführo in Verlöbnißten dieser Unterscheid in Acht genommen werden, daß diejenigen, welche in Gilden, Innungen und andern wohlhabenden Handthierungen sitzen, beyde Bräutigam und Braut zusammen 24 Paar Personen, aber die Tagelöhner und andere Handwerke, welche außerhalb den Gilden seyn, nur zwölf Personen, es seyn Ehemänner oder Junggesellen, bey die Ehehandlung, und dieselben allein und keine Ehefrauen oder Jungfern, denn allein des Bräutigams und der Braut Mutter und Schwester, zu Gaste bitten und haben, und soll solch Gastgeboth nicht länger denn einen Abend gehalten werden, und denn über drey Essen oder Beyessen, und hernach Butter und Käse nicht gespeiset, auch allein Helmstädtisch Bier getrunken werden. Wer hiemider thut, soll dem Rath zehen Gulden zur Strafe geben.

Und damit diesen führohin desto besser gelebet und nachgesehen werde, soll einem jeden Bräutigam, vermöge seiner Endes-Pflichten obliegen, alsofort nach gehaltenener Verlöbniß seine gehaltenen Gäste auf einen Zettel verzeichnet, dem Raths-Cämmerer zu überantworten, und bey

seis

seinem Ende zu erhalten, daß er nicht mehr Personen, denn auf dem Zettel verzeichnet, zur Verlöbniß gehabt, würde aber Jemand darinn säumig oder nachlässig befunden, der soll als ein Ungehorsamer gestrafet werden.

7. Von Wirthschaften.

Es will ein Ehrbar Rath, daß ein solcher Unterscheid auch in Wirthschaften und Hochzeiten soll gehalten werden, daß nemlich dieselben, welche Gildegenossen und gutes Wohlhabens seyn, zusammen, beyde Bräutigam und Braut, vierzig Paar Personen, fünf Paar Drosken und zehen Paar Jungfrauen, aber die Tagelöhner und andere, welche außerhalb der Gilde seyn, nur 20 Paar Personen 3 Paar Drosken und 6 Paar Jungfern zu ihrer Hochzeit haben. Wer darüber thun wird, soll dem Rath jedesmal zwey Gulden zur Strafe geben, die Fremden aber sollen einem jeden über vorgesezte Zahl frey seyn. Welche Bräutigam und Braut hinführo zu ihrem hochzeitlichen Kirchgang auf der Orgel die Brautmesse zu schlagen begehren werden, dieselbige, wofern sie wohlhabende Bürger seyn, sollen dem Organisten einen Ortshaler geben, aber welche

v. Liebh. Einl. 2v. 23.

Di

un-

unvermögen seyn, dieselben sollen nur einen Schreckenberger zu Trankgeld geben, dagegen soll der Organist, denen er zur Hochzeit folgt, sich mit seiner Verehrung anderen geladenen Gästen gleich halten.

Den Sonntag auf den Abend soll die Wirthschaft und Brauthaus angehen, und den Montag folgendes zu Abends aus seyn, den Dienstag zu Mittage soll man keine Gäste haben, bey poen zwey Gulden. Will man aber auf denselben Abend zum Ueberlauf Jemand bitten, daß soll dem Bräutigam und der Braut frey seyn, und will der Rath insonderheit dieses Puncts halber gute Achtung thun lassen, und der gebührlchen Strafe unvergessen seyn, darnach sich männiglich zu richten. Dieweil auch ein Ehrbar Rath befindet, daß die Abendmahlzeit, so auf den Montag Abend in der Hochzeit, nicht allein zum Ueberfluß daher gegeben worden ist, sondern auch Bräutigam und Braut zum sonderm Nachtheil auch die Geladenen zu keine Genießlichkeit gelanget und kommen, also ist ein Ehrbar Rath einig worden, will auch darüber ernstlich gehalten haben, daß nun hinführo solche Abendmahlzeit auf gemeldeten

beten Montag Abend gänzlich soll abgeschafft seyn. Wer darüber solche Abendmahlzeit geben oder anrichten lassen wird, soll dem Rath dafür zehen Gulden unweigerlich erlegen und geben, jedoch fremde gebetene Leute auf ermeldeten Montag Abend in ihren Herbergen mit Landgebührlcher Ausrichtung zu versehen, soll hiemit nicht gemeinet, sondern einem Jedem frey stehen und gelassen seyn. Man soll auch die Hochzeit über des Abends nicht mehr als vier Gerichte und des Mittages nicht über fünf Gerichte und Essen haben und speisen zu der Mahlzeit, bey Strafe 5 Mark.

So soll man auch keine Suppen aus dem Hause geben, allein den Schülern, dem Küster und sonst kranken Leuten oder schwangern Frauen, so Jemand darüber thut, soll der Bräutigam zwey Gulden und der Koch auch zwey Gulden zur Bröcke geben. Niemand, er sey jung oder alt, Bürger oder Bürgerinnen, Geselle oder Magd, soll zur Suppen in der Braut Haus gehen, bey Strafe zwey Gulden.

Welcher Bürger oder Bürgerinnen ihr unbetene Kind mitbringer zur Wirthschaft oder sich nachfolgen läßt, der oder die soll für jegliches

Kind einen halben Gulden ohne Gnade zur Bröcke geben, worauf der Stadtdiener sonderliche Acht haben, und die Bruchfällige dem Rath anzeigen soll. Der Koch, die Spielleute, Jungfer und Schlüsselwäscherin sollen kein Bier oder Kost nach Hause schicken, auch von Bräutigam oder Braut kein Fleisch noch Wurst (wie eine Zeit in Gewohnheit kommen) fordern, besondern sich an ihren zugesagten Lohne begnügen lassen, imgleichen sollen sie auch keine Frau oder Kinder, wenn dieselben nicht geladen seyn, mitbringen, alles bey Strafe einer Mark.

Und nachdem auch allerhand Unrichtigkeit aus demselben erfolgt, daß die Braut des andern Tages auf Ungleichheit in die Kirchen gehet, so will der Rath hinfürder ernstlich gehabt haben, daß die Braut zwischen zehn und eilf Uhren soll in der Kirchen seyn, wo nicht, und daß es Eilfe geschlagen, soll die Kirche von Stund an zugethan, und die Braut nicht eingelassen werden, oder der Bräutigam soll dem Rath einen halben Gulden zur Strafe geben.

Damit aber diesem Statuto desto besser nachgesetzt werden könne, sollen alle und jede
das

dabey erinnert seyn, welche Person zur Hochzeit geladen ist, und dahin gehen wird, daß dieselbe desto zeitiger zum Bräutigam oder Braut sich verfügen, und sich also zum Kirchgang schicken mögen, daß ihrentwegen der Bräutigam nicht in Strafe falle.

Wenn die Koste geschehen ist, soll der Bräutigam aufs Rathhaus für den Rath kommen, und den Zettel, darin die Braut-Gäste geschrieben seyn, fürlegen, und bey seinen Eynde erhalten, daß er nicht anders und mehr gehabt, denn in dem Zettel verzeichnet und des Rathes Befehl ist. Es mag aber ein Jeder seiner Gelegenheit wol weniger Volk bitten und haben.

8. Von Kindtaufen.

Welche Gott der Allmächtige mit Leibes Frucht gesegnet, daß sie tauffen lassen und Gäste haben wollen, die sollen nicht mehr denn die Frauen, welche bey der Kindbetherin in den Mörthen gewesen seyn, und die Gevattern zu Gäste haben, bey Strafe einer Mark.

9. Von der Hebammen und Bademutter.

Es will auch der Rath haben, welcher Frau unser Bürgerinnen in Kindesnöthen einer Hebamme oder Bademutter bedürftig, die soll dazu des Rath's angenommene Hebamme oder Bademutter nehmen, welche das nicht thut und gebrauchet eine andere, die soll gleichwol derselben auch lohnen, bey Bröck einer Mark.

10. Von Ehebruch und andern unkeuschen Mißhandlungen.

Welcher Bürger und Bürgerin in Ehebruch befunden wird, auch welche Witwe oder Beguine Unzucht triebe, der, oder dieselbe soll ein Jahr aus der Stadt seyn, und drüber dem Rath dreyßig Gulden zur Strafe geben. Item, welcher Bürger und Ehemann sein eigen Brodt schendet, und seine Dienstmagd schwächet, derselbe soll solcher begangenen That und Verwirrung wegen ein Jahr aus der Stadt seyn, und gleichwol einem Ehrbaren Rath dreyßig Gulden ohne Gnade zur Strafe geben. Welche ledige Personen, es seyn Mannes- oder Weibspersonen, Unzucht begangen, soll eine jegliche Person

son ohne Unterscheid ein halb Jahr aus der Stadt seyn, und nach verfloßnem halben Jahre, ehe und zuvor er zwanzig Gulden dem Rath zur Strafe vollständig erleget, in die Stadt nicht gestattet oder vergleicht werden.

Item, Niemand soll hausen noch hegen offenbare berüchtigte unzüchtige schandbare Weiber, bey Vermeidung der Rath's Strafe.

II. Von Fenster beschenken.

Welchen Bürger Waffen in die Fenster gegeben werden, und der denen, so ihm die verehret, Willens ist, dieselbe zu beschenken, derselbe soll dieselbe nicht länger denn auf einen Abend zu Gaste haben, bey Strafe einer Mark.

2. Von der Bürgerschaft.

Ein Ehrbar Rath läßet einem Jedem wissen, wer hinfürder in die Stadt ziehen und drinnen wohnen will, der soll den Rath erstmal darum ersuchen, solches erlangen, und das volle Bürgergeld erlegen, wer das nicht thut, und drüber befunden wird, den will der Rath allhier nicht leiden, sondern aus der Stadt verweisen lassen.

Wer also will Bürger werden, und in Gilden und Werken sitzen, Kauffschlagen, ein Handwerk oder das Ackerbau treiben, der soll 30 à 40 Gulden, und ein Tagelöhner 15 Gulden, für die Bürgerschaft geben, zuvor und ehe er dazu gestattet wird, bey Verweisung der Stadt, und soll er eine öffentliche beschriebene Kundschaft bringen und fürlegen, wie er seinen Abschied bey seiner Obrigkeit genommen, der das nicht thun kann und will, den will der Rath für keinen Bürger annehmen, und soll dem Raths-Cämmerer hinführo bey seinem Ende eingebunden seyn, keinen für einen Bürger anzunehmen, er habe denn zuvor obbemeldete Anzahl Gulden für die Bürgerschaft vollkommenlich empfangen.

Es sollen auch diejenigen, so dem Cämmerer in die Cämmeren von der Bürgerschaft hinterstellig, dasselbe jezt und nächstkünftige Weyhnachten ohne allen Verzug erlegen, bey Verlust der Bürgerschaft, darüber der Rath halten will.

Auch sollen die Gilden keinen in die Gilde nehmen, er bringe ihnen denn von dem Cämmerer einen Verweis-Zettel, daß er die Bürgerschaft

schaft vollkommen erlanget und bezahlet, welche Gilde hierüber thun, bey denen will ein Ehrbar Rath dasjenige, was vor die Bürgerschaft gebühret, wissen ungesäumt bezahlt zu nehmen.

Weil man auch zeithero vielfältig befunden, daß unterm Scheine der Tagelöhner eckliche viele vor dieser Zeit die Bürgerschaft mit 15 Gulden erlanget, hernach allerhand Kauffenschaft und Handthierung gleich andern Bürgern und Handwerkern angefangen und ungescheut getrieben, solchen zu begegnen, will E. E. Rath, daß diejenigen gleich andern Handthierern und Handwerkern das volle Bürgergeld erlegen, und also die unterm Scheine der Tagelöhner zurück behaltene 15 Gulden nochmals entrichten und bezahlen sollen, bey Verlust und Meidung ihrer Bürgerschaft.

13. Von Ziehen aus der Stadt.

Wer wegziehen will aus dieser Stadt, der soll des Raths Willen haben. Da sich ein Bürger oder Bürgerinne ohne Noth von hier begeben, und an andern Orten Feuer und Rauch halten, und aber über eckliche Zeit wie-

der hereinziehen würde, der oder die soll die Bürgerschaft auf ein neues gewinnen, und da er aufs neue das Brauwerk anfangen und wieder gebrauchen wollte, auf ein neues 20 Gulden darum geben, also soll es auch in solchem Falle mit den Bürgerkindern gehalten werden, ausgenommen, daß dieselben, da sie wollen brauen, zehn Gulden geben sollen.

Begebe es sich, daß unsere Bürgerkinder vorsehlich wegziehen in ein ander Gericht, und wollten kein Recht nehmen von dem Rath oder dieser Stadt Gerichte, die soll man verfesten, und sollen dieselben nach der Verfassung in fünf Jahren nicht in unsere Stadt kommen.

14. Von Injurien und Schmähungen.

Diemeil leider offenbar, daß das Schmähhen, lästern und Schelten, bey Alten und Jungen, so gar gemein, daß es in Gewohnheit gerathen ist, und überhand genommen hat, und aber solches wider Gottes Gebot und beschriebene Rechte beschiehet, damit solchem Uebel fürgekommen, und wider in gute Ordnung eingeführt werden möge, so hat der Rath nach nothwendiger Berathschlagung einträch-

trächtiglich beschlossen, daß keiner, er sey wer er wolle, Mann oder Weibespersion, jung oder alt, Niemand ausgenommen, den andern an seine Ehre und Glimpf in keinerley Weise, es sey schriftlich oder mündlich, zu Tage oder Nacht, heimlich oder öffentlich, nicht schmähen, lästern noch schelten soll, wer aber dawider thut, der soll einen gebührlichen Widerruf thun, und dem Rath 10 Gulden zur Strafe geben, wer aber die Bröcke nicht geben kann, den will der Rath aus der Stadt verweisen.

15. Von Gewehr tragen und Büchsen abschießen.

Auch will E. E. Rath, daß nach dieser Zeit kein Bürger, Bürgerkind oder Knecht auf der Straßen, in dem Weinhaufe und Bierlage, oder andern Orten, hie binnen der Stadt, solle tragen Schwerdter, Degen, Streithammer, Barten, noch andere mörderliche Wehre, heimlich noch öffentlich, wer aber damit befunden, soll auf 4 Schilling gestrafet werden, wegerete er sich dessen, alsdann soll er solche Bröcke doppelt geben, thäte er damit Aufwartung oder Unsteuer dem, der die Wehre von ihm von Rathswegen forderte, so will ihn der Rath in die Haft setzen,

wier

vier Wochen lang, und soll dennoch dafür des Raths Willen machen. Auch soll weder Bürger noch Jemand in der Stadt keine Büchsen abschießen, es sey zu Tage oder zu Nacht, bey Strafe 50 Schilling.

Welchen aber alhier in der Stadt Büchsen zu halten zugeordnet ist, die sollen dieselbe fertig halten mit Kraut und Gelöht bey ihren Pflichten, sollen die auch nicht verleihen, verkaufen, sonder des Raths Willen.

16. Die Nacht aus stille zu seyn.

Es will auch E. E. Rath, daß Niemand, er sey Mann, Frau, Knecht, Magd, jung oder alt, hinfürder des Nachts nach neun Schlägen auf der Straßen ohne Leuchten gehen, schreyen oder sonst ungebührlich halten, sondern züchtig und stillschweigend zu Haus gehen soll. Darauf denn der Rath sonderliche Wacht verordnet hat, und wer darüber wird befunden, und nicht genugsam Bescheid geben kann, soll von der Wacht angehalten, und folgenden Tages von dem Rath nach Gelegenheit der Uebertretung ernstlich gestrafet werden.

Es

Es soll auch Niemand des Nachts die Bunte oder Trummel schlagen, noch auf die Straßen pfeifen, bey Strafe einer Mark. Vielweniger soll einer den andern zu Nacht auf der Straßen rechtfertigen, wer das thut, mag sein Ehrentheuer ausstehen, und wo es dem Rath kund wird, soll er gebühlicher maassen hart und ernstlich gestrafet werden.

17. Von fleißiger Achtung Lichts und Feuers.

Niemand soll mit bloßem Licht, das da brennet, in seinen Hof, Scheuer oder Stallung gehen, bey Strafe einer halben Mark. Item, es soll Niemand bey Lichte dreschen, worfeln, schwingen, hecheln oder tranken, bey Strafe einer Mark, aber Heckerling schneiden kann wol nachgegeben werden, doch daß man dabey der Leuchten und keines bloßen Lichts gebrauche.

Es soll auch Niemand backen bey Stroh, wer das thäte, den will der Rath ernstlich strafen.

So soll auch Niemand legen über seine Feuerstatt was Holz, Hopfenreben, Schudde und

und dergleichen, denn der Rath will umgehen, und drob sehen lassen, wer daran fällig befunden, den will der Rath an Leib und Gut strafen.

Es soll auch hinfürder zu Verhütung Feuersnoth, kein Bürger, Bürgerin noch Einwohner, Häuser oder andere Gebäude wiepen oder mit Stroh decken, sondern mit Ziegel und Kalk decken lassen, und diejenigen, die ihre Häuser und Gebäude ikt gewiepet oder mit Stroh gedeckt haben, die sollen die Wiepen und Strohdächer von Stund an abschaffen, bey poen zehen Gulden.

18. Wie man sich in Feuersnöthen halten soll.

Ein Ehrbar Rath will ernstlich befohlen und gehalten haben, ob ein Feuer in dieser Stadt, das Gott gnädig verhüte, sich erhebe, daß alsdann ein jeglicher Hauswirth mit einer Aren, und jed Knecht und Magd mit einem Eymer oder Spaden eilends darzukomme, und ein jeder Ackermann mit einem Wagen, davor vier Pferde gespannen, Wasser darzuführen; wer die erste Fuhr bringet, soll einen halben Gul-

Gulden, der andere einen Ohrt, der dritte fünf Mattier-Groschen zu Lohn bekommen, und wer von den Ackerleuten nicht darzuführen, der soll einen Gulden zur Bröcke geben. Auch soll ein jeder Steindecker mit seine Dachleiter ungesäumt dazu kommen, nehmen sie aber an den Leitern Schaden, denselben will der Rath gelten, und wer ausbleibet soll dem Rath einen halben Gulden zur Buße geben.

Ein jeder soll auch in solcher Feuersnoth in der Nacht eine Leuchte mit einem brennenden Licht für seine Thüren aushängen, und wer daran Schaden nehmen wird, den will der Rath gelten.

Was auch der Rath den Gilben der ledernen Eymer halber fürmals anzeigen lassen, dem soll ein jeglicher gehorsamlich nachkommen. Solches sollen auch diejenigen thun, so nicht in Gilben, und doch des Vermögens seyn. Und wer dem Rath oder sonsten andern Bürgern in solcher gemeinen Noth, die ledern Eymer oder etwas anders abhändig machet, und dasselbe abgerichtet wird, den will der Rath an Leib und Gut strafen.

19. Von Hausfrieden und Gewalt.

Hausfrieden soll man halten, den Armen als den Reichen. So Jemand einen Bürger oder Bürgerin aus fürseßlicher Muthwilligkeit und aus Verdriß mit seiner Wehre auch unleidlichen Schmähen und andern unschicklichen Worten für oder in sein Haus ließe, und sein selbst Gewalt übet, der soll ein halb Jahr aus der Stadt verweist seyn, und nicht destoweniger nach abgangenen halben Jahr dem Rath zwanzig Gulden ohne Gnade zur Buße geben, oder aber sich führohin so lange der Stadt äußern, bis er vorgemeldete Strafe völlig erlegt hat.

Wer auch führohin auf E. E. Raths Weinschenken, Apotheken, Roß- und andern Mühlen, Ziegelhöfen und Stadtwällen, oder anderer befreyeter Derter, entweder gegen die Verwandten des Raths selbst, oder auch gegen des Raths Diener, darunter auch ihre Schenker, Apotheker, Roßmüller, Ziegelmeister, ihre Gesellen, Knechte und Jungen begriffen, oder aber sonst gegen Jemand anders mit Worten oder Werken, wie das geschehen mögte, seine eigene Gewalt übet, dessen Leib und Gutß soll in des Raths Händen stehen.

Wel-

Welcher in unser Stadt den Andern mit bloßem Gewehr, Büchsen und Spieß ausfordert, derselbe soll der Gewehr verlustig seyn, und nichts weniger vor solchen Muthwillen eine gedoppelte Fassung zur Strafe geben.

20. Von Einlagen.

Welcher Bürger oder Bürgerin, auch Bürgers Kind, bey Eynden eingelegt wird, und solches ungehorsamlich verachtet, und also nicht innen hielte, der oder dieselbige will der Rath als einen Ungehorsamen strafen.

Wenn aber derselbe, welcher eingelegt, dem Rath zum sonderlichen Troß und seinem Gläubiger zum Verfang in seinem Einlager über vierzehn Tage seyn und verharren wird, (wie zeithero von vielen Ungehorsamen zu merklicher Verkleinerung, ihre Eynde wenig in Acht gehabt, vielfältig geschehen ist) den will der Rath mit Gefängniß oder nach gestallten Sachen mit Verweisung aus der Stadt ernstlich strafen.

Der auch Gerichtswegen ins Einlager oder auf den Gehorsam bey seinen Eynden gewiesen worden, und nichts destoweniger solch Gerichts-

o. Liebß. Einl. 2r. 2ß.

S

Ges

Gebot muthwillig verachtet, der soll für einen Meinenyden geachtet werden, darnach sich mählich zu achten.

21. Von Kämpfen, Wunden.

So einer vorsehlich einen Kämpferich verwundet, und derselbe gefänglich behaftet würde, so soll er darin die Fahrtage aushalten, und wo der Verlezer beym Leben bleibt, so soll er entweder 4 Wochen gefänglich sitzen, oder aber 10 Gulden zur Strafe geben, und nicht destoweniger des Beschädigten Willen machen; entkommt er aber, so soll er sich der Stadt vier Monath äußern, und wenn er des beschädigten Partis Willen hat, alsdenn soll er gleichermaßen dem Rath fünf Gulden zur Strafe geben.

22. Vom Todtschlag, und erstlich von unvorsehlichem Todtschlag.

So es sich, das Gott lange spare, zurüge, und ein Unfall käme, daß Jemand unvorsehlich Zufalls halber in Meynung, so übel nicht zu gerathen, mit Handfastungen und mörderlicher Wehre einen Todtschlag beginge, und dar

von

von käme, der soll ein Jahr lang aus der Stadt bleiben, und darein nicht kommen, es geschehe denn mit der Blutsfreunde Willen, und nach verlossenem Jahre, so er wieder in die Stadt zu kommen begehret, soll er dem Rath zehn Gulden zur Strafe geben.

23. Von vorsehlichen Todtschlag.

Ob einer überdas vorsehlich und mit vorbedachtem bösen Gemüthe einen vom Leben zum Tode brächte, und entkäme, der soll fünf Jahre lang aus der Stadt seyn, und keinesweges wieder hinein gelassen werden, es geschehe denn nach den verlossenen fünf Jahren mit der Blutsfreunde Willen, und soll dennoch ohne Gnade dem Rath 20 Gulden zur Strafe geben, wird er aber auf begangene That ergriffen, mag er seines peinlichen Rechts und gebührliche Strafe erwarten.

24. Von denen so Mißhändler einnehmen und beherbergen.

Der Rath hat beschlossen, welcher unser Bürger oder Bürgerinnen die Personen einnehmen und beherbergen, welche einen gehauen,

gestochen oder sonst mißhandelt, und handhafte Thaten, als Dieberey und dergleichen gethan haben, dieselben sollen vermöge ihres bürgerlichen Endes verpflichtet seyn, solches dem Rath zu offenbaren, oder aber da sie solches wider ihren End verschweigen, und darüber betreten werden, alsdann nach gestallten Sachen ernstlich bestrafet werden, wornach sich ein Jeder zu achten und für Schaden zu hüten.

25. Von Wasserzug und Röhr-Brunnen, dieselben fertig und rein zu halten.

Wer einen Born hat in seinem Hofe, oder vor seinem Hause und der Thür, den soll er mit aller Nothdurft klammern und im Zuge halten, saubern und nicht vergehen lassen; der Rath will dabey schicken und besehen lassen; und an wem das anders befunden wird, den will der Rath strafen.

Wer auch die Bornhauer aufzeucht, und das Wasser auf Schaden laufen läßt, es sey bey Tage oder Nacht, sein Leib und Guth soll stehen in des Rath's Hand zur Strafe.

Auch soll Niemand bey keinem Born, es sey auf der Kornstraße, dem Markte, beym
Leit

Zeiche auf dem Holzberge oder anderswo, keine Eymmer, Zuber und dergleichen scheuren, auch in den Trögen oder dabey kein leinen Geräthe keine Kindertücher oder ander unflätig Zeug als gefärbte Hüte oder Garn, und was das mehr seyn kann, waschen, auf das Kühle und Pferde daraus trinken mögen; wer hiewider thut, soll zwey Schilling jedesmal zur Strafe geben.

Würde Jemand an seinen Schuckeborn etz was wollen machen lassen, alsdann soll der Wasserbauer oder Pfeiffenbohrer, welcher von ihm ersuchet wird, schuldig seyn, solchs um billige Belohnung zu machen, ungeachtet daß er in seinen Viertel nicht sey, bey Strafe eines Gulden, so ofte er sich dessen verweigert.

26. Von Gerbern und dem Becke.

Wer das Hole am Becke zuleget, soll dem Rath einen Mark ohne Gnade zur Strafe geben.

Ueber dem Becke soll Niemand schlachten. Die Gerber sollen das abgeschabete Haar in den Beck nicht werfen, bey Strafe einer Mark.

Die Reimschneider sollen in ihren Häusern nicht gähren, sondern allein auf der Gerberstraße, bey Strafe einer Mark.

Item, wer auf dem Bese hat heimliche Gemächer oder Schweinkoben, der soll sie nach heutigem Tage in vierzehnen Tagen abtragen.

27. Von Straßen allenthalben sauber zu halten.

Ein jeder Bürger oder Bürgerin soll vor der Thür von den Straßen den Koth und Dreck alle Sonnabend hinwegbringen und ausführen lassen, wer das nicht thut, soll, so ofte es verbleibet, zwen Mariengroschen ohne Gnade zur Strafe geben, und soll der Markmeister und Stadtdiener alle Sonntage Morgen in der Stadt umgehen, und darauf gute Achtung geben, und den Bruchfälligen ermeldete Strafen einfordern, oder so hoch pfänden, und wer solche Strafe nicht geben, noch ein Pfand reichen wird, der oder diejenigen, so solches thun, sollen mit andern hohen Strafen belegt und gestrafet werden, darnach sich ein Jeder zu achten.

Auch soll Niemand länger denn drey Tage Mist auf der Straße liegen lassen, bey derselbigen Bröcke.

So soll auch Niemand Was allenthalben auf der Straße, auch kein Haar in den faulen Straßen liegen lassen, oder dahin bringen, bey Strafe einer Mark.

Auch soll Niemand vor seinem Steinwege auch sonst Koth und Dreck in die Gassen schüffeln noch lehren; wer solches thut und dessen überwiesen werde, soll jedesmal mit einer halben Mark gestrafet werden.

28. Von Steinweg bessern.

Ein Jeder soll seinen Steinweg fertig halten und machen lassen, wenn es zu Wettertagen kommt, und gleichwol denselben nicht erhöhen, sondern nach der Strott-Waage seinen nächsten Nachbarn auch die Gasse nicht enger machen, es geschehe denn mit Wissen und Willen des Ehrbaren Rathes, bey Strafe einer Mark.

26. Von des Rath's Holz und Stadtgraben.

Wer Holz hauet in des Rath's Holze, Hegge oder Holz ansticht, des Leib und Guth soll stehen in des Rath's Hand.

Auch wer in die Stadtgraben steigt, und hauet abe Quissel-Birnbäume, Hassel oder wasferlen das sey, des Leib und Guth soll in des Rath's Hand stehen.

Wer seine Kühe, Schaafe, Schweine oder ander Vieh auf den Stadtgraben treibet, und das dem Rath zu wissen wird, der soll dem Rath von jeglichen Haupt eine Fästung geben.

30. Von Hopffstacken und dergleichen Holz.

Wer dem Andern nimmt von seinen Garten Hopffstaken oder ander Holz, und das in unser Stadt trüge, das Holz soll ihm der Thorswärter, es sey in Bünden oder Stecken, nehmen und verbrennen, und jener soll gleichwol 8 Schilling zur Strafe geben.

31. Die Ackerleute belangend.

Kein Ackermann, der in des Rath's Gebiethe wohnet, soll über 2 Pferde halten, weniger aber wol haben.

Das

Dazu sollen auch dieselben Ackerleute mit ihren Pferden nicht in den Holzungen hüten, das will der Rath also ernstlich gehalten haben; wer dem also entgegen und nicht hielte, den will der Rath strafen, es soll ihm unbesquem seyn.

Die Ackerleute sollen auch fortan ihre Pferde für den Nachthirten treiben und hüten lassen, und da sich in dem ungehorsamlichen halten, und Jemand unterdes an seinem Korn im Felde, zwischen Garten oder anderswo Schade gesehen wird, den soll derjenige, der seine Pferde nicht vor den Nachthirten getrieben hat, solchen Schaden gelten, ungeachtet seine Pferde haben den Schaden oder nicht gethan, und soll überdas dem Rath drey Gulden zur Strafe geben.

32. Vom Pfänden im Felde.

Auch hat E. E. Rath beschlossen, und will er ernstlich gehalten haben, daß, nachdem für Augen, daß des muthwilligen Schadenthuns im Felde kein Ende, man hinfürder das Jahr durch auspfänden soll.

Und soll dem Pfandemann von einem jeden Pfand nunmehr 6 Helmstädtische Schilling gegeben werden.

S 5

Wel-

Welcher Bürger oder Bürgerin Jemandes im Felde an Wiesen, Acker, Korn, Garten und andern Dertern muthwillig Schaden thut, soll den Schaden gelten, und ein Ehrbar Rath will der Bröcke auch nicht vergessen.

33. Was gemein ist soll gemein bleiben.

Was gemein ist, das soll Niemand hegen, besäen oder Gras darauf machen, wer das thut, den will der Rath züchtigen, daß es ihm unbequem seyn soll.

Weil aber hieben bis dahero befunden, daß ehliche Bürger dieser Ordnung straf zuwider gelebet, und aus der Gemeine ehliche Fahrensstücke und Flecken von Jahren zu Jahren beyde an ihre eigene und der Klöster Acker gebracht, demnach will ein Ehrbar Rath männiglichem, insonderheit aber dieselben, welche sich bis dahero solcher Thathandlung unternehmen, ernstlich verwarnet haben, daß sie nicht allein dessen fübrohin gänzlich enthalten, besondern auch von dato an innerhalb nächsten 6 Wochen daselbe, was sie der Gemeine abgebrochen, wiederum dahin bringen, im Fall aber Jemand hierin saumig befunden, und sonst dieser Ordnung

nung widrig seyn würde, den will der Rath jedesmal auf zehn Gulden strafen, und soll derselbe nicht desto weniger, was er der Gemeine entwandt, bey dieselben zu bringen verpflichtet seyn.

34. Von Arbeits-Volk und Diensten.

Demnach die Zimmerleute einen Mißbrauch eingeführet, wenn sie Mittages oder Abends von der Arbeit heimgen, daß sie alsdann Klöße und Spähne mit sich nehmen und heimtragen, dasselbe aber unbillig, und denen, welchen sie arbeiten, beschwerlich, als mandirt und gebeut ein Ehrbar Rath ernstlich und will gehalten haben, daß die Zimmerleute, sie seyn Meistere oder Knechte, sich hinführo solches Schleppens, die Arbeit sey verdinget oder nicht, gänzlich äußern und enthalten sollen; so oft einer dawider thut, soll er dem Rath ohne alle Gnade eine Mark zur Strafe geben.

Ein Ehrbar Rath gebeut auch, daß ein Dienstknecht, Junge oder Magd Jemand Dienste zusaget, und den Gottes-Pfennig darauf empfangen, hernach aber den Dienst wieder auftragen, und sich einem andern vermietzen wolle

wollte, daß er oder die dem, welchen er erstmals Dienst zugesaget, den Dienst halten soll, bey Verweisung der Stadt.

Da auch Jemand seine Magd aus dem Dienst muthwillig entgehen würde, soll dieselbe Niemand einnehmen oder haufen, wer darüber thut, soll dem Rath eine Mark zur Strafe geben, und die Magd aus der Stadt verwiesen seyn.

Der Rath will auch hinführo nicht gestatten, daß die Dienstmägde, wie eine Zeithero geschehen, ihren Herren und Frauen aus dem Sommerdienst in die Erndte gehen, sondern sich mit dem Sommerdienst, wie in andern Städten allenthalben gebräuchlich, verhalten sollen; da hierüber Jemand in unser Stadt, es sey Bürger oder Bürgerinn, seinen oder ihren Mägden im Sommerdienste die Erndte frey giebt, der oder dieselbe sollen jedesmal und für jegliche Magd dem Rath einen Thaler ohnnachlässig zur Strafe geben. Die Magd aber, so ihren Herren oder Frauen zur Erndtzeit aus dem Dienste laufen würde, soll um zwey Mark gestraft, oder aus der Stadt verwiesen werden.

Wel-

Welche Bürger oder Bürgerin Mägde, so sich in die Erndte zu vermiethen gedächten, einnehmen und haufen, die sollen dem Rath eine Mark zur Strafe geben, und die Mägde, so außerhalb Dienstes sich in der Stadt allhier enthalten wollen, darin nicht geduldet werden.

35. Von Brauwerk.

Auch hat E. E. Rath mit zeitigen Vorbedacht einhellig beschloffen, wo allhier in der Stadt Jemand das Brauwerk annehmen und gebrauchen wolle, der soll sein und seines Weibes Geburts-Brief fürlegen, daß er und sie echt und recht geboren, und also Gilde werth sey, oder er soll zum Brauwerk nicht gelassen werden.

Ferner soll der Aufmann, oder der allhier nicht geboren, die Brauer-Gilde mit funfzig Gulden, und eines Bürgers Sohn, oder der allhie geboren, mit fünf Gulden bey dem Ehrbaren Rath zuvor, ehe man die Pfannen hiehet, gewinnen und erwerben.

Welcher unser Bürger oder Bürgerin Bier brauen wollen, die sollen brauen um die vierezehende Nacht und nicht eher, das will der Rath

Rath also gehalten haben bey dem Ende, es komme denn Jemand für den stehenden Rath, und werbe es, oder daß der Rath dem einzumahlen gebe.

Es sollen ihrer zwey auch nicht in einem Hause brauen, es wäre denn, daß einer seinen Sohn oder Tochter verändert hätte, und zu Hause in einem Hause blieben, so mag ein jeglicher seine Zeit brauen, wenn ihm das gehöret.

Item, ein Ehrbar Rath giebet und erlaubet den Brauern über die rechte Mühle achte zu mahlen, und von den rechten mahlen noch drey mahl, die mag ein jeglicher zwischen dieser Zeit und St. Walpurgis Tag zum Merzen-Bier brauen, die andern rechten mahl soll ein allein zum frischen Bier gebrauen, und keinesweges in Merzen-Bier verwandelt werden, und soll also hinfürder das ganze Jahr aus ein Jeder nicht mehr denn eilf Merzen-Bier für Walpurgis alle zu gebrauen seyn, und nach Walpurgis gar kein Merzen-Bier gebrauen werden, wer aber hiewider thun, und entweder über eilf Merzen-Bier brauen und legen, oder die für St. Walpurgis nicht zu brauen, desgleichen frisch

frisch Bier in Merzen-Bier verwandeln wird, der soll dem Rath zwanzig Gulden für jedesmal zur Strafe geben.

Weil auch ein Ehrbar Rath in glaubwürdige Erfahrung gebracht, daß ehlliche zu Sommerzeiten frisch Bier brauen und abziehen, und also dadurch den Merzen-Bier hindern und Schaden thun, so befiehet und gebet der Rath ernstlich, daß hinführo von Pfingsten an bis auf St. Margarethens Tag niemand keinesweges frisch Bier brauen soll, oder soll dem Rath für jedesmal zwanzig Gulden Strafe geben.

Es soll auch hinführo von dem Malze gleiche Ziese dem Rath gegeben werden, obgleich das Malz nicht auf der Roßmühlen, sondern auf Wasser- oder Windmühlen gemahlen würde, wo er auch auf Wasser- oder Windmühlen sein Malz will machen lassen, soll der Müller, ehe das Malz gemahlet, ein Zettel aus der Ziesebude bringen, würde aber ein Müller, es sey auf Wasser- oder Windmühlen, das Malz mahlen, ehe er denn solch Ziesezettel empfangen, den will der Rath in gebührliche Strafe nehmen.

Item, die Sauer- oder Eßigbrauer sollen auch nicht ehe denn um die vierzehende Nachs

Nacht Sauer oder Eßig brauen, und von jedem Viertel Malzes dem Rath 6 Mariengroschen zur Ziese geben.

Nachdem auch der Rath in glaubwürdige Erfahrung kommen, daß ehliche Sauer- oder Eßigbrauer unter dem Schein, als wenn sie Sauer brauen wollen, ein Sauerzeichen in der Ziesebude gelöst, und hernach nicht Sauer, sondern Bier darauf gebrauen; damit nun solches hinfürder nicht geschehen solle, hat ein Ehrbar Rath dahin geschlossen, und will auch unnachlässig gehalten haben, daß ein jeder Sauerbrauer bey dem Ende, damit er dem Rath verwandt, dem Ziesemeister berichten soll, ob er Eßig oder Bier brauen wolle, wer aber betrosfen, daß er hiewider gehandelt, den will der Rath um zwanzig Gulden ohne Gnade strafen, darnach habe sich ein Jeder zu richten.

Wer auch nach dieser und zu jeder Zeit Bier brauen will, der soll zuerst auf das Rathshaus kommen, und schwören, daß er bey dem Ende, so er gethan hat, von jeglichem Viertel Malz dem Rath vier Mariengroschen zur Ziese geben wollen.

Item,

Item, kein Brauer soll Malz zur Mühle senden, es sey denn recht gemessen und abgestrichen; zuhero Behuf denn der Rath einen sonderlichen Scheffel und Himten in die Rossmühle verordnet, das Malz nachmessen, und herogestalt der Maaße halber fleißig auf achten zu lassen, wer denn unrecht befunden wird, den will der Rath strafen.

Welche auch brauen wollen, die sollen dem Müller das Mühlzeichen zuvor, ehe er das Malz empfäht, überantworten, wo das also nicht geschiehet, soll der Müller ledig davon fahren, hierzu ist der Müller vereyndet.

Wenn aber der Müller mahlete, ehe er solch Zeichen empfangen hätte, den Bröck will der Rath wol mit ihm finden.

Auch soll Niemand in seinem Hause zu Covent auf einmal mehr brauen, denn einen Himten, bey einer Mark; wer da mehr brauen will denn einen Himten, einen Körtling, und soll ein Zeichen aus der Ziesebude holen, bey Strafe einer Mark Geldes.

Wer sein Bier mit Post oder dergleichen verfälschet, soll drey Mark zur Strafe geben.

§. Liebß. Einl. 2r. Zg.

2

Der

Der Rath will hernacher umsenden, und die Biermaße und Kannen besehen lassen, wer denn keine rechte Kannen oder Maasse hat, den Bröck. will der Rath wol finden, sein Leib und Guth. soll stehen in des Raths Hand.

Item, es soll Niemand zu den Wirthschaften, Verlöbnißten, Gesellschaften oder Gilt den fremd Bier holen lassen und schenken, wer das thut, der soll dem Rath von einem Fasse einen Thaler zur Bröcke geben, und hat ein Ehrbar Rath bey diesen so einhellig beschloßen, diese Ordnung des fremden Biers halber künftiger Zeit mit besonderm Ernst zu exerciren, auch dieselben, welche allbereits hiewider gehandelt, vermöge dieser Ordnung mit gebührllicher Strafe zu verfolgen, wie auch dem mit Einfoderung der gefallenen Bröcke zu geloben, den Raths Cammerern bey ihren Eyden ernstlich eingebunden und auferleget.

So soll auch Niemand kein fremd Bier noch Mummie in sein Haus ziehen lassen, das er verkaufe oder selle, ohne auf des Raths Keller, das soll man das ganze Jahr halten, wers nicht hält, der soll von jedem Fasse einen halben Thaler zur Bröck geben.

In

In den Jahrmärkten und Ablass Märkten mag man wol Helmstädtisch Bier einziehen und sellen.

Ein jeder Böttcher soll seine Faß und was er den Brauern machet, verzeichnen, nach den Zerster Gefäßen, und kommen aufs Rathhaus, und schwören, daß er will seine Faß recht abmachen, nach der vorgeschriebenen Maasse.

Item, wenn einer dem andern Fasse oder Borndell von den Straßen insekt, der soll dem Rath ein halb Mark geben ohne Gnade, und soll dennoch solch Faß oder Borndell wieder herausgeben.

36. Von Branntweinmächen.

Welche hinfürö wollen ansehen, Braantes wein zu machen, die sollen dem Rath von jeder Blasen vierzig Gulden in einer Summe, und ehe sie die Blasen hizen, geben und erlegen, bey Verlust der Bürgerschaft.

Und sollen also diejenigen, die Braantes wein von Korn machen, ein Zeichen aus der Ziesebude holen, und dem Rath von jeden Himsten einen Mariengroschen, welche ihn aber von

Z 2

Borz

Borne machen, von jedem Stübichen Brann-
twein einen Mariengroschen zur Diese geben.

37. Von Fleischern.

Ein Ehrbar Rath will stracks gehalten haben, daß die Fleischer und Knochenhauer in ihren Scharren und sonst allermassen, nach der übergebenen schriftlichen Ordnung sich richten und halten sollen, bey Vermeidung gebüh-
licher Strafe.

So soll auch einem Fleischer ernstlich ein-
gebunden seyn, den verordneten Wardiers-Her-
ren mit gebühlicher Bescheidenheit zu begegnen,
da aber unter ihnen ein oder mehr sich gemel-
deten Wardiers-Herren entweder mit Worten
oder Werken zu widersetzen unterstünde, den
oder dieselbe will der Rath gestalter Ueberfüh-
rung ernstlich strafen.

38. Von Goldschmieden oder Kannengießern.

Weil ein Ehrbar Rath zeithero beyde bey
den Goldschmieden und Kannengießern allers-
hand Ungelegenheit gespüret, indem dieselben
das Gold, Silber und Zinn ihres Gefallens
verarbeiten, als soll hinführo kein Goldschmidt
noch

noch Kannengießer in dieser Stadt gelitten wer-
den, er becheure denn mit seinem leiblichen En-
de, daß nemlich der Goldschmidt kein Gold
noch Silber, und der Kannengießer kein Zinn
einerley Weise verfälschen, besondern in gleichem
Werth, wie ers empfangen, ohne einigen Zu-
satz stracks lassen, auch kein Halbwerk an Gold,
Silber oder Zinn verarbeiten wolle, es gesche-
he denn mit des Raths Wissen und Willen.
Wenn aber einer nach geschehenen Ende nichts
destoweniger falsch befunden wird, den will der
Rath vermöge den Rechten ernstlich strafen.

19. Von Müllern.

Es will der Rath ernstlich gehabt haben,
daß die Müller, so für unser Stadt wohnen,
keine Hühner noch Gänse haben und halten sol-
len, wer die drüber hält, der soll dem Rath
ein halb Mark zur Buße geben.

Auch sollen sie schwören, daß sie von dem
Korn nicht mehr nehmen wollen, denn die
rechte Matte, und auch nicht mehr Geldes von
dem Malz, als sich gebühret, und keine Matte,
das will der Rath also gehalten haben.

40. Von Kleinschmieden.

Ein Ehrbar Rath will hinführo allen Kleinschmieden bey ihren Eyden eingebunden haben, daß keiner Nachschlüssel, Dieteriche, und dergleichen machen, noch andere Schlüssel auf Lehmen, Wachs, Pech oder anderes gedrucket verfertigen solle, wer dawider thut, soll des Handwerks entsetzt und der Bürgerschaft verlustig seyn.

41. Von Hering sellen und den Hoken.

Man soll in unser Stadt keinen Brack-Hering, sondern allein Flämischen und Schönischen Hering mit doppeln Circul, sellen.

Der Rath will auch keinen Fremden gestatten, in unser Stadt sothanen Brack-Hering zu sellen.

Die Hoken, die da Stockfisch oder andern Fisch wässern, sollen das Wasser nicht bey Tage, sondern auf die Nacht um 10 Schläge ausgießen.

Die Benhoken mögen auch wol gewässerten Hering machen und sellen, solang daß die andern Hoken können vollstehen.

42. Von

42. Von Wacht- und Borngeld.

Wenn man umgehert nach den Wachtphengig oder Borngeld, wer alsdann nicht giebet, den soll man pfänden.

43. Von Schuld-Sachen.

Welcher Bürger oder Bürgerin eines oder zweymal von den von Adel oder auch von andern Orts Obrigkeiten, mit Fürschriften um Schuld beklaget werden, den will der Rath bey sich in der Stadt nicht leiden, auf das andere Bürger, so unschuldig, ihrentwegen nicht in Schaden gerathen mögen.

44. Vom Verkaufen und Kaufen.
Vom Vorkauf.

Es soll Niemand, was auf den Vorkauf kaufen, es sey was es wolle, nichts ausgeschlosssen, es habe denn zwölfe geschlagen, bey Strafe für jedesmal einen Gulden.

Auch soll kein Gast von den andern nichts kaufen, dieweil daß die Fahne ausgesteckt, bey poen gehen Schilling.

Sonsten auch soll Niemand auf dem Markt auf Vorkauf kaufen, es seyn Eyr, Butter, Käse, Salz oder was es auch sey, es sey denn zuvor aufm Markt zwey Stunden lang feil gewesen, bey Bröck nach Gelegenheit der Verbrechung.

Bretter, Latten, Schüssel und wasserlen Holzwerk es sey, soll nicht auf den Fürkauf gekauft werden, es sey denn zuvor eine Stunde auf dem Markte gewesen, bey Bröck einer halben Mark.

Es soll auch Niemand vor dem Thor, Vieh, Schweine, Schaaf, Hühner, Korn, Feuerholz, Bretter oder keinerley kaufen, besondern auf dem Markt, wie zuvor gemeldet, oder auf seinen Steinwege, oder in seinem Haus, bey Bröck eines Thalers, so oft dawider gehandelt wird.

Welcher unser Bürger oder Bürgerin mit eines Fremden Geld oder Guth, Flachs, Wachs, Wölle, Korn und dergleichen einem andern Fremden zu gute einkauft, der soll dem Rath zehn Gulden ohne Gnade zur Bröcke geben.

Der

Der Rath hat einen Himten und Scheffel vergleichen lassen, und wer im Kaufen und Verkaufen einen Himten gebrauchen will, der soll seinen Himten durch Valentin Dammann vergleichen lassen.

Wer auch Hopfen kauft, der soll den Hopfen durch denselben messen lassen, welchen der Rath dazu gesetzt hat, nemlich Andreas Menzer.

Und welcher Aufmann den messen lästet, der soll ihm von einem Viertel drey Scherf geben, der das nicht hält, der soll dem Rath einen Schilling und dem Hopfenmesser gleichwol sein Geld auch geben.

Item, so Korn auf dem Markte zu kaufen wäre, und ein Bürger oder Bürgerin käme in der Messezeit dazu, und wollte des Kornes einen, zwey, drey oder vier Himten haben, so soll der oder diejenige, so das Korn gekauft, dem oder derselben solche Anzahl um denselben Kauf überlassen, bey Bröck achte Schilling.

Damit auch im Gewichte keine Falschheit gebraucht werden möge, soll hinfürder Niemand, es sey ein oder ausheimisch andere Ges

z 5

wichs

wichte, denn so von Kupfer oder Messing gemacht, und keine Steine oder Blei gebrauchen, auch solch Gewichte durch Jacob Stöße, dem Kannengießer vergleichen und verzeichnen lassen, und wenn sie verglichen und verzeichnet, mit Abfeilen oder in andere Wege nicht umrinsgen, bey Strafe nach eines Ehrbaren Rathes Ermäßigung.

45. Von Zollen und Wagegeld.

Ein jeglicher Wirth soll bey seinen Gästen bestellen, daß ein jeglicher Aufmann, welcher allhier Pferde kauft, und der zu zollen verpflichtet ist, dem Rath von jeglichem Pferde einen Mattier zu zollen gebe.

Sonsten soll von jeglichem Viertel Korn drey Scherf zu zollen gegeben werden.

Item, von einem jeglichen Pfund schwer drey Scherf.

46. Von des Rathes Gerichten.

Der zu einem andern Feil, Mangel und Anspruch hat, der soll das suchen bey dem Rath daselbst, und billigmäßiges Bescheides gewärtig

tig seyn, auch anders Niemand Ausflüchte suchen, wie von Alters und undenklichen Jahren wol hergebracht.

Im Fall aber einer des Rathes rechtmäßige Erkenntniß nicht erwarten, noch dulden, sondern seines eigenen Muthwillens an andere Dörter und Enden Schutz suchen, oder sonst den Rath verunglimpfen wollte, der soll der Bürgerschaft verlustig seyn.

Wenn ein Ehrbar Rath Gerichtstage halten läßt, wer dazu geladen und gefodert wird, der soll dazu kommen, wer sich des weigert, der soll acht Schilling zur Strafe geben.

Wenn ein Haus von Gerichtswegen wird verfohnet oder verkreuzet, der soll wider des Sachwaltigen Willen, welcher das verfolgt und gerichtlich ausgeklaget hat, nicht aus oder eingehen, so ofte einer das thut, der soll acht Schilling zur Strafe geben.

Item, welcher Bürger oder Bürgerin mit Gerichte sofern verfolgt wird, daß man ihn für die Wehre gehen soll, und der oder diesen oder ihr Guth in ein ander Haus bringet, wer alsdenn solch ausgebracht Geräthe oder Guth hauset und herbers

berget, der soll dem Kläger zu seinen Schulden antworten, sofern sich das Guth erstrecket.

Wäre es auch, daß Jemand so ferne versolget wäre mit Gericht, daß das Gerichte dem Kläger Rechts helfen sollte, wer denn wider das Gerichte mit Worten oder Werken mißhandelt, den will der Rath von Gerichtswegen verfaßten lassen.

Item, wer mit einem andern redet überlaut, oder Lärmeren machet, wenn man Gericht hält, den soll des Raths Knecht pfänden um drey Schilling.

47. Vom Voigt-Gerichte.

So der Rath Jemand peinlich wird rechtsfertigen lassen, so soll ein jeder Bürger mit seiner Wehr, wenn man die großen Klocken lautet, für das Weinhaus kommen, bey Bröck acht Schilling ohne Gnade.

48. Von Kummer und Arrest.

Wo Jemand in unser Stadt bekümmert, arretiret und besetzt ist, und dessen ungeachtet davon gehet, reitet oder fährt, so soll Kläger, wel-

welcher die Befah thun lassen, solches dem Rath anzeigen und klagen, so will der Rath jenen verfaßten.

Wo auch einem Bürger oder Bürgerin, und demjenigen, so des Ehrbaren Raths Bothsmäßigkeit unterworfen, auf Jemand's Haab und Güther oder Personen, Schulden oder andershalben Arrest und Kummer vergünstiget worden, so soll der oder diejenige, so solchen Kummer gebeten und erhalten hat, verpflichtet und schuldig seyn, denselben Kummer gebühlich zu verfolgen, oder es soll hernach kein ferner Arrest gestattet werden, wornach sich ein Jeder zu achten.

49. Von Uebergabe oder Donation.

Wer einen Friede verlassen will an seinen Erbe, oder eine Donation und Gast thun, außerhalb seiner Ehestiftung, das soll er für den Rath gerichtlich thun.

Da auch zwischen Eheleuten eine Donation oder Gift geschehen, und gleichwol die Ehestiftung selbends von Händen kommen wäre, was denn mit Bedings-Leuten, welche die Ehestiftung

tung verhandelt und besprochen haben, das soll also, wie es verhandelt und besprochen, gehalten werden.

50. Von Testament aufrichten.

Wäre es Sache, daß Jemand dieser Stadt, Bürger oder Bürgerin, Krankheit wegen oder sonst ein Testament setzen wollte, der oder die soll Niemand zu Testamentarien setzen und ordnen, es sey denn dieser Stadt Bürger.

51. Von Entscheidung der Witwen und ihrer Kinder, so unter 18 Jahren seyn.

Wenn wäre, daß ehliche Bürger von Todeswegen abgingen, und nach sich ließen Weib und Kinder, die da wären unter 18 Jahren, nach vier Wochen soll die Frau für den sitzenden Rath kommen, oder andere ihrentwegen schicken, alsdann will der Rath Verordnung thun, und dieselbe Frau und Kinder von einander setzen lassen, was einem jeglichen zu seinem Theil gebühren mögte, erkennen und billigen, welche Frau denn nicht also thäte, soll dem Rath verfallen seyn die Hälfte ihres Guths, so ihr gebühren mögte.

52. Von

52. Von Lehn- und Zins-Guthern, daß Niemand die einem andern entwenden soll.

Keine unser Bürger soll sich eines andern unsers Bürgers Lehn-Guth oder Zins-Guth lassen leihen, oder sonst zuschreiben, es sey denn, daß der es verlassen soll, sein Wille und Vollwort, bey poen dreyßig Mark, und soll dennoch das Guth aus der Wehr lassen.

Welcher unser Bürger oder Bürgerin Acker, Wiesen, Gärten oder Stücke um Zins hatte, den soll niemand abtreiben oder ihm das entwenden sonder des Willen, der das im Besiz und Benutzung hat, auch wo die Zinse verziehet oder vergehet, und also den andern abkauft, bey Strafe zehen Mark, und soll sich des zugewendeten Guths gleichwol absetzen.

53. Von erkauften Raub-Guth.

Welcher unser Bürger wissentlich kauft Raub-Guth, und wüßte, daß es geraubt wäre, der soll dem Rath eine Mark zur Strafe geben, und so er drum beklagt würde, soll ers nach Ordnung der Rechten ohne alle Entgeltniß wieder geben.

54. Von

54. Von allerhand Recessen aufzurichten.

Man soll auch durch Niemand Verschreibungen, Recesse, Briefe eines Kaufs, Ehestiftung oder andere aufrichten, denn allein durch den Stadtschreiber, sonst will ein Ehrbar Rath nicht drüber halten, darnach sich ein Jeder wisse zu richten.

Auch sollen die Ehestiftungen alsbald, wenn der Handel vollzogen worden, zu dem Stadtschreiber gebracht, verfasst, gelöst, und allewege in Gegenwärtigkeit beyderseits Freundschaft, ehe Braut und Bräutigam zusammen gegeben werden, gelesen werden, gleiche Meynung soll es auch mit Hauskauf-Briefen, Verträgen und andern Recessen haben.

Und weil ein Ehrbar Rath bey diesem Puncte eine zeithero großen Misbrauch gespühret, daß in Mangelung der abgeredeten oder doch unvollzogenen Ehestiftungen, Kaufbriefen, Verträgen und andern Recessen, unter den Bürgern vielfältige Irrung entsponnen, dadurch der Rath vielfältig molestiret und benüthet, auch die Bürger selbst sich, ihr Weib und Kinder, in großen merklichen Schaden geführt;

dem

demnach will ein Ehrbar Rath hiemit männiglich ermahnet haben, daß er die Ehehandlung, Kaufbriefe, Verträge und andere Recesse, welche allbereits abgeredet seyn, oder noch künftig abgeredet werden mögten, sich selbst und seinen Erben zum Besten durch den Stadtschreiber gebühlicher Weise bestätigen und vollenziehen zu lassen, sonst will der Rath keine Ehestiftung, Kaufbriefe, Verträge oder andere Recesse für bündig und kräftig achten und halten, darnach sich männiglich zu achten.

55. Von Bauungen.

Welcher unser Bürger oder Bürgerinnen Bauens halber in Zwiespalt und Irrung gerathen würden, die sollen sich nach unsern des Raths gleichmäßigen Erkenntnissen weisen lassen, wo nicht, sollen sie ihre Klage und Antwort in zweyen oder dreyen Sätzen schriftlich für uns einbringen, die wir auf ihre Unkosten an unverdächtige Verter wollen verschicken, und was darauf zu Recht erkannt, dabey soll es ohne alle weitere Ausflucht gänzlich bleiben.

56. Von Pfählen auf den Straßen oder buten Fensterlade zu setzen.

Niemand soll Pfähle setzen auf den Straßen oder buten Fenster, da zuvor keine gewesen seyn, er komme denn aufs Rathhaus und erwerbe solches vor dem Rath.

57. Von wüsten Stellen in der Stadt belegen.

Wer wüste Stellen oder Garten-Blecke in der Stadt hat und bebauen will, denselben will ein Ehrbar Rath drey Jahr lang den Vorschoss davon frey geben.

Wer aber die wüsten Stäten oder Garten nicht bebauet, der soll dem Rath jährlich den Vorschoss davon geben, und wo zuvor Häuser darauf gestanden, allerley bürgerliche Pflichten davon thun.

58. Von muthwilliger Niederwohnung der Häuser.

Wer sein Haus muthwillig niederwohnet, und aus Vorsatz nicht bauet, den will der Rath

Rath aus der Stadt verfasten, und soll in fünf Jahren in die Stadt nicht kommen.

Und die Häuser, die da baufällig seyn, und haben Friede und Bann drüber, die sollen dieselben bauen in diesem zukommenden Sommer, das will der Rath also gehalten haben, und sollen davon Wacht-Geld geben, davon wachen, und vor Thor sitzen, wenn sich das gehöret, auch das Vorschoss geben davon.

59. Von ledig stehenden Häusern.

Die Häuser, darinnen Niemand wohnet, wenn die gehören, die sollen den Vorschoss sammt dem Nachschoss und andern davon geben.

60. Von vermiethteten und gemiethteten Häusern.

So wollen auch unsere Herren, welche zur Miete wohnen, sollen die Häuser mit dem Vorschoss und Nachschoss verschossen, und

alle Bürgerpflicht davon thun, und den Haus-
herren, welchen die Häuser gehören, an den
Hauszins abrechnen.

Item, wer Häuser oder Buben vermie-
thet, Mannen oder Frauen Personen, Stu-
denten, Gefrenten oder Ungefrenten, wie die-
selben Nahmen haben mögten, der soll die-
se als ein Hausherr selber verschossen und Nach-
bar-Recht davon thun.

Item, wer Hausleute oder Häuslinge mit
sich inne hat, der soll dem Rath zu dem
Schoße antworten.

Niemand soll auch Häuslinge einnehmen,
es seyn denn Bürger, und haben vom Cäm-
merer einen Beweis-Zettel fürzulegen, daß sie
die Bürgerschaft vollkommenlich bezahlt, wer
das nicht hat, soll dem Rath vor die Bür-
gerschaft bezahlen.

61. Von Freyheiten.

Es ist auch ein Ehrbar Rath eins wor-
den, welcher Bürger, Bürgerin oder Auf-
mann

mann sich binnen oder außerhalb Helmstädt,
in des Rathes Gebiete auf eine Freyheit bege-
ben würde, daß der Rath demselben keine bür-
gerliche Gerechtigkeit gestatten will, er mache
denn dem Rath Willen darum.

62. Von Frohn-Zins und Hand-Pfennig.

Wer den Frohn-Zins und Hand-Pfennig
zu geben verpflichtet ist, der soll densel-
ben zwischen iht und künftigen Trium Re-
gam den Schuldheiß in sein Haus schicken,
bey Strafe eines halben Thalers.

Item, welche Bürger oder Bürgerinnen
unsern Kirchen, Gotteshäusern, Hospitalien
und in die Armenkasten Zinse zu geben schul-
dig, der soll dieselbe jährlich auf den Tag,
wenn sie die Vorsteher durch des Rathes Die-
ner mahnen und bescheiden lassen, unweiger-
lich ausgeben; wer das fürseßlich versäumt,
oder sonst nicht thun will, soll dem Rath
jedesmal eine Mark zur Strafe geben.

63. Von Schoß.

Ein jeder Bürger und Inwohner dieser Stadt soll einen Thaler zum Vorschoss geben, und überdas von Haus und alle seinem Guthe, es sey Erbzins-Guth oder beleget Geld, so hoch sich das erstrecket, bey jedem Gulden einen Körtling zum Nachschoss.

Das Vorschoss soll ein Jeder selbst und sonderlich auflegen.

Welcher unser Bürger und Einwohner nach St. Johannis-Tag wegziehen wird, der soll das volle Vor- und Nachschoss geben.

Desgleichen wer vor St. Johannis-Tag hieher in die Stadt ziehen wird, der soll auf nächst darnach folgenden St. Martins-Tag das volle Schoß zu geben schuldig seyn.

Welcher Bürger oder Bürgerin hinfürder zu rechter und gebührlicher Zeit zu dem Schoß nicht schwören, und folgendes auf den Dienstag nach Martini das volle Vor- und Nachschoss

schoß nicht geben wird, den will der Rath pfänden, und da er so viel Pfand nicht hat, aus der Stadt verweisen lassen.

Welcher Bürger unmündiget Kinder Guth bey sich hat, der solls sichtiglichen verschossen.

Wenn wäre, da einem zugesetzt ist, oder der Stadt zu gute hält, darf er nicht verschossen, auch soll er dessen nicht verkaufen, versehen noch vergleichen, er thue es denn mit des Raths Willen.

Frauengeräthe, Kleider und Geschmeide soll man verschossen bey Eyden.

Wer Lehn-Guth hat, das soll er verschossen bey Eyden, ein Mark Geldes zum Zehend.

Welche Korn und Getraide im Felde haben, die sollen das dem Rath verschossen bey dem Eyde.

Leibguth soll man verschossen, so hoch einer des geneußt.

Ein Ehrbär Rath will ganz gute und unverbote Thaler zum Vorschoss, zum Nachschoss aber Spitzgroschen, alte und neue Silbergroschen, Mariengroschen und gute Drenslinge, auch Achtgroschen Stücke um den Werth, was sie dieser Zeit gelten, es soll aber andere gangbare Münze hiemit nicht abgethan noch verboten seyn.

V.

Dom

Wechsel = Rechte insbesondere.

Inhalt.

- §. 1. Von Wechseln allgemein.
 - §. 2. Wie ein Wechsel zu stellen.
 - §. 3. Wer dem Wechsel Rechte unterworfen.
 - §. 4. Von Wechseln, die in eines andern Namen ausgestellt sind.
 - §. 5. Von Geld, Sorten, worin die Wechsel zu bezahlen.
 - §. 6. Von Handlungs-Obligationen.
 - §. 7. Von eigenen Wechseln.
 - §. 8. Von trassirten Wechseln.
 - §. 9. Von indosirten Wechseln.
 - §. 10. Von Acceptation der Wechsel.
 - §. 11. Vom Protestiren.
 - §. 12. Von der Verfall Zeit.
 - §. 13. Von der, denen Wechseln beygelegten Hypothek.
 - §. 14. Vom Wechsel-Proceß.
-

§. I.

Von Wechseln allgemein.

Eigene Wechsel sind die, so auf die Person des Ausstellers gerichtet sind. Wenn Kaufleute sie unter sich ausstellen, werden sie Interims-Wechsel genannt, weil sich nicht allemahl gleich bestimmen läßt, auf wen sie gegen die Mäßzeit zu trassiren. Sie heißen auch Sola-Wechsel, weil deren nur einer gefertigt wird. Des-
ters findet man darunter die Worte: auf mich selbst, so ohne Nutzen sind, da die Bezahlung von keinem dritten zu erwarten. Läßt sich der Ausgeber des Geldes von dessen Empfänger einen auf einen dritten, der die Zahlung auf des Ausgebers Order verfügen soll, gerichteten Wechsel geben, wird er ein trassirter, negotiirter Wechsel genannt. Von solchem sind vier unterschiedene Personen zu bemerken: 1) Der Remittent, der Herr, der Inhaber des Wechsels, der Ausgeber des Geldes, 2) der Trassir-
sies

sierer; der Trassant, der Wechsel-Ausgeber, Zieher des Geldes, 3) der Präsentant, Campsarius, der Orders-Inhaber, der das Geld auf des Trassanten Wechsel-Brief heben soll, und 4) der Trassate, Acceptans, Factor, Commissarius, der, auf den der Wechsel gezogen, der auf des Trassanten Order Zahlung leisten soll. Negotirte Wechsel werden zu Zeiten zwey bis dreymahl unter gleichem dato und gleichem Inhalte, im Falle etwa einer verlohren werde, auch zur Beförderung des Handels ausgefertigt, mit prima, secunda, tertia, und aus Vorsicht in secunda, daß der erste unbezahlt, in tertia, daß der erste und zweyte unbezahlt, bemerkt. Briefe, Inhalts deren einem Nachricht erteilet wird, daß ein Wechsel auf ihn gezogen, heißen lettere di avviso, einen anweisen, dem statt des Präsentanten Zahlung geschehen soll, indossiren, überträgt Indossent die Hebung einem Andern, giriren, ein unausgefülltes Blanket bey dem Indossament, a bianco, Wechsel-Briefe, die stehendes Fußes zu bezahlen, a vista, die nach einigen Tagen zahlbar, nach Sicht, die nach 7, 14, 21 oder 28 Tagen zu vergnügen, resp. halb, voll, anderthalb ufo, doppio ufo, gesetzmäßige Fristen, bey Abtragung der Wechsel

Wechsel-Schuld auf Sicht oder a ufo, respect oder Discretions-Tage, sich zur Zahlung willig finden lassen, acceptiren, honoriren, geschieht solches zu Ehren des Trassanten, per honor di lettera, die gegen verweigerten oder beschwerten Abtrag eingelegte Verwahrung, Protest, ein Wechsel, den einer gegen einen Andern, dem er auf einer Reise zur Erhebung mitnimmt, ausstellt, ein Retour-Brief, eine dem Wechsel durch Mit-Unterschrift eines Andern gegebene Kraft, aval, das Geld so Remittent dem Trassanten zustellet, valuta, das, so auf sein Verlangen an einem andern Orte ausgezahlt werden soll, Remesse, das so in dem Wechsel-Briefe ausgedrucket und Präsentans ziehen soll, Tratta.

S. 2.

Wie ein Wechsel zu stellen.

In einem zu Recht beständigen Wechsel, muß ausgedrucket werden, 1) der Nahme dessen, dem oder auf dessen Order die Zahlung zu thun, 2) die Summe und die Geldsorten, so zu bezahlen, und zwar mit Ziffern, und außerdem mit Buchstaben, 3) die Verfallszeit, die zu bestimmen und nicht auf eine vorgängig

gängige Lose zu sehen, Rescr. an die Justiz-Canzl. vom 4. April 1754. 4) die Valuta, und von wem sie gehoben sey, daferne aber jene, insonderheit in Wechsel-Briefen, die von andern Orten ertheilet werden, darin nicht gemeldet, oder sie auch nicht empfangen wäre, soll der Wechsel-Brief, weil er auf Glauben gegeben, dem ohngeachtet in vollen Würden und Kräften bleiben, und falls er nach der Hand acceptiret worden, zur Verfall-Zeit, weil der Acceptant sich dadurch zum Selbst-Schuldner gemacht, bey Vermeidung schleuniger Hülfe vergnügt werden, 5) das Datum, wenn und wo der Brief ausgestellt worden, 6) die Unterschrift, und zwar der volle Tauf- und Zunahme des Ausgebers, welches durch das Rescript vom 28. Febr. 1746. dahin erklärt worden, daß wenn der Taufnahme nur mit Anfangs-Buchstaben bemerkt worden, dieserhalb gegen die Förmlichkeit des Wechsels von Amts wegen nichts moniret werden solle, 7) bey einem trassirten Wechsel die Unterschrift des Trassanten mit seinem völligen Tauf- und Zunahmen, und 8) die Ueberschrift und der Vornahme dessen auf den die Tratta geschieht, oder der die Zahlung verfügen soll, Wechsel-Ordn. Art. 1.

§. 3.

Wer dem Wechsel-Rechte unterworfen.

Dem Wechsel-Rechte sind in hiesigen Landen alle die, so Wechsel-Briefe kaufen, ausgehen, indossiren, präsentiren, acceptiren, oder als Bürgen zeichnen, männliches und weibliches Geschlechts, Wechsel-Ordn. Art. 2. Die Ehefrauen, die mit ihren Ehemännern zugleich Wechsel ausstellen, Rescr. vom 20. Febr. 1744. Söhne, die bey ihrem Vater noch wohnen, vollbürtig sind und mit diesem zugleich Wechsel zeichnen, Rescript vom 21. May 1746. und Stifts-Personen unterworfen, Rescript vom 9. Sept. 1760. Dahingegen sind davon ausgenommen, 1) Minderjährige, die noch unter ihrer Eltern Gewalt oder der Vormünder Pflege stehen, es wäre denn, daß sie mit derselben Einwilligung oder Vorbewußt kundbarlich eigene Handlung trieben, und das ein und zwanzigste Jahr ihres Alters überschritten hätten, Wechsel-Ordnung Art. 5. 2) Geistliche, Kirchen- und Schulbedienten, deren Wechsel-Briefe nicht anders, als von Waaren herrührende Verschreibungen angesehen, gegen sie zwar darauf executive, aber nicht auf Personal-Arrest

geklaget werden soll, Wechsel-Ordn. Art. 6. 52.

3) Kapitäns und Subalterne-Officier, Unter-Officier, Gemeine und Pensionairs, die ohne Vorwissen und Mit-Unterschrift ihres Chefs, welcher in solchem Falle mit dafür haftet, Wechsel ausgestellt, es sey denn, daß sie mit kundbarem Vermögen, woran sich der Gläubiger halten kann, im Lande angelesen, nicht mehr unter väterlicher Gewalt stehen, und das ein und zwanzigste Jahr ihres Alters zurücke geleget, Rescript vom 4. Jul. 1774. vom 4. Oct. 1783. 4) Die Bauern und deren Gesinde, Verordn. vom 30. Jan. 1772.

§. 4.

Von Wechseln, die in eines andern Nahmen ausgestellt sind.

Wer in eines andern Nahmen Wechsel ausstellen, oder honoriren will, soll, wenn es eine verehelichte Frauens-Person ist, von ihrem Ehemanne, wenn es ein Bedienter oder Factor, von seinem Principalen, und wenn es ein Fremder von der Obrigkeit, unter welcher er steht, beglaubte schriftliche Vollmacht beybringen. Stellet der Factor bey habender Vollmacht Wechsel-

Briefe, die seinen Principalen betreffen, auf sich selbst aus, bleibt er für seine Person, jeener unbeschadet, Zahlung zu leisten schuldig, und kann deren Inhaber, wenn anders der Principal sich nicht von selbst dazu verstehen will, selbige von keinem, als von dem Ausgeber oder Indossenten verlangen, Wechsel-Ordnung Art. 7. 8.

§. 5.

Von Geld-Sorten, worin die Wechsel zu bezahlen.

Wenn gewisse güldene oder silberne Münz-Sorten in dem Wechsel-Briefe benahmet, und der Zahaber darauf bestehet, daß die Zahlung darin geschehen soll, so ist der Acceptant schuldig, ihm solche zu verschaffen, oder das Aufgeld nach dem Cours zu vergüten, Wechsel-Ordnung Art. 46. Wie das Conto der Wechsel und Courrent-Münze gegen Wechselgeld zu bestimmen, siehe ib. Art. 47.

§. 6.

Von Handlungs-Obligationen.

Wenn Kaufleute Waaren auf Zeit verkaufen, darüber Verschreibungen bekommen, in

welchen der Name des Gläubigers und des Schuldners, die Summe der Schuld, und der Zahlungs-Termin ausgedruckt, auch dawider kein sonderlicher Verdacht einiger Unrichtigkeit obwaltet, soll dem Schuldner auf sein Verlangen, nach der Verfall-Zeit, gegen Erlegung dreß aufß Hundert, anstatt der Zinsen, Frist bis auf die nächstkommende Messe gegönnet, solches auf die Obligation verzeichnet, nach deren Ablauf forthane Verbriefungen denen Wechsel-Briefen gleich geachtet, und gegen die Säumigen nach deren Strenge, gegen die aber, so keine Kauffeute sind, nur executive verfahren werden, Marktger. Ordn. Art. 29. Wechsel-Ordnung Art. 52. Von Scontriren während und zwischen denen Messen, und von unbedingeten statt Zahlung angenommenen Anweisungen, siehe Wechsel-Ordn. Art. 49. 50. 51.

§. 7.

Von eigenen Wechsel-Briefen.

Bei eigenen Wechseln kommen nur zwei Personen vor, der Aussteller und Inhaber derselben. Sie müssen zur Verfall-Zeit, sobald sie präsentiret, oder höchstens vier und

und zwanzig Stunden darnach bezahlet werden, Wechsel-Ordnung Art. 23. Die Annahme einer particulairten Abbezahlung hebet, wenn gleich desfalls der Gläubiger nicht protestirt, das Wechsel-Recht nicht auf, Rescript vom 7. May 1742.

§. 8.

Von trassirten Wechseln.

Der Remittent ist verpflichtet dem Trassanten bei dem Empfang des Wechsel-Briefes auf Art und Masse, wie sie sich vorher der Valuta wegen verglichen, zu vergnügen. Wechsel-Ordn. Art. 39. Wird solche mit beiderseitigen Bewilligung nicht sogleich abgeführt, soll jener diesem einen Interims-Schein ausstellen, und, sobald der Wechsel honoriret worden, Zahlung leisten, ib. Art. 10. Der Trassant ist verbunden, dem Remittenten auf sein Verlangen über einen Posten Geldes verschiedene Wechsel-Briefe auszuhändigen, dieser auf secundam oder tertiam jedesmahl den Namen desjenigen, bei welchem prima, wenn er acceptiret, anzutreffen, zu verzeichnen, Wechsel-Ordn. Art. 12. Der Trassant soll dem

Trassaten von der Tratta zeitig Nachricht geben, ihm zu dem Ende den Avis-Brief entweder gleich bey Uebermachung des Wechsels Briefes, oder doch bald nachher bey der ersten Post zusenden, widrigenfalls er sich an selbigen, wenn er auch sein Schuldner wäre, nicht erkholen kann, ib. Art. 13. Läufet der Wechsels-Brief erst nach der Verfall-Zeit ein, ist der Trassate solchen ohne annehmlliche, ihm von dem Inhaber zu leistende Sicherheit zu acceptiren und zu bezahlen nicht schuldig, ib. Art. 29. Ist der Trassat ein Christe, muß das Geld von ihm abgeholt werden, ist er ein Jude, muß dieser es dem Christen ins Haus bringen. Wechsel-Ordnung Art. 39.

S. 9.

Von indossirten Wechseln.

Das Indossement wird gleich unter dem Wechsel oder auf dessen andern Seite und zwar, wenn es von dem Inhaber auf seinen Bevollmächtigten gerichtet ist, mit denen Worten: soll mir gute Zahlung seyn, wenn der Wechsel einem dritten abgetreten wird, mit dem Ausdrucke: valuta von demselben bemerkt. Ein
nach

nach der Verfall-Zeit geschhehenes Indossement, und in bianco ist ungültig; wenn sich jedoch der Wechsel-Inhaber bey der Präsentation gegen den Trassaten anheischig machet, ihm denselben zu rechter Zeit gebührend indossiret zu liefern, so hat dieser ihm die Acceptation nicht leicht zu versagen, allenfalls auch der Inhaber Macht dagegen zu protestiren. Erfüllet der Präsentant sein Versprechen nicht, so soll er sich als Eigenthümer des Wechsels durch eine beglaubte Cession oder durch andere unverdächtige Urkunden legitimiren. Der Acceptant hat die Befugniß, bey Ablauf der endlichen Verfall-Zeit, oder der Discretions-Zage, die zu zahlenden Gelder bis zum Austrag der Sache gerichtlich niederzulegen, da er denn gegen gemüßsame Sicherheits-Leistung sie verabfolgen zu lassen schuldig ist, Wechsel-Ordn. Art. 42. 43. Das giro soll mit Hinzufügung des Orts wo, und der Zeit, da geschlossen, des Tauf- und Zunahmens dessen, dem zu zahlen, mit Anführung, wie die Valuta von dem Inhaber empfangen, oder ob er nur Mandatarius sey, durch die Worte: soll mir validiren, oder gute Zahlung seyn, von dem Inhaber bemerkt, und wenn dieses beachtet, der girirte Wechsel, auch

in dem Falle, wenn er allererst nach der Verfall-Zeit eingelaufen und dieserrwegen die Acceptation oder Bezahlung verweigert worden, Wechsel-Kraft haben. Ueber drey, höchstens viermahl darf nicht giriret werden, widrigenfalls ist er nicht zu acceptiren, noch dagegen einige Protestation zu verstaten, Wechsel-Ordnung Art. 42.

§. 10.

Von Acceptation der Wechsel.

Trassirte Wechsel-Briefe sollen ohne einigen Verzug zur Acceptation präsentiret werden. Unterbleibt solches, muß der Präsentant für den daraus entstehenden Schaden haften, Wechsel-Ordnung Art. 13. Meß-Wechsel müssen auf das späteste Donnerstag in der Laurentii- oder Lichtmesse, Verordnung vom 5. Febr. 1768. §. 17. die, so nach dem Verfall-Zage oder nach ausgeläutetem Markte einlaufen, ferner die, so a vista, die auf einen gewissen Tag gestellt, oder worin gar keine Zeit bestimmt, gleich nach der Präsentation, ib. Art. 21. die, so auf einige Tage Sicht, auf halb, ganz, anderthalb oder doppio ufo gerichtet, binnen sechs

sechs Stunden vor Abgang der ersten Post acceptiret werden, ib. Art. 22. Weigert sich dessen der Trassat, weil er keinen Aviso-Brief bekommen, oder ihm die von dem Trassanten zu seiner Wieder-Bezahlung vorgeschlagene Mittel misfallen, kann er zu dessen Ehren ihn per honor di lettera acceptiren. Ein gleiches geschieht zu Zeiten von dem Präsentanten, der sich selbst bezahlet zu machen die Absicht hat, oder auch wohl von einem dritten. Die Acceptation soll jedesmal schriftlich, mit eigener Hand, mit Benennung der Zeit, des Orts und Zunahmens, davon jener wenigstens mit dem Anfangsbuchstaben anzudeuten, ohne einige Bedingung, die auf alle Weise für nichtig zu halten, verfügt werden, und der Präsentant den Wechsel-Brief an sich nehmen, ib. Art. 19. Keiner ist schuldig, einen Wechsel wider seinen Willen zu acceptiren, ib. Art. 16.

§. 11.

Von Protestiren.

Wenn der Trassat den Wechsel-Brief nicht acceptiren will, oder er versaget vor gänzlichem Ablauf der darin bestimmten Zeit die Zahlung,

muß der Ordres-Inhaber gleich nach der Präsentation ohne den äußersten Termin, der Freitag Abends in der Messwoche zu Ende gehet, zu erwarten, dagegen protestiren, die Verwahrung nebst dem Wechsel-Briefe dem Remittenten bey der zu nächst abgehenden Post zuschicken, oder sich desfalls bey dem Indossenten melden. Wird Acceptant insolvent, soll er, sobald solches ihm bekannt geworden, ein gleiches beachten, Wechsel-Ordnung Art. 33. Verweigert der Trassat nicht gänzlich die Acceptation, sondern schiebet sie nur unter einigem Vorwande auf, oder er wäre nicht gegenwärtig, und hätte keinen Bevollmächtigten zurücke gelassen, muß zwar Präsentans ebenfalls Protestation einlegen, und seinem Manne davon zeitig Nachricht geben, jedoch den Wechsel-Brief und die Verwahrung bis zur Verfallzeit, um zu erwarten, ob jener nachher nebst denen verwandten Kosten noch etwa bezahlt werden würde, an sich behalten, ib. Art. 34. Beachtet er solches, so ist er befugt, wenn er keine andere Ordre hat, solutionem particularem anzunehmen, ibid. Art. 35. Ueber den Rest muß er gleichfalls protestiren, und den Wechsel nebst der Verwahrung an den Ort, daher er gekommen, bey

bey nächster Post zurücke senden, falls ihm der Indossent, Trassant und Acceptant wegen Schaden und Kosten verhaftet bleiben sollen. Unter denen Indossenten muß er sich an den letzten, falls er keine andere Ordre bekommen, halten, ib. Art. 36. Wer im Protestiren nachlässig ist, seinem Manne nicht bey der zuerst abgehenden Post die Verwahrung zusendet, oder ihm sonst von diesem Vorfalle Nachricht ertheilet, wird bey entstehenden Fallimenten seines sonst an den Trassanten oder Indossenten habenden Rechtes verlustig, und kann sich nur an den Acceptanten, oder an den von ihm überwiesenen Schuldner halten. Ist er Mandatarius und versäumet gehörige Protestation einzulegen, und es gehöriges Orts zu notificiren, muß er vor den daraus erwachsenden Schaden principali einstehen, ib. Art. 38. Kehret ein trassirter Wechsel mit Protest zurücke, soll Remittent binnen 24 Stunden solches dem Trassanten melden, und ihm die Verwahrung vorzeigen, da denn dieser jenem ohne Verzug durch Bürgen oder Pfänder Sicherheit stellen, und befriedigen soll, Wechsel-Ordn. Art. 14. Bey der Acceptation per honor di lettera muß die Protestation der Acceptation vorgehen, und je-

ner ob sie zu Ehren des Trassanten oder Indossenten: geschehen, einverleibet werden. Der Acceptant ist verbunden, dem Präsentanten die auf die Protestation verwandten Kosten zu vergüten, und fordert solche von dem wieder, dem zu Ehren die Acceptation geschehen, der honorirende Präsentant erhält deren Erstattung von dem Ausgeber oder Indossenten, Wechsel: Ordn. Art. 17. 18. Die Protestation muß vor einem Notario und zweien Zeugen, die sich zu dem Trassaten begeben, geschehen. In dem von jenem darüber zu errichtenden Instrumente sollen die Verweigerungs: Gründe, oder die bey der Acceptation von dem Trassaten gemachten Bedingungen, nebst der Verwahrung wegen des dem Requirenten verweigerten Bezahlung und diesem dadurch verursachten Schadens angeführt werden. Ist der Trassat nicht zur Stelle, geschieht die Protestation vor dessen Domestiken, oder bey des Orts Obrigkeit, jedoch nicht an Sonns- oder Festtagen, als nur wenn der Nothstand es erfordert, und in denen Art. 32. der Wechsel: Ordnung bemerketen Fällen, ib. Art. 40. 41.

Von der Verfall: Zeit.

Ein acceptirter Wechsel: Brief muß zur Verfall: Zeit ohne einige Einrede, es wäre denn, daß er nicht auf Ordre laute, und der Präsentant nicht dessen Eigenthümer, sondern nur Mandatarius sey, vergnügt werden, Wechsel: Ordnung Art. 24. Die so auf die erste Messwoche gerichtet, sollen von Juden den Freytag, von Christen den Sonnabend Nachmittags in der Laurentii: und Lichtmessens: Woche, die, so auf die zweyte Messwoche lauten, oder worin keine Messwoche bestimmt, höchstens Freytag oder Sonnabend Nachmittag in der zweyten Woche contentiret, und soviel diejenigen betrifft, die zwar auf die Messen nicht wörtlich gestellet, deren Verfall: Zeit aber während solchen eintritt, nach Inhalt der Markt: Gerichts: und Wechsel: Ordnung bezahlet werden, Verordn. v. 5. Febr. 1768. §. 17. Kommen sie nach der Verfall: Zeit oder zwischen denen Messen ein, sind sie a vista, von dem Ausgeber auf sich selbst, oder auf einen Reisenden ohne Bestimmung einer Zahlungs: Zeit gerichtet, muß solche binnen vier und zwanzig Stunden, und wenn letzterer sich nicht

nicht so lange an dem Orte verweilen kann, noch früher erfolgen, Wechsel-Ordn. Art. 26. Ist der Wechsel auf Sicht oder a ufo gegeben, ist terminus solutionis von dem ersten Tage nach geschehener Acceptation anzurechnen, und der folgende Tag nach verflissener Sicht oder ufo der Verfall-Zag, ib. Art. 27. es wäre denn, daß der Wechsel erst etliche Stunden vor Abgang der Post acceptiret worden, da alsdann der Termin von dem Tage, da die Präsentation geschehen, anzurechnen ist, ib. Art. 28. Heißet es in dem Wechsel a dato, oder auf die Mitte des Monats, worunter jedesmal dessen funfzehnter Tag zu verstehen, oder ist darin ein Zahlungs-Zag bestimmt, muß an dem darauf folgenden Tage Abtrag gemacht werden. Gehet er nach der Verfall-Zeit ein, ist der Trassate nicht verbunden, ihn ohne annehmliche von dem Inhaber ihm zu leistende Caution zu bezahlen, ib. Art. 29. Trassirte Wechsel, so in oder außer denen Messen auf eine gewisse Zeit gerichtet, ehender zu contentiren, als sie betaget, ist bedenklich, da der Trassat, falls der Präsentant vor dem Zahlungs-Termin fallirte, den Remittenten, weil er dessen Ordre überschritten, schadlos halten müsse, ib.

ib. Art. 30. Der Präsentant darf, wenn er auch nur Mandatarius ist, dem Acceptanten bey Wechseln die auf Nachsicht oder a ufo lauten, sonst aber in keinem Falle, drey Respect- oder Discretions-Zage verstaten, ib. Art. 31. 32. Ein eigener Wechsel-Brief wird, wenn er nach der Verfall-Zeit nicht in Jahr und Tag, worunter ein Jahr und funfzehn Tage zu verstehen, Rescr. vom 4. Sept. 1743. ein trassirter, der nicht nach Verfließung eines Monats präsentiret, dessen Bezahlung gefordert, oder protestiret wird, für bezahlet und erloschen gehalten, es wäre denn, daß dessen Inhaber immittelt verstorben, auf welchen Fall denen Erben eine doppelte Frist zur Eincaßirung verstattet ist, und der Wechsel bis dahin seine Kraft behält, Wechsel-Ordnung Art. 45. In eben gedachtem Articul war statt des Inhabers des Ausgebers gedacht, welches durch ein Rescript an den Stadt-Magistrat zu Wolfenbüttel vom 12. Febr. 1767. als ein Sprachfehler emendiret worden. Denen Erben des Ausstellers stehet der annus deliberativus nicht zu, daferne sie nicht vermittelst inventarii, oder einer endlichen Specification, der ganzen Erbschaft sofort entsagen, und bonis cediren, auf wel-

welchen Fall sie der Haft zu entlassen, und aus eigenem Vermögen etwas zu bezahlen nicht anzustringen sind, Wechsel-Ordn. Art. 4. ad Rescr. al. vom 12. Febr. 1767. Ist der Wechsel verfallen, kann zwar nicht auf Personals Arrest geklagt werden, er behält aber die Eigenschaft eines instrumenti guarentigati, Rescr. vom 28. Febr. 1727. Ist ein acceptirter Wechsel-Brief verloren, und der Debitor der Schuld geständig, soll er zu dessen Bezahlung, wenn ihm zuvörderst dessen Eigenthümer dahin sicher gestellt, daß er ihn dieses Postens wegen gegen männiglich vertreten und schadlos halten wolle, von der Obrigkeit angehalten werden, Wechsel-Ordnung Art. 44.

§. 13.

Von der, denen Wechseln beygelegten Hypothek.

Denen förmlich ausgestellten Wechseln ist hypoteca tacita legalis beygelegt, Wechsel-Ordnung Art. 54. Es ist daher unnütze, sich in solchen hypotecam privatam bestellen zu lassen, Rescr. vom 25. Oct. 1723. Sie dürfen auch nicht gerichtlich bestätigt werden. Ist

Ist solches vorhin geschehen, so sollen sie dadurch keinen Vorzug vor ausgerichtlich gefertigten Wechseln haben, Rescr. vom 28. Octbr. 1784. Bey entstehendem Zusammenlaufe der Gläubiger werden sie denen speciellen gerichtlichen Verschreibungen und sonst privilegirten Forderungen nach, und allen sub hypoteca omnium bonorum ausgestellten Obligationen, Waaren- und Buchschulden, Wechsel-Ordnung Art. 54. auch chirographarischen Gläubigern, die in ihres Schuldners Güther immittiret worden, vorgezogen, Rescr. vom 27. Februar 1756. Hat einer Waaren, oder andere Effecten von einem oder dem andern zum Verkaufe oder Verwahrung in Commission, und wird von demselben mit Wechseln, auch andern Vorschüssen beladen, oder es werden ihm wegen eines mit Protest zurücke gekehrten, oder nach der Acceptation verloren gegangenen Wechsel-Briefes einige Effecten zum Unterpfande gesetzt, hat er an selbigen, ob sie gleich mit Arrest belegt, oder mit Hypotheken beschweret wären, den Vorzug vor andern Gläubigern, und ist ein mehreres, als ihm nach seiner völligen Befriedigung überbleibet, davon herauszugeben nicht schuldig, Wechsel-Ordn. Art. 53. Auswärt:

wärtige Untertanen, die denen hiesigen Gelber auf Wechsel geliehen, genießen mit diesen in hiesigen Landen eines gleichen Rechtes, wenn anders das Reciprocum beachtet wird, ib. Art. 55. In wie ferne, wenn Wechsel an fremden Orten, wo Wechsel-Recht ist, ausgesetzt worden, und daraus bey hiesigen Gerichten geklaget wird, in judicando auf die daselbst üblichen Solemnitäten Rücksicht zu nehmen, siehe Rescript vom 5. April 1749.

§. 14.

Vom Wechsel-Proceß.

Stellet einer Wechsel aus, acceptiret oder zeichnet sie als Bürge, und leistet nicht zur Verfall-Zeit Zahlung, hat der Wechsel-Inhaber, wenn an dem Orte, wohin der Wechsel zu bezahlen, verschiedene Gerichte sind, die Wahl, vor welchem derselben er ihn belangen will. In denen Städten Braunschweig und Wolfenbüttel soll, wenn Leute unterschiedenen Standes gegen einander auf Wechsel klagbar werden, als die vom Civil-Stande gegen Hof-Capitular-Geistliche oder Militair-Personen, soll einer von der Obrigkeit, unter welcher diese stehen, oder

oder von dem Kapitul zugezogen, und ein judicium mixtum formiret werden, Wechsel-Ordnung Art. 59. Reser. vom 29. Jan. 1739. vom 4. Jul. 1774. Auf eingereichte Wechsel-Klage, darauf sub poena confessi et convicti geschene Vorladung muß Beklagter in Termino den Wechsel agnosceiren oder endlich disfitiren. Geschiehet ersteres, so hat dagegen bloß die stehenden Fußes zu erweisende Einrede verfügter Bezahlung oder der Compensation Statt. Bleiben solche illiquide, so wird er damit zur Wieder-Klage, die summarisch zu tractiren, und welcherwegen ihm Sicherheit zu stellen, verwiesen, und ihm binnen vier und zwanzig Stunden Zahlung zu leisten auferleget, nach deren Verfließung, im Falle er nicht gebührend Abtrag macht, der Personal-Arrest, wenn er gleich mit unbeweglichen Gründen angefaßten, und welche Creditor überdem zu bekümmern befugt ist, erlaubt, der bis zu völliger Befriedigung des Wechselklägers fortdauert, Wechsel-Ordnung Art. 2. 3. 4. Dem Wechsel-Beklagten steht gegen das condemnatorische Erkenntniß keine Supplication und die Appellation nur alsdann zu, wenn Fälle vorkommen, die durch Gesetze nicht bestimmt worden. Bedienet er sich dies

ses Rechts-Mittels, muß er die geklagte Summe gerichtlich niederlegen, wenn er sachfällig wird, dem Gegentheile Schaden und Kosten, und zur Strafe fünf aufs Hundert von der geklagten Summe erlegen, ib. Art. 58. Reinem Fallirten sollen eiserne Briefe ertheilet werden, es sey denn, daß er durch Unglücks-Fälle in Schaden und Abfall der Nahrung gerathen, einen *statum activorum* und *passivorum* fertigte, und solchen endlich bestärkte, ib. 56. Kommt einer weder durch Arglist oder *culpam latam* um sein Vermögen, und dadurch außer Stand seine Gläubiger zu befriedigen, ist er des *beneficii cessionis bonorum* theilhaft, Rescript vom 3. Aug. 1719. Wollen seine Gläubiger ihrer Forderungen wegen mit ihm *accorodiren*, so soll der wenigste vor andern nicht privilegirte Theil sich nach der Entschließung des *rer*, so am meisten zu fordern haben, richten, und sich demjenigen, was zwei Drittel derselben beschlossen haben, ib. Art. 57. auch auf den Fall, wenn der Schuldner durch Muthwillen oder Unachtsamkeit seines Vermögens verlustig worden, zu fügen schuldig seyn, Rescript vom 29. August 1744. Wird gegen den Schuldner concursmäßig verfahren, müssen sich die

die Wechsel-Gläubiger im Liquidations-Termine, wenn sie nicht präcludiret werden wollen, melden. Findet jener einen neuen Credit, wodurch er aufgeholfen wird, so können diese nicht ehender auf ihre Befriedigung dringen, bis die, so ihm dero Behuf den Vorschuß gethan, vergnüget worden, Rescript vom 3. May 1757. Die Rescripte, auf welche ich mich in dieser Abhandlung bezogen, habe ich hierbeifügen wollen.

Nro. 1.

Rescript an die Fürstliche Justiz-Canzleyen
vom 3. August 1719.

August Wilhelm Herzog 2c. Als wir aus euerem an unser Fürstl. Geheimeraths-Collegium, auf Anna Dorothea Krausen, Andreas Oldenbruchs Ehefrauen übergebenes Supplicatum abgestatteten Bericht uns referiren lassen, daß der Supplicantin Chemann weder per dolum noch *culpam latam* in das Falliment gerathen, und daher des gesuchten *beneficii cessionis bonorum* nicht unwürdig, dasselbe auch durch unsere lezthin publicirte Wechsel-Ordnung nicht aufgehoben worden, so befehlen wir euch hiermit,

gedachten Obenbruch sothanen beneficii hinfüh-
ro genießen zu lassen, und denselben gegen sei-
ner Creditoren Andringen dabey zu schützen.
Wir sind ic.

Nro. 2.

Verordnung vom 25. October 1723.

Von Gottes Gnaden Wir August Wilhelm
Herzog ic. Fügen hiermit zu wissen: demnach
einiger Zweifel erregt worden, ob durch den
Art. 54. der von uns im Jahre 1715. publi-
cirten Wechsel-Ordnung denen nach denen re-
quisitis derselben eingerichteten Wechsel-Brie-
fen eine hypoteca legalis bengelegt, und ver-
möge solcher eine ältere Wechsel-Schuld einer
jüngern, wenn gleich diese mit einer hypoteca
privata conventionali expresse versehen, se-
cundum praerogativam temporis zu präferi-
ren sey; und denn bey Verfassung der Wechsels-
Ordnung es keine andere Meynung gehabt, als
daß allen ordnungsmäßig contrahirten Wechsels-
Schulden die hypoteca legalis tacita benwoh-
nen solle, gestalt denn auch auswärtige Rechts-
Gelehrte solche dergestalt verstanden und aus-
gelegt; in denen Rechten aber die expressio
illo-

illorum, quae tacite insunt, nichts operiren
kann, so haben wir, nachdem unsere Decla-
ration darüber gesucht worden, solche dahin
gnädigst ertheilen wollen, gestalt denn sowol
unsere hohe als andere Gerichte bey derglei-
chen vorkommenden Fällen in judicando sich
darnach zu achten. Urkundlich ic.

Nro. 3.

Verordnung vom 28. April 1727.

Von Gottes Gnaden Wir August Wilhelm
Herzog ic. Fügen hiemit zu wissen: Demnach
bey denen höhern und niedern Gerichten unsers
Landes über den wahren Verstand des in unser
vor einigen Jahren publicirten Wechsel-Ordnung
enthaltenen Articuli 45. worinnen verordnet,
daß wenn ein eigener Wechsel-Brief nach der
Verfall-Zeit nicht in Jahr und Tage, ein tras-
sirtet aber nicht nach Verfließung eines Mo-
naths präsentirt, und die Bezahlung gefor-
dert, oder der Wechsel protestirt wird, sel-
cher dem Inhaber zur Last vor bezahlet gehal-
ten und eintreten seyn solle, verschiedentlich
Zweifel entstanden, ob durch dergleichen Negli-
genz die ganze Schuld-Forderung verlohren und

U 3

erle-

erloschen seyn? oder ob nur das Wechsel-Recht, und die daraus fließenden Privilegia und Vortheile cessiren, der Wechsel-Brief aber nichts desto weniger als eine Handschrift noch Kraft haben, und der Inhaber darauf als ein ander instrumentum guarantigatum zu klagen befugt seyn solle; und wir denn bey Publication der Wechsel-Ordnung allerdings der Meynung gewesen, daß zwar die angezogene Saumseligkeit mit dem Verluste des Wechsel-Rechts und derer daraus zustehenden Vortheilen, keinesweges aber mit Annullirung oder Mortification der ganzen Forderung bestraft werden solle, so haben wir solches hiermit gnädigst declariren, und unsern sowohl hohen als andern Gerichten hierdurch zugleich anbefehlen wollen, bey dergleichen vorkommenden Fällen sich in judicando darnach zu achten. Zu mehrerer Urkunde ic.

Oro. 4.

Rescript an Fürstliche Justiz-Canzleyen
vom 29. Jan. 1739.

Carl Herzog ic. Wir haben uns geziemend reserviren lassen, was ihr wegen Bestellung eines judicii mixti in Wechsel-Sachen, da der hiesige

sige Kaufmann Kraie den Lieutenant von S. aus einem Wechsel belanget, unter den 24. huj. angefraget. Ihr habet nun diese Sache per deputationem aus eurem Collegio zu tractiren, und unsern Obristen von Honsiedt zu requiriren, daß derselbe einen Officier zu dem in der Wechsel-Ordnung verordneten judicio mixto abschicken, auch vor diesem den beklagten Lieutenant von S. stellen möge. Gegeben ic.

Nro. 5.

Rescript an die Fürstliche Justiz-Canzleyen
vom 7. May 1742.

Carl Herzog ic. Uns ist vorgetragen, was ihr über die Frage: ob ein nicht trassirter Wechsel durch die auf selbigen angenommene solutionem particularem seine Kraft verliere dergestalt, daß daraus weiter nicht nach Wechsel-Recht geklaget werden könne, sowol pro affirmativa als negativa angeführet. Wir declariren nun die publicirte Wechsel-Ordnung hierdurch dahin: daß solutio particularis welche auf dergleichen nicht trassirte Wechsel-Briefe angenommen worden, dem Wechsel-Rechte nicht schade, wenn gleich von dem Creditore des-

N 4

halb

halb keine protestatio oder reservatio geschehen. Ihr habt also in judicando euch hienach zu achten ꝛ.

Nro. 6.

Rescript an die Fürstliche Justitz: Canzleyen
vom 4. Sept. 1743.

Carl Herzog ꝛ. Ihr erschet aus dem Original-Anschlusse, auf was Weise wir den 45. Articul der Wechsel-Ordnung und die darin befindlichen Worte: in Jahr und Tagen, declariret haben. Ihr werdet also dem Advocato Isenbart die Declaration zustellen lassen, euch selbst aber bey künftig sich etwa begebenden Fällen in judicando darnach zu achten ꝛ.

Nro. 7.

Serenissimi Resolutio für den Advocatum
Isenbart vom 4. Sept. 1743.

Carl Herzog ꝛ. lassen dem Advocato Isenbart auf dessen überreichtes Memorial, worin derselbe um die Declaration der in dem 45. Articul der hiesigen Wechsel-Ordnung befindlichen Worte: daß ein eigener Wechsel nach der Verfall-

fall-Zeit in Jahr und Tagen präsentiret werden solle, hierdurch zur Resolution vermelden, daß die Worte, in Jahr und Tagen, das Spatium eines Jahres und 15 Tage bedeute, mithin dem Inhaber eines Wechsels zur Erhaltung der Wechsel-Kraft über das Jahr noch 15 Tage zu gute kommen, wie denn Sr. Durchlaucht obgedachten 45. Articul der Wechsel-Ordnung hiermit also declariren ꝛ.

Nro. 8.

Postscriptum vom 29. August 1744.

Auch habet ihr die nach eurem Gutachten ausgefertigte Declaration des 56. und 57. Artikuls der Wechsel-Ordnung hierbey zu empfangen ꝛ.

Nro. 9.

Declaratio des 56. und 57. Artikuls der
Wechsel-Ordnung vom 29. Aug. 1744.

Demnach bey dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Carl Herzog ꝛ. der Advocat Mund um Declaration des 56. und 57. Art. der Wechsel-Ordnung, ob nemlich die in dem

Art. 57. befindliche Verordnung de pluralitate votorum auch auf muthwillige oder unvorsichtige Debitores dergestalt zu ziehen sey, daß dieselben sowol denen, die durch Muthwilligkeit, und Unachtsamkeit, als andern, die ohne dergleichen eigenes Verschulden in Abfall der Nahrung gerathen, zu gute kommen müsse, nachgesucht; so declariren Se. Durchl. gedachte 56. und 57. Art. der Wechsel-Ordnung hiersdurch dahin: daß die Verordnung de pluralitate votorum, weil sie nicht distinguiert und generalis ist, allerdings und um so viel mehr auf muthwillige und unachtsame Debitores zu ziehen sey, da die pluralitas votorum in favorem derer Creditoren hauptsächlich mit eingeführet und juris communis ist, auch der Muthwille sothaner Debitorum auf andere Weise besonders bestraft werden kann und soll. Urkundlich 2c.

Nro. 10.

Rescript an die Fürstl. Justiz-Canzleyen
vom 20. Februar 1744.

Carl Herzog 2c. Uns ist geziemend vorgetragen worden, was ihr auf das Anbringen des Hofraths und Professoris Heister, wegen einer in

in der Versabeischen Concurs-Sache ergangenen declarationis autenticae Wechsel-Ordnung unter dem heutigen dato zum geforderten Bericht erstattet, und dabey, wie ratione der Fälle, da Mann und Frau einen Wechsel zugleich ausgestellt, die Wechsel-Ordnung zu declariren seyn mögte, gutachtlich an uns gelangen lassen. Wir unverhalten euch nun hierauf, was maassen wir der Meynung sind, daß in allen zwey, oder wenn man es so rechnen will, dreyen von euch angeführten Fällen, die Frau nach Wechsel-Recht zu zahlen verbunden sey, inmaassen wir die Wechsel-Ordnung hiermit und Kraft dieses dahin erklären, und wollen, daß in künftig vorkommenden Fällen sothaner Declaration gemäß gesprochen werde. Den Casum des Hofraths Heister betreffend, so ist so viel wir uns erinnern, solcher der erste von denen von euch angeführten, und könnet ihr also gedachten Hofrath ein Attestat, daß die Sache allhier keinen Zweifel habe, und in casu quaestionis die Frau nach hiesiger Wechsel-Ordnung allerdings gehalten sey, ohne Bedenken ertheilen, zumahlen er von dem Braunschweigschen Kauf-Gerichte ein gleiches Attestat dem Verlaute nach erhalten. Wir 2c.

Nro.

Rescript an die Fürstl Justiz-Canzleyen
vom 28. Februar 1746.

Dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Carl Herzoge ic. ist referiret und vorge-
tragen, was an Höchstidieselben der Amtmann
Eding in des verstorbenen Kaufmann Weiels
Concurs-Sache gegen desselben nachgelassener
Kinder Vormünder, wider die von dem zu
Aufhebung der Concurs-Processse in Helmstädt
verordneten Commissario am 16. Oct. v. J. in
dieser Sache publicirte Urtheil vorgestellt hat;
und wird hiermit von Höchstidenen selbst zur Re-
solution ertheilet: Nachdemahlen in der Wechs-
sel-Ordnung Art. 1. dem Aussteller des Wechs-
fels seinen vollen Taufnahmen unter den Wechs-
sel zu schreiben, zu solchem Ende auferleget ist,
damit hernach bey der Recognition desselben
kein Zweifel wegen des Ausgebers entstehen mö-
ge, an sich aber die Unterschrift mit denen Ini-
tial-Buchstaben des Taufnehmens keine nulli-
tatem des Wechsels operiret, immaassen in sol-
chem Art. 1. zugleich declariret ist: daß dieser
vorgeschriebenen Ordnung nicht eben präcise zu
folgen; und ferner im Art. 19. der Wechsels-
Ordnung

Ordnung bey der Acceptation des Wechsels nach-
gelassen ist, den Vornahmen mit den ersten
Buchstaben anzudeuten, in gegenwärtigem Casu
auch bey der Recognition des Wechsels quæst.
der Weielschen Kinder Vormünder gegen die
von deren Mutter bey der Mit-Unterschrift des
Wechsels gebrauchte Initial-Buchstaben ihres
Taufnehmens nichts eingewandt, sondern die
Unterschrift agnosceiret, und dagegen keinen Zwei-
fel erregt haben; daß solchemnach in dieser
Partensache dagegen von dem Richter ex officio
nichts moviret werden mögen, und also mit
Aufhebung des Widrigen dem Amtmann Eding,
daß ihm aus dem Wechsel quæst. in soferne er
an dem Orte, worin er in der Prioritäts-Ur-
theil des Weielschen concusus creditorum loci-
ret worden, seine Befriedigung nicht erlangen
mögte, von denen Maternis der Weielschen
Kinder die Bezahlung zu leisten, nachzulassen
sey, gleich wie ihm hierdurch nachgelassen wird.
Urkundlich ic.

Nro. 12.

Rescript an die Fürstl. Justiz-Canzleyen
vom 21. May 1746.

Als der Magistrat zu Helmstädt Serenissimum um Declaration der Rechts-Frage: Ob ein zwar majorenner, aber noch bey dem Vater wohnender filius familias, einen mit dem Vater zugleich unterschriebenen Wechsel zu bezahlen schuldig sey, unterthänigst ersuchete, darsüber Fürstl. Justiz-Canzleyen Gutachten gefordert ward, und diese in dem desfalls abgestatteten Berichte der rechtlichen Meynung war, daß ein solcher filius familias dem Wechsels-Rechte allerdings unterworfen sey, rescribirten Serenissimus dem gedachten Collegio unter oben stehendem dato: daß der Inhalt ihres rechtlichen Gutachten genehmiget werde, und an den Magistrat zu Helmstädt in Conformität desselben das Nöthige erlassen worden.

Nro. 13.

Rescript an die Fürstl. Justiz-Canzleyen
vom 5. April 1749.

Carl Herzog ꝛc. Wir genehmigen, daß in Sachen des Advocati Eggers wider des Amtes
Ber.

Verwalters Breimann Ehefrauen von euch unter dem 18ten vorigen Monaths erstattete Gutachten, und habet ihr bey dem angestellten judicio reconventionis diese Sache nach dem Halberstädtischen Wechsel-Rechte, weil es hier auf gewisse solemnia ankommt, welche gedachtes Wechsel-Recht, als ein an dem Orte, wo die Handlung geschehen geltendes Gesetz zur Form und Gültigkeit derselben erfordert, in möglichster Kürze abzuthun. Braunschweig ꝛc.

Nro. 14.

Rescript an die Fürstl. Justiz-Canzleyen
vom 4. April 1754.

Wir lassen euch die dem Gerichts-Schuldheiß Bütner wegen gesuchter Declaration der Wechsel-Ordnung in puncto eigener auf eine vierteljährige Loskündigung gerichteten Wechsel ertheilte Resolution abschriftlich zu eurer Nachricht hierbey zufertigen. Braunschweig ꝛc.

Nro. 15.

Resolutio für den Gerichts-Schuldheiß
Bütner vom 4. April 1754.

Carl Herzog ꝛc. lassen dem Gerichts-Schuldheiß Bütner auf dessen Gesuch um Declaration der
Wech-

Wechsel-Ordnung über die Gültigkeit eigener Wechsel, wenn solche auf eine vierteljährige Lose, Kündigung ausgestellt worden, hiermit die Resolution ertheilen: daß da die Wechsel-Ordnung Art. I. klärlich befiehlt, daß in einem Wechsel die Verfall-Zeit ausgedrucket werden solle; nicht weniger Art. 54. die hypotecam legale nur denjenigen Wechseln verleihet, welche der Ordnung gemäß ausgefertigt sind; dahingegen Supplicant damit, daß derselbe dem Wechsel quæst. auf vierteljährige Lose stellen lassen, der Wechsel-Ordnung nicht gemäß gehandelt, vielmehr derselben zumider der Bestimmung der Verfall-Zeit sich zu entziehen gesucht, ihm solches zu Behauptung des Vorzugs vor andern, die sich nach dem Gesetze gerichtet, nicht zu statten kommen, mithin dem darauf gerichteten Gesuche um Declaration der Wechsel-Ordnung, die fast das Ansehen eines neuen, auf einen vergangenen Fall gerichteten Gesetzes haben würde, nicht deferiret werden möge &c.

Verordnung vom 27. Febr. 1756.

Carl Herzog &c. fügen hiermit zu wissen: was gestalt wir in Erfahrung gebracht haben, daß die chirographarischen Gläubiger, wenn sie bemerken, daß der Schuldner in Abnahme der Nahrung geräth, denselben gerichtlich zu belangen, und die Sache bis zur Immission zu betreiben pflegen, auch darauf, wenn etwa über des Schuldners Vermögen ein concursus creditorum entsteht, vor allen Wechsel-Gläubigern ein Vorzugs-Recht verlangen. Da nun dieses unserer Absicht, auch der Wechsel-Ordnung und derselben Declaration vom 25. Oct. 1723. nicht gemäß ist, so setzen, ordnen und wollen wir hiermit, daß diejenigen Gläubiger, deren Forderungen dergestalt beschaffen sind, daß sie denen Wechseln nachstehen, durch die Immission kein Vorzugs-Recht vor die Wechsels-Gläubiger erhalten, mithin solche Immission gegen die Wechsel-Gläubiger gar nicht attendiret werden soll. Als wornach &c.

Nro. 17.

Rescriptum ad Cancellariam vom
3. May 1757.

Auf ein unter dem 1. März 1757. von Fürstl. Justiz-Canzleyen geforderten Gutachten über die Fragen: ob 1) exceptio praeclusionis et cessionis bonorum dem liquidato gegen einen ante motum concursum ausgestellten Wechsel zu statten kommen könne, und 2) ob nicht, daferne die Strenge des Wechsel-Rechtes in solchen Fällen der Observanz gemäß ist, wenigstens die Liquidaten damit übersehen werden mögen, welche, nachdem sie einmal einen Concurs gemacht, sich befeßigen, wieder in bessere Umstände zu kommen, und ob nicht letztern Falls die alten Wechsel-Gläubiger so lange in Geduld stehen müssen, bis der Liquidat so weit ad meliorem fortunam gekommen, daß er ohne seinen Ruin und ohne Verlust der Gläubiger, die ihm von neuen creditiret haben, Abtrag machen kann? Stattete diese solches dem 17. März dahin ab: daß ad Imum dem Liquidato gegen einen ante motum concursum ausgestellten Wechsel die exceptio praeclusionis et cessionis bonorum allerdings zu statten
kom-

kommen müsse, inmaassen denn nicht allein der bisherigen Observanz nach, die Personal-Arreste, so in Wechsel-Sachen erkannt, per cessionem bonorum sistiret werden, sondern auch, da denen Wechseln in hiesiger Ordnung vor allen Hypotheken, so nicht zu Buche getragen sind, eine Priorität bengelegt ist, sich daraus ergibt, daß nicht, wie etwa an andern Orten, wo die Wechsel ratione bonorum debitoris weder Hypothek noch Priorität haben, auf die Person und deren Arrestirung, sondern auf die bona hauptsächlich angesehen seyn wolte; daher denn auch ein Wechsel-Gläubiger, wenn er in termino liquidationis nicht erschienen, den effectum praeclusionis wider sich gelten lassen muß, und wie solchemnach ein Wechsel-Creditor post motum concursum die Strenge des Wechsel-Rechtes für sich nicht alegiren mag, so hat er weniger nicht ad Idum es seinem Ausbleiben und Nichterscheinen zu imputiren, daß er damit präcludiret werde, und der ihm sonst competirenden Priorität in bonis liquidati nicht zu genießen hat; sollte auch liquidatus demnächst ad meliorem fortunam gekommen seyn, kann zwar ein Wechsel-Creditor, welcher einmal präcludiret worden, weil

solche Präclution nicht sowol liberationem et utilitatem debitoris, als vielmehr securitatem creditorum et emtorum in Absicht hat, mithin weder cessio bonorum, noch concursus creditorum modus tollendi dissolvendique obligationes in totum ist, sondern die bona futura in salvo bleiben, an seinen debitorem sich von neuen halten. Jedoch muß er auch in denen seinen debitori angefallenen, oder von demselben erworbenen neuen Güthern, denen, welche ihre Forderung gehörig liquidiret haben, mit der Bezahlung aber, weil die massa bonorum nicht soweit reicht, ausgefallen sind, nachstehen. Aber auch diese müssen, wenn der liquidatus durch gefundenen Credit sich in etwanigen Stand gesetzt, unsers Erachtens ferner so lange in Geduld stehen, bis wenigstens seine neuen Creditores, welche ihn wieder aufgeholfen, und durch deren Vorschub er ad meliorem fortunam gekommen, vergnügt sind; inmaassen so lange dieses nicht geschehen, kein Ueberschuß, und was erübriget worden, so eigentlich erst meliorem fortunam debitoris ausmacht, sich veroffenbaren kann. Ein anderes jedoch würde seyn, wenn debitor aliunde als zum Beyspiele aus einer ihm angefallenen

nen Erbschaft, ad meliorem fortunam käme, als welchenfalls die ältern Creditores, so bis dahin sich haben müssen verträsten lassen, billig von den neuern den Vorgang würden haben müssen. Serenissimus rescribirten an gedachte Justiz-Canzleyen unter dem 3. May 1757. Wir genehmigen, was ihr unter den 17. März über die Fragen wegen des Verfahrens wider einen Wechsel-Schuldner, welcher bonis cediret hat, berichtet habet, und habet ihr demselben gemäß in begebenden Fällen zu erkennen, auch darüber keine Proceße zu gestatten u.

Nro. 18.

Rescript an die Fürstl. Justiz-Canzleyen
vom 9. Sept. 1760.

Carl Herzog u. Euch wird auf eure Anfrage, wie es in Ansehung derer von Stifts-Personen ausgestellten Wechsel-Briefen zu halten sey, hierdurch ohnverhätten, daß der von euch angeführte 6. Art. der Wechsel-Ordnung auf die Stifts-Personen nicht zu extendiren, sondern es bleiben solche gleich andern Wechsels-Beklagten dem Wechsel-Rechte unterworfen. Ihr habet euch also bey dergleichen vorkommens

menden Fällen darnach zu achten, und ist auch dem Stifte St. Blasii dieserhalb die nöthige Bedeutung geschehen. Braunschweig 11.

Nro. 19.

Verordnung vom 9. März 1767.

Carl Herzog 11. Fügen hiermit zu wissen: demnach über den 45. Art. der Wechsel-Ordnung vom 1. August 1715. verschiedene Zweifel entstanden, wie das Wort Ausgeber, und wer darunter zu verstehen sey; so haben wir zu Vermeidung künftiger Irrungen diesen Zweifel durch unsere Declaration zu heben für nöthig erachtet. Wir declariren also hierdurch und Kraft dieses, besagten Articuli dahin, daß wie das Wort Ausgeber daselbst gebrauchet worden, für einen, der den inhabenden Wechsel gegen baares Geld wieder aus oder abzugeben hat, also auch kein anderer als der Inhaber des Wechsels darunter verstanden werden solle. Wir befehlen demnach unsern höhern Justiz-Collegiis, Ober und Beamten, auch sämtlichen Gerichts-Obriheiten und Magistraten in denen Städten sich in vorkommenden Fällen hiernach zu achten. Gegeben 11.

Nro.

Nro. 20.

Rescript an den Magistrat zu Wolfenbüttel vom 12. Februar 1767.

Carl Herzog 11. Der ganze Zusammenhang des 45. Art. der Wechsel-Ordnung zeigt deutlich, daß das Wort Ausgeber dasselbige bedeutet, was nach dem jetzigen Sprach-Gebrauche besser durch Inhaber ausgedrucket wird. Damit aber aller Mißverstand vermieden werde, so declariren wir hiermit ausdrücklich, das unter dem Ausdruck Ausgeber, der Inhaber eines Wechsels verstanden werde, und wie also der 45. Art. dem 4ten nicht adversiret, dieser aber denen Erben eines Wechsel-Schuldners ausdrücklich den annum deliberativum benimmt, solches auch von propriis als trassirten Wechseln, zumahlen bey Kaufleuten, als deren Credit vornehmlich auf propriis Wechsel-Briefen bestehet, billig zu verstehen ist, so habet ihr, nachdem ein ansehnlicher Theil von einheimischen und auswärtigen Kaufleuten in gegenwärtiger Meßzeit sich wegen den Lillischen Nachlasses gemeldet haben, nach ihrem Gesuche fordersamst zu verfügen, daß die Lillische Witwe und Erben, bevor sie zu dem sich angemessenen be-

3 4

ne-

negocio deliberandi gelassen werden, für die Bezahlung denen Creditoren hinlängliche Sicherheit bestellen müssen, oder in Ermangelung das vorhandene corpus bonorum in ein gerichtliches Inventarium mit Zuziehung eines oder zweien Bevollmächtigten der Creditoren gebracht, der status bonorum ihnen vorgelegt, und die interimistische Administration der Lillischen Handlung und Verlassenschaft nicht nach Gutfinden der Witwen und Erben allein, sondern wie es der Nutzen der Creditoren erheischt, verwaltet, auch überhaupt denen Rechten gemäß, und nicht ohne Zuziehung und Einwilligung des mehreren Theils der Creditoren in der Sache verfahren werde. Braunschweig &c.

Nro. 21.

Extract aus der Verordnung vom 5. Febr. 1768. die Einrichtung des Groß- und Detail-Handels in denen Braunschweigischen Messen betreffend.

In den 17ten §. dieser Verordnung ist festgesetzt worden, daß 1) die Präsentation und Acceptation aller auf keinen einzelnen Tag, sondern überhaupt auf die hiesige Messe gestellten Wechsel

Wechsel, spätestens auf den Donnerstag in der Laurentii- und Lichtmessens-Woche, die nach abfließender Vorschrift zum Anfang der detaille und allgemeinen Handlung, auch Einläutung der Messe determiniret worden, geschehen solle.

2) Ist in denen Wechseln die erste Messwoche ausgedruckt, so muß die Zahlung von Juden den Frentag, und von Christen den Sonnabend Nachmittag in eben solcher vorermeldeten Woche geschehen.

3) Wenn aber in denen Wechseln die Zahlung auf die zweyte, oder auf keine Messwoche bestimmt worden, so soll für solche alsdann gleicherweise der Frentag und Sonnabend Nachmittag in der zweyten Messwoche pro ultimo termino präfigiret seyn, nach Ablauf dieser Zahlungs-Termine aber, gegen die säumigen Wechsel-Gläubiger nach Wechsel-Rechte verfahren werden.

4) Diejenigen Wechsel-Briefe, so zwar auf die hiesigen Messen wörtlich nicht gestellt, deren Verfall-Zeit aber dennoch während solcher hiesigen Messen eintritt, sollen wie bisher als auch fernerhin nach hiesiger Markt-Gerichts-

und Wechsel-Ordnung acceptirt und bezahlet werden, wie denn auch

5) mit Präsentation, Acceptation und Bezahlung der auf hiesige Messe lautenden Assignationen es in Betracht der Lage eben so zu halten, wie obstehend wegen der Wechsel verordnet worden etc.

Nro. 22.

Verordnung vom 30. Jan. 1772.

Carl Herzog etc. Fügen hiemit zu wissen: Der 2. Art. der Wechsel-Ordnung vom 1. August 1715. unterwirft die Bauren sowol der Strenge des Wechsel-Rechtes als andere Personen. Da aber hieraus verschiedene Irrungen und Unbequemlichkeiten bishero entstanden sind, so finden wir für nöthig, dieselbige eine Aenderung zu machen, und verordnen dahero hierdurch, daß von nun an die Bauren und deren Gesinde dem Wechsel-Rechte nicht weiter unterworfen seyn, hingegen die Wechsel, welche selbige etwa ausstellen, oder als Bürgen unterzeichnen, nur für gemeine Handschriften geacht-

geachtet werden, und auf keine Weise das, denen Wechsel-Briefen beigelegte jus tacitae hypothecae mit sich führen sollen. Urkundlich etc.

Nro. 23.

Verordnung vom 4. Julii 1774.

Carl Herzog etc. Wir verordnen, setzen und wollen, daß Niemand bey Verlust seines Capitals, einem Officier bis zum Capitain incl. weniger noch einem Unterofficier, und Gemeinen, Pensionair oder Gnaden-Söldner, ohne Vorwissen und Mit-Unterschrift seines Chefs, welcher alsdann mit dafür haftet, auf Wechsel oder andere Verschreibung etwas vorschreiben solle, es sey denn, daß der Aufnehmer des Geldes mit einem kundbaren Vermögen, woran der Creditor sich halten kann, in unsern Landen angesessen ist, und nicht mehr unter väterlicher noch vormundschaftlicher Gewalt steht, sondern, wie der Art. 5. vorerwähnter Wechsel-Ordnung mit sich bringet, majoren ist, und das ein und zwanzigste Jahr seines Alters völlig überschritten hat; widrigenfalls die Klagen der Contravenienten werden

der bey dem Kauf: oder irgend einem andern Gerichte angenommen, noch darauf Justiz administriret, sondern schlechterdings als unstatthaft abgewiesen werden sollen. Was hingegen die Staats-Officier betrifft, so hat es zwar ihrentwegen bey der bisherigen Verfassung in soferne sein Bewenden; es ist aber in vorkommenden Fällen, künftig allemal, wenn es auch nicht begehret werden sollte, ein *judicium mixtum* zu formiren, und von dem Gerichte, wo die Wechsel-Klage angebracht, zu solchem Ende der Chef als Commandeur des Regiments oder Corps, worunter er steht, zu requiriren. Urkundlich ic.

Nro. 24.

Verordnung vom 28. October 1784.

Carl Wilhelm Ferdinand Herzog ic. Wir sehen, ordnen und wollen, daß in Zukunft nicht nur überall keine Wechsel-Briefe mehr mit gerichtlicher Bestätigung versehen, sondern auch diejenigen, welche bishero bereits gerichtlich bestätigt sind, wenn von dem Vorzuge der Hypothek die Frage ist, bloß als Wechsel-Briefe class

classificiret werden sollen. Es haben also unsere höhere Justiz-Collegia, wie auch alle übrigen Obrigkeiten und Gerichte hiernach sich bey vorkommenden Fällen zu achten. Urkundlich ic.

Nro. 25.

Verordnung vom 4. October 1783.

Carl Wilhelm Ferdinand, Herzog ic. Sehen, ordnen und wollen, daß wenn ein Officier incl. eines Capitains, seinem Speise- oder Hauswirth, Wäscherin, Aufwärter oder Bedienten länger als ein Monat schuldig bleibt; bey Kaufleuten, Krämern und Handwerksleuten, desgleichen bey Wein- Bier- auch Caffee-Schenken, ohne Vorwissen des Regiments- oder respective Compagnie-Chefs, Schulden macht, auf seine Gage Assignationes ertheilet; baare Vorschüsse auf Wechsel und andere Verschreibungen, ohne Vorwissen und Mit-Unterschrift seines Chefs aufnimmt, wenn er in diesem Falle nicht mit kundbarem Vermögen, woran der Creditor sich halten kann, in hiesigen Landen angesessen ist, und alsdann nicht mehr unter väterlicher noch vormundschaftlicher

Ver

Gewalt stehet, sondern, wie der Art. 5. der Wechsel-Ordnung mit sich bringet, majoren ist, und das ein und zwanzigste Jahr seines Alters völlig überschritten hat; derselbe, wenn er deshalb verklaget werden sollte, zum erstenmale sofort, als ein Erkenntniß in der Sache abgegeben worden, mit vierzehntägigem Arreste im Stockhause, und Abtragung seines Dienstes bestraft, bey einer zweyten gegen ihn angebrachten Klage aber, derselbe mit dergleichen vierwöchigem Arreste, und Abtragung seines Dienstes angesehen, und falls er sich zum drittenmale dergleichen Vergehungen zu Schulden kommen lassen sollte, mit desselben unausbleiblicher Cassation verfahren werden solle. Gegeben 2c.

VI.

Vom

Rechte der Land-Leute.

I n h a l t.

1. Kapitel. Von Vormündern.
2. Kapitel. Von Verträgen allgemein.
3. Kapitel. Vom Kauf: Contracte.
4. Kapitel. Vom Pacht: Contracte.
5. Kapitel. Von der Pacht: Uebergabe.
6. Kapitel. Von Dienst: Vortheil.
7. Kapitel. Von Anlehen.
8. Kapitel. Von Bauer: Güthern allgemein.
9. Kapitel. Von Gemeine: Güthern.
10. Kapitel. Von Rigewerken.
11. Kapitel. Von Meyer: Güthern.
 - §. 1. Vom Meyer: Contracte.
 - §. 2. Vom Weinkaufe.
 - §. 3. Von Aufkündigung des Meyer: Contracts.
 - §. 4. Von Einziehung der Meyer: Güther.
 - §. 5. Von deren Wardirung.
 - §. 6. Von Remissionen.
 - §. 7. Von Veytreibung der Mayer: Zinsen.
 - §. 8. Von Verminderung des zu hoch behandelten canonis.

12. Kapitel. Von wüsten Höfen.
13. Kapitel. Von der Bau-Freyheit.
14. Kapitel. Von Unpflichten.
15. Kapitel. Von Mühlen.
16. Kapitel. Von Mitgast.
17. Kapitel. Von der Erbfolge in die Höfe, ab intestato.
18. Kapitel. Von Abfindung der Kinder aus denen Höfen.
19. Kapitel. Vom Alttheile.
20. Kapitel. Von Diensten.
- § 1. Vom Ursprunge der Dienste.
- § 2. Von der Dienst-Verfassung im sechzehnten Jahrhundert.
- § 3. Von denen unterschiedenen Arten der Dienste.
- § 4. Von des Landesherrn Rechte zur Dienst-Leistung.
- § 5. Von unbestimmten Diensten.
- § 6. Von ordinairn Diensten.
- § 7. Von extraordinairn Diensten.
- § 8. Von sonderlichen Diensten.
- § 9. Von der Dienst-Vestellung.
- § 10. Von denen Pflichten der Dienstleute.
- § 11. Von der Dienstleute Befugnisse.
- § 12. Von denen Pflichten der Beamten und Pächter.

§ 13.

- § 13. Von der Beamte und Pächter Befugnisse.
- § 14. Von denen Dienstleuten der Gerichts- und Guts- Herren.
- § 15. Von Bürger, Meyern.
- § 16. Vom Dienst-Gelde.
- § 17. Von Verlegung der Dienste.

21. Kapitel. Von Pertinenzzen.

- § 1. Was eine Pertinenz sey.
- § 2. Was für Stücke dazu gehören.
- § 3. Pertinenzzen sollen nicht veräußert oder verpfändet werden.
- § 4. Wie der Beweis der Pertinenz-Eigenschaft zu führen.

22. Kapitel. Von Hude und Weide.

- § 1. Von Hude und Weide-Berechtigten.
- § 2. Von Benutzung der Weide.
- § 3. Von Koppel-Weiden.
- § 4. Von der Schäferrey, Gerechtigkeit.
- § 5. Von Hütten-Lager.

23. Kapitel. Vom Zehenden.

- § 1. Von Zehend-Ordnungen allgemein.
- § 2. Von Zehendpflichtigen Aeckern.
- § 3. Von Sekung der Stiege.
- § 4. Die Felder sollen zeitig abgezehendet werden.
- § 5. Vom Zehend-Mahler.
- § 6. Von Abbringen des Zehenden.
- § 7. Von Benutzung des Zehenden.
- § 8. Vom Vorpacht, Rechte.

U a 2

§ 9.

§. 9. Von Verpachtungs-Termine.

§. 10. Von Vertheilung des Zehendten unter die Gemeinde.

§. 11. Vom Erlasse an der Zehend-Pacht.

§. 12. Vom Zehend-Schafe.

§. 13. Von denen Zehendten im Amte Thedingshausen.

24. Kapitel. Von Erb-Registern.

25. Kapitel. Vom Amte der Bauernmeister.

26. Kapitel. Von Bauer-Kören.

1. Kapitel.

Von Vormündern.

Einer Witwe, die mit ihrem verstorbenen Ehemanne Kinder erzielet, die noch am Leben sind, soll die zweyte Ehe nicht ehender verstattet werden bis sie solchen Vormünder bestellen lassen, und sich mit ihnen des väterlichen Nachlasses wegen berechnet hat, Land-Ordnung §. 100. Treuet einer zu ihr auf gewisse Jahre in den Hof, bekommt er über seine Stiefkinder tutelam usufructuariam. Nach denen ihm dies ferhalb obliegenden Pflichten muß er von dem Hofe alle darauf haftenden Dienste leisten, die davon kommenden Unpflichten abtragen, ihn in Bau und Besserung erhalten, die ihm übertragene, und, wenn es die Kräfte des Hofes verstaten, auch die nicht übernommenen Schulden abtragen, seine Stiefkinder unterhalten, erziehen, und überhaupt bey dieser Vormundschaft den Fleiß anwenden, den ein guter Wirth

in dem Seinigen zu beachten pfleget. Das Hof- Vieh- Geld- und Haus-Inventarium wird gemeiniglich hinter der mit der Witwe errichteten Ehe Stiftung beschrieben, und dem zeitigen Hauswirth ohne Taxe übergeben. In diesem Falle ist er verbunden, es seinen Stiefkindern nach abgelaufenen Jahren in der bemerketen Stück-Zahl und Güte wieder abzuliefern.

2. Kapitel.

Von Verträgen allgemein.

Alle unter denen Landleuten geschlossene Theilungs-Neceffe, Ehe-Stiftungen und Verträge sollen entweder vor Gericht abgehandelt, oder doch sobald sie von denen Partheyen verabrebet worden, denen Beamten offenbaret, und denen Amts-Büchern, um künftiger Nachricht willen, um billige Gebühr, darin auf alle Weise Maaße zu halten, und die Armuth dabey nicht zu beschweren, einverleibet werden. Die Beamten sollen, vermöge der ihren obliegenden Pflichten, dabey gehörig prüfen, ob dergleichen Ehe-Gelübde und Handlungen dem Landesfürsten ohne Nachtheil, in Ansehung der ihm zu leistenden

Dien-

Dienste, der Folge und anderer Gebührniß, und ohne sonderbaren Verderb der Contrahenten bey Kräften gelassen werden können, und da sie befinden würden, daß einer seiner Tochter oder seinem Sohne über sein Vermögen eine Aussteuer und Mitgift versprochen, der Vertrag unbillig, oder unbevormundet Minderjährigen beträfe, dieselben keinesweges billigen, sie nicht in die Amts-Bücher tragen, sondern letztere zuvor bevormunden, Verordn. v. 4. April 1620. Auschr. vom 16. April 1751. auf alle Weise aber keine Ehepacten ohne guthsherrliche Einwilligung bestätigen, Verordnung vom 26. April 1770. Landtags-Abschied von diesem Jahre Art. 43. ohne vorgängige obrigkeitliche Confirmation sind sie ungültig, Rescr. an das Residenz-Amt zu Wolfenbüttel und an die Justiz-Canzleyen vom 12. December 1746. durch keinen Vertrag, dem es daran mangelt, kann auf einen andern ein dingliches Recht übertragen werden; es folget aber daraus nicht, daß einer einen außergerichtlich getroffenen Handel einseitig aufheben dürfe, vielmehr stehet dem Gegentheile die Befugniß zu, um selbige gehörig nachzusehen, um ihm dadurch eine verbindliche Kraft zu verschaffen.

Na 4

3. Ka-

3. Kapitel.

Vom Kauf-Contracte.

Keiner soll die auf dem Felde stehenden Früchte, Verordnung vom 7. Jul. 1768. oder Gras in denen Wiesen kaufen, Verordnung vom 8. Aug. 1768. Sommerkorn um die Hälfte aussäen, Verordn. vom 9. Jul. 1685. Amts. C. Ordn. §. 92. noch mit Korn Wucher treiben, Tax-Ordnung Art. 77. Verordnung vom 25. Febr. 1605. Denen Beamten ist das Säen für arme Unterthanen, der Aufkauf des Korns in denen Aemtern, der Handel mit Lein-Saamen, und solchen Waaren, aus deren Betrieb denen Städten Schaden erwachsen kann, untersaget, Verordnung vom 21. Febr. 1705.

4. Kapitel.

Vom Pacht-Contracte.

Obrigkeitliche Personen, Justiz- und Pacht-Beamte auf dem platten Lande dürfen in ihren Aemtern und Districten keine ansehnliche Höfe oder Zehenden ohne landesherrliche Einwilligung, nicht mehr Land, als sie zu Ausfütterung

rung ihrer Kühe und Pferde bedürfen, und dero Behuf nur etwa einen Kothhof von zwanzig bis dreßsig Morgen pachten, Verordnung vom 3. Sept. 1659. Verordnung v. 20. Jan. 1789. auch ihr Vieh keinem Unterthanen zur Ausfütterung aufdringen, Landtags-Abschied von 1619. Art. 27. Der Lohn-Himte für die Dröschler ist abgeschaffet, Verordnung vom 31. Jul. 1654.

5. Kapitel.

Von der Pacht- Uebergabe.

Der Pächter eines Land-Haushalts ist selbigen nach geendeten Pachtjahren an eben dem Tage, da er solchen angetreten, und in eben der Bestellung, in welcher er ihn erhalten, nach deren Vergütung wiederum abzugeben schuldig. Die Länderey lieget in drey Feldern, dem Winter-, Sommer- und Brachfelde. In der Brach darf nur ein Drittel mit denen sich darin schickenden Früchten bestellet werden, zwey Drittel bleiben zur Hude und Weide offen. Hat der Pächter das Feld-Inventarium nach Pflugart, Gail und Gare, und die Einsaat nach einem

behandelten oder markgängigen Preise angenommen, geschiehet deren Berechnung bey der Zurückgabe auf eben solchen Fuß, wie denn überhaupt denen bey der Uebergabe angenommenen Grundsätzen bey der Zurückgabe gefolget werden muß. Für jede Pflugart werden acht gute Groschen, für jede Egge zwey gute Groschen acht Pfennig, für jedes Fuder Dünger, wenn ihn der Pächter nach Fuderzahl angenommen, acht gute Groschen vergütet, es wäre denn, daß der Acker soweit vom Hofe entfernt, daß täglich nur wenige Fuder dahin gefahren werden könnten, als in welchem Falle für jedes derselben einige Groschen mehr erfolgen. Wird das Korn auf dem Halme taxiret, werden zu diesem Geschäfte, nach Wichtigkeit der Pacht, neun oder sechs zu beeydigende Achtsleute aus drey Aemtern genommen, und in drey Schürzen vertheilet. Eine jede derselben bringet das Taxatum ein, alle drey Taxen werden zusammen gerechnet, die Summe mit drey getheilet, und dadurch der Werth des Geschäftes herausgebracht. Die Angaben der Wardirer sind zu Zeiten bey deren Festsetzung so verschieden, daß dabey wahrscheinlich ein Irthum vorgegangen seyn muß, da alsdann der zur Uebergabe er-

nann-

kannte Commissarius die Gründe, die sie zu einem so sehr von einander abweichenden taxato bewogen, zu untersuchen, und allenfalls eine anderweite Schätzung zu verfügen hat. Die volle Gare wird zu zwey, die halbe zu einen Reichsthaler berechnet. Der Schaaf-Dünger hebet sich mit den ersten Jahren. Ist das Land gemergelt, so wird dessen Art, ob es Kalk-Ton- oder Sand-Mergel ist, und diesennach wenige oder lange Jahre im Lande bleibt, untersucht, und darnach die Verbesserung angeschlagen. Mit Wardirung der Gartenfrüchte, der Wiesen, im Falle sie der Pächter ungenutzt abzuliefern schuldig, und dennoch abgehauen, der Weiden, Hecken, Zäune, des Vieh- und Hof-Inventarii, wird auf gleiche Weise verfahren. Zu Taxation der Kunstgärten, Orangerie, Brau-Geräthe und der Gebäude werden Kunstverständige gebraucht. Eine Tauben-Flucht, wenn sie zahlreich, pfleget gemeiniglich, ohne sie zu zählen, auf fünf Reichsthaler geschätzt zu werden. Ist bey der Pacht ein eisernes Inventarium, so muß solches in eben der Stück-Zahl, abgeredetem oder geschätztem Werthe zurücke gegeben, die Meliorationen dem Pächter, die Deteriorationen dem Verpächter vergütet wer-

wer-

werden. Nach völlig eingebrachter Taxe wird wegen der Herren-Dienste und des Gesindes Lohns Rechnung zugelegt, nach zugelegter Liquidation richtig befundener Berechnung und verfügten Bezahlung des zu erstattenden Inventarii, dem Abziehenden die Pacht abgenommen, und dem Verpächter, oder, Nahmens dessen, dem anziehenden Pächter übergeben, und an letztern die Herrendienst-Leute, prästantiarii und das Gesinde gemiesen. Wie die Garten-Mesloramenten vor der Stadt Braunschweig zu ästimiren, siehe Verordnung vom 2. Jun. 1559. und 18. Jan. 1681.

6. Kapitel.

Von Dienst-Bothen.

Kein eingeborner Unterthan, oder Knecht, darf sich ohne höchste Erlaubniß außer Landes vermietthen, Edict vom 9. Sept. 1692. Den Kindern, insbesondere der kleinen Leute und Häuslinge, ist der Aufenthalt bey ihren Eltern nur so lange verstattet, als diese ihrer Hülfe bedürfen. Sind sie ihnen entbehrlich, sollen sie in anderer Leute Dienst treten, Uml.

vom

vom 3. Dec. 1744. Der Dienst des Ackers-Gesinde fänget von Martini an, und gehet auf ganze Jahre, Verordnung vom 29. Nov. 1645. Dem Gesinde soll statt des völligen Lohnes kein Geld bestellet, Landtags-Abschied von 1619. Art. 34. oder abzuernnten überlassen, sondern das Lohn ihnen in Gelde bezahlet werden, es sey denn des Orts üblich, ihm außer solchen ein wenig Korn oder Lein auszusäen, Landtags-Abschied von 1619. Art. 34. Verordnung vom 27. Oct. 1740. Mit dessen Aufkündigung auf dem platten Lande ist es eben so, als mit denen städtischen Dienst-Bothen, zu halten, Verordnung vom 15. Febr. 1764. Von denen ihm zu ertheilenden Abschieden, siehe Verordnung vom 7. Dec. 1748. Ausschr. vom 21. Jan. 1757.

7. Kapitel.

Vom Anlehen.

Keiner soll Geld auf die im Felde stehenden, oder noch zu bestellenden Früchte, bey Strafe diese ihren Schuldnern zu lassen, und sich mit der Bezahlung bis nach der Erndte zu gedulden,

aus

ausleihen, Verordnung vom 7. Jul. 1768. kein Beamter von denen Unterthanen ihres Districts Gelder borgen, Verordn. v. 17. Nov. 1721. diese sollen von jenen mit nöthigen Brodt und Saatkorn, Verordnung v. 3. April 1693. vom 3. Nov. 1698. insbesondere die Meyer damit von ihrem Gutsherrn versehen werden, Verordnung vom 19. März 1694. Beamten ist verstattet solches denen Hintersassen um den sechsten, höchstens fünften Himten vorzuschießen, Amts-E. Ordn. §. 92.

8. Kapitel.

Von Bauer-Güthern allgemein.

Die Bauer-Güther werden in Rücksicht der davon zu leistenden Dienste in Vollspänner-Halbspänner- und Rothhöfe getheilet. Wie viel Acker bey jedem derselben gehören sollen, lässet sich, da es in hiesigen Landen große und kleine Hufen, zu achtzehn, zwanzig und dreßsig Morgen giebet, nicht bestimmen. Es ist verstattet aus einem Ackerhofe zwey Halbspänner-Höfe zu machen, wenn dem Gutsh- und Dienstherrn

ferz

fernerhin die vorhin davon zu entrichtenden Præstanda abgeführt werden, Land-D. §. 29. Wie die Bauren ihre Besitzungen benützen sollen, ist ihnen durch die Landes-Ordn. vom 20. Decbr. 1651. durch die Verordnung vom 5. Decbr. 1616. vom 8. Jan. 1618. vom 2. May 1618. vom 31. Dec. 1687. vom 21. Febr. 1689. vom 3. May 1682. vom 30. März 1698. vom 12. Febr. 1712. vom 23. Febr. 1725. und 5. Febr. 1753. vorgeschrieben. Ihnen steht auch frey ihre mit Holz und Buschwerke bewachsenen Acker und Wiesen auszuroden und brauchbar zu machen, Amts-E. Ordn. §. 100. Wenn ein Baum durch Sturmwind umgerissen wird und in des Nachbarn Grund und Boden fällt, gehöret er dem, auf dessen Lande die Wurzel lieget, Acker. vom 17. Febr. 1745.

9. Kapitel.

Von Gemeine-Güthern.

Die Dorfschaften besitzen der ganzen Gemeinde zugehörnde Güther. Sie bestehen in Aekern, Wiesen, Holzungen, Mästung, Weiden, Fischereyen, Backofen, Krügen, Schmieden, Mühl-

Mühlen und dergleichen. In soferne sie verpachtet sind, wird davon durch die Bauernmeister Rechnung geführt, und solche bey der Obrigkeit abgelegt. Die darüber sprechenden Urkunden, Brieffschaften und sie betreffenden Fürstlichen Verordnungen sollen in einer Lade in der Kirche, Sacristen, oder, wenn es darin am Raume mangelt, an einen ihnen von der Obrigkeit anzuweisenden sichern Ort verwahrt werden, Verordn. vom 13. Jul. 1752. Von denen Gemeine-Bäckofen im Weser-Districte siehe Verordnung vom 4. Jul. 1744. Von der Concurrnz der Pfarrer, Pfarr-Witwen, Opferleute und Küster, bey der gemeinen Hude und Weide, Mast- und Holz-Theilungen, siehe oben 2. Abhandl. 7. Kap. und von andern Gemeine-Auffkünften die Verordnung vom 3. August 1780.

10. Kapitel.

Von Rigewerken.

Mitglieder der Gemeine, die an ihren Güthern Theil nehmen wollen, müssen auch ver-

verhältnißmäßig die Arbeiten mit verrichten und zu denen Kosten beitragen, die zum Nutzen der ganzen Gemeine in corpore gereichen, Verordn. vom 3. Aug. 1780. und Rigewerke genannt werden. Sie haben den Namen daher bekommen, weil die Arbeiten von denen Hofbesitzern nach der Reihe, wie sie angebauet, zu übernehmen sind. Die Besitzer der Schrifteassen-Güther sind davon nicht befreyet. Wenn sie ihre Acker, Wiesen oder Garten nicht zäunen lassen, dadurch denen Nachbarn Schaden zufügen, und sich der Rigewerke entziehen, sohet der Gemeine fren, ihnen die Vortheile, die sie aus denen Gemeine-Theilungen zu gewarten haben, bis dahin, daß sie solche geleistet, zu vorenthalten. Machen sie Zäune, Wasserleitungen oder Graben, die ihren Nachbarn schädlich, sind diese nach vorgängiger Anmelddung an die Fürstlichen Beamte, befugt, sothane Neuerungen durch Wegreißung der Zäune, Zuverfung der Graben und Abhaltung des Wassers abzustellen, Verordn. vom 5. August 1720.

II. Kapitel.

Von Meyer-Güthern.

§. I.

Vom Meyer-Contracte.

Bei Meyer-Güthern steht in hiesigen-Landen dem Gutsherrn das dominium directum und utile. 47. Landtags-Absh. von 1597. Art. 19. Verordnung vom 21. Jun. 1703. Das Meyers-Recht fällt auf des Meyers hinterlassene Kinder. Können diese wegen der Folge in den Hof unter sich nicht einig werden, oder der von ihnen Vorgeschlagene scheint dem Gutsherrn und Gerichtsherrn nicht tüchtig zu seyn, wählen diese unter jenen den Vorzüglichsten. Der Gutsherr versiehet ihn alsdann mit einem Meyer-Briefe. Diesem darf er keine neue Bedingungen einrücken, den Zins nicht erhöhen, aus Geld-Zinsen keine Korn-Zinsen, oder aus diesen Geld-Zinsen machen, das Erbenzins-Land nicht in Meyer-Land und dieses nicht in Pacht-Land verwandeln, vielmehr muß er bey Ausfertigung des Contractes das Herkommen auf das genaueste beachten, Landtags-Abchied von 1597.

1597. Art. 19. Verordnung vom 9. März 1737. Rescript vom 15. Nov. 1749.

§. 2.

Vom Wein-Kaufe.

Alle neun Jahr soll aufs neue ein Meyer-Brief gelöst, von jeder Hufe Meyers-Landes, wenn der Acker gut oder der Zins nicht zu hoch ist, höchstens ein Reichsthaler, widrigenfalls aber nach dessen Beschaffenheit verhältnißmäßig nur neun bis achtzehn Mariengroschen an Weinkaufs-Geldern genommen werden, Verordnung vom 25. Jan. 1597. Landtags-Abchied von 1597. Art. 19. Verordnung vom 9. März 1737. Dem Gutsherrn ist nicht verstattet, sich von seinem Meyer, außer den ordentlichen Zins, ein jährlich zu entrichtendes Beweinkaufs-Geld versprechen zu lassen, es wäre denn, er könnte durch Erb-Register, oder sonst, gehörig darthun, daß solches nur in uneigentlichem Verstande so genannt werde, und von Alters her einen wesentlichen Theil der Meyer-Zinsen mit ausgemachet habe, Rescript vom 15. November 1749.

§. 3.

Von Aufkündigung des Meyer-
Contracts.

Wenn die Meyer von ihren Güttern binnen ein, zwey oder drey Jahren den Zins nicht gehörig entrichten, kein markgängiges Korn liefern, die Gütter ganz ausmergeln, denen Verordnungen vom 3. April 1593. vom 2. April 1604. v. 29. May 1612. und dem Landt. Abschiede von 1597. Art. 19. zuwider veräußern, beschweren, vertauschen oder ihren Töchtern zum Brautschaze mitgeben, stehet dem Güttersherrschen, wenn er zuvörderst seine Klage dieserhalb bey der Obrigkeit zeitig angebracht, und ihm darauf nicht rechtliche Hülfe wiederfahren, dem Meyer bey zu Ende gehenden neun Meyer-Jahren um Thoma die Lose zu thun. Er ist aber nach geschעהner Abmeyerung schuldig, den Hof mit einem tüchtigen Colono hinwiederum zu besetzen. Hat selbiger zween Güttersherrschen, ist solches dem überlassen, der davon dem mehrsten Acker bey seinem Hofe hat, Landtags-Abschied von 1597. Art. 19. Amts-E. Ordnung §. 98.

§. 4.

Von Einziehung der Meyer-Gütter.

Meyer-Gütter sollen von denen Güttersherren nicht anders eingezogen werden, als wenn sie deren zu ihrer und der ihrigen Nothdurft bedürfen, Landtags-Abschied von 1597. Art. 19. Verordnung vom 15. Aug. 1707. Besitzen die von der Ritterschaft keine eigene Wohnung, oder können ihr Stamm-Guth Schulden wegen nicht bekräftigen, ist ihnen solches gleichfalls gestattet, es bleiben aber alsdann die angenommenen Gütter denen öffentlichen vorhin davon entrichteten Abgaben unterworfen, Schatz-Ordn. von 1719. Diejenigen, die Meyer-Gütter an sich bringen, sollen solches binnen sechs Monathen dem Schatz-Collegio anzeigen, Verordnung vom 27. Jan. 1756.

§. 5.

Von Wardirung der Meyer-Gütter.

Nach rechtmäßig aufgekündigten Meyer-Contracte, sollen Baulichkeiten, Gail, Gaare und andere Melieramente um Petri durch unpartheyliche des Ackerwerks und der Gebäude

kundige Leute geschätzt, zu dem Ende drey Schürzen, jede zu drey Personen genommen, und dadurch der wahre Werth herausgebracht werden. An Orten, wo die Gebäude aus eigenen Holzungen aufgeführt, wird der dritte Span nicht mit berechnet, Landtags-Absch. von 1597. Art. 19. Wenn bey zu hochgefertigten Anschlägen des Meyer-Guths sich keine Kauflustige melden, der Guthsherr hingegen für die Meßloramente ein Billiges geboten, soll es ein Jahr lang für diese Summe feil stehen, und diesem nach dessen Verlauf, falls sich inzwischen kein annehmlicher Käufer dazu gefunden, für das gethane Gebot überlassen werden, Landtags-Abschied von 1619. Art. 29.

§. 6.

Von Remissionen.

Der Guthsherr ist seinem Meyer, wenn dieser durch Hagelschlag, Miswachs Mäusefraß, durch andere Unglücksfälle oder Beschwerden beträchtlich gelitten, etwas an Zinse zu erlassen verbunden. Dieser ist angewiesen, bey seinem Guthsherrn um den Erlaß, bey dessen Verlust, in denen ersten Tagen des Monats

Zu

Julius nachzufuchen. Die beschädigten oder misrathenen Felder sollen in dessen Beyseyn akkeret bey dem Anfange der Erndte nach Art und Maaße, wie die Amts-Cammerordnung §. 24. solches vorschreibt, besichtigt, dabey ob der Meyer den schlechten Ertrag der Felder durch ungebührliches Abhüten mit Schaafen, durch schlechte Bestellung, oder auf andere Art verursacht habe, in welchem Falle der daraus entstandene Schaden nicht vergütet wird, untersucht, tariret, dabey aber aller Mißbrauch vermieden werden, Landtags-Absch. von 1770. Art. 45. Bey Remissionen des Miswachses wegen, wird kein Abgang, außer, da er durch Hagelschlag, Mäuse- und Schneckenfraß oder dergleichen Verheerungen verursacht, in Betracht gezogen, es sey denn, daß er sich zur Hälfte in beyden Feldern belaufe, Verordnung vom 28. Jun. 1703. Beyde Theile sollen sich bey Festsetzung des Erlasses dasjenige Quantum gefallen lassen, was Fürstliche Cammer ihren Meyern verwilliget, Verordnung vom 14. Oct. 1715. wornach sich auch die Guthsherrn im Amte Thebinghausen zu richten haben, Verord. vom 6. Oct. 1776. Die Fürstliche Cammer leget bey zu bestimmender Remission den vollen,

und nicht den etwa durch eine Behandlung her-
unter gesetzten Zins zum Grunde, 1) und erläßt
fer nach eingebrachten Abgange am gewöhnli-
chen Ertrage auf:

Ein Dritttheil	ein Viertheil
drey Achtel	ein Viertheil
zwey Fünftheile	ein Dritttheil
die Hälfte	ein Dritttheil
drey Fünftheile	die Hälfte
fünf Achttheil	die Hälfte
zwey Dritttheil	die Hälfte
drey Viertheil	zwey Dritttheil
vier Fünftheil	zwey Dritttheil
sieben Achttheil	drey Viertheil
das Totum	drey Viertheil

Wenn der Abgang weniger als ein Dritttheil
ausmachet, nichts. Attest. Cam. von 21. April
1735. Cammer-Schr. an die Justiz-Canzl. v.
23. April 1779. Die Fürstl. Kloster-Raths-
Stube remittiret denen Stifts- und Kloster-
Meyern gleichfalls nach Grundlegung des vol-
len Meyer-Zinses auf:

das Totum	drey Viertheil
zwey Dritttheil	zwey Dritttheil
drey Viertheil	die Hälfte
fünf Achttheil	ein Dritttheil

die

die Hälfte ein Dritttheil
drey Achttheil ein Dritttheil
Ist der Abgang darunter, hat kein Erlaß Statt.
Die Feldbesichtigungskosten sind durch die Ver-
ordnung vom 27. November 1775. bestimmt.
Hat der Gutsherr dem Meyer den Zins für
beständig auf ein gewisses herunter gesetzt, so
soll es bey dem gemäßigten Quanto lediglich ge-
lassen werden, Verordnung vom 7. Aug. 1775:
Landtags-Absh. von 1682. Art. 16. Kommt
der Meyer durch Brandschaden um das Sei-
nige, wird über den verlangten Erlaß an Meyer-
Zinsen kein Rechtsstreit verstatet, sondern er
soll durch eine niederzusetzende Commission nach
der Billigkeit ermäßiget werden, Verordnung
vom 22. Jun. 1747.

1) Attest. Fürstl. Cammer bey Raiten vom Meyers
Rechts, pag. 68.

5. 7.

Von Bestreitung der Meyer-Zinsen.

Steht dem Gutsherrn keine Gerichtsbar-
keit über seine Meyer zu, sondern es wohnen
diese in Amtes-Dörfern, sollen jene sich aller
Auspfändung enthalten, und gegen die Censu-

ten, wenn sie vor Martini nach vorgängiger Anmahnung nicht gebührenden Abtrag gemacht, gerichtliche Hülfe suchen. Die Obrigkeiten sind angewiesen auf ihr Anrufen denen Meyern aufzugeben, vor Advent den rückständigen Zins zu entrichten, bis dahin von ihrem vorräthigen Korn nichts abhandeln kommen zu lassen, und bey beharrlichen Ungehorsam dem Gutsherrn, durch Ausdreschen des Korns, Einlager oder Auspfändung ungesäumet zu den Seinigen zu verhelfen, Landtags-Absh. v. 1597. Art. 20. Verordnung vom 18. Nov. 1636. vom 29. Aug. 1718. Es ist jedoch dieses nur von laufenden Zinsen zu verstehen, maassen, wenn sie von vielen Jahren schuldig geblieben, auf die Erhaltung der Mener Bedacht zu nehmen, Decl. vom 20. Oct. 1718. Sollte sich ergeben, daß selbige nach Abzug der vor allen Dingen zu entrichtenden öffentlichen Abgaben und anderer ein Vorzugs-Recht habenden Forderungen, auch ohne ihren Nachtheil den Gutsherrn nicht sobald, oder nicht völlig befriedigen könnten, soll die Obrigkeit bey Strafe für den durch ihre Nachlässigkeit dadurch erwachsenden Schaden einzustehen, einen statum activorum und passivorum der Censiten fertigen, und ihn

jenen,

jenen, mit Bemerkung, was dabey dieserhalb etwa ferner vorzunehmen seyn mögte, mittheilen, Verordnung vom 23. Febr. 1775. Von der Befugniß der Gutsherrn im Amte Thedinghausen, ihre Mener wegen rückständigen Zinsen eigenmächtig zu pfänden, siehe Verordn. vom 7. Oct. 1776.

§. 8.

Von Verminderung des zu hoch behandelten canonis.

Wenn die Mener-Stäte so wenig aufbringen, daß colonus noch Absatz der darauf haftenden Unpflichten, die auf alle Weise den Gutsherrn mit betreffen, seinen Haushalt nicht gebührend führen, und die auf den Ackerbau zu verwendenden Kosten nicht bestreiten kann, so ist der Gutsherr auf jenes Verlangen schuldig, den jährlich zu entrichtenden Zins zu mindern, Verordnung vom 23. Febr. 1775. Will er sich dazu im Wege der Güte nicht verstehen, soll er in possessorio, wenn er zuvor bescheiniget, daß der Mener seit dem letzten vor eingereichter Klage verfloßenen fünf oder mehreren Jahren einen gleichförmigen canonem entrichtet,

tet,

ter, auch in dem Falle, da er etwa in denen ältern Erb-Registern geringer angegeben, bey Erhebung sothanen Zinses geschülzet, Rescript vom 21. Nov. 1747. vom 8. März 1751. in petitorio, welches nicht vor der ordentlichen Obrigkeit, sondern vor einer von der Landesherrschaft niederzusetzenden Commission, der hien zu benzuwohnen hat, anzustellen, der Zins, wenn Commissarius zuförderst, wie hoch er in denen Erb-Registern beschrieben, in wie ferne davon abgewichen, erforschet, und die Kräfte des Hofes untersucht, ohne auf rem judicatum oder eine eintretende Verjährung zu sehen, nach Billigkeit registret werden, Rescript vom 8. Jun. 1747.

12. Kapitel.

Von wüsten Höfen.

Gutsherren und Inhaber der wüsten Höfe sind angewiesen, sie zu bebauen und mit Colonis zu besetzen, widrigenfalls sie zu gewärtigen haben, daß die Beamte sie, nach vorgängiger Bewilligung Fürstlicher Cammer, tüchtigen Anbauern überlassen. Amts-E. Ordnung §. 91.

§. 91. Diesen sollen die Geringsten die dazu gehörenden Theilungen an Wiesen, Holze u. d. gl. folgen lassen, Verordnung von 1651. vom 27. März 1705. Sie genießen drey Jahr lang die Contributions-Freyheit zu drey Vierteln, Verordnung vom 8. März 1717. welcher die Eigenthümer sothaner Höfe, die deren Anbau, in soferne er thunlich, unterlassen, verlustig werden, Verordnung vom 7. Aug. 1721.

13. Kapitel.

Von der Bau-Freyheit.

Die Bau-Freyheit soll nur denen, die durch Brandschaden, oder andere Unglücksfälle, um ihre Gebäude gekommen, angedenken, Verordnung vom 28. Jun. 1703. vom 6. Nov. und 18. Dec. 1713. Sie wird auf keine gewisse Jahre, sondern verhältnismäßig nach denen zum neuen Bau erforderlichen Kosten, und in der Maaße ertheilet, daß denen Brandt-Beschädigten von ein hundert Reichsthalern fünf und zwanzig, denen Anbauern und Hof-Besitzern, die einen nöthigen Bau vornehmen, von Hundert Reichsthalern zwanzig an der Contribution

gut gethan, davon inne behalten, und ihnen dieses Quantum ein vor alles bey allen öffentlichen Anlagen zu gute kommen soll, Verordn. vom 5. Oct. 1709. vom 8. Jan. 1710. vom 20. May 1710. jedoch, daß sie die Gebäude zwey Fuß in und eben so hoch über der Erde untermauren, Verordn. vom 3. Jul. 1745. und die Schornsteine mit steinernen Bogen und Pfeilern verwahren, deren Kosten mit taxirt werden, Verordnung vom 8. Oct. 1744. Denen Käufern der neu angebauten Häuser, kommt die Hälfte der noch zu genießenden dreijährigen Freyheit zu statten, Verordnung vom 12. Oct. 1756. Diejenigen, so bey Fürstlichen Ministerio der Bau-Freyheit wegen Bittschriften einreichen, sollen selbigen einen von ihrer Obrigkeit geprüfeten Bau-Anschlag, Verordnung vom 5. Oct. 1709. und diese dem auf Erfordern abzustattenden Berichte ein Verzeichniß, dessen, so der Baulustige an Contribution, Dienst-Gelde und Land-Schake zu erlegen hat, beyfügen, Verordnung vom 11. Sept. 1710.

14. Kapitel.

Von Unpflichten.

Alle im Lande belegene Güther sind der Regel nach denen gewöhnlichen Unpflichten unterworfen, es sey denn, daß deren Exemption erwiesen werde. Schatzbare, frey ausgegangene Grundstücke sollen hinwiederum catastriret, und gegen die dieserhalben vorzuschickenden Freyheit kein altes Herkommen und dadurch eingetretene Verjährung angeführt werden, Schatz-Ordn. von 1619. Haben die Schatz-Einnehmer bey deren Eincaßirung was versäumt, soll solches der Land-Kenterey unschädlich seyn, Schatz-Ordnung von 1619. Art. von Zehend-Schatz. Außer denen Abgiften und Prästandis an Meyern und Erben-Zinsen, Zins- und Rauch-Hühnern, Osters- und Pfingst-Ehern, denen zu leistenden Diensten, und der Landfolge, müssen die Besitzer pflichtiger Bauer-Güther, Schatz- und Land-Schatz auch Contribution abführen. In Ansehung dieser ist ein gewisser Fuß festgesetzt, nach welchem bey denen Dorf-Gemeinen auch die Neben-Ausgaben zu collectiren, Verordnung vom 27. October 1750. Er ist folgender:

Im Wolfenbüttelschen und Schöningh- schen Quartier.

1) Von denen Höfen.

Ein Ackerhof giebet monatlich
in simplo " 6 Margr. Pf.

Ein Halbspänner " 4 " "

Ein Gros-Köter, oder so mit
Pferden dienet " 4 " "

Ein Klein-Köter, der etwas
Land hat " 3 " "

Ein Köter oder Brinkfiser, so
kein eigen Haus oder Land
besitzet " 4 " "

Von einer wüsten Hofstätte und
Garten, wobey Theilungen
im Holze und Wiesen ge-
nuhet werden, soll der vier-
te Theil dessen, was ein be-
baueter Hof abtraget, ent-
richtet werden.

2) Vom

2) Vom Acker-Lande.

a) Vom zehend- und dienstpflchtigen
Meyer-Lande, so sehr gut und in der
Classification mit einem nota bene
bezeichnet ist:

Von jedem Morgen	"	3 Pf.
in der ersten Classe	"	2 "
in der zweyten Classe	"	1 1/2 "
in der dritten Classe	"	1 "
in der vierten Classe	"	1/2 "
in der fünften Classe	"	1/4 "

b) Von zehend- und dienstpflchtigen Erbs-
und Erben-Zins oder Lehn-Lande, so
mit einem nota bene bemerkt

in der ersten Classe	"	4 "
in der zweyten Classe	"	3 "
in der dritten Classe	"	2 1/2 "
in der vierten Classe	"	1 1/2 "
in der fünften Classe	"	1 "
	"	1/2 "

c) Vom Erb-Zins oder Lehn-Lande, so
ganz dienst- und zehendfren ist, und
bey welchem in catastro ein nota
bene befindlich

in der ersten Classe	"	5 "
in der zweyten Classe	"	4 "
	"	3 "

v. Lieb. Catal. Nr. 26. C c in

in der dritten Classe	=	Mgr. 2½ Pf.
in der vierten Classe	=	" 1½ "
in der fünften Classe	=	" 1 "

- d) Kotland wird nach dessen unterschiedenem Ertrage in die eine oder andere Classe gesetzt, wobei auf Wild-Schaden und andere eintretende Umstände Rücksicht zu nehmen ist.

3) Von Wiesen.

- a) Von einer Grumt-Wiese, so zweymahl gemähet wird, für jedes Fuder = = = 4 "
- b) Von einem Ager oder sonst guten Wiese für jedes Fuder = = = 3 "
- c) Von einer Holz- oder Berg-Wiese, von jedem Fuder = = = 2 "

4) Von der Weide für Ochsen und Rindvieh.

- a) Für einen Ochsen oder Kuh in der besten Weide monatlich 1 Mgr. 1 Pf.
- b) In guter Ager-Weide = = = 6 "
- c) In mittelmäßiger Weide = = = 4 "
- d) In schlechter Weide = = = 3 "
- e) Für

- e) Für ein Kind von zwey Jahren in der besten Weide = = Mgr. 4 Pf.
- f) In guter Ager-Weide = = = 3 "
- g) In mittelmäßiger Weide = = = 2 "
- h) In schlechter Weide = = = 1½ "

5) Von der Holzung.

- a) Die Höfe, bey welchen freyes Brenn- und Bauholz ist, oder von welchen etwas verkauft werden kann, werden zum vierten Theile höher, als sonst die Feuer-Stätte trägt, angesetzt.
- b) Die nur nothdürftiges Brennholz haben, auf den sechsten Theil.

6) Von Pferden.

Dem Ackermanne werden wegen der Dienste zweyen Pferde, dem Halbspänner ein Pferd frey gelassen. Von denen übrigen wird durchgehends in

Köter, die mehr als zween Pferde
halten, geben davon doppelt,
von jedem Stücke monatlich 1 Mgr. Pf.
Von Fohlen unter zween Jahren
wird nichts entrichtet.

7) Von Schweinen.

Von Schweinen, die über ein
Jahr alt, die freye Mast ge-
nießen, oder davon eine ge-
ringe Recognition abgetras-
gen wird, für jedes Stück " " 1 "
Von denen, so keine Mast ha-
ben, für jedes Stück " " $\frac{1}{2}$ "

8) Von Ziegen.

Von jedem Stücke " " 2 "

9) Von Bienen.

Von jedem Korb " " $\frac{1}{2}$ "

10) Von der Nahrung.

- a) Ein Kornhändler giebet mo-
natlich " 3 Mgr. " "
b) Ein Vieh-Händler " 3 " " "
c) Ein Wein-Händler " 9 " " "
d) Ein

- d) Ein Garn-Händler " 2 Mgr. Pf.
e) Der mit Linnen handelt " 2 " " "
f) Ein Kramer oder Victua-
lien-Händler " 2 " " "
g) Ein Fleischer " 5 " " "
h) Ein Land-Fuhrmann, Ho-
pfen-Händler, ein Karren-
Führer " 3 " " "
i) Ein Erb- und Lehn-Müller
von jedem Gange zween bis 3 " " "
k) Ein Windmüller desgleichen
zween bis " 3 " " "
l) Die Pacht-Papier-, Del-, Bor-
ken-, Schneide- und Kupfer-
Mühlen werden verhältniß-
mäßig nach ihrem Ertrage
catastrirt.
m) Ein Krüger giebet von der
Sellung, nachdem die Nah-
rung ist, einen, zween bis 3 " " "

11) Von Handwerkern.

- Ein Schmidt, der Gesellen hat 4 Mgr. " "
Ein Schmidt, der keine Gesellen
hält " 2 " " "
Ein Leineweber, der Gesellen hat 2 " " "

Et 3

Ein

Ein Leineweber ohne Gesellen	1	Mgr.	4	Pf.
Ein Schneider	"	"	"	"
Ein Schuster der neue Arbeit macht	3	"	"	"
Ein Schuhlicker	"	"	"	"
Ein Rademacher	2	"	"	"
Ein Pflugmacher	1	"	"	"
Ein Zimmermann	3	"	"	"
Ein Sagen-Schneider	2	"	"	"
Ein Tischler	2	"	"	"
Ein Glaser oder Fenster-Ma- cher	2	"	"	"
Ein Bölddecker	2	"	"	"
Ein Bader oder Barbierer	3	"	"	"
Ein Becker	3	"	"	"
Ein Hausflächter	1	"	"	"
Ein Drechsler	2	"	"	"
Ein Kalk- oder Gipsbrenner	1	"	"	"
Ein Maurer	2	"	"	"
Ein Kleinschmidt	2	"	"	"
Ein Dachdecker	2	"	"	"
Ein Kalkschneider oder Lemm- tizer	2	"	"	"
Andere Handwerker nach Ver- hältniß der Nahrung				

12) Von Häuslingen.

Manns- und Frauens-Personen, die Taglohn verdienen können	1	Mgr.	4	Pf.
Einzelne Frauens-Personen	1	"	"	"
Leibzüchter, die noch bey ziemli- chen Kräften	"	"	4	"
Alte und unvermögsame	"	"	2	"
Ein lediger Kerl, der als Knecht dienen kann	3	"	"	"
Eine ledige Magd	2	"	"	"
Wenn die Nahrung nicht son- derlich, wird der Ansaß nach Billigkeit gemäßiget.				

Im Harz-Quartier.

Von einem Acker-Hofe	5	Mgr.	"	"
Von einem Halbspänner-Hofe	3	"	4	"
Ein Groß-Köter oder Kärner giebet	3	"	4	"
Ein Klein-Köter, der etwas Land hat	2	"	4	"
Ein Klein-Köter oder Brinkfi- her ohne Land	2	"	"	"

Im Weser-Quartier.

Von einem Acker-Hofe	=	4 Mgr. 4 Pf.
Von einem Halbspänner-Hofe	3	" "
Ein Groß-Köter erleget	3	" "
Ein Klein-Köter, der etwas		
Land hat	=	2 " "
Ein Brinkföher	=	1 " 4 "
Von wüsten Höfen wird im		
Harz- und Weser-Districte		
gleichfalls nur der vierte		
Theil erleget.		

15. Kapitel.

Von Mühlen.

Es soll keinem neue Mühlen, die denen, so in der Nähe belegen, nachtheilig seyn könnten, ohne Einwilligung des Landesherren und derer, die bereits dergleichen in der Nähe haben, zu bauen gestattet, noch Jemand auf einer gewissen Mühle stets und unausbleiblich zu mahlen gezwungen werden, es sey denn, daß, so viel letzteres betrifft, demselben solches von Alters her verboten, und er darauf in der Mühle, das

dahin er gezwungen worden, binnen denen zur Verjährung erforderlichen Jahren gemahlen habe, oder daß deswegen rechtskräftige Erkenntnisse oder sonsten bündige Verträge vorhanden wären, Landtags-Abschied von 1597. Art. 22. von 1619. Art. 20. von 1770. Art. 24.

16. Kapitel.

Von Mitgasten.

Verlöbniß-Kosten sollen eingestellt, bey der Hochzeit ohne einigen Unterscheid zu beachten, nicht mehr denn vier Tische für die Freunde gesetzt, jeder derselben nur mit vier Schüsseln versehen, über zween Tage die Gäste nicht bewirthet, Land-Ordnung §. 16. 17. Bey der Aussteuer der Kinder die Höfe nicht beschweret, und zu dem Ende dem Ackermanne selbst nur 30, dem Halbspänner 15, und dem Kofthassen 8 Marien-Gulden auszuloben gestattet werden, bey Strafe, die überschießende Summe doppelt zu erlegen, und in Ansehung der Töchter, bey Verlust der fräulichen Gerechtigkeit, wenn die Höfe, in welche sie solche bringen, mit Schulden verhaftet, und die-

serhalb unter denen Gläubigern der Erstigkeit wegen, Streit entsteht, Land-Ordn. Art. 32. Die Mitgast pfleget außer dem baaren Gelde, oder fluchtigen Lande, im rauhen Guthe und Viehe zu bestehen. Werden letztere allererst einige Zeit nach vollzogener Hochzeit gefordert, und der Hofs-Besitzer kann sie nicht in der verschriebenen Art liefern, muß er deren Werth erstatten. Dieser wird alsdann nicht nach dem marktgängigen Preise, auch nicht nach dem, den es zur Zeit der Auslobung gehabt, sondern nach Billigkeit, wie es der Hof ertragen kann, etwa folgender gestalt bestimmt:

Für einen Morgen Rocken	5 bis 7 Reichsthlr.
Für einen Morgen Gersten	5 bis 6 Reichsthlr.
Für einen Morgen Haber	4 Reichsthlr.

S. Act. J. Ref. A. J. S. Kraumen g. Harms, für ein Pferd aus einem Ackerhofs 20 bis 30 Rthlr aus einem Halbspännerhofs

10 = 15 =
für eine Kuh = 5 = 8 =
für ein Bette = 5 = 6 =
für ein Ehrenkleid = 5 = 10 =

Für das Essen zur Hochzeit 1 bis 3 halbe Tsch Vier, dieses nach dem jedesmahligen Preise. S. a. d. Ref. Amt J. S. Friederichs g. Schwannecke, J. S. Nordmann g. Schwannecke, Brandenburg

densche Eheft. vom 3 März 1731. Heinrich Möbbers von 1729. Act. J. S. Jasse g. Jorzens von 1725. A. d. Bruiſche Debit-Wesen betreffend von 1755.

17. Kapitel.

Von der Erbfolge in denen Höfen ohne Testament.

Selten pflegen die Bauren durch Testamente, gemeiniglich durch zu errichtende Ehe-Stiftungen über die Nachfolge in ihre Höfe zu verordnen. Ist dieserhalb nichts festgesetzt worden, so tritt Successio ab intestato ein, und hierbey sind folgende Fragen zu erörtern: Wem gehöret von denen hinterbliebenen Kindern der Hof? wie viel gebühret dessen Annehmer zum voraus vor seine Geschwister? wie ist es mit dem Erbe zu halten? Betreffend die Hofs-Annahme, so haben die Söhne vor denen Töchtern, Act. J. Ref. A. J. S. Zilber g. Fricken, von 1685. Eheft. Mart. Borchers und Magd. Jul. Gustedt vom 28. März 1686. Henn. Markt wordt und Jse Redders vom 24. Jun. 1683. Mat. Helms und Mar. Jans vom 23. Nov.

1704. Die Kinder erster Ehe vor die Kinder zweyter Ehe, Act. J. Res. Amt, betreffend die Eheft. Pet. Harms und Ilse Stein v. 22. Jul. 1703. Eheft. Hans Tilemann und Margar. Wasmus, und die gesamten Kinder vor des Erblassers Witwe den Vorzug. In einigen Aemtern hat der jüngste Sohn wegen des Hofes das Köhr-Recht, als im Fürstl. Residenz-Amt zu Wolfenbüttel, Act. d. Eheft. Henn. Schoppen und Cat. Klanenberg, von 1637. d. Erb-Vertr. d. Gebr. Wippeling, von 1634. Eheft. Henr. Köber und El. Neupfen, vom 11. May 1727. Eheft. Mat. Brandes und Mar. Brandes vom 3. März 1731. Act. J. S. Futtermeyer g. Langenbartels im Amte Thedinghausen, Verordnung vom 25. April 1776. und im Amte Königslutter. Hingegen ist es nicht hergebracht in denen Aemtern Schöningen, Amts-Attest. für Peggau, vom 20. Jan. 1725. Warberg, Amts-Attest. vom 20. Jan. 1725. und Harzburg, Amts-Attest. vom 20. Januar 1725. ¹⁾ An Orten, wo solches nicht durch eine Observanz außer Zweifel gesetzt, ist darüber Beweis beizubringen. Hinterläßt der Bauer verschiedene Höfe und etliche Kinder, so sollen jene nicht zusammen bleiben, sondern unter diese ver-

vertheilet werden, Verordnung vom 3. Nov. 1760. vom 4. May 1778. Bey Erörterung der Frage, wie viel dem Annehmer des Hofes zum voraus vor seine Geschwister zuzubilligen, so sind ihm, da dessen Liebergabe selten gleich nach der Erndte, sondern öfters viele Monathe vorher geschiehet, auch dem Staate sehr daran gelegen, daß die Höfe erhalten, und davon die öffentlichen Abgaben gehörig entrichtet werden, sehr billige Bedingungen bey dessen Annahme zu machen. Man hat aus diesen Gründen ihnen bey denen Gerichten jederzeit so viel zum voraus zukommen lassen, als zur Ausfaat, Viehfutter, Brodtkorn, Meyer-Zinsen, Gesinde-Lohn und Unpflichten bis zur nächsten Erndte etwa erfordert werden mögte; welches, wenn man es genau berechnet, mehrentheils die Hälfte des Werths des Hof-, Vieh- und Feld-Inventarii ausmachet; wie denn auch solches gestalt Fürstl. Hof-Gericht in Sachen Struben gegen Struben erkannt hat. Bey Annahme der Höfe, die Erben-Zins, oder Bauren-Lehn sind, finden gleiche Grundsätze Statt. Ist nicht die Stätte, sondern sind nur die Grundstücke mit dieser Eigenschaft versehen, und Pertinenzzen des Hofes, so erhalten die Mit-Besahnten da-

davon einen Zins, dessen jähriger Ertrag nach der Güte des Ackers den Morgen zu 12, 18, oder 24 Margr. höchstens auf einen Reichs Thaler gerechnet, festzusetzen, Act. J. Resid. Amts J. S. Weddies g. Hartmann, J. S. Schüke g. Wildschüke. Betreffend die Frage, wie es mit dem Erbe zu halten, worunter das fluchtige Land mit gehört, so gehen in solchen die Geschwister mit dem neuen Hauswirth zu gleichen Theilen, Land-Ordnung §. 33.

1) Nolten d. J. villic. §. 41. 42.

18. Kapitel.

Von Abfindung der Kinder aus denen Höfen.

Die Kinder werden entweder bey Lebzeiten des Vaters oder nach dessen Tode von dem Annehmer des Hofes abgefunden. Ist jenes, so kommt es darauf an, ob der Vater dabey Rücksicht auf sein ganzes Vermögen, oder bloß auf den Hof genommen. Im ersten Falle bekommen die abgefundenen Kinder von dem nach dem Bedinge vermehrten väterlichen Vermögen nach

nach dessen Tode ihren Antheil, im letztern bleiben ihnen die Rechte an dem übrigen Nachlaß bevor. Die Geschwister erhalten allererst ihre Abfindung, wenn sie zu Ehren kommen, es wäre denn, daß besondere Umstände eine Ausnahme bewirketen. Zinsen werden davon nicht entrichtet, Act. d. Resid. Amts J. S. Denike g. Hofmeister, J. S. Lindner g. Markwort. Kann der Guths-Besitzer nicht sogleich völligen Abtrag machen, sind ihm leidliche Termine zu setzen. Stirbet der, dem die Abfindung ausgelobet, unverheyrathet, fällt solche dem Hofe zu, Fürstl. Justiz-Canzl. Ausschr. von 1753.

19. Kapitel.

Vom Alttheile.

Leiden die Kräfte des Hof-Besizers nicht, dem Hofe gehörig vorzustehen, wird er von Amts wegen angewiesen, ihn einem seiner Kinder gegen Auskehrung einer Leibzucht abzutreten. Besitzt er mehrere Höfe, soll er einen statt selber behalten, Verordnung vom 3. Nov. 1760. vom 4. May 1778. Der Alttheil pfleget in dem freyen Aufenthalte in des Wirths Stube, einer Cam-

Cammer, Ausfütterung einer Kuh an des Hauswirths Krippe, Haltung eines Deel-Schweines, in dem dritten Theile des Gartens, und etwas Feld-Lande zu bestehen, welches dieser ihm nach erhaltener Einsaat frey bestellen muß. Besinnet sich in der Folge der Zeit, daß er zu hoch bestimmt worden, ist er zu mindern, Act. d. Resid. Amts J. S. das Eradersche Debit-Besessen betreffend. Freyhet einer in den Hof auf Jahre, bringet in solchen einen Theil seines Vermögens, und hat ihm gut vorgestanden, bekommt er außer einer guten Leibzucht auch das Recht, seine Kinder daraus abfinden zu lassen, Act. d. Resid. Amt J. S. Gerken g. Lages, J. S. Jordan g. Eggeling von 1730. Stirbet einer der Altleute, fällt dessen Theil dem Hofe zu, Circular-Schreiben der Justiz-Canzl. von 1753. es sey denn, daß aus der Ehe mit des Hof-Besizers Witwe unerzogene Kinder vorhanden, in welchem Falle der Ueberbleibende ihn ganz behält, Act. d. Resid. Amts J. S. Meiser g. Bergmann, Ehestift. Matt. Brandes und Marie Brandes vom 3. März 1771. Die Begräbniß-Kosten stehet der Hauswirth. Ziehen die Altleute vom Hofe, verlieren sie nur denjenigen Vorthheil, den sie an einem andern Orte

Orte ohne Nachtheil des Hof-Besizers nicht genießen können, als die freye Wohnung, Ausfütterung einer Kuh, und Haltung eines Deel-Schweines, behalten hingegen die Aufkünfte vom Lande, Garten und Wiesen, welche ihnen zu verpachten frey stehet.

20. Kapitel. Von Diensten.

§. I.

Vom Ursprunge der Dienste.

Der Ursprung der ordentlichen Beduef des Amtshaushalts zu leistenden Dienste ist in den ältern Zeiten zu suchen. In hiesigen Landen sind sie seit etlichen Jahrhunderten von den Besizern der Bauerhöfe prästiret worden. Man trifft wenige auf Klöster im 13ten und 14ten Seculo gerichtete Schenkungen an, in welchen nicht die ihnen verehrten Gütther von Diensten befreyet worden. In denen Schloß-Beschreibungen der Fürstlichen Häuser im 14ten Jahrhundert geschieht jederzeit, unter andern

v. Liebß. Einl. 2r. Th. D d Zu

Zubehörungen, der Leute, Dienste, Zinse und Bede Erwähnung. Man findet auch um diese Zeit gefertigte Urkunden, besage welcher, wenn Dörfer mit Diensten Untern überlassen, dabei die Versicherung gegeben, daß die Fürstlichen Aemter den Dienst aus solchen, während denen Pfand-Jahren nicht fordern sollen, woraus denn sattsam erhellet, daß dergleichen schon vermahlen auf denen Höfen gehaftet haben.

§. 2.

Von der Dienst-Verfassung im sechszehnten Jahrhundert.

Auf dem Landtage von 1561. beschwerten sich die Stände über die Erhöhung der Dienste, mit Bitte, zu verfügen, daß die Unterthanen damit nicht über die Gebühr beschweret würden. Im Jahre 1570. ließen sich die Beamten zu Lichtenberg außer dem zweytägigen Wochen-Dienst auch Dienst-Geld entrichten, es wurden auch die Leute hin und wieder wöchentlich vier und mehrere Tage zu dienen gehalten. Dieses bewog die Stände die Landesherrschaft anzufragen, sich mit einem wöchentlichen Dienst-Tage zu begnügen, jedoch denen

unerschädlich, die ein geringeres bedürften. Sie erhielten darauf die Resolution: „Es sey mahnlich bewußt, daß in diesem Fürstenthume über verjährete Zeit üblich gewesen und hergebracht sey, daß die Unterthanen, so sonst dessen von Alters nicht befreiet gewesen, wöchentlich zween Tage ordinair zu fahren und Herrendienst zu leisten schuldig. Daß der Herzog diesen Dienst nachlassen sollte, wäre nach dem Haushalte des Fürstenthums ihre Gelegenheit nicht, achteten sich auch dessen nicht schuldig, da sogar die vom Adel auch den geringsten Köder-Dienst nachzulassen Bedenken trügen. Man werde dem Herzog also nicht verdenken, daß derselbe bey solchem hergebrachtten Gebrauche verbleibe. Der übermäßigen Dienste wären die Amtsleute nicht geständig, wenn aber in der Erndte oder zur Landfuhr mehr Tage gefordert würden, sey Fürstlicher Befehl, daß darnach der Dienst zu anderer Zeit nachgelassen würde.“ Auf wiederholte Vorstellung der Stände ließ sie der Landesherr bedeuten: „Daß die, so zu dienen schuldig, und mit denen nicht ein sonderliches ausgedinget, wöchentlich zween Tage zum Dienst gefordert wurden, solches achteten sie, geschehe

D d 2

„nicht

„nicht unbillig, da solche über verjährte Zeit
 „Rechtsens hergebracht, davon der Herzog auch
 „nicht abzustehen mußte, sondern sich schuldig
 „erkannte, Pero Erben solche Dienste, im-
 „maaßen sie solche von ihrem Herrn Vater er-
 „erbet, zu liefern und zu lassen, wie sie ihrem
 „Herrn Vater versprochen; daß aber, wenn die
 „Leute in einer Woche über zween Tage gedie-
 „net, denenselben solches zu gute kommen solle,
 „sey ihre Meinung.“ Wie sich die Stände da-
 ben nicht beruhigten, und anderweit desfalls
 das Behufige vorbrachten, folgte unter dem
 15. Jun. 1572. eine höchste Resolution des In-
 halts: „Weil an solchen Diensten Seiner Fürst-
 „lichen Gnaden Hoheit liege, könnten sie die-
 „selben, dem beschehenen Suchen nach, nicht
 „abschaffen; es solle aber Niemand über alte
 „Gewohnheit mit Dienst belegt oder beschwe-
 „ret werden, welches sie denn allseits denen
 „Ämtern eingebunden.“ Die Stände nah-
 men den 16. Jun. 1572. diese Erklärung fol-
 gendermaaßen an: „Sie wären mit des Lan-
 „desfürsten gnädigen Erklärung zufrieden, näm-
 „lich daß die, so sonderliche Dienste bedinget,
 „vermöge aufgerichteter Verträge dabey bleiben,
 „und die andern Untertanen wöchentlich über
 „zween

„zween Tage zum Dienste nicht gefordert wer-
 „den sollten. Wenn es aber aus erheischender
 „Noth geschehen mußte, daß denn ihnen die
 „übrigen Tage in denen folgenden Wochen ge-
 „kirzt wurden.“ Hieraus ist, nachdem auf
 unterschiedlichen Landtragen darüber weiter gehan-
 delt, der §. 1. des Landtags-Absch. von 1597.
 erwachsen.

§. 3.

Von denen unterschiedenen Arten der Dienste.

Die Dienste der Untertanen sind in An-
 sehung ihrer Bestimmung, des Dienstherrn,
 und der Art und Maaße zu dienen von einan-
 der sehr unterschieden. Diejenigen, die zu Ab-
 wendung der Krieges-Gefahr, Beschützung des
 Landes, Sicherheit der Untertanen, Ausü-
 bung der richterlichen Gewalt und Beförderung
 der allgemeinen Landes-Wohlfahrt erforderlich,
 gehören zur Landfolge, wozu die Untertanen
 dem Landesherrn, vermöge der ihm zustehenden
 Hoheit verpflichtet sind.¹⁾ Die zu öconomi-
 schen Arbeiten zu verwendenden Dienste sind Fol-
 gen der ehemahligen herrschaftlichen Gewalt,

und der Leibeigenschaft der Bauern, welche Bürgern, beyder ihnen erteilten persönlichen Freyheit oder deren Auswandern, auf denen Höfen haften geblieben. 2) Sie sind entweder ordinaire, extraordinäre, oder bediaget, und werden dem Landes- oder Gutsherrn, auch wol beyden von einem Dienstmanne geleistet.

1) Struben d. Jur. Villic. C. 5. §. 3. seq.

2) Leiser ad Pand. Sp. 16. n. 1. Sp. 416.

Von des Landesherrn Rechte zur Dienstleistung.

Bauergüter sind schon im mittlern Zeitalter dienstpflichtig gewesen. Als Herzog Magnus im Jahre 1367. dem Rathe zu Braunschweig den kleinen Huldbrief erteilte, versprach er ihm in solchem, gleichsam als eine Ausnahme, sie und ihre Meyer mit Beden und Diensten auf keine Weise zu beschweren. Es ist daher die Vermuthung für den Landesherrn daß ihnen von solchen die Dienste geleistet werden müssen, und diese hat so lange Statt, bis die Hof-Besitzer eine Dienstfreyheit durch Gnadenbriefe oder Verjährung erweisen, Landtags-

Ab-

Abstand von 1597. Art. I. auch in dem Falle, wenn selbiger seinem Verichte oder Gutsherrn mit Diensten zugleich verpflichtet ist.

1) Struben d. Jur. Villic. C. 5. §. 9. seq. Ej. vices. ad J. Villic. n. 41. Id. d. bon. meierd. §. 14.

2) Rathmeyer. Br. Lüneb. Chron. p. 630. 704.

§. 5.

Von unbestimmten Diensten.

Als die Herzoge Bernhard Otto und Friedrich einiger Dienste benöthiget waren, und die Prälaten der Rath und die Bürgerschaft zu Braunschweig ihnen solche überließen, stellten besagte Herzoge diesen am Tage Bartholomäi 1425. einen Revers aus, worin es unter andern heisset: „Jeder Bauant soll zween Tage pflügen, einen Tag Mist, einen Tag Heu oder Korn, nebst fünf Fuder Brennholz fahren, — und wolle man von denen sogenannten Meyern fürder nicht mehr Dienstes oder Bede heischen, nehmen, oder heischen lassen, auch sollen die Dienst-Befehungen, die Dienste der Bögte und Unter-Bögte, die Tavernen (Bier-) Fuhren, die Fuhren außer Landes, die Heer-

D d 4

„fährt

„fährt ausgenommen, das Halten und Aus-
 „füttern der Schweine, Kühe und Pferde in
 „denen Dörfern, das Geldnehmen für die
 „Dienste, und alle andere Dinge, womit die
 „Meyer etwa vor Zeiten beschweret worden,
 „gänzlich abgethan seyn.“ 1) Sie sind diesem
 nach zu verschiedenen und allgemeinen Nothwen-
 digkeiten der Fürstlichen Häuser gebraucht wor-
 den, und scheinen daher Dero Zeit unbestim-
 met gewesen zu seyn. Gegenwärtig sind sie
 insgesamt entweder bedinget oder durch das Her-
 kommen determiniret, Landtags-Abschied von
 1597. Art. 1.

1) Kethmeyer Br. Lüneb. Chron. p. 721. 731. 852.

§. 6.

Vom ordinairn Dienste.

Herrschaftliche Ackerleute und Burg-Meyer
 sind wöchentlich zween Tage, Halbspänner einen
 Tag, Rothfassen zween Tage mit dem Span-
 ne, Brinksiker einen Tag, und Häuslinge ei-
 nen halben Tag mit der Hand zu dienen schul-
 dig. Werden sie überdem in Saats- und Ernd-
 te-Zeiten, oder auch sonst aus dringender
 Noth, bequief des Landesfürsten, sonst aber
 auf

auf keine Weise, drey oder höchstens vier Tage
 zu dienen angehalten, sollen ihnen solche in de-
 nen folgenden nächsten Wochen wiederum ge-
 kürzet werden, Landtags-Abschied von 1597.
 Art. 1. Dienst-Regl. von 1686. §. 1. 2. 4.
 Bey dieser Bestimmung des Dienstes hat Fürst-
 liche Cammer ein begründetes Recht ihn in sol-
 cher Maasse von denen Dienst-pflichtigen Un-
 terthanen zu fordern, und diese sind, falls sie
 nicht darthun, daß sie ein anders hergebracht,
 oder daß selbiger bedinget worden, verbunden,
 ihn obgedachtermaassen zu leisten. In denen
 Districten, die das Durchlauchtigste Haus
 Braunschweig-Lüneburg vom Fürstenthume Celle
 abgetreten erhalten, bleibet es bey dem Her-
 kommen, Dienst-Regl. §. 1.

§. 7.

Von extraordinairn Diensten.

Extraordinaire Dienste sind die, so außer
 denen §. 6. bemerketen Diensten zu leisten sind.
 Hierzu gehören:

1) Hand-Dienste, die während der Erndte
 mit dem Acker-Dienste verbunden, Landtags-
 Abschied von 1597. Art. 1.

2) Erndte-Dienste, Heuführen und Hufen-Zahl pflügen. Die so außer dem ordinairten Dienste dazu verpflichtet, sollen an denen Tagen, da sie solche thun, oder in der Woche, in welcher sie die Hufen-Zahl pflügen, mit jenen verschonet werden, Dienst-Regl. von 1684. §. 3.

3) Burgfeste, die ehedem zur Landfolge gehörten.¹⁾

4) Waassen-Führen nach Salzbadlum, Leinwand machen, Flachs schwingen, Spinnen, Kräuter lesen, Briefe Tragen, Botenweis gehen, Landtags-Abschied von 1597. Art. 2. §. 8. 12. Landtags-Abschied von 1619. Art. 17. von 1682. Art. 27.

5) Vorspann bey herrschaftlichen Reisen, womit die Rothsassen zu verschonen, deren Pferde bey solchen nur zum Reiten zu gebrauchen, Verordnung vom 26. Jan. 1773.

6) Brennholz-Führen Behuf der Hof-Stätte und der Magazine. Dieserhalb ist verordnet: Daß jeder Ackermann jährlich zween, ein Halbspänner ein, ein Rothasse, nach der Zahl der haltenden Pferde, vier derselben auf ein Spänn

ger

gerechnet, ein Klasten sechsfüßiges Holz anfahren, zween bis drittehalb Meilen für einen Dienst-Tag angenommen und dafür ein Reichs-Thaler vergütet werden solle, Landtags-Abschied von 1770. Art. 32.

1) Engelbr. d. op. rust. §. 47.

§. 8.

Von sonderlichen Diensten.

Sonderlich bedingete Dienste, bey welchen gemeintlich eine Dienst-Verminderung wahrzunehmen sind schon von Alters her gewöhnlich gewesen. Man findet davon ein Beyspiel in dem Vertrage, den die Herzoge Bernhard Otto und Friederich, der ihnen überlassenen Dienste wegen, mit denen Prälaten und der Stadt Braunschweig im Jahre 1425. errichtet.¹⁾ Die so solche bedinget, oder sonst von Alters her gebracht, sollen bey ihren dadurch erworbenen Rechten, ungekränket gelassen werden, Landtags-Abschied von 1597. Art. 1.

1) Reithm. l. c. p. 721.

§. 9.

§. 9.

Von der Dienst-Bestellung.

Der Dienst soll den Tag vorher nicht zu spät auf den Abend, mit der Anzeige, worin er bestehe, durch den Vogt oder schriftlich angesetzt, und die Einhändigung des Zettels an den Bauer-Meister bescheiniget werden, Dienst-Regl. §. 8.

§. 10.

Von denen Pflichten der Dienstleute.

Die, so ihres Unvermögens wegen außer Dienst gesetzt, und sich wieder dazu im Stande befinden, sollen selbigen wider leisten, Verordnung vom 14. April 1758. Spanns- und Handdienste sich im Sommer um fünf, im Winter um sieben Uhr, in solchen Stellen, im Sommer bis Abends um sechs und im Winter bis vier Uhr dienen, die benötigten Acker-Geräthe, als Wagen, Pflug, Eggen, Dresch, Flegel, Mist-Forken und Hacken mitbringen, den Wagen nicht beengen, ihn bey zu verrichtenden Mist-Fuhren mit zween Mistflechten, oder einer Flechte und einem Brete, bey Erndte- und Heu-

Heu-Fuhren mit tüchtigen Erndte-Leitern besetzen, den Pflug gehörig befeilen und schärfen, die Eggen mit guten Zacken versehen, und mit vier Pferden dienen, es sey denn, daß sie deren nur zween oder drey halten, und des Vermögens nicht sind, sich mehrere anzuschaffen, wie sie denn auch an Orten, wo mit Ochsen, oder mit solchen und Pferden zugleich gepflüget wird, so wie sie bespannet, und mit ihrem Viehe ihren eigenen Acker bestellen, in dem Dienste anzunehmen. In soferne sie eine gewisse Morgen-Zahl zu pflügen, auf die Ams-Breiten eine festgesetzte Fuder-Zahl Mist zu fahren, und Korn abzufahren, oder die Hand-Dienste eine bestimmte Schock-Zahl Garben zu dreschen verpflichtet, bleibt es bey dem Herkommen. Hand-Dienste sollen die Garben, bey Strafe sie unentgeltlich nachzudreschen, und dazu eingewroget zu werden, reine ausdreschen, Dienst-Regl. von 1686. §. 9. 10. 11. 12.

§. 11.

Von der Dienstleute Befugniß.

Dienstleute sollen im Sommer zween, im Winter eine Ruhe-Stunde haben. Dienst-Regl.

Reglement von 1686. §. 9. Wenn in der Saat- und Erndte-Zeit veränderliches Gewitter eirfällt, ihnen der Dienst nicht bey Zeiten abgesetzt wird, oder sie nicht an dem Orte, wo das Amt belegen, wohnen, und also nicht ohne Beschwerde in ihre Häuser, oder an ihre eigene Arbeit zurückkehren können, sollen sie, wo es thunlich, zu anderer Arbeit gebraucht, oder soviel früher aus dem Dienste gelassen werden, als sie vorhin durch das vergebliche Hin- und Herziehen und Gehen an ihren eigenen Geschäften verhindert worden, ib. §. 15. Amts-Cam. O. §. 28. Ihnen sind die Pröben in der Größe und Maaße, wie es von Alters hergebracht, unweigerlich zu reichen, und nach der Erndte die gewöhnliche Mahlzeit, da, wo es Herkommens, zu geben, Dienst. Regl. §. 17, Ackerleute und Burg-Meyer sollen nicht über vier bis fünf Meilen, wenn sie dieselben werden in einem Tage erreichen können, Dienstaufhren thun, wogegen ihnen zween ordinaire Dienst-Tage zu vergüten. Wenn sie Korn zum Hof-Lager, oder Wolle verfahren, und der Ort, wohin solches zu bringen, über fünf Meilen entfernt, soll ihnen solches verhältnißmäßig nach der Entlegenheit des Ortes an denen ordinairen

natten Dienst-Tagen gekürzt, die Halb-Spanner mit weiten und schweren Reisen, wenn es die Umstände verstaten, nicht beschweret werden, Landtags-Abschied von 1597. Art. 1. Dienst-Regl. von 1686. §. 13. Wenn ein Dienst-Mann sich durch die Anforderung eines Beamten in Dienst-Sachen beschweret zu sehr erachtet, mag er seine Klage bey Fürstl. Cammer anbringen, die sie dem Befinden nach durch eine niederzusetzende Commission untersuchen, und dem Klagenben nach geforderten und eingegangenen Amts-Berichte mit Bescheide versehen zu lassen angewiesen ist. Hält sie die Beschwerden für unerheblich oder versichert den Dienst-Mann nicht binnen vier Wochen mit Resolution, bleibet ihm unbenommen, sich dieselberhalb an die höchsten Justiz-Collegia zu wenden, Verordnung vom 16. Jan. 1756.

§. 12.

Von denen Pflichten der Beamten und Pächter.

Beamte sollen ohne vorgängige Einwilligung der Fürstlichen Cammer keinen dienstpflichtigen Unterthanen mit der wirklichen Dienstleistung

stung ganz oder zum Theile übersehen, keinen Halbspänner-Dienst in einen Kot-Dienst verwandeln, ihn nach der Reihe leisten, ihn nicht aufsummen, die Leute bey Saatz und Erndtzeiten nicht nachdienen, noch wider ihren Willen zum voraus dienen lassen, Dienst-Reglem. §. 2. 4. 29. Die Beamten sind angewiesen, sie nicht anders als Behuf des von Fürstlicher Cammer in Pacht genommenen Amts-Haushalts zu gebrauchen, sie ohne dieser Vorwissen keinen Dritten zu überlassen, sich keiner Bitts-Führen zu bedienen, Dienst-Regl. von 1686. §. 6. Amts-C. Ordn. §. 26. Verordnung vom 3. Febr. 1651. vom 6. May 1667. noch durch sie ihre eigenen oder ihnen verlehnten Zehnten einfahren zu lassen, Verordn. vom 15. Jul. 1564. Sie sollen die Krieger- und Rüge-Führen solchergestalt einrichten, daß die Amts-Kloster- und Junkern-Dörfer mit dazu gezogen werden, Amts-C. Ordn. §. 25. Mist-Heu und Korn-Führen nicht überladen, die Garben, an Orten, wo die Hand-Dienste eine festgesetzte Schock-Zahl zu dreschen schuldig, nicht übermäßig groß machen, Dienst-Regl. v. 1686. §. 10. 12. Die Leute nicht zu Verrichtungen bey krankem oder verrecktem Viehe gebrauchen, Vers

Verordnung vom 13. Oct. 1764. mit denen Pflichtigen, so wie sie es verlangen, Dienst-Bücher oder Kербstöcke halten, und den Dienst an dem Tage, da er verrichtet worden, in jene verzeichnen, oder auf den Kербstock schneiden, Dienst-Regl. §. 16. Amts-Cam. Ordnung §. 27.

§. 13.

Von der Beamten und Pächter Befugnisse.

Wenn der bestellte Dienst-Mann ohne begründete Ursache nicht im Dienste erscheint, sind die Fürstlichen Beamten und Pächter befugt, ihn zur Broge setzen und andern Tages nachdienen zu lassen. Bleibet er zum Nachdienen aus, ist ihnen verstattet an seiner Statt Lohn-Dienste zu nehmen, sich in der Erndt- und Saatz-Zeit einen Spann-Dienst mit einem Reichs-Thaler, außer solcher, mit einem Marien-Florin, wenn es ein Hand-Dienst ist, ohne Unterscheid mit zehn Marien-Groschen bezahlen zu lassen, Dienst-Regl. von 1686. §. 14. Amts-Cam. Ordn. §. 29. Ist ihnen der Dienst-Zwang mit verschrieben, dürfen sie die Säumlagen und Ungehorsamen auspfänden, und selbige dem

C c Ver

v. Lieb. Einl. 2r. Th.

Befinden nach mit vier und zwanzig stündigem Gefängniß, grobe Vergehungen im Dienste aber nicht eigenmächtig bestrafen, sondern müssen davon der Fürstl. Cammer Bericht absetzen, Dienst-Regl. §. 18.

§. 14.

Von denen Dienstleuten der Gerichts- und Gutsherrn.

Die Dienstleute der Gerichts- und Gutsherrn sind vom Vorsepane bey herrschaftlichen Reisen befreiet, Verordnung vom 26. Jan. 1775. Sie sind nach vorgehendem zeitigem Ansagen den Dienst bey Strafe, für den ausbleibenden Ackermann zu einem, für einen Halbspänner zu einem halben Marien-Gulden und für einen Rothfassen zu fünf Marien-Groschen, und überdem den versessenen Dienst nachzuholen, zu verrichten schuldig, Landtags-Abschied von 1597. Art. 20. von 1619. Art. 17. Sind sie in Amts-Dörfern geseßen, müssen sich die Gerichtsherrn der Auspändung enthalten, das gegen die Beamte sie auf ihr Anrufen ohne Verzug zu ihren Rechten zu verhelfen angewiesen worden. Sind sie, außer dem Gerichts- oder Gutsherrn,

Gutsherrn, auch der Landesherrschaft mit Diensten verhaftet, soll hierin verhältnißmäßig Gleichheit gehalten und die Dienste so ausgetheilet werden, daß die Dienst-Herrn selbiger zu rechter Zeit auch gebrauchen mögen, Landtags-Abschied von 1597. Art. 1. v. 1619. Art. 17. §. 15.

Von Bürger-Meyern.

Die Braunschweigischen Bürger-Meyer haben in alten Zeiten von ihren Meyer-Höfen nur wöchentlich einen Tag, wenn sie aber Erbs oder Pacht-Güter besaßen, zweien Tage dienen müssen, jezo sind sie auch in Ansehung jener denen übrigen dienenden Unterthanen gleich gemacht, Verordnung von 1645. von 1660. Act. d. J. Canzl. J. S. von Walbeck 3. Fürstliche Cammer.

1) Reithmeyer Dr. Lüneb. Chron. pag. 996. 1004. 1243.

§. 16.

Vom Dienst-Gelde.

Die wirklich dienen, sind vom Dienst-Gelde, und die dieses entrichten, vom Dienste befreiet, Land-

Landtags-Abschied von 1702. Art. 11. Beamte sollen die Pflichtigen nicht aus dem Dienst-Gelde setzen, Verordnung vom 3. Febr. 1686. sondern solches gehörig berechnen, Dienst-Regl. von 1686. §. 4. 5. Amts-Cam. Ordn. §. 25. Dienst-Geld wird entweder genommen, wenn der Pächter des Amts-Haushalts der würllichen Dienstleistung nicht benötigt, oder es wird durch einen Vertrag auf festgesetzte Jahre erlassen, und dafür eine erhöhte Summe bezahlt. Im ersten Falle entrichtet der Ackermann wöchentlich 15 Margr. jährlich 21 Rthlr. 24 Margr. Der Halbspänner wöchentlich 7 Margr. 4 Pf. jährlich 10 Rthlr. 30 Margr. Der Rothfasse wöchentlich 2 Margr. jährlich 2 Rthlr. 32 Margr. Landtags-Abschied von 1597. Art. 1. Verordn. vom 20. Jun. 1770. und erwächst dadurch dem Dienstmanne, wenn er auch zum Dienste gefordert, außen geblieben, der Pächter sich dabei binnen rechtsverjährter Frist beruhiget, und ihn mit der würllichen Dienstleistung übersehen, kein Recht, sich davon auf die Zukunft zu befreien, vielmehr steht es zu allen Zeiten in des Landesherren Macht, sich von ihm wieder mit Spann oder Hand dienen zu lassen, Landtags-Abschied von 1597.

1597. Art. 1. Verordnung vom 8. Oct. 1767. vom 20. Jun. 1770. Was die Erlassung des würllichen Dienstes auf Jahre gegen ein erhöhtes Dienst-Geld betrifft, so hat Fürstl. Cammer schon im vorigen Jahrhundert mit einigen ihrer Dienstleute dieserhalb Verträge errichtet, wie solches außer andern Nachrichten, ¹⁾ der Landtags-Absch. von 1702. Art. 11. besaget. In neuern Zeiten ist solches öfters geschehen, auch hat der Landesfürst denen Ständen gleiche Rechte in Ansehung ihrer dienstbaren Hintersassen, jedoch unter der Bedingung verstattet, daß die Erlassung auf eine geraumige Zeit geschehe, damit diese ihre häusliche Einrichtung nicht darunter leide, daß dabei Billigkeit beachtet werde, und daß die zu Lehn gehenden Dienstleute dadurch nicht die Lehns-Eigenschaft verlieren, wie sie denn auch das desfalls zu verrichtende Geding denen Lehns-Curien anzuzeigen, angewiesen worden, Verordnung vom 26. April 1770. Landtags-Abschied von 1770. Art. 31. Außer dieser Art des Dienst-Geldes zahlen einige einsteigendes Erbdienst-Geld, welches nicht erhöht werden kann, Verordn. v. 8. Oct. 1767.

¹⁾ Matthäi Nachricht vom Resid. Amt Wollsenbützel. Bey Struben in accad. ad J. Villie. n. 26. p. 74.

Von Verlegung der Dienste.

Denen Ständen ist die Verlegung der ihnen zustehenden Dienste, von einem Orte zum andern unter der Bedingung verstattet worden, daß ihren Dienstherrn dadurch, oder durch die weitere Entfernung des Orts keine größere Last, als sie vorhin getragen, auferlegt werde, wobey die Landesherrschaft versprochen, ein gleiches gegen die ihr dienenden Unterthanen beachten zu wollen, Landtags-Absch. v. 1770. Art. 31. Verordnung vom 26. April 1770.

21. Kapitel.

Von Pertinenzen.

§. 1.

Was eine Pertinenz sey.

Unter Pertinenzen versteht man die Grundstücke, die zu Bauerhöfen, sie mögen Voll- Halbspanner oder Kothhöfe seyn, solchergestalt gehören, daß davon der Dienst geleistet wird, da

da solcher nicht auf dem Hofe allein, sondern auch auf jenem unzertrennlich haftet, Verordnung vom 27. März 1705. Da von denen Städtischen Güthern keine Herren-Dienste geleistet werden, so folget hieraus, daß die in denen Stadt-Feldmarken belegenen Aecker mit dieser Eigenschaft nicht behaftet sind. Als im Jahre 1749. Zweifel entstand, ob die bey denen Höfen zu Calvörde genutzeten Grundstücke für Pertinenzen zu halten, erfolgte unter dem 4. November desselben Jahres ein höchstes Rescript an die Justiz-Canzl. nach welchem, den Gasthof zum schwarzen Adler genannt ausgenommen, solche dafür zu achten.

§. 2.

Was für Stücke zu Pertinenzen gehören.

Zu denen Pertinenzen gehören die nach den Erb-Registern auch andern alten Urkunden bey denen Höfen beschriebenen, auch durch Landesherliche Bewilligung dazu gebrachten Erb- Lehn- Erbzins- Mener- und Pfarr-Menerland, Wiesen, Gärten, Teiche, Weiden, Verordnung vom 27. März 1705. Rescript vom 18. März 1720. Verordnung vom 18. März

1770. auch Rotland, Act. Fürstl. Hof-Gericht J. E. Prot g. Prot. Erb-Necker werden so lange für dienstpflichtig gehalten, bis durch die Erb-Register deren erbliche Eigenschaft dargethan worden, Land-Ordnung §. 29. 31. Fluchtiges Land ist so lange für allodial zu achten, bis durch jene, daß es zu denen Höfen gehört, erwiesen worden, Verordnung vom 27. März 1705. vom 15. Jan. 1712. hingegen sind Zehenden, Krüge und wüste Höfe, wenn letztere auch bey andern Höfen beschrieben, keine Pertinenzien, vielmehr machen diese mit ihrem Zubehör einen besondern Hof aus, auf welchen die Reunions-Edicte anwendbar sind, Verordnung vom 7. Aug. 1701.

§. 3.

Pertinenzien sollen nicht veräußert oder verpfändet werden.

Es soll kein halber, ganzer oder mehrere Morgen Landes, wovon der Dienst von Alters her geleistet werden, von einem Hofe, Dorfe oder Feldmark zur andern geleyet, Land-Ordn. §. 28. 29. Keine Pertinenzien veräußert, oder verpfändet, und wenn solches geschehen, dem Bes

Besitzer des Hofes, zu welchem die Grundstücke gehören, gestattet werden, sie gegen Erlösung des darauf haftenden Kaufs oder Pfandschillings, und erweislich daran verwandten Verbesserungen, so ofte und wenn er zur Bezahlung gelangen kann, einzulösen. Ist der Werth des Kaufs und Pfandschillings, oder die Art, wie das Land vom Hofe gekommen, nicht auszufinden, soll jener durch eine Taxe herausgebracht werden. Die vorzüglichsten gegen deren Vindication stattfindenden Einreden sind, eine eingetretene Verjährung von undenklichen Zeiten, Verordnung vom 2. Nov. 1705. vom 15. Jan. 1712: Rescr. vom 2. Nov. 1751. oder daß sie mit landesherrlicher oder Fürstlichen Cammer Einwilligung veräußert worden, Verordnung vom 27. März 1705. Ist letzteres, muß deren Besitzer zu der Dienstleistung, Cammer-Prästandis, landschaftlichen Gefällen und Unpflichten verhältnismäßig beitragen, ib. Denen adelichen Gerichten ist untersaget, in die Alienation der zu ihren Diensthöfen, wenn es auch nur Rot-Stätte sind, gehörenden Grundstücke zu willigen, Verordn. vom 20. Aug. 1767. Act. Fürstl. Hof-Ger. J. E. Beck g. Bulten, J. E. Wolters g.

Schulzen. Obigen Verordnungen ist nicht entgegen, vielmehr gestattet, aus einem vollen Ackerhofs zweien Halbspänner Höfe zu machen, Land-Ordn. §. 29.

§. 4.

Von dem Beweise der Pertinenz- Eigenschaft.

Der Vindicant muß über die Pertinenz-
Qualität den Beweis führen. Er ist aus denen
ältesten, und wenn diese davon keine Nachricht
geben, aus denen jüngern Erb-Registern, falls
diese gehörig eingerichtet, beizubringen, Reser.
vom 9. Oct. 1736. in den Act. der Justiz-
Canzl. J. S. Rostenbeck g. Cramer. Gegen
diese hat kein Gegenbeweis Statt. Kann sol-
cher daraus nicht dargethan werden, ist er durch
Urkunden, Lehn- Erbenzins- und Meyer-Brie-
fe, Zeugen, Eidesleistung auch wohl durch
Präsumtionen zu führen, Reser. vom 27. Sept.
1713. vom 18. März 1720. Verordn. vom
27. März 1705. vom 9. Oct. 1736. vom
8. Julii 1737. Unter die rechtlichen Ver-
muthungen gehöret, wenn der Vindicant bey
seinem Hofe weniger, der Vindicat bey dem
seiz

feinigen mehr Acker hat, als im Erb-Register
beschrieben, vorzüglich wenn dieser jenem etwas
zum Dienst-Gelde beynähmet, ¹⁾ und er zu be-
schleunigen nicht vermag, daß das in Anspruch
genommene Grundstück ordnungsmäßig an sei-
nen Hof gekommen. Wird er sachfällig, soll
er dem Gegentheile Schaden und Kosten er-
staten, Verordnung vom 27. März 1705.

¹⁾ Engelbr. d. reum. pertin. §. 26.

22. Kapitel.

Von Hude und Weide.

§. I.

Von Hude und Weide Berechtigten.

Ein Beamter darf 6 Kühe, 10 Schweine;
ein Amtschreiber 4 Kühe, 6 Schweine; ein
Amts- oder Acker Vogt 3 Kühe, 3 Schweine;
ein Scheurenvogt, Pförner und dergleichen
Amtdiener, 1 Kuh, 1 Kind, 2 Schweine,
Amts-C. Ordn. §. 61. Prediger ihr eisern Vieh,
und wo dergleichen nicht ist, 4, und wo viel Wie-
senwachs ist, 6 Kühe; ein Scholdiener oder
Opfer-

Opfermann 2 Kühe auf die gemeine Weide bringen, Verordnung vom 2. Nov. 1699. Die vor den März 1780. angebauet, treiben 1 Kuh und 1 Schwein frey vor den Gemeine Hirten, haben auch, wenn die Gemeine fremdes Vieh für Geld auf die Weide nehmen will, vor den Fremden den Vorzug, Verordnung v. 9. März und 3. Aug. 1780. Die, so nach Publication dieser Verordnung anzubauen gewillt, sind angewiesen, sich wegen der zu haltenden Stück-Zahl Viehes zuvor mit der Gemeine zu vergleichen, ib. Wer mit Pferden keine Dienste thut, der darf mit selbigen die gemeine Weide, es sey denn ein oder des andern Orts anders hergebracht, nicht betreiben, Land-Ordnung §. 35.

§. 2.

Von Benutzung der Weide.

Keine Gemeine darf Wiesen und Weiden ohne der Fürstlichen Cammer Einwilligung zu arbarem Lande machen, Amts-E. Ordn. §. 100. Verordnung vom 13. Aug. 1750. Grunt und zweyhauigte Wiesen sollen auf neuen Walpurgis-Tag gehäget, die darauf befindlichen Mauls

Maulwurfsheusen zerstöret, keine Schweine oder Gänse darauf geduldet, Verordnung v. 17. April 1753. aus der Weide ein Bezirk zu alleiniger Betreibung mit Pferden, Verordnung vom 7. April 1758. und Schlacht-Viehe, Verordn. vom 23. Jul. 1762. und eben dergleichen für Küder und Kälber ausgestochen, und mit Graben umzogen werden, Uml. vom 1. April 1748. vom 14. Jan. 1749. Diejenigen, so eigene Hude und Weide haben, und daneben in Fürstlichen Forsten zur Weide berechtigt sind, sollen beyde abwechselnd eine Woche um die andere betreiben, und kein fremdes Vieh unter ihre Heerde nehmen, Forst-Regl. §. 38. Von Benutzung der Weide im Weiser-Districte, siehe Verordnung vom 22. Febr. 1769. Landtags-Abschied von 1597. Art. 14. Die an die Straßen gesetzten Bäume, Baumstangen und Stosspfähle nicht beschädiget, kein Viehhüten und Treiben, auch kein Durchfahren mit Pflügen, Eggen, leeren und beladenen Erndtes- und Mistwagen in und durch die Seiten-Graben der Heerstraßen gestattet, Verordn. vom 1. May 1761. vom 8. Jul. 1772. §. 4. vom 19. Febr. 1790. vom 6. April 1790. und die gemeine Trift und Weide durch übermäßige Zu-

Zuschläge nicht geschmälert werden; Land-Privilegium von 1770. Art. 36.

§. 3.

Von Koppel-Weiden.

Zu desto besserer Benützung der Hude-Plätze, die bey Koppel-Weiden nicht jederzeit beachtet werden, ist Inhafts des Circ. vom 17. Dec. 1763. vom 24. May 1764. und 31. May 1767. Die Aufhebung der Koppel-Weiden veranstaltet, und solche bereits bey verschiedenen Gemeinen zu Stande gebracht worden.

§. 4.

Von der Schäferen-Gerechtigkeit.

Von der der Ritterschaft zustehenden Schäferen-Gerechtigkeit, siehe 1. Theil 4. Abhandl. 3. Kap. 4. §. Städte-Schafmeister sollen keine schafspflichtige Schafe von benachbarten Dörfern, um selbige vom Schaf-Schaff dadurch zu befreien, unter den Bürgerhäusern nehmen, Verordnung vom 10. Aug. 1741. Von denen Gemeinde-Schäferen der Bauren ist ein jedes Mitglied soviel Schafe, als er aus-

zufüttern vermag, auf die gemeine Weide zu treiben befugt. Bringet ein Ackermann oder Halbspänner mehr als 15, ein Rossfaher über 10, auf selbige, muß er von jedem Haupte den doppelten Schaf-Schaff mit zween Marien-Groschen erlegen, Verordnung vom 27. April 1699. Auf Gemeinen- und Privat-Weiden, soll kein fremdes Schaf-Vieh ehender zugelassen werden, bis dargethan worden, daß auf solchen kein einheimisches Vieh zu erhalten sey, Verordnung vom 12. März 1781.

§. 5.

Vom Hürde-Lager.

Die mehrsten Haushalts-Verständigen kommen darin überein, daß mit 1000 Stück Schafen ein Morgen Landes in einer Nacht wirthschaftlich bedünget werden könne. Nimmt man diesen Satz als richtig an, so beugt man das durch denen Parteilichkeiten der Schaf-Meister vor, die zu Zeiten zu Gunsten oder Schaden des einen oder des andern aus der Gemeinde, nachdem sie die Hürden ins Viereck oder in die Länge schlagen, und dadurch vielen oder geringen Raum einnehmen, einen Acker viel oder wenig begeilen können.

können. Hierzu kommt, daß die Herden nicht jederzeit gleiche Stück-Zahl haben, und durch Viehsterben, oder Wegziehen der Knechte öfters gemindert werden, daher denn der Sach, daß nach Nächten die Begeilung zu bestimmen, bedenklich ist.

23. Kapitel.

Vom Zehndten.

§. 1.

Von Zehend-Ordnungen allgemein.

Vom Zehndten disponiret der Landtags-Ab-schied von 1597. Art. 17. die Landes-Ordnung §. 32. 48. bis 53. Die Zehend-Ordnungen sind den 15. Jul. 1564, 4. May 1691, 19. Aug. 1709, 2. Aug. 1706, 31. Jul. 1741. ergangen. Ueber einzelne Fälle ist besonders verordnet, den 1. Jul. 1622. 31. Oct. 1648, 10. Oct. 1651, 16. Jul. und 19. Dec. 1695, 6. Jul. 1696, 2. Aug. 1703, 27. Jul. 1711, 15. Jun. 1715, 1. Dec. 1719, 1. Dec. 1727, 20. und 22. Jun. 1747, 14. Decbr.

1754,

1754, 27. Jan. 1756, 3. May und 23. Aug. 1757, 7. Oct. 1776, 27. Jul. 1780. und 11. Jul. 1787. Die an die Fürstliche Justiz-Canzley in Zehend-Sachen erlassene Rescripte sind vom 31. Jul. 1741, 20. Januar 1744, 20. Jun. 1750, 19. Decbr. 1753, 26. Nov. 1756, 3. May 1757, 1. Sept. 1768. und 8. Oct. 1772.

§. 2.

Von zehndbaren Aeckern.

Von Zehndbaren Fluren wird der Zehndte von allem, was die Egge bestreicht, genommen. Wenn einer von den Landständen und Unterthanen ohne Verwüstung guter nutzbarer Holzung auch ohne Nachtheil der Hude und Weide, damit Andere des Orts berechtigt, aus und in dem Seinigen roden läßt, soll der Kott-Zehndte und Zinse dem Grundherren, sonst aber, wenn mit höchster Bewilligung in Fürstlichen oder gemeinen Holzungen, darin Serenissimus oberster Erb-Ere seyn, gerodet wird, dem Landesherren folgen, Land-Privil. v. 1770. Art. 73. Dieses ist aber nicht von

• Riebh. Einl. 2r. Th.

§ f

dem

dem Lande zu verstehen, das etwa von Alters her zehendbar gewesen, nachher verwildert, bewachsen und wieder ausgerodet wird, Land-Ordn. §. 52. Verordn. vom 20. Jan. 1744. Von dem, was in die Brach bestellet und beegget wird, vom Wickfutter, daß sogleich verbraucht wird, und von grün abgemäheten Futterkräutern, gehöret er dem Zehend-Herrn. Der Pflichtige darf sich dessen Abführung nicht widersetzen, es sey denn daß er sich in dem Besitze der Zehend-Freiheit seit undenklichen Jahren befinde, Verordnung vom 27. Jan. 1756. Rescr. vom 26. Nov. 1756. vom 19. Decbr. 1775.

§. 3.

Von Sekung der Stiege.

Keine Zehend-Stiegen oder Haufen sollen mehr denn zehn oder 20 Garben enthalten. Wird dem zuwider gehandelt, oder der Pflichtige setzet geffentlichlicher Weise am Ende der Aecker unvollkommene Endes-Stiegen oder Hocken, so gehören diese und die überschießenden Garben dem Zehend-Herrn; bleiben aber am

Ende

Ende des Ackers, ohne daß der Pflichtige sich dabey einer Gefährde zu Schulden kommen läset, dergleichen über, und sind derselben über fünf, gehöret eine davon dem Zehend-Herrn, Verordnung vom 16. Jul. 1695.

§. 4.

Die Felder sollen zeitig abgezehndtet werden.

Unter den 15. Jun. 1715. ward verordnet: daß wenn auf einer Feld-Mark das gesamte Winterkorn einerley Art abgebracht, und in Stiegen gesehet, die Pflichtigen solches dem Zehend-Herrn oder dessen Bevollmächtigten angemeldet, um dessen Absekung nachgesuchet, dieser solches folgenden Tages verfügen solle; unterlasse er solches, hätten sie den dritten Tag ihr Gesuch zu wiederholen, da ihnen denn, falls der Zehendte am vierten Tage Mittags nicht ausgeseket worden, nachzulassen sey, ihn selber auszufeken und ihr Korn einzufahren. Auf eben solche Weise solle es mit dem Sommer-Korne, wenn eine Art desselben, als Gersten und Haber in Stiegen gebracht, gehalten wer-

§ f 2

den

den. Falle nach verfügter Ansage ein Regenwetter ein, daß die Früchte so naß würden, daß sie nothwendig wieder abtrocknen müßten, sey der Zehend-Herr sich nach der Ansage zu richten nicht schuldig, vielmehr hätten die Pflichtigen die Ansage zu wiederholen, jener solle, bey sich ereignendem veränderlichen Wetter und andern eintretenden Bedenklichkeiten Billigkeit beachten, die Pflichtigen nicht zur Ungebühr aufhalten, und dadurch zum gänzlichen Verderb der Früchte Anlaß geben. Die, so den Regen nicht vertragen können, als Erbsen, Wicken und Linsen, solle der Zehend-Herr binnen acht Stunden nach gescheneher Ansage abzehnden lassen, oder gewärtigen, daß die Pflichtigen solches verfügen und darauf ihre Früchte ungesäumt einerdten. Hätten diese etwas an Brodtkorn nöthig, und verlangten eine einzelne Abzehndung, solle jener sich dazu willig finden lassen, dagegen die Pflichtigen den Zehnden in des Herrn Scheune liefern sollten. Es bleibe jedoch diesem frey, auf denen seinem Hause nahe belegenen Feldmarken die Abzehndung einzeln verrichten zu lassen. Da in denen folgenden Zeiten das Land vermessen worden, ist diese Verordnung vom 14. Dec. 1754 theils

theils aufgehoben, theils declariret und darin festgesetzt worden: daß sobald die Feldmarken vermessen und vertheilet, nicht die Abbringung eines ganzen Feldes zu erwarten, sondern, wenn nur in einer Wanne einerley Korn abgebracht, in Stiegen gesetzt, und die Pflichtigen solches dem Zehend-Herrn oder dessen Bevollmächtigten angezeigt, dieser den Rocken am Tage der Ansage, oder höchstens an dem darauf folgenden Tage, und soviel den Weizen, Gersten und Haber anbetrifft, solchen binnen vier und zwanzig Stunden abzehnden lassen oder gewärtigen solle, daß im Unterbleibungs-Falle die Pflichtigen den Zehnden selber aussetzen, und ihr Korn einfahren, es sey denn daß Regenwetter einfalle, und dadurch der Zehend-Herr an seiner Obliegenheit gehindert werde, da denn die oben angeführte Verordnung ihre Anwendung finde, zum einzelnen Abzehnden solle er bis dahin, daß die Felder völlig ausgemessen worden, nicht verbunden seyn, wenn solches nicht an einem oder dem andern Orte hergebracht sey.

§. 5.

Vom Zehend-Mahler.

An jedem Orte soll jährlich dem Herkommen gemäß, ein Zehend-Mahler bestellt und beendigt werden. Nimt er wahr, daß ausgemahlte Stiegen oder Garben ausgetauschet, oder an dem Orte des Ackers, da der Zehndte fallen mögte, kleinere Garben gemacht, soll er in deren Stelle andere nehmen, die Ausmahlung zeitig verrichten, keine Stiegen umstoßen, und sie, wenn Garben daraus genommen, wieder zurecht setzen, Land-Ordnung §. 49. 50. 51.

§. 6.

Vom Abbringen des Zehndten.

Keiner soll sein Korn, auch nicht einzelne Garben, ehender aus dem Felde bringen, bis der Zehndte gemahlet worden. Wenn dieses geschehen, stehet ihm solches auch alsdann frey, wenn der Zehndte noch nicht abgefahren, Land-Ordnung §. 48. Verordnung vom 17. Julius 1715.

1715. Die Zehend-Zuhren besorget, der Kessel nach, der Zehend-Herr. Das Abfuhr-Geld soll nur an denen Orten, wo es hergebracht, genommen werden, Verordnung vom 15. Jul. 1564.

§. 7.

Von Benutzung des Zehndten.

Jeder Zehend-Herr, er sey geist- oder weltlich, er besitze ihn als Lehn oder Erbe, er habe ihn auf einen Wiederkauf, oder Kraft einer auf etliche Jahre hinausgehenden Pfand-Verschreibung, jedoch ohne Verstellung, welcher wegen er sich bey ereignendem Argwohn endlich reinigen muß, an sich gebracht, ist befugt, den Zehndten für sich selbst auf seinen Sitz, Hof oder sonst in seinen Gewahrsam, es sey in oder außerhalb der Feldmark, darin er gewachsen, zu führen, oder ihn einem andern in der Nähe Geseßenen auf ein oder mehrere Jahre Tauschweise zu überlassen. Will er solches nicht thun, stehet ihm frey, ihn der ganzen Gemeinde, oder einigen Einwohnern des Dorfes, vor welchem er gezogen wird, es

mögen solche Ackerleute, Halbspänner oder Kottassen seyn, auf ein oder mehrere Jahre für Korn oder Geld zu verdingen, und nach der den Erdbürger auf vorrige oder auf andere Weise deshalb zu handeln. Im ersteren Falle ist die Gemeinde verpflichtet, einige dem Zehnd-Herrn anständige Mitglieder derselben auszumachen, die dafür einstehen, daß die Pacht zwischen Michaelis und Martini richtig abgeführt werde. Landtags-Abschied von 1597. Art. 17. Verordnung vom 15. Jul. 1654 v. 16. Oct. 1651. §. 1. 6. 7. Land-Privileg. von 1770. Art. 40. vom 18. Jun. 1787. Wenn wüste Feldmarken von andern Dorfschaften bestellet werden, und der Zehnd-Herr will den Zehndten nicht selber führen, hängt es von seiner Wahl ab, welcher von solchen Dorfschaften, oder welchen einzelnen Einwohnern derselben, wenn sie auch gleich auf denen wüsten Feldmarken keine Länderey besitzen, er den Zehndten verpachten will, Verordnung vom 10. October 1651. §. 13. Verordnung vom 2. Aug. 1706. vom 16. Aug. 1709.

§. 8.

Vom Vorpachts-Rechte.

Der Vorpachter der Zehnd-Herr seinen Zehndten nicht der Gemeinde, auf deren Feldmark er gewachsen, so wie in dem vorhergehenden §. bemerkt worden, sondern mit ihrer Vorgehung einem, der kein Markgenosse ist, stehet ihr das Vorpachts-Recht zu. Sie kann solches, wenn zwei Drittel der Gemeinde das mit einverstanden, gegen ihre einzelne Mitglieder, Verordnung vom 20. Jun. 1747. auch außerdem in dem Falle ausüben, wenn der Zehnd-Herr an dem Orte, wo er den Zehndten ziehet, einen Hof besitzt, und jenen mit diesem zugleich verpachtet, Verordnung vom 3. May 1757. Macht die Gemeinde Gebrauch von diesem ihrem Rechte, muß sie die Pacht, wenn sie in Gelde besteht, zum voraus bezahlen, und wenn Korn bedungen, zwei aus der Gemeinde stellen, die sich solches gehörig zu liefern verbindlich machen, woben die Obrigkeit angewiesen worden, dem Zehnd-Herrn zur Verfall-Zeit, auf sein Anrufen, sofort und unentgeltlich zu dem Seinigen zu vers-

helfen, Verordnung vom 20. Jun. 1747. Ihren Gerichtsherrn, insbesondere, wenn er auf der Feldmark ihm eigenthümlich zugehörendes zehendbare Acker besizet, darf sie nicht von dem Bedinge ausschließen, er soll sich jedoch dabey alles Zwanges enthalten, andere Pächter lustige nicht abschrecken, noch sich deshalb durch eine vorzuschükende Verjährung ein Vorrecht vor Andern zu bewirken suchen, Verordnung vom 10. Oct. 1651. Von diesem, denen Gemeinen zustehenden Vorpachts-Rechte sind ausgeschlossen: 1) Die Zehenden, die bey ertlichen Fürstlichen Häusern lange Zeit, und über 30 Jahr von Trinitatis 1586. zurücke zu rechnen, geführt worden, und noch werden, welche gegen Erlegung dessen, was bisher dafür entrichtet worden, ferner dabey verbleiben sollen, Landtags-Abschied von 1597. Art. 17. Verordnung vom 10. Oct. 1651. §. 12. Landes-Privilegium von 1770. Art. 40. 2) Auswärts belegene Zehenden, so Fürstliche Cammer, Kloster-Rathsküche, und die Besizer adelicher und anderer Güther, mit ihrem Haushalte in eins verpachtet haben, Rescript vom 20. Jun. 1750. Verordnung vom 27. Jul. 1780. 3) Zehenden, die vor oder binnen

50 Jahren außer der Feldmark geseenen, ohne Widerspruch der Gemeine, pachtweise überlassen worden, Landtags-Abschied von 1597. Art. 17. Verordnung vom 10. Oct. 1651. §. 3.

§. 9.

Vom Verpachtungs-Termine.

Zehendpflichtige sollen sich zu rechter Zeit bey dem Zehend-Herrn der Pacht wegen melden, widrigenfalls sie ihn, da er befugt ist selbigen einem Dritten, der Gemeine ihre Rechte vorbehältlich, zu verpachten, und den Pächter schadlos zu halten verbunden sind, Rescript vom 31. Jul. 1741. Unter den 17. May 1763. ward verordnet: daß die Zehend-Herrn Anfangs Junii jeden Jahres (welches nachher dahin declariret worden, daß die Verpachtung auf mehrere Jahre lediglich von dessen Willkühr abhängen solle, Verordnung v. 18. Jun. 1787.) einen gerichtlichen Termin zu dessen Verpachtung auswirken und die Pflichtigen mit ihm dieserhalb vor dem 20. Junii gerichtlich schließen sollten. Geschehe dieses nicht, oder

die Gemeinde bliebe in der Dero Behuf ange-
 sehen Tagefahrt ungehorsamlich aus, wäre sie
 vor dasmal ihres Vorpachts-Rechts verlustig,
 fehle es in solchem an Vollmacht der von ihr
 Abgeschickten, habe das Gericht das desfalls
 Nöthige zu verfügen. Den 1. Septbr. 1771.
 ward besagte Verordnung dahin declariret:
 daß solcher Termin allererst um Johannis aus-
 zuwirken, und vom Gerichte auf die Mitte
 des Monats Julii zu setzen sey. Sinde sich
 in selbigem kein Pachtlustiger, sondern allers-
 erst nach dessen Ablaufe einer, der mehr als
 die Gemeinde geboten, bleibe dieser ihr Recht
 vorbehalten. Fehle es allenthalben an Päch-
 tern, und der Zehend-Herr trage Bedenken,
 ihn selber zu ziehen, sollten die Pflichtigen ihn
 nicht liegen oder verderben lassen, ihn nicht
 nach Willkühr annehmen, und dem Eigenthü-
 mer den gebührenden Werth versagen, viel-
 mehr das Gericht das Pacht-Geld, und al-
 lenfalls mit Zuziehung unverdächtiger Wardi-
 rer aus andern Gemeinden, nach Billigkeit be-
 stimmen, Verordnung vom 15. Jul. 1564.
 vom 10. Oct. 1651. §. 4. 8. vom 1. Sept.
 1777.

§. 10.

Von Vertheilung des Zehenden unter die Gemeinde.

Der Vorzug, den sich in denen Gemein-
 den die Großen vor den Kleinen angemasset,
 soll nicht länger geduldet werden, aller Theil-
 nehmer Rechtgleich seyn und diesemnach nicht
 auf die Anzahl der Aecker, sondern der Ein-
 wohner gesehen werden. Ein jeder soll sich
 mit dem von seinem Lande fallenden Zehenden
 begnügen, es wäre denn, daß die andern ihn
 nicht behalten, der Zehend-Herr auch mit die-
 sen nicht besonders handeln wollte, in wel-
 chem Falle die Gemeinde ihn von solchen Aeckern
 anzunehmen schuldig ist, Rescript vom 3. May
 1757.

§. 11.

Vom Erlasse an der Zehend-Pacht.

Wenn der Zehendpflichtige durch Brand-
 Schaden um das Seinige gekommen, soll ihm
 der Zehend-Herr an der Zehend-Pacht etwas
 erlassen. Können sich beyde Theile dieserhalb
 nicht

nicht vereinigen, soll darüber kein Rechts-Streit gestattet, sondern durch eine vom Fürstlichen Ministerio niederzusetzende Commission die zu remittirende Summe nach Ermäßigung des dem Brand-Beschädigten übergebliebenen Vermögens nach Billigkeit bestimmt werden, Verordnung vom 22. Jun. 1747.

§. 12.

Vom Zehend-Schake.

In- und ausländische Zehend-Herren sollen den gewöhnlichen Zehend-Schak jedesmal zu gehöriger Zeit der Land-Rentereycasse entrichten, die Zehendführer und Pächter, das, was sie an Gelde oder Korn dafür ausgelobet, nicht ehender, bey Strafe der Erstattung aus eigenem Vermögen, abtragen, bis sie durch Vorzeigung glaubwürdiger Scheine vergewissert worden, daß der rückständige und laufende Zehend-Schak, Verordnung vom 6. Julii 1696. auch Scheffel-Schak, in soferne er vom Zehndten zu erlegen, abgeführt worden, Verordnung vom 1. Decbr. 1719. vom 1. Dec. 1727. Der Zehend-Schak, den ehe-

ehedem die Klöster, Stifter und die vom Adel gegeben, ist aufgehoben, Verordnung vom 27. Julii 1711. Die Jorenfen entrichten von deren im Lande zu ziehenden Zehndten von jedem Scheffel Braunschweigischer Maaße 10 Marien-Groschen, Schak-Ordnung von 1619. Verordnung vom 19. Dec. 1695.

§. 13.

Von denen Zehndten im Amte Thedinghausen.

Im Fürstlichen Amte Thedinghausen bleibt es in Ansehung des Sireu-Zehndten bey dem Herkommen. Der Pflichtige soll, wenn das Korn aufgebracht, nach geschehener Meldung an den Zehend-Herrn, einen halben Tag mit dem Abfahren warten. Wird solches binnen dieser Zeit nicht verfügt, stehet ihm frey, ihn auszusetzen. Nach abgefahrenen Früchten ist er dem Zehend-Herrn, noch ehe er das Vieh auf die Stoppel bringet, zween Tage zum Abfahren Zeit zu lassen schuldig, Verordnung vom 7. Oct. 1776.

24. Kapitel.

Von Erb-Registern.

Von allen Aemtern, wo keine Erb-Register sind, sollen dergleichen gefertigt werden. Um dem daraus zu nehmenden Beweise die nöthige Kraft zu geben, ist denen Beamten aufgegeben, die Censiten, Meyer, Zins- und Dienstleute mit Beziehung eines Notarii zu vernehmen, worin ihre Abgisten und Dienst-Pflichten, hiernächst worin in Ansehung solcher des Landesherrn Rechte und Befugniß bestehen, und ob selbige in deren Besitz sey, zu befragen, ihre Aussage sorgfältig zu protocoliren, die Zweifel, so sich dabey ereignen, zu bemerken und zu untersuchen, daraus das Erb-Register zu formiren, und von dem dabey zugezogenen Notario bezeugen zu lassen, Amts-Cammer-Ordnung §. 9. Ist es in der Folge der Zeit zu ergänzen, soll solches von keinem andern, als von dem Justiz-Beamten oder Justituario, nach dessen vorgängigen Untersuchung, wobey ein Protocoll zu halten, geschehen, und in ein besonderes Buch, worin solches, und die Acten, die davon Nach-

richt

richt geben, zu bemerken, getragen werden, Verordnung vom 26. April 1770. Landtags-Abschied von 1770. Art. 14. Sind aus selbigen Auszüge zu machen, und diese aus denen Zusätzen genommen, ist solches, und von wem sie dabey geschrieben, anzuführen, da denn die Partheyen mit ihren etwa dagegen habenden Einreden gehöret werden sollen, Verordnung vom 26. April 1770.

25. Kapitel.

Vom Bauernmeister-Amte.

Bauernmeister wurden in vorigen Zeiten in jedem Dorfe nach der Reihe genommen. Jetzt ist dieser Dienst fortbaurend, und wird ihnen von der Gemeinde für ihre Mühwaltung ein Billiges ausgesetzt. Ihr Amt bestehet darin, daß sie die Contribution, Landschaftliche und andere Gefälle zur Verfall-Zeit einfordern, und dahin sehen sollen, daß Kirchen- Pfarr- und Schulgebäude in baulichem Stande erhalten, die Heer-Straßen, nach der der Gemein-

ne

v. Liebh. Einl. 2r. Th. G g

ne zugetheilten Ruthen-Zahl gebessert, an Sonn- und Festtagen in denen Krüggern, oder sonst, keine Lauf-Gelage angestellt, auch keine Feldarbeiten an selbigen ohne Noth verrichtet werden. Sie sollen, was im Dorfe und dessen Feldmarken Straßbares vorgehet, wenn einer dem andern zu nahe pflüget, Maals oder Grenzsteine umwirft, denen Bögen und Högrefen anmelden, Feuerschaden zu verhüten suchen, und zu dem Ende Acht haben, daß kein Flachs, Stroh oder anderes Futter dem Feuer zu nahe gelegt werde, dem Betheilen wehren, die Dienst-Bestellung alle Sonabend oder Sonntage von denen Bögen und Högrefen holen, dahin sehen, daß tüchtige Personen in den Dienst geschicket werden, die Ausbleibenden anzeigen, die Gemeine-Einnahme und Ausgabe berechnen, für die Zupflanzung der Weidenbäume, und Erhaltung der Gemeine-Holzunge Sorge tragen, Personen, die zu heyrathen gewillet, dem Amte anzeigen, die Fäßer nachreichen, mit denen Krüggern und andern Einwohnern richtige Kerbhölzer über alles im Dorfe eingezogene Bier halten, solches alle vier Wochen dem Amte melden, und des Dorfes Gerechtsame wohl beach-

beachten, Amts-Cammer-Ordnung §. 99. 103. 104. und pag. 205.

26. Kapitel.

Von Bauer-Kören.

Die Bauren haben die Befugniß die Mitglieder der Gemeine, wenn sie mit ihrem Viehe zu Schaden gehütet, über bestellte Wiesen und Aecker gefahren, denen Holzungen Schaden zugefüget, die, so bey ihren zu gemeinem Besten angestellten Zusammenkünften, nach vorgängiger Bekanntmachung, außen geblieben, und in ähnlichen Fällen sich etwas zu Schulden kommen lassen, zu bestrafen. Es geschiehet solches in der allgemeinen Versammlung der Dorfs-Einwohner, und diese heißet Bauer-Köre. Sie darf in denen Jürslichen Aemtern nicht ohne Vorwissen und Einwilligung der Beamten gehalten werden. Wenn diese erfolgt, sollen sie denen ihnen erteilten Vorschriften folgen, und die von ihnen zu bestimmenden und aufkommenden

Gg 2 Straf-

Straf-Gelder, so viel der Gemeinde davon zukommt, nicht zu unnöthigen Zehrungen, sondern zu deren Nutzen verwenden, Amts-Cammer-Ordnung §. 102. In denen adelichen Gerichten haben die Gerichts-Herren über selbige die Aufsicht und Direction, Land-Privilegium von 1770. Art. 71.

VII.

Vom

Peinlichen Rechte.

I n h a l t.

- §. 1. Von Criminals: Gesehen.
- §. 2. Von Schwetgen und Säufen.
- §. 3. Von Zanken und Schlagen.
- §. 4. Vom Burg: Frieden.
- §. 5. Vom Aufruhr.
- §. 6. Von Duellen.
- §. 7. Von Hurerey.
- §. 8. Von Huren: Wirthen.
- §. 9. Vom Ehe: Bruche.
- §. 10. Von Vielweiberey.
- §. 11. Von Blut: Schande und Nothzucht.
- §. 12. Von Wahrsagern und Zeichen: Deutern.
- §. 13. Vom Meyn: Eyde.
- §. 14. Vom Straßen: Raube und Nordbrennen.
- §. 15. Von Diebes: Gefindel.
- §. 16. Vom Haus: Diebstahle.
- §. 17. Vom Pferde: Diebstahle.
- §. 18. Vom Wild: Diebstahle.

- §. 19. Vom Fisch, Diebstahle.
- §. 20. Vom Holz, Diebstahle.
- §. 21. Vom Garten, und Feld, Diebstahle.
- §. 22. Von Meß, Dieben.
- §. 23. Von Verheimlichung gesunderer Sachen.
- §. 24. Von ungetreuen Dienern und Boten.
- §. 25. Von Ein, und Ausföhrung der Münzen.
- §. 26. Vom wucherlichen Handel.

§. I.

§. I.

Von Criminal-Gesetzen.

Die, so Uebelthaten begangen, werden nach Landes-Gesetzen, in deren Ermangelung nach Kaisers Carl des Fünften und des heiligen Römischen Reiches peinlichen Halsgerichts-Ordnung gerichtet. Diese erschien zu Augsburg im Jahre 1532. und ward in hiesigen Landen den 23. April 1568. publiciret. Es ward solche zu einer Zeit gefasset, da die Teutschen noch rauhe Sitten hatten, und sich grausamen Handlungen überließen, welchen durch äußerst harte Strafen vorgebeuet werden mußte. Es ist Glück für unser Zeit-Alter, daß man mit Wahrheit sagen kann, daß das menschliche Herz seit der Zeit moralischer gebildet worden, und daher ist es selten nöthig, zu so schweren und außerordentlichen Strafen zu schreiten, als die Caroline in einigen Fällen vor-

Ug 5

schrei.

schreibet. Sie haben zu dem, wie die Erfahrung zeigt, selten den vermeyntlichen Nutzen. Es ist rathsam, bey deren Bestimmung den mittlern Weg zwischen einer übertriebenen Milde, die Beccavica empfiehlt, und einer allzu großen Härte, wovon man Beispiele bey Montesquieu findet, zu wählen.

S. 2.

Von Schwelgen und Saufen.

Unziemliche Lebensart, Pfingst- und Saufgelagen, Verordnung vom 17. May 1631. Fastnachts-Schwärmeren sind crasthaft verboten, Verordnung vom 2. Nov. 1767. Die, so sich zu einer unordentlichen Lebensart gewöhnen, und der Trunkenheit ergeben, sollen zu ihrer Correction zur Begebesserung angehalten werden, Ausschreiben, vom 30. Aug. 1770.

S. 3.

Von Zanken und Schlagen.

Nächstlichem Geschrey, Tumult und Schlägeren soll gesteuert, Verordnung vom 7. Dec. 1660.

1660. Schmähen, Schelten, Stoßen oder Auslachen während dem Gottesdienste ernstlich, Edict vom 4. Febr. 1653. eintretenden Umständen nach mit dem an der Kirchenmauer befindlichen Halseisen, Rescript vom 5. Nov. 1735. Vergehungen gegen die Eltern mit Stellung an den Straf-Pfahl bestraft werden. Rescript vom 14. Jul. 1750.

S. 4.

Vom Burg-Frieden.

Der Burg- und Haus-Friede erstrecket sich auf das Fürstliche Hof-Lager, es mag gehalten werden, wo es wolle, insbesondere auf das Schloß zu Wolfenbüttel, den Mars- stall, das Zeughaus, den Damm, Henrichs- Stadt, Canzelen, die Gegend vor dem Mühlenthor, das Gottes-Lager, soweit sich die Bestung wendet, die vor denen Thoren verordnete Tagwachen gehen, und innerhalb beyder Vorwerke bis an die Zäune. Wer an diesen Orten den Andern vorsehlich und muthwilliger Weise schilt oder schmähet, mit Wehren verwundet, verwaltiget, verlehret oder

beschädiget, soll mit Leib- und Lebens-Strafe beleet werden, Verordnung vom 25. März 1592. vom 10. April 1645. vom 5. März 1729. Gothaner Burg- und Haus-Friede ist auf alle Handel im Worte und in der That, die auf denen angeordneten Fabriken, Spiegel- und Glas-Hütten, Poch-Schleif- und Polier-Mühlen begangen werden, Verordnung vom 13. Oct. 1744. und auf das Collegium Carolinum in Braunschweig erstreckt, Déclaration vom 10. Jul. 1745.

§. 5.

Vom Aufruhr.

Alt-Gesellen und dergleichen sollen bey härter Leibes- und dem Befinden nach Lebens-Strafe, ihre Mitgesellen nicht wider obrigkeitliche Verordnungen aufwiegeln, die Handwerks-Gesellen bey Leibes- und allenfalls Karrenschieben-Strafe, weder vor sich selbst noch auf Veranlassen Anderer einen Aufstand erregen, ihren Meistern nicht aus der Arbeit laufen, und sich alles Aufstrebens und Scheltens, sowohl unter sich, als gegen abwesende Gesellen enthalten, Verordnung vom 5. Aug. 1723.

§. 6.

§. 6.

Von Duellen.

Herausforderung zum Zweykampf, und Erscheinung des Gegentheils auf die Forderung, ist Unterthanen und Fremden, die sich im Lande einige Zeit aufhalten, bey willkührlicher, allenfalls Gefängniß-Strafe, verboten. Wenn einer den Andern im Duell entleibet, oder solchergestalt verwundet, daß er an denen empfangenen Wunden, ohne seine Versäumniß, oder andere äußerliche Zufälle sterben würde, soll der Thäter als ein vorsätzlicher Todtschläger am Leben, die Secundanten, und die, so den Zweykampf hätten verhüten können, am Leibe, Ehre, Gut, oder auf andere Art gestrafet werden, Verordnung vom 29. Dec. 1646. Sind die Duellanten Fürstliche Bediente, sollen sie ihres Dienstes entsetzt, sind sie nicht im Dienste, des Landes verwiesen, und der Entleibte keines ehrlichen Begräbnisses, noch des Kirchhofes gewürdiget werden, Verordnung vom 12. August 1685. vom 5. Aug. 1723. Denen auf der Universität zu Helmstädt Studirenden ist aller Zweykampf untersaget, Verordnung vom 22. Febr.

1725.

1725. vom 1. Sept. 1726. wie denn auch auf selbiger die, so Duellirens wegen von der Academie zu Göttingen verwiesen worden, unter die Zahl der academischen Bürger nicht aufzunehmen, Verordnung vom 13. May 1754.

S. 7.

Von Hurerey.

Gemeine Hurerey soll in jedem Gerichte, in soferne sie nicht überhand nimmt, nach hergebrachter Art bestraft, dabey auf den Stand und Vermögen des Verbrechers, ob selbiger sein eigenes, seines Vaters, Dienstherrn oder Wirths Brodt, eine ehrliche, unberückigte Jungfrau, die ihm Standes oder Vermögens wegen billig vorzuziehen, geschändet, mit einer, die ihm mit Bluts-Freundschaft oder Schwägerschaft so nahe verwandt, daß er sich mit ihr ohne Verletzung der Kirchen-Ordnung nicht ehelich einlassen können, zu schaffen gehabt, auch auf andere dabey eintretende Bedenklichkeiten Acht genommen, die Strafe dem Verfinden nach erhöhet, auch wol, wenn beschwerliche Umstände, und ihrer viele zusammen kommen,

men, die Hurerey mehrmalen wiederholet, oder die vorgesezte Strafe keine Frucht schaffen sollte, mit Entsezung des Amtes, Ehren-Standes, Thurn, Stellung an den Pranger, Ausklingen mit dem Becken, Anhängung der Schand-Steine, Landes-Verweisung, oder auf andere schwere Art, wenn die Hurerey auf Fürstlichen Canzleyen, Marställen, Apotheken, Mühlen, Brau- und Backhäusern, Vorwerken oder Meyereyen geschehen, mit öffentlichem Staupenschlage und ewiger Landes-Verweisung, wenn sie in Klöstern, Kirchen, Fürstlichen Schlössern und Amtshäusern nicht ohne große Uergerniß begangen, an Manns- und Weibespersonen mit dem Schwerdte bestraft, und kein Concubinat geduldet werden, Verordnung vom 3. Jan. 1593. vom 8. Dec. 1593. Schließ-Bögte, die sich mit denen, ihrer Aufsicht und Verwahrung anvertraueten Inquisitionen fleischlich vermischen, sind mit der Strafe des Staupenschlages zu belegen, Rescript vom 20. Sept. 1742. Von Bestrafung unzüchtiger und leichtfertiger Personen in der Stadt Braunschweig, siehe d. Mag. Edict. vom 19. Aug. 1687. Concl. Mag. vom 6. Nov. 1725. Rescript an den Mag. vom 24. Decbr.

1722. in der Stadt Wolfenbüttel, Verordnung vom 19. Oct. 1702. Die Huren-Brüche müssen von beyden Theilen an demjenigen Orte, wo das Kind zuerst die Welt beschrieen, erleget werden, welches auch Statt findet, wenn in Chur-Braunschweigischen Landen Herzogliche Unterthanen, oder in hiesigen, Chur-Braunschweigische Landesfinder in Unehren Kinder gebähren, Vergl. d. Gesamt-Hauses v. 29. Jan. 1735. ad Verordnung vom 19. Dec. 1744. Von denen Huren-Brüchen in der Stadt Braunschweig, siehe d. Mag. Edict vom 24. August 1725.

§. 8.

Von Huren-Wirthen.

Die Kuppler, Käufer und Huren-Wirthe, so Rath, That oder Vorschub zur Hurerey geben, oder die Huren bößlich verheelen, sollen nach Beschaffenheit der begangenen Unzucht, mit Gefängniß, Stellung an den Pranger, Ausklingen der Becken, Anhängung der Schand-Steine, zeitlicher Verweisung des Orts, oder, da die Strafe keine Besserung wirkete, mit

Staus

Staupenschlage und ewiger Landes-Verweisung bestraft werden, Verordnung vom 3. Januar 1593. vom 3. Oct. 1755.

§. 9.

Vom Ehe-Bruche.

Wenn eine Manns-Person, sie sey ledig oder ehelich, mit eines andern Eheweibe, oder ein Eheweib mit einer andern Frauen Ehemanne sich fleischlich vermischet, sollen solche am Leben, Eheweiber und Ehemänner, so mit ledigen Personen zuhalten, wenn sich der beleidigte Theil mit dem schuldigen wieder versöhnet, willkührlich mit Gelde, falls aber der Beleidigte seinen treulosen Ehegatten nicht wieder zu sich nehmen, noch demselben ferner ehelich bewohnen will, oder eine eheliche Person sich solchergestalt zum andernmahl vergehen würde, ohne Unterschied mit Staupenschlag oder Landes-Verweisung bestraft werden, Verordnung vom 3. Jan. 1593. Auf welche Art die in dieser Verordnung angeführten Worte: willkührlich am Gelde, auszulegen, erkläret die Verordnung vom 25. Jul. 1743. dahin: daß nicht

jedes-

v. Liebh. Einl. 2r. Th. H h

jedesmal darunter doppelte Huren, Brüche zu verstehen, sondern die Strafe nach den Vermögens-Umständen des schuldigen Theils der Personen, des durch solche That begangenen Aergernisses, und andern das Verbrechen beschwerenden Unthaten zu schärfen, dem Befinden nach auf eine höhere Geld- oder Leibes-Strafe, auch bey dem einfachen Ehebruche, wenn gleich der unschuldige Theil dem schuldigen verzeihet, bey eintretender Armuth, oder wenn es sonst andere Umstände erfordern, auf eine Leibes-Strafe zu erkennen, ad Refer. vom 27. May 1743.

§. 10.

Von Vielweiberey.

Wenn eine Person, ehe ihr voriger Ehe-Genosse verstorben, oder ordentlicher Weise von ihr durch Urtheil und Recht losgesprochen ist, ihr noch eine andere Frau oder Mann durch den Priester antrauen läßt, soll solche am Leben gestrafet werden, Verordnung vom 3. Jan. 1593.

§. 11.

§. 11.

Von Blut-Schande und Nothzucht.

Die, so Blut-Schande oder Nothzucht begangen, sind nach jeder Unthat, Gelegenheit unterschiedlich, jedoch in alle Wege am Leben zu bestrafen, Verordnung vom 3. Jan. 1593. vom 8. Dec. 1593.

§. 12.

Von Wahrsagern und Zeichen-

Deutern.

Ein Jeder soll sich des abgöttischen Wahrsagens, Aberglaubens, Segen-Sprechens und Kristallen-Guckens enthalten. Die, so sich zu solchen Händeln thätlich gebrauchen lassen, oder sich solcher Leute Rathes bedienen, sollen an den Straf-Pfahl gestellet und des Landes verwiesen werden, Rescript vom 26. Febr. 1742. auch dem Befinden nach mit dem Leben büßen, Verordnung vom 8. Sept. 1648.

§. 13.

Vom Meuchel-Tyde.

Meynenbige sollen zum Karren-Schieben, Rescript vom 11. Jul. 1768. oder Zucht-Haus, wenn sie zuvörderst an ein Halseisen gestellet, condemniret werden, Rescript vom 27. Febr. 1772.

§. 14.

Von Straßen-Räubern und Mord-brennern.

Gegen die Streifereyen und Straßen-Räuber sind unter den 1. März 1622. 7. Oct. 1622. 3. Jun. 1628. gegen die Busch- und Strauch-Räuber den 29. Jun. 1629. 24. April 1666. 24. Februar 1674. gegen die Mordbrenner den 8. August 1689. ernsthafte Verordnungen ergangen.

§. 15.

§. 15.

Vom Diebes-Gesinde.

Um denen Diebes-Rotten zu wehren, ist unter den 17. May 1765. verordnet: daß diejenigen reisenden Fremden, welche in denen Städten und Flecken nicht in einem privilegirten und mit einem aushangenden Schilde versehenen Gasthose oder Wirthshause, auf den Dörfen aber nicht im Krüge oder einem andern dazu privilegirten Hause einkehren, für verdächtig zu halten, und wenn sie sich nicht sofort hinlänglich legitimiren können, oder nicht bloß zum Besuch in solchen Häusern anhalten, wider welche selbst kein Verdacht greifen mag, arrestiret, und gegen sie, auch gegen die, so sie beherbergen, inquisitorie zu verfahren; auch soll denen im Lande außer denen Jahrmärkten herumziehenden Krämern, Blant-Schmieden, Kesselslickern, Weersenschleifern, Kannengießern, Korbmachern, Operatoren, Spiel- und Vergleuten der Aufenthalt an einem Orte nicht länger, als auf eine Nacht gestattet, Würfelspiel, Reismenschecher, Gaukler und andere erumziehende Personen, die nicht darthun können, daß

daß sie im Lande kühliches Gewerbe treiben, das Land zu räumen angehalten, Diebesheeler scharf bestraft werden, Rescript vom 7. Oct. 1747.

§. 16.

Vom Haus-Diebstahle.

Hausbediente, die in eines andern Kost und Lohne stehen, sich freventlicher und böshafter Weise unternehmen, ihrer Brodts-Herrschaft an Gelde, Silber, Geschmeide, Kleinodien, Linnen-Gewandern, andern kostbaren oder ansehnlichen Meublen, Eß- und Trink-Waaren, wenn sie solche schönen Gewinnses wech verpartiten oder verkaufen, zu entwenden sollen ohne Unterscheid, ob sie dergleichen Hausdieberey ein oder mehrmahlen verrichte, ob es restituirt worden sey, oder nicht, am Leben bestraft werden, es wäre denn die Summe des Gestohlenen unter zehn Reichsthaler, Declaration vom 28. December 1735. Rescript vom 7. September 1752. oder betreffe Eß- und Trink-Waaren, so nicht Gewinnst halber hingenommen und verkauft, oder der Thäter wäre noch nicht achtzeh-

nen Jahr alt, in welchen Fällen die Todesstrafe nicht Statt findet, sondern vorkommenden Umständen nach auf die Festungsbaubarbeit, und Spinnhaus zu erkennen ist, Verordnung vom 2. Jan. 1714. vom 27. Oct. 1717. Diese Verordnungen sind nachher auf diejenigen Hausbediente, die in eines andern Kost und Lohne stehen, sie mögen in ihres Herrn Hause die Kost genießen, oder dafür Gold nehmen, den Aufenthalt in solchen haben, oder außer demselben besonders wohnen, ferner auf Laden-Diener, Gesellen und Lehrlinge, auf die, welche von ihrem Herrn zur Bezahlung, oder Bestellung anvertraute Gelder in ihren Nutzen verwenden, und auf die, welche auf ihrer Herren Credit betrüglicher Weise Waaren ausnehmen, ausgedehnet worden, Verordnung vom 17. October 1744. vom 7. September 1752. Die letzte Verordnung soll jährlich von denen Kanzeln vorgelesen werden, Rescript vom 7. Sept. 1752. Auf Tagelöhner gehet selbige nicht; die von ihnen begangenen Diebstähle sind jedoch schärfer, als ein furtum simplex, zu bestrafen, Rescript vom 30. Jul. 1764.

§. 17.

Von Pferde-Diebstahl.

Die, so einige Pferde aus dem Felde, der Weide, Häusern und Stallungen bösslicher Weise entführen und entwenden, sie seyn einheimisch oder fremde, sollen ohne einig Absehen auf des gestohlenen Pferdes Werth, Alter oder andere Eigenschaften, ohne Unterschied, ob sie vorhin dergleichen Dieberey mehr verübet, ob es nachgehends wieder ausgehändigt worden, oder nicht, ob sie den Diebstahl selber verübet, oder dabey um daran Theil zu nehmen, Wache gehalten, sonst dazu geholfen, oder in einigerley Weise dabey concurrirer, mit dem Stränge vom Leben zum Tode gebracht werden. Ist der Diebstahl nicht gänzlich vollbracht, sondern der Dieb auf einem solchen Unternehmen, woran zu endlicher That wenig mehr gefehlet, ergriffen, oder einer hat, ohne den Diebstahl zu begehen, und ohne dazu Hülfe zu leisten, zu solchen mit Rath und Anschlag gegeben, jedoch nachmahls wissentlich von dem Gestohlenen etwas participirer, soll befundenen Umständen nach, gegen ihn die in denen Rechten ver-

verordnete Strafen geschärft werden, Verordnung vom 25. November 1695. vom 20. August 1706.

§. 18.

Von Wild-Dieben.

So wie denen Eingriffen der vom Adel in Serenissimi Jagd-Gerechtigkeit durch die Verordnung vom 20. Julius 1565. vom 14. October 1567. vom 2. Januar 1708. der fremden Jäger und Schützen durch das Edict vom 28. Februar 1645. der Helmsstädtischen Universitäts-Verwandte und Bürger, durch die Verordnung vom 2. Sept. 1744. vorgebeuget, auch denen Jägern und Schützen, die sich der Wild-Diebe bemächtigt, und solche dem nächsten Amte abgeliefert, Belohnungen versprochen, Rescr. vom 14. September 1744. so sollen auch die, welche im Felde, Hölzern, Fürstlichen Wildbahn und Gehägen Wild schießen, ernsthaft, Verordnung vom 30. Jul. 1581. vom 26. Sept. 1598. vom 20. August 1622. vom 6. Jun. 1645. auch vorzunehmenden Umständen an Leib
v. Rehb. Einl. 2r. Th. Si und

und Leben bestraft werden, Verordnung vom 4. August 1559. vom 27. März 1705. vom 16. Julius 1643. vom 19. Novembr. 1732. vom 19. August 1773. Von Wild- Dieb- reyen im Weid- Districte, siehe Verordnung vom 20. Julius 1767. vom 18. Febr. 1768. vom 30. Dec. 1771. im Sollinger Walde, Verordnung vom 30. December 1771. Von denen, die Hasanen in der Heckezeit stöhrn, sich an ihren Ehern, und jungen Brut ver- greifen, oder ihnen nachstellen, Verordnung vom 20. März 1734.

§. 19.

Von Fisch- Dieben.

Fisch- Diebe sollen ernsthaft, Verord- nung vom 30. Julius 1581. vom 24. April 1724. und eintretenden Umständen nach, an- dern Dieben gleich, mit Gefängniß, Zucht- haus, am Leibe und Leben bestraft werden, Verordnung vom 7. October 1752. vom 28. April 1768. vom 7. May 1773. vom 12. September 1782. Von Fisch- Dieb- reyen in Holzminden, siehe Edict vom 27. Nov- 1696.

1696. und in Wolfenbüttel in der Ocker, Verordnung vom 30. März 1697.

§. 20.

Von Holz- Dieben.

Die, so Fürstliche Forsten, Private und Gemeine- Holzung bestehlen, und durch die bisherige Forstgerichts- Strafen nicht gebessert worden, sollen mit Gefängniß im Philipsber- ge und dem Befinden nach mit Karrenschieben bestraft werden, Verordnung vom 25. Fe- bruar 1737. ad Verordnung vom 24. Sep- tember 1674. Die, so Tannens- Malter- und Floß- Holz entwendet, büßeten in ältern Zeiten nur mit Gelde, Verordnung vom 16. May 1699. Die Strafen sind nachher dahin ge- schärft worden, daß wer von dem Holze, das auf der Schunter angefloßet wird, et- was stiehlt, zum großen Karren condemnir- ret, Verordnung vom 9. May 1747. Der, so sich an dem auf der Ocker nach Wolfen- büttel und Braunschweig anzufloßenden Brenn- Holze vergreift, oder solches durch Andere verrichten läßt, der, so von Andern muth-

maßlich gestohlenen Holz handelt, und der Obrigkeit den etwa habenden Verdacht nicht angezeigt, das erstemal mit Gelde, für jede veruntreute Kluft zu fünf Reichs-Thaler, bey wiederholten Fällen mit Gefängniß auch anderer Leibes-Strafe zu belegen, Verordnung vom 7. April 1766. Keiner soll sich an das Behuf der Fürstlichen Hof-Stätte anzufahrende Kastenholz vergreifen, keiner, der zu dessen Anfuhr gedungenen Amts-Unterthanen etwas davon in der Forst zurücke lassen, unterweges abwerfen, die großen Stücke nicht in kleinere spalten, oder sonst verpartiren, bey Geld-Gefängniß: und bey wiederholter Veruntreuung, Karrenziehens-Strafe, Verordnung vom 5. November 1736. Handwerks-Gesellen und Gewerke sollen keine Bau-Materialien entwenden, die, so solches thun, und die Meister, die ihnen dabey nachsehen, mit Gefängniß und noch schärfer büßen, Verordnung vom 2. März 1751. vom 9. Jul. 1769. Von Bestrafung der Holz-Diebe im Elbe, siehe Edict vom 20. Dec. 1641. und im Amte Harzburg, Rescr. vom 3. May 1763.

§. 21.

Von Garten- und Feld-Dieben.

Garten- und Feld-Diebe sollen auf einige Stunden an den Straf-Pfahl geschlossen, und bey wiederholtem Verbrechen überdem an dem Orte, wo der Diebstahl begangen, durch den Pfänder oder Gerichts-Bogt gepeitschet, und die, so junge Obstbäume entwenden, dem Befinden nach, mit der Strafe des großen Karren belegen werden, Verordnung vom 27. August 1772. ad Verordnung vom 6. October 1608. vom 2. August 1764. Von Bestrafung der Garten-Dieberey vor Wolfenbüttel, siehe Verordnung vom 18. Nov. 1761.

§. 22.

Von Meß-Dieben.

Wie die Dieberey in denen Braunschweigischen Messen zu bestrafen, siehe Verordnung vom 20. Februar 1761. und in denen Jahrmärkten zu Helmstädt, des basigen Magistr. Patent vom 22. März 1729.

§. 23.

Von Verheimlichung gefundener Sachen.

Die, so etwas finden, sollen solches nicht bey sich behalten, sondern das Gefundene, wenn sie es nicht sofort dem Eigenthümer wieder einhändigen können, dem Intelligenz-Comtoir zu Braunschweig binnen acht Tagen einreichen, oder gewärtigen, daß sie als Diebe bestraft werden, Verordnung vom 2. Nov. 1744. Gastwirthe und Andere, die Fremde beherbergen, sollen ein gleiches bey nachdrücklicher Strafe beachten, Verordn. vom 15. December 1750.

§. 24.

Von ungetreuen Dienern und Boten.

Unter dem 1. August 1594. ward verordnet: daß, da ein Amtmann, Schreiber, Verwalter, Vogt, Vorsteher, Baumeister, Bauschreiber, Zöllner, Förster, oder ein jeder Anderer, so zu einem höhern oder niedern Amte verordnet, und von der Landesherrschaft, oder eines Andern wegen, Geld, Getreide,

treide, Korn, Holz und anderes aufzugeben und einzunehmen hat, von denen Leuten mehr an Zinsen, Schulden, Meyer- oder Weinkaufs-Geldern, und dergleichen einnahme, denn er berechnet, im Verkaufen und Kaufen, Vergleichen und Ausmessen unrichten und falschen, auch des Orts verbotenen Scheffel und Maaß gebrauchen, Holz, Getreide und dergleichen verkaufen, und in Rechnung nicht einbringen, oder anders mehr unterschlagen, und solches alles in seinen eigenen Nutzen anwenden, oder dergleichen Veruntreuungen gebrauchen würde, so der Landesherrschaft, denen Unterthanen, oder andern Leuten zum Nachtheil und Schaden gereichte, der oder dieselben, wenn die Summe solches veruntreueten, untergeschlagenen, und in ihren eigenen Nutzen betrügerlicher Weise verwendeten Guthes unter fünfzig Gulden Münze seyn würde, des Landes, wenn sie sich darüber erstrecket, mit Staupenschlage desselben auf ewig zu verweisen; würde sie sich auf hundert Reichs-Thaler Münze oder darüber belaufen, mit dem Strange zu bestrafen. Unter dem 10. Oct. 1740. ward diese Constitution dahin, daß solche auch von denen Verpflichteten, mit dem Dienst-Ende ver-

verwandten, oder ungetreuen Bedienten zu vers-
 stehen, die nicht insbesondere auf die Recep-
 tur und Administration desjenigen, was ihnen
 anvertrauet wird, beendigt worden, und durch
 die vom 14. März 1788. auf alle die, so
 Landesherrschastliche, Städtische, Stiftungs-
 und dergleichen, insonderheit Stadt-Cammes-
 rencyassen, Inventaria der Kirchen und Schu-
 len, Waisenhäuser, piorum corporum, und
 Cassen, worin die Servis-Gelder und sonst
 öffentliche Abgisten für Städte und ganze Ge-
 meinen gesammelt werden, gerichtliche Deposi-
 ta und andere in gerichtliche Verwahrung ge-
 nommene Sachen in Verwahrung haben, und
 veruntreuen, ausgedehnet, ad Verordnung
 vom 3. Januar 1653. vom 22. Jan. 1721.
 vom 25. Februar 1773. Beamte sollen kei-
 ne Depositen-Gelder zu ihrem eigenen Nutzen
 verbrauchen, keine Fürstliche Gefälle vor der
 Verfall-Zeit oder der von denen Fürstlichen
 Collegiis gesetzten Zeit, bey Strafe doppelten
 Ersazes, sich zum voraus bezahlen lassen,
 Verordnung vom 17. November 1721. und
 kein Fürstlicher Bedienter für seine Amts-Ver-
 richtungen Geschenke nehmen, Verordnung vom
 20. März 1743. Declar. vom 29. Febr. 1744-
 Wes

Wegen der Fürstlichen Boten ist unter dem
 25. Februar 1773. verordnet: daß, wenn
 selbigen etwas zu überliefern anvertrauet wird,
 es sey versiegelt oder unversiegelt, und sie das-
 selbe entwenden, oder es auf eine andere
 Art betrüglich entfremden würden, wenn sich
 die Summe oder der Werth des ihm zu übers-
 liefern Anvertrauten unter funfzig Reichs-
 Thaler erstreckt, mit Landes-Verweisung,
 falls es funfzig und unter hundert Reichs-
 Thaler beträgt, mit Staupenschlage und ewi-
 ger Landes-Verweisung, wenn es hundert und
 darüber werth ist, mit dem Strange zu bes-
strafen.

§. 25.

Von Ein- und Ausführung der Münzen.

Gegen die Ripper und Einführung schlech-
 ter Münzen ist unter dem 18. Julius 1753.
 und 5. Januar 1759. verordnet. Keiner soll
 Gewinnstes willen gute Münzsorten außer Lan-
 des bringen. Thun solches in Herrschastlichen
 Pflichten stehende und beendigte Diener, sons-
 der

derlich die, welchen herrschaftliche Cassen oder Communen Gelder anvertrauet worden, und die Summe des auf einmal oder nach gerade verwechselten Geldes beliefe sich über ein tausend Reichsthaler, sollen sie auf lebenslang zum Karren = Schieben verurtheilet werden, Verordnung vom 7. Jul. 1729.

§. 26.

Vom wucherlichen Handel.

Wucherlicher Handel, es sey Pfennig-Zins oder sonsten, soll gehörig bestraft werden, Rescript vom 23. April 1744.

Druck-Fehler.

23.	Seite 20.	Zeile	statt	Ständen,	Stände.
24.	"	23.	"	schießen,	schießens.
42.	"	8.	"	solchen,	zu solchen.
44.	"	23.	"	deru,	deren.
85.	"	1.	"	g.	nr. 9.
115.	"	16.	"	Kirche,	Kirchen.
123.	"	20.	"	an	auf.
123.	"	22.	"	Remitenten,	Renitenten.
161.	"	7.	"	cit.	et.
171.	"	15.	"	Meiningischen,	Meinungis-
					chen.
191.	"	19.	"	protemileos,	protimileos.
195.	"	18.	"	verläugnen,	verlängern.
196.	"	25.	"	ihm den,	es dem.
202.	"	18.	"	befügiges,	behufiges.
206.	"	7.	"	Hälfte,	Hülfe.
211.	"	23.	"	Goldes,	Geldes.
212.	"	18.	"	des,	das.
220.	"	11.	"	Hälfte,	Hülfe.
226.	"	22.	"	welchem,	welche.
237.	"	7.	"	referiren,	reserviren.
237.	"	15.	"	einige,	eigene.
241.	"	23.	"	denee,	denen.
316.	"	9.	"	Inhalts,	Inhalte.
330.	"	15.	"	des,	der.
332.	"	26.	"	müße,	muß.
336.	"	23.	"	soll einr,	einer.

344.	G.	14.	3.	st.	zu achten, achten.
347.	"	2.	"	"	Wechsel, der Wechsel.
356.	"	9.	"	"	feinen, seinem.
374.	"	20.	"	"	ihren, ihnen.
375.	"	7.	"	"	unbevormundet, unbevormundete,
388.	"	21.	"	"	dem, den.
395.	"	22.	"	"	dem, den.
437.	"	14.	"	"	diese, dieser.
437.	"	26.	"	"	accad. acces.